

Internationalisierung der Hochschulen - ohne ausländische Studierende?

Dokumentation der Konferenz von
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
(GEW) und World University Service (WUS)
am 5. und 6. Oktober 2001 in der
Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Schirmherrschaft:
Bundesratspräsident Kurt Beck



WUS

World University Service

T
I
E
Z
S
U
A

auszählen (sw, V.), (Boxen: Ein am Boden liegender, hockender, sitzender Boxer wird vom Ringrichter im Sekundentempo von 1 bis 9 ausgezählt, bei 10 ist er ausgezählt und der Kampf ist beendet (Knock-out).

Auszeit, die;-; -en (Basketball, Volleyball): Pause, Spielunterbrechung, die einer Mannschaft nach bestimmten Regeln zusteht. Die A. ist e. wesentliche Maßnahme, um auf das Geschehen Einfluß zu nehmen. Auszeit wird genommen, um taktische Maßnahmen für den Angriff oder die Verteidigung zu besprechen, der Mannschaft eine Erholungspause zu verschaffen, bei hektischer Spielweise das Spiel zu beruhigen, den Spielfluß des Gegners zu unterbrechen und die Mannschaft psychisch wieder aufzurichten.

Die Auszeit ist nur effektiv, wenn sie optimal genutzt wird. Taktische Anweisungen werden möglichst knapp und klar gegeben.

auszementieren (sw, V.): die Innenseite von etw. mit einer Zementschicht versehen: einen Schacht, einen Keller auszementieren.

IMPRESSUM

- Herausgeber** World University Service
 Deutsches Komitee e. V.
 Goebenstraße 35
 65195 Wiesbaden
 Tel.: 0611/446648
info@wusgermany.de
www.wusgermany.de
- Redaktion:** Gerd Köhler (GEW),
 Dr. Kambiz Ghawami (WUS)
- Redaktion dieser Ausgabe:** Torsten Jäger
- Titel** an.SICHT kommunikationsagentur
 H. Boller Wiesbaden
- Druck** Gegendruck
 Scharnhorststraße 9
 65195 Wiesbaden
 Tel.: 0611/441320
- Layout** Torsten Jäger, Andreas Seckmeyer
- Bezug** WUS – World University Service

Alle Rechte vorbehalten.
 Nachdruck mit Quellenangaben
 erlaubt gegen Übersendung von
 zwei Belegexemplaren

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
 geben nicht in jedem Fall die Meinung
 des Herausgebers und der Redaktion
 wieder.

Diese Zeitschrift wurde aus Mitteln des Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort der Veranstalter	5
Konferenzprogramm	8
Prof. Dr. Ulrich Druwe, Vize-Präsident der Johannes Gutenberg-Universität Mainz:	
Begrüßung.....	13
Kurt Beck, Präsident des Bundesrates und Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz:	
Eröffnung.....	16
Gerd Köhler, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Leiter des Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung:	
Eröffnung.....	21
Dr. Kambiz Ghawami, Vorsitzender des World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e.V.:	
Eröffnung.....	26
Werner Weber, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen:	
Geschichte und Perspektive des Ausländerstudiums.....	31
Podiumsdiskussion:	
Förderung und Anwerbung ausländischer Studierender	47

Prof. Dr. Stefan Hormuth, Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen und Vize-Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK):
Studienstandort Deutschland und Internationalisierung der Hochschulen 91

Podiumsdiskussion

Studienstandort Deutschland und Internationalisierung der Hochschulen 97

Prof. Dr. Elke Platz-Waury, Vizepräsidentin im Deutschen Studentenwerk (DSW):

Die soziale Situation ausländischer Studierender 123

Podiumsdiskussion:

Die soziale Situation ausländischer Studierender 137

Uta Pioch, Referentin der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen:

Hochschulstandort Deutschland: Die Hochschule als Spiegelbild der Gesellschaft – Maßnahmen für Toleranz und Interkulturalität..... 159

Podiumsdiskussion:

Hochschulstandort Deutschland: Die Hochschule als Spiegelbild der Gesellschaft – Maßnahmen für Toleranz und Interkulturalität..... 171

Prof. Dr. Jürgen Zöllner, Staatsminister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz; Dr. Kambiz Ghawami, World University Service (WUS) – Deutsches Komitee e.V. und

Gerd Köhler, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW):
Auswertung und Ausblick - Abschlussdiskussion 190

Abschlussklärung der Konferenz..... 207

Torsten Jäger, World University Service (WUS) – Deutsches Komitee:
Rassismus und Diskriminierung gegenüber ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen – Ergebnisse einer Umfrage des World University Service.....211

Auszug aus dem Pressespiegel..... 265

Verzeichnis der zur Zeit lieferbaren AUSZEIT-Hefte 273

der Konferenz

**„Internationalisierung der Hochschulen –
ohne ausländische Studierende?“**

**am 5. und 6. Oktober 2001
an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz**

Unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Bundesrates und rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck diskutierten über 200 ausländische Studierende und Hochschulexperten auf Einladung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und des World University Service (WUS) – Deutsches Komitee e.V. zentrale Fragen der Internationalisierung der deutschen Hochschulen.

Die Dokumentation der Veranstaltung richtet sich an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Mainzer Konferenz sowie an alle, denen die Teilnahme aufgrund der beschränkten Kapazitäten nicht möglich war. Den Veranstaltern lagen über 350 Anmeldungen von Studierenden und Hochschulangehörigen vor. Sie begrüßen das enorm große Interesse und die Aufmerksamkeit, die die Veranstaltung bei Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Hochschulen und Hochschulorganisationen sowie in den Medien gefunden hat.

Den Studienstandort Deutschland international attraktiver machen zu wollen bedeutet weit mehr als nur die Einführung international vergleichbarer Bachelor- oder Master-Abschlüsse. Die nachhaltige Internationalisierung der deutschen Hochschulen erfordert auch die sorgsame Durchsicht der dort vermittelten Studieninhalte unter dem Gesichtspunkt globaler Anforderungen sowie die kritische Analyse der sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen des Ausländerstudiums in Deutschland. Die Hochschulen als Teil der bundesdeutschen Gesellschaft sind nicht frei von Diskriminierungstendenzen und Ausländerfeindlichkeit. Es besteht Handlungsbedarf. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der

Konferenz „Internationalisierung der Hochschulen – ohne ausländische Studierende?“ haben daher Forderungen zur Verbesserung der sozialen Lage der ausländischen Studierenden, der Hochschulangebote und des Ausländerrechts aufgestellt und an die Hochschulen sowie die politisch Verantwortlichen in den Ländern und auf Bundesebene gerichtet. Die Resolution ist in dieser Dokumentation abgedruckt.

Darin werden Bund und Länder aufgefordert, sich klar und eindeutig zu den Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) über den Handel mit Dienstleistungen zu äußern. Die Privatisierung von Bildung und Wissenschaft verhindert eine demokratische und sozial gerechte Lösung der Probleme von Armut und Hunger, von Umweltzerstörung und Krieg. Wer diesen Problemen nachhaltig begegnen will, der muss die Vielen an der Suche nach Alternativen und Lösungen beteiligen. Eine solche Partizipation aber ist nur dann zu erreichen, wenn Bildung nicht zu einer Ware verkommt, die sich nur wenige leisten können. Jeder muss sein Recht auf Bildung einfordern können.

Die Konferenz war überschattet durch die Gewalttaten des 11. Septembers 2001 und die daraus resultierenden polizeirechtlichen Fahndungsmaßnahmen unter ausländischen Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erklärten, die mutmaßliche Tatbeteiligung ausländischer Studierender an den Attentaten in New York und Washington dürfe keinesfalls dazu führen, die etwa 190.000 ausländischen Studierenden einem Generalverdacht auszusetzen. Sie bekannten sich zur Internationalität von Wissenschaft und Forschung und zur Offenheit der deutschen Hochschulen für Studierende aus aller Welt. Ein solches Signal forderten sie auch von den Hochschulen, den Hochschulorganisationen und der Politik.

Durch den Dialog mit den ausländischen Studierenden hat die Konferenz einen vernehmbaren und fundierten Beitrag zu der Debatte um die Ausgestaltung eines Zuwanderungsgesetzes geleistet, das die Interessen der Herkunftsländer der ausländischen Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland angemessen berücksichtigt. Der in den Industriestaaten ausgerufene „Wettbewerb um die besten Köpfe“ darf für die Entwicklungs- und Schwellenländer nicht zu einem „brain-drain“ mit verheerenden Folgen für ihre Entwicklungschancen werden.

Die Veranstalter hoffen, dass diese Dokumentation den Leserinnen und Lesern als ein Kompendium der zentralen Fragen der Internationalisierung der deutschen Hochschulen dienen kann.

GEW und WUS bedanken sich an dieser Stelle für die Unterstützung der Veranstaltung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), das Land Rheinland-Pfalz, das Studentenwerk Mainz, die Johannes Gutenberg-Universität Mainz, den Allgemeinen Studierenden-ausschuss (AStA) der Universität Mainz und das Bildungs- und Förderungswerk der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Dank gebührt auch den Referentinnen und Referenten, Moderatorinnen und Moderatoren sowie den Gästen auf den Podien, die sich bereit erklärt haben, an der Veranstaltung mitzuwirken. Insbesondere gilt unser Dank Herrn Torsten Jäger, der die Veranstaltung maßgeblich vorbereitet und diese Dokumentation in hervorragender Art und Weise zusammengestellt und redigiert hat. Ohne sein Engagement und ohne das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GEW und des WUS, die an der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung beteiligt waren, könnten wir nicht auf zwei gute und inhaltsreiche Tage voller spannender Diskussionen zurückblicken.

Gerd Köhler
Mitglied des geschäftsführenden
Vorstands der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft (GEW)
Leiter des Vorstandsbereichs
Hochschule und Forschung

Dr. Kambiz Ghawami
Geschäftsführender Vorsitzender des
World University Service (WUS) -
Deutsches Komitee e.V.

Konferenzprogramm

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und
World University Service (WUS):**

INTERNATIONALISIERUNG DER HOCHSCHULEN – OHNE AUSLÄNDISCHE STUDIERENDE?

**KONFERENZ ZUR SITUATION
AUSLÄNDISCHER STUDIERENDER
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

**5. – 6. OKTOBER 2001
JOHANNES GUTENBERG UNIVERSITÄT MAINZ
- ALTE MENSA -**

**-SCHIRMHERRSCHAFT: KURT BECK,
PRÄSIDENT DES BUNDESRATES-**

Wissenschaft, Studium und Bildung sind im Zeitalter der Globalisierung internationale Handlungs- und Begegnungsfelder von überragender Bedeutung. Die Qualität der Bildungs- und Forschungseinrichtungen wird zukünftig maßgeblich über die nationale Handlungs- und Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Kontext entscheiden. Das Ausländerstudium in der Bundesrepublik Deutschland ist eine notwendige Konsequenz dieser Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung.

Etwa 190.000 ausländische Studierende sind im Sommersemester 2001 an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Hierunter befinden sich auch 60.000 Studierende aus Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und eine ebenso große Zahl Studierender aus Mittel- und Osteuropa. Die rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen des Ausländerstudiums in Deutschland sind gegenwärtig insbesondere für diese Studierenden bestenfalls schwer durchschaubar und schlimmstenfalls restriktiv. Bürokratische Hemmnisse wie auch Betreuungsdefizite müssen abgebaut werden, wenn die Bundesrepublik Deutschland als zukünftige Zuwanderungsge-

sellschaft von den Potentialen und Fähigkeiten ausländischer Studierender profitieren (Integration) und einen wichtigen Beitrag zur weiteren Entwicklung der Gesellschaften ihrer Herkunftsländer (Reintegration) leisten will.

Auf der Konferenz „Internationalisierung der Hochschulen – ohne ausländische Studierende?“ – soll erörtert werden, ob und in wie weit die deutschen Hochschulen gegenwärtig den Bedürfnissen und Wünschen ausländischer Studierender sowie den Anforderungen an einen international wettbewerbsfähigen „Hochschulstandort Deutschland“ gerecht werden.

Ziel der Konferenz ist es, im Dialog zwischen Vertretern von Politik, Hochschulen, Gewerkschaften, gewerblicher Wirtschaft, Kirchen, Kommunen, Studierendenvertretungen, Selbstorganisationen und ausländischen Studierenden die gegenwärtige Situation ausländischer Studierender in der Bundesrepublik Deutschland zu analysieren, Problemfelder aufzuzeigen, Problemlösungsstrategien zu entwickeln und damit einen vernehmbaren und fundierten Beitrag zu den aktuellen Diskussionen um die Positionierung der Bundesrepublik Deutschland im Prozess der Globalisierung zu leisten.

Programm

Freitag, 5. Oktober 2001

16.00 Begrüßung

Prof. Dr. Ulrich Druwe,

Vize-Präsident der Johannes Gutenberg Universität Mainz;

Kurt Beck,

Präsident des Bundesrates und Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz;

Gerd Köhler,

Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und

Dr. Kambiz Ghawami,

World University Service (WUS) – Deutsches Komitee e.V.

- 17.00 Impulsreferat**
“Geschichte und Perspektive des Ausländerstudiums”
 Werner Weber,
Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
- 17.45 Podiumsdiskussion**
„Förderung und Anwerbung ausländischer Studierender“
 Dietrich Elchlepp,
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) - Referat „Grundlagenforschung und wissenschaftlicher Nachwuchs“;
 Albrecht Sanner,
DaimlerChrysler Aktiengesellschaft - Leiter Personal- und Bildungspolitik Konzern;
 Dr. Rolf Hoffmann,
Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) - Leiter der Arbeitsstelle „Internationales Marketing für Bildung und Wissenschaft“;
 Nilüfer Bayram,
Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität Mainz;
 Stefan Bienefeld,
ESIB – The National Unions of Students in Europe;
 Gerd Köhler,
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW);
Moderation: Doris Krohn,
World University Service (WUS) – Deutsches Komitee e.V.
- 21.00 Kulturprogramm**
 La Ritma
(Percussion – inspiriert von traditionellen Elementen der Musikkulturen West-Afrikas, Brasiliens, Cubas und Indiens sowie vom eigenen europäischen Kulturkreis)

Samstag, 6. Oktober 2001

09.30 Referat und Diskussion

„Studienstandort Deutschland und Internationalisierung der Hochschulen“

Prof. Dr. Stefan Hornuth,
Präsident der Justus Liebig-Universität Gießen und Vize-Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

Podium:

Roswitha Paul-Walz,
Akademisches Auslandsamt der Technischen Universität Berlin;
Christina Ayazi,
Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Berlin und Brandenburg;

Tarek Abu Leil,
Studierender an der Universität Gesamthochschule Kassel und Dr. Daniel Egbe,

Habilitand an der Universität Jena

Moderation: Karl-Heinz Simsheuser,
Verein Deutscher Ingenieure (VDI)

11.00 Referat und Diskussion

„Die soziale Situation ausländischer Studierender“

Prof. Dr. Elke Platz-Waury,
Vizepräsidentin im Deutschen Studentenwerk (DSW)

Podium:

Joseph Schäfers,
Katholische Hochschulgemeinde Bonn;

Dieter Hampel,
Vorsitzender des KED-Stipendienprogramms;

Michael Pannwitz,
Sprecher des Bundesausschusses der Studierenden in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und

Abdulhamied Khamies,
Studierender an der Technischen Universität Darmstadt

Moderation: Dr. Eleni Konstantinidou,
World University Service (WUS) – Deutsches Komitee e.V.

12.30 **Mittagspause**

14.00 **Referat und Diskussion**

„Hochschulstandort Deutschland: Die Hochschule als Spiegelbild der Gesellschaft – Maßnahmen für Toleranz und Interkulturalität“

Uta Pioch,

Arbeitsstab der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen

Podium:

Dr. Karl Ortseifen,

Ausländerbeauftragter der Universität Mainz;

Torsten Jäger,

World University Service (WUS) – Deutsches Komitee e.V.;

Merhawit Desta,

Studierende an der Universität Gießen und

Dr. Esther Djokpe,

Universität Hannover

Moderation: Mehdi Jafari Gorzini,

World University Service(WUS) – Deutsches Komitee e.V.

15.30 **Podiumsdiskussion**

„Auswertung und Ausblick“

Prof. Dr. Jürgen Zöllner,

Staatsminister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz;

Dr. Kambiz Ghawami,

World University Service (WUS) – Deutsches Komitee e.V. und

Gerd Köhler,

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

*Prof. Dr. Ulrich Druwe,
Vize-Präsident der Johannes Gutenberg-Universität Mainz*

Begrüßung



Sehr verehrter Herr Ministerpräsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

es ist mir eine große Ehre und Freude, Sie im Namen der Johannes Gutenberg-Universität Mainz auf dem Mainzer Universitätscampus zu der von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und dem World University Service veranstalteten Tagung begrüßen zu können.

Das Thema der Tagung lautet ‚Internationalisierung der Hochschulen‘. Diskutiert werden soll, ob und in wie weit die deutschen Hochschulen gegenwärtig den Bedürfnissen und Wünschen ausländischer Studierender sowie den Anforderungen an einen international wettbewerbsfähigen ‚Hochschulstandort Deutschland‘ gerecht werden. Sie greifen damit ein Thema auf, das sowohl in Überlegungen zur langfristigen Hochschulentwicklung als auch in zahlreichen aktuelleren Bekundungen veröffentlichter Meinung eine große Rolle spielt. Erlauben Sie mir daher einige Bemerkungen zum Stand der Internationalisierung an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Dieses Thema stellt einen zentralen Bestandteil in unserer gegenwärtigen umfassenden Neuausrichtung dar. In der Forschung ist Internationalisierung schon lange selbstverständlich. Dies gilt aber noch nicht in glei-

chem Maße für die Lehre. Deswegen konzentrieren wir uns insbesondere auf die Internationalisierung in diesem Bereich.

Dies beginnt mit der:

- Entwicklung integrierter Studiengänge mit Universitäten anderer Länder, die zu einem gemeinsamen Abschluss führen. Mainz nimmt hier eine Vorreiterstellung in Bezug auf deutsch-französische Kooperationen ein;
- Weiterhin haben wir bereits einige internationale Studiengänge - so unser Bachelor of Arts in Musical Arts - und wir planen intensiv weitere Studiengänge, die Studierende aus anderen Ländern ansprechen sollen. Deshalb werden sie umfassende Lehrangebote in englischer Sprache enthalten und zu einem international anerkannten Abschluss führen;
- Selbstverständlich ist daher, die Studiengänge weiter zu modularisieren und Studienleistungen durch die Anwendung des ECTS-Systems transferierbar zu machen;
- Besonderes Augenmerk nimmt bei uns das Bemühen ein, die Curricula umfassend zu internationalisieren, das heißt Studieninhalte aus den verschiedensten Gesichtspunkten zu betrachten.

Unsere Anstrengungen sind von Erfolg gekrönt - was natürlich nicht bedeutet, dass wir sie nicht weiter fortsetzen müssten. Dennoch kann ich mit Freude feststellen, dass an unserer Universität knapp 4.000 ausländische Studierende aus aller Welt, das heißt 15 Prozent der Studierenden insgesamt, eingeschrieben sind.

Sie bringen sich auf vielfältige Weise in die studentische und universitäre Selbstverwaltung ein. Durch ihr Studium und ihre wissenschaftlichen Leistungen bilden sie eine wichtige Brücke zwischen ihren Herkunftsländern beziehungsweise Herkunftsorten und Deutschland oder eben Mainz.

Ein Ausländerstudium in Deutschland ist - gestatten Sie mir diese Bemerkung, wie vielleicht überall in der Welt - mit Schwierigkeiten behaftet, die dieses Studium so sehr erschweren können, dass es zu einer subjektiven oder gar objektiven Unmöglichkeit kommt. Juristische, soziale, kulturelle Schranken stehen oder werden aufgestellt, politische und gesellschaftliche ‚Rücksichten‘ erschweren Studierenden das Ankommen manchmal ebenso wie das Hierbleiben.

Hieraus ergibt sich eine Problemlage und ein Diskussionsbedarf, dem Sie hier nachgehen wollen. Dass dieses Problemfeld erkannt ist, wird bezeugt durch die Schirmherrschaft, die Sie, Herr Ministerpräsident, für diese Veranstaltung übernommen haben. Ich danke Ihnen herzlich für Ihr Engagement, das den ausländischen Studierenden in einer aktuellen Situation, die nicht ohne Brisanz ist, zeigt, dass auch der Politik an ihnen gelegen ist.

Zu danken haben wir aber auch den Veranstaltern dieser Tagung, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und dem World University Service. Beider Vertreter werden gleich zu uns sprechen. Den Organisatoren dieser Tagung, Herrn Jafari Gorzini, Herrn Jäger und Frau Nindelt vom WUS und Frau Eschenbach von der GEW ist es gelungen, eine sehr gut besetzte Tagung zu organisieren. Ihnen möchte ich dafür meine Hochachtung aussprechen.

Bei allen Gastrednern möchte ich für ihr Engagement bedanken. Ich wünsche Ihnen erfolgreiche eine erfolgreiche Tagung, uns allen aufschlussreiche Ergebnisse und Ihnen hoffentlich auch schöne Tage in Mainz.

*Kurt Beck,
Präsident des Bundesrates und Ministerpräsident des Landes Rhein-
land-Pfalz*

Eröffnung



Verehrter Vizepräsident der Universität Mainz, verehrte Repräsentanten des Veranstalters, Herr Doktor Ghawami, Herr Köhler, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte Sie zunächst einmal sehr herzlich in Rheinland-Pfalz willkommen heißen und freue mich darüber, dass es gerade in dieser Zeit zu dieser Veranstaltung kommt. Ich darf meine Kollegin aus dem Landtag, Frau Brede-Hoffmann, in dieses Willkommen mit einbinden.

Ich sage bewusst, dass ich mich besonders freue, dass diese Konferenz jetzt stattfindet, weil wir uns gerade in der Zeit einer besonderen Herausforderung auch besonders bemüht fühlen müssen, differenziert zu denken und nicht Alles, was wir bisher für unverzichtbar gehalten haben, jetzt über Bord gehen zu lassen. Ich glaube, dass man hinter den ersten Teil des Mottos ‚Internationalisierung der Hochschulen‘ eher ein Ausrufungszeichen denn ein Fragezeichen setzen müsste. Niemand stellt mehr ernsthaft in Frage, dass wir eine solche Internationalisierung brauchen. Aber wir müssen uns in der Tat fragen, ob wir genug tun, damit wir die kritisch gemeinte Frage im zweiten Teil des Konferenztitels - ‚ohne ausländische Studierende?‘ - nicht ehrlicherweise beantworten müssen: ‚Ja, weitgehend ohne!‘ Das wäre nicht akzeptabel! Wir müssen vielmehr das,

was wir an Internationalisierung miteinander schon auf den Weg gebracht haben – was uns manchmal Sorgen bereitet, was aber auch ungeheure Chancen beinhaltet – und das, was an Internationalisierung möglich, notwendig und richtig ist, weiterbetreiben. Das kann aus meiner Sicht keine Einbahnstraße sein, die nur aus den Ländern herausführt, die einen bestimmten industriellen Standard, einen bestimmten Wohlstand haben. Keine Einbahnstraße auf der wir – wie in vielen anderen Zeiten und Bereichen in unserer Geschichte – die anderen mit dem ‚beglücken‘, was wir uns so ausgedacht haben. Im Gegenteil, wir müssen durch das Hereinnehmen vieler Menschen in unser Hochschulsystem, in unser Studiensystem deutlich machen, dass wir Partnerinnen und Partner brauchen, um Internationalisierung zu praktizieren und zu leben. Dazwischen ist – so glaube ich – ein deutlicher Unterschied festzustellen. Wenn wir begreifen, dass dieser Prozess im Miteinander geschehen muss, dass Öffnung und Entwicklung auch unsererseits notwendig sind, dann werden Begriffe wie Globalisierung eine andere Klangfarbe bekommen. Dann wird das, was wir in dieser Entwicklung nach meiner Auffassung bislang zu einseitig angelegt haben, ergänzt werden können durch ein Miteinander und einen Interessensausgleich, der die soziale, der die ökologische Komponente internationaler Zusammenarbeit zur Geltung kommen lässt und nicht den Eindruck erweckt, es solle lediglich eine neue, im wesentlichen wirtschaftliche und politische, Form von Hegemonie ausgeübt werden. Das bisher nicht ausreichend bedacht zu haben, ist – so glaube ich – die Ursache dafür, dass die Globalisierung auf so viel Kritik und auf so viel Ablehnung stößt. Weltoffen zu sein, miteinander gemeinsam nach Chancen zu suchen, die Herausforderung gemeinsam zu begreifen und die Chancen dann auch gerecht zu teilen, das sind Elemente unseres notwendigen Strebens und der Aufgabenstellung, die uns bevorsteht und die wir erst noch richtig und wirklich annehmen müssen.

Herr Vizepräsident Druwe hat eben gesagt, dass man sich hier an der Johannes Gutenberg-Universität sehr erfolgreich um Internationalität bemüht und insbesondere mit unserem großen Nachbarn in Frankreich hierbei viele Erfolge zu verzeichnen hat. Ich bin mir bewusst, dass die Realisierung der Internationalisierung der Hochschulen im Alltag sehr viel schwieriger zu machen ist, als es in einer solchen Eröffnungs- und Begrüßungsrede postuliert wird. Ich habe selber in meiner Eigenschaft als Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich für vier Jahre diese Aufgabe. In Deutschland sind für solche Angelegenheiten die Länder

zuständig. In diesem Zusammenhang habe ich Verhandlungen zu führen, beispielsweise um die Anerkennung bestimmter Zwischenabschlüsse in bestimmten Studiengängen. Ich weiß daher, wie schwierig sich das gestaltet, wie unterschiedlich teilweise die Studienanlagen und Studieninhalte zu verschiedenen Studienabschnitten in den einzelnen Ländern sind und wie schwer das kompatibel gemacht werden kann. Aber ich glaube, dass wir uns solchen Herausforderungen stellen müssen, wenn wir den Wunsch haben, dass Internationalität gelebt werden kann. Es darf nicht sein, dass diejenigen, die sie temporär während ihres Studiums in Anspruch nehmen, zu einem zeitlichen Nachteil kommen, was den Studienabschluss und damit auch die Möglichkeit angeht, ins Berufsleben einzutreten.

Ich glaube fest daran, dass wir ein großes Interesse daran haben müssen, dass Menschen zu uns kommen. Nicht nur die angloamerikanischen Staaten, Japan und Australien sollten die Länder sein, in denen man studieren will. Das, was Deutschland schon einmal ausgezeichnet hat, nämlich besonders interessant zu sein als Studienort für Menschen aus aller Welt, müssen wir wieder anstreben. Das heißt natürlich, dass wir neben den Leistungen und Inhalten, die eine Hochschule anzubieten hat, auch in unserer Gesellschaft sehr aufmerksam darauf schauen müssen, dass die Rahmenbedingungen stimmen: dass Menschen zu uns kommen wollen und dass sie letztendlich, wenn sie gekommen sind, hier so aufgenommen werden, wie dies der Würde des einzelnen Menschen und der Gastfreundschaft, die ein kultiviertes Volk ausmachen sollte, entspricht. Da haben wir sicher Manches und Vieles an Gutem zu verzeichnen. Aber wir haben auch Entwicklungen zu gewärtigen, die nicht nur besorgt machen, sondern auch beschämen; insbesondere wenn man sich vor Augen führt, was sich am äußersten rechten Rand des politischen Spektrums in Deutschland in den letzten Jahren abgespielt hat.

Wir wissen, dass wir auch innenpolitische Aufgaben haben, die etwas mit den Grundvoraussetzungen für die gewollte internationale Öffnung zu tun haben. Und wenn ich - man kommt in diesen Tagen nicht darum herum - die Situation nach den schrecklichen Ereignissen des 11. September und all das, was danach passiert ist, anspreche, so bedrücken mich diese Ereignisse sehr. Sie sind jedoch gleichzeitig eine Herausforderung: In unser aller Interesse, im Interesse der Deutschen, im Interesse der Europäer, im Interesse aller Menschen müssen wir das, was wir an Sicherheit bieten können, tatsächlich anbieten, ohne dass wir vor

lauter Bemühen um Sicherheit am Ende das aufgeben, was wir verteidigen wollen, nämlich unsere Freiheit, unsere Toleranz, und unsere Offenheit. Werte also, die demokratische Verfassungen letztlich überall auf der Welt ausmachen, bei allen Unterschiedlichkeiten, die es ansonsten in Kulturen und nationalen Ausprägungen des Zusammenlebens von Menschen geben mag. Da sind wir gefordert! Wir werden sicher Manches tun müssen, was wir noch vor wenigen Wochen für nicht denkbar gehalten hätten. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen in diesem Zusammenhang auch differenziert denken und unseren Beitrag dazu leisten, dass nicht eine bestimmte Glaubensrichtung, dass nicht die Herkunft aus einer bestimmten Region dieser Welt gleichgesetzt wird mit verbrecherischem Terror. Ich habe vorgestern, als wir hier in Mainz den Tag der deutschen Einheit gefeiert haben, gesagt, dass Terrorismus und Verbrechen keine Religion haben. Dabei bleibe ich! Religionen werden missbraucht, um einen Deckmantel abzugeben für solch verbrecherisches Verhalten. Übrigens wird nicht nur im Namen des islamischen Glaubens Verbrecherisches getan. Wenn wir sehen, was sich in Nordirland abspielt im Namen zweier christlicher Religionsgemeinschaften, dann müssen wir sagen: wir haben gar keinen Grund, mit Fingern auf Andere zu zeigen.

Ich möchte dafür plädieren, dass wir Internationalität, dass wir die Öffnung, die wir brauchen, als Chance begreifen. Als Chance, uns besser zu verstehen und mehr voneinander zu wissen. Als Möglichkeit, urteilen zu können statt Vorurteile zu haben über die Unterschiedlichkeiten, über die Vielfalt, die es auf dieser Welt gibt. Vorurteile haben in der Vergangenheit immer zu Fehleinschätzungen geführt; in der Zukunft wird dies nicht anders sein. Unser gemeinsames Bemühen um Internationalität ist Ausdruck eines wichtigen, legitimen und notwendigen Interesses daran, weltweite Kontakte zu haben und Menschen, mit denen man schon einmal zu tun hatte, immer wieder zu begegnen. Denn es sind diese Menschen, die - ohne dass sie ihre eigene Kultur in Frage stellen - wissen: wie sieht's denn dort in Deutschland, wie sieht's denn dort in Europa aus, wie denkt man dort, welche Erfahrungen kann man dort machen. Ein solches Potential als Ergebnis der Bemühungen um internationale Zusammenarbeit weltweit vorzufinden ist eine riesige Chance. Und umgekehrt gilt dies natürlich auch für die Menschen dort hinsichtlich der Möglichkeiten, hier aktiv tätig zu sein.

Es muss in unserem Interesse sein, dass wir gemeinsam an der zentralen Herausforderung der Zukunft arbeiten, nämlich daran, mehr Menschlich-

keit in dieser Welt zur Geltung zu bringen. In diesem Sinne: Ich freue mich, dass Sie da sind, ich wünsche Ihnen viel Erfolg für diese Konferenz und möchte Ihnen bereits heute die herzlichen Grüße meines Kollegen, Professor Doktor Jürgen Zöllner, überbringen, der morgen bei Ihnen zu Gast sein und mit Ihnen diskutieren wird. Alles Gute, viel Erfolg für diese Konferenz!

Gerd Köhler,
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) - Leiter des Vor-
standsbereichs Hochschule und Forschung

Eröffnung



**Sehr verehrter Ministerpräsident, lieber Kurt Beck,
Herr Vize-Präsident der Universität Mainz,
meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!**

Lassen Sie mich beginnen mit dem herzlichen Dank an den Schirmherrn unserer Veranstaltung, den Präsidenten des Bundesrates und Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, Herrn Kurt Beck. Mein Dank geht weiterhin an Herrn Professor Doktor Druwe, den Vize-Präsidenten der gastgebenden Johannes Gutenberg-Universität in Mainz und besonders an den Vorsitzenden des World University Service, Doktor Kambiz Ghawami, mit dem ich seit mehr als 20 Jahren in Fragen der internationalen Hochschul- und Forschungspolitik sehr eng zusammenarbeite. Ich denke, dass die Kooperation zwischen World University Service und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft viel dazu beigetragen hat, dass internationale Fragen der deutschen Hochschul- und Forschungspolitik in den Gewerkschaften breite Unterstützung finden.

Unsere Tagung, die wir vor etwa einem halben Jahr geplant haben, hat durch die Ereignisse des 11. September 2001 in den Vereinigten Staaten an Aktualität, an trauriger Aktualität gewonnen. Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse sollte uns diese Zusammenkunft Anlass sein, mit küh-

lem Kopf und sehr differenziert zu beurteilen, was dort geschehen ist. Wir wollen an unserer Forderung nach einer Internationalisierung der deutschen Hochschulen auch und gerade in schwierigen Zeiten festhalten. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass der offenkundig verbrecherische Missbrauch des Gastrechts an deutschen Hochschulen durch einige wenige ausländische Studierende diese internationale Öffnung der Hochschulen nicht gefährdet. Wir haben viele Jahre zusammen an diesen Fragen gearbeitet, haben uns bemüht, die ausländerrechtlichen Restriktionen, die über viele Jahre die Verhältnisse an den Hochschulen bestimmt haben, abzubauen und zu überwinden. Was wir erreicht haben, darf durch die Ereignisse des 11. September 2001 nicht in Frage gestellt werden. Wir müssen den eigenen Blickwinkel weiten, wir müssen sehen, dass wir von den Nachbarn lernen können, von den Nachbarn in der Nähe, aber auch von denen, die weiter entfernt sind, in anderen Kontinenten. Mit ihnen wollen wir in Lehre und Forschung zusammenarbeiten, als Studierende, als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die überwältigende Resonanz auf diese Tagung zeigt mir, dass der Kreis groß ist, der sich in diesem Sinne auch in Zukunft engagieren will.

Meine Aufforderung an die Landesregierungen, an die zuständigen Wissenschafts- und Kultusministerinnen und Kultusminister, an Rektoren und Präsidenten der Hochschulen: stellen wir uns demonstrativ vor die Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die vom Ausland an unsere Hochschulen kommen. Schützen wir sie gemeinsam gegen pauschale Diffamierungen. Versuchen wir, in dieser Zeit die ernsthafte Gelassenheit zu bewahren, die wir brauchen, um auch weiterhin kooperieren zu können. Lassen Sie uns gemeinsam den ausländischen Kolleginnen und Kollegen sagen, dass sie in unserem Land willkommen sind, dass wir mit ihnen und von ihnen lernen wollen.

Ich denke, dass solche demonstrativen Aktionen auch deswegen notwendig sind, weil die Rasterfahndungen in den letzten Tagen große Verunsicherung bei den Betroffenen hervorgerufen haben. Ich denke, in den Hochschulen muss jetzt darüber nachgedacht werden, wie man mit der allgemeinen Verunsicherung umgeht, was mit den gesammelten Daten passieren, wie sie verwertet und auch wieder gelöscht werden sollen. Die Integrität der Unschuldigen muss wieder hergestellt werden.

GEW und WUS wollen mit ihrer Tagung für eine Fortsetzung der Internationalisierung der Hochschulen werben, aber auch auf Fehlentwicklungen

gen hinweisen. GEW und WUS begrüßen, dass sich viele Hochschulen in langen Diskussionen um Leitbilder und Zielvereinbarungen für eine Intensivierung des Austauschs von Studierenden und Wissenschaftler/innen ausgesprochen haben. Herr Professor Druwe hat darauf hingewiesen: die Hochschulen sind bemüht, neue Lehrpläne zu entwickeln, die internationalen Aspekten in den Curricula, beispielsweise der Geschichtswissenschaft, der Geographie oder den Wirtschaftswissenschaften, mehr Raum geben. Sie sind bemüht, all das, was weltweit wissenschaftlich gearbeitet wird, aufzugreifen und damit nationale Enge zu überwinden. Wir begrüßen, dass sich viele Fachbereiche daran gemacht haben, Studienstrukturen und Studieninhalte zu internationalisieren. Ich sage Internationalisieren, auch wenn im Rahmen des Bologna-Prozesses von der Europäisierung gesprochen wird. Ich denke, dass wir aus weiterer Perspektive sehen müssen, was nicht heißt, dass wir nicht auf die Besonderheiten der europäischen Einigung eingehen müssen.

Wir begrüßen, dass viele Wissenschaftseinrichtungen seit langer Zeit dabei sind, die internationale Kooperation im Forschungsbereich auszubauen. Wir begrüßen, dass sich Bund und Länder mit den Wissenschaftsorganisationen darauf verständigt haben, die Attraktivität des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Deutschland durch die GATE-Initiative zu erhöhen. Und - ich denke schon, dass das ein wichtiger Meilenstein ist - wir begrüßen auch, dass die Zuwanderungskommission der Bundesregierung Vorschläge gemacht hat, die Zu- und Einwanderung in unser Land zu erleichtern, Hemmnisse im Ausländerrecht abzubauen und dafür zu sorgen, dass die Diskriminierung von Ausländerinnen und Ausländern in unserem Land unterbleibt. Der Entwurf des Bundesinnenministeriums für ein Zuwanderungsgesetz unterstreicht diese Entwicklung.

Aber lassen Sie mich auch ein paar kritische Worte hinzufügen. Ich finde Vieles, was bislang im Rahmen der GATE-Initiative gemacht worden ist, noch zu oberflächlich. Mit bunten Internetseiten, Hochglanzbroschüren und dem Besuch von Bildungsmessen in fernen Ländern allein wird eine nachhaltige Internationalisierung nicht zu erreichen sein. Es muss sich etwas in den Köpfen verändern. Und dafür ist der offene Dialog zwischen allen Beteiligten erforderlich. Mein Eindruck ist, dass die Studierenden und Wissenschaftler/innen bislang nicht angemessen an den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen über ihre Zukunft beteiligt sind. Die GATE-Initiative sollte durch neue Formen der Partizipation weiterentwickelt werden.

Ich will einen zweiten kritischen Punkt aufgreifen. Es wird ständig vom ‚Kampf um die besten Köpfe‘ gesprochen. Ich fürchte, dass diejenigen, die das propagieren, vergessen, dass jeder Gewinn für eine deutsche Hochschule den Verlust für eine ausländische Hochschule bedeutet. *Brain gain* für die einen heißt immer *brain drain* für die anderen. Und wenn wir wollen, dass wir in einer Welt leben, wenn wir wollen, dass die südliche Halbkugel faire Entwicklungschancen hat, wenn wir wollen, dass die mittel- und osteuropäischen Staaten, die in die Europäische Union hineinkommen wollen, faire Entwicklungschancen haben sollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass wir nicht rücksichtslos aufkaufen, was zu kaufen ist. Wir müssen darauf achten, dass ein fairer Ausgleich zwischen den Ländern stattfindet und dabei die Voraussetzungen für beiderseitige Entwicklung erhalten oder geschaffen werden.

Mein dritter Punkt betrifft die Verhandlungen über die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen, die von der Welthandelsorganisation WTO weitgehend hinter verschlossenen Türen geführt werden. Im Rahmen dieser Verhandlungen spielt der Bereich Bildung und Wissenschaft künftig eine große Rolle. Die GEW will nicht, dass Bildung als Ware gehandelt wird. Die Gewerkschaften wollen nicht, dass die Privatisierung von Bildung und Wissenschaft noch größere Ausmaße einnimmt, als das gegenwärtig schon der Fall ist. Denn wir wissen, dass Viele - wenn Bildung als Ware gehandelt wird, wenn dafür Preise zu zahlen sind - vom Zugang zu dieser Bildung ausgeschlossen werden. Wir wollen, dass demokratische und soziale Entwicklung nicht nur in unserem Land, sondern auch in anderen Ländern stattfindet. Wir wollen, dass diese Entwicklung demokratisch und friedlich vor sich geht. Wir wollen, dass die Beteiligten in die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Eine solche Partizipation setzt Bildung voraus. Deswegen muss der Zugang zu Bildung frei sein! Das hat auch die dritte Weltkonferenz der Bildungsinternationalen - der weltweite Zusammenschluss der Gewerkschaften, die im Bereich Bildung, Erziehung und Wissenschaft arbeiten - im Juli diesen Jahres in Thailand festgestellt. Die Bildungsinternationale repräsentiert heute weltweit rund 25 Millionen im Bildungsbereich Beschäftigte. Sie sollte mehr Gehör finden bei den Verhandlungen, die von der WTO über ein ‚General Agreement on Trade in Services‘ - kurz GATS genannt - geführt werden. Denn diese Verhandlungen werden enorme Auswirkungen auf die Situation in den Bildungseinrichtungen in unserem Land und in den Ländern des Südens haben.

Ich bedanke mich dafür, dass Sie alle gekommen sind, und ich wünsche uns, dass wir zwei Tage voller konstruktiver Diskussion verbringen werden. Lassen Sie uns einen demokratischen Akzent in schwierigen Zeiten setzen. Vielen Dank.

*Dr. Kambiz Ghawami,
Vorsitzender des World University Service (WUS) - Deutsches Komitee*

Eröffnung



Sehr verehrter Herr Präsident des Bundesrates,
Herr Vizepräsident der Johannes Gutenberg-Universität Mainz,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es freut mich sehr, dass wir hier in Mainz zu Gast sein dürfen und dass abermals die Möglichkeit besteht, in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt entscheidende Weichenstellungen für die Neuausrichtung der Diskussion um die Internationalisierung der Hochschulen vorzunehmen. Rheinland-Pfalz und rheinland-pfälzische Politiker haben in der Vergangenheit immer wieder entscheidenden Einfluss auf die Ausgestaltung der Internationalität der deutschen Hochschulen genommen.

1981 hat Doktor Hanna Renate Laurien, die damalige rheinland-pfälzische Kultusministerin und Präsidentin der Kultusministerkonferenz an vorderster Stelle dazu beigetragen, den bis dahin geltenden Konsens zur komplementären Aufnahme ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen aufzukündigen. Dieser aus den schlimmen Erfahrungen der eigenen Geschichte erwachsene Konsens sah vor, in Deutschland all jenen eine Studienmöglichkeit zu eröffnen, denen der Zugang zu den Hochschulen in ihren Herkunftsländern versperrt war. 1981 wurde dann festgelegt, dass nur noch diejenigen in Deutschland studieren sollen, die

auch zu Hause einen Studienplatz nachweisen können. Es wurde also etwas verlangt, was objektiv nicht einlösbar war, denn zum Beispiel im Iran waren die Hochschulen nach der sogenannten islamischen Revolution allesamt geschlossen und in der Türkei wurde Tausenden von Studierenden der Zugang zu den Hochschulen aus politischen Gründen verweigert. Es gab seinerzeit dort eine Militärdiktatur. Für diese Menschen war der Zugang zu deutschen Hochschulen nach 1981 versperrt.

Nach dem Antritt eines Bundeskanzlers, der aus Rheinland-Pfalz stammt und der hier in Mainz eine ganze Zeit lang das Amt des Ministerpräsidenten innehatte, war es eine der ersten Amtshandlungen der neuen Bundesregierung, die Türen nach Deutschland noch weiter zu schließen. Unter der Federführung des seinerzeitigen Innenministers Friedrich Zimmermann wurden schon in den Monaten Oktober bis Dezember 1982 ausländerrechtliche Neuregelungen getroffen, die dazu führten, dass Studieninteressierte trotz Zulassungsbescheid einer deutschen Hochschule faktisch nicht mehr in die Bundesrepublik Deutschland einreisen konnten. Damals wurde ein auf Abschottung bedachter Politikansatz verfolgt, der zur Provinzialisierung der Hochschulen sehr viel mehr beitrug als zu ihrer Internationalisierung.

Damals haben der World University Service gemeinsam mit der GEW, mit den evangelischen und katholischen Hochschulgemeinden, mit den Asten, mit den Präsidenten und Rektoren der Hochschulen deutlich gemacht, dass dies eine sehr kurzsichtige und unvernünftige Politik ist, die letztendlich Deutschland, dem Hochschulstandort Deutschland, dem Wirtschaftsstandort Deutschland mehr schadet als nützt. Damals waren wir zwar keine Minderheit, aber mit unseren Positionen nicht stark genug, um eine verfehlte Politik grundlegend zu ändern. Wir haben in den folgenden Jahren gemeinsam mit der GEW und bis zur deutschen Wiedervereinigung auch mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz immer wieder Argumente und Überlegungen vorgetragen, wie diese Provinzialität überwunden und die Internationalisierung der Hochschulen vorangetrieben werden kann.

Aber auch die Neufassung des Ausländerrechtes 1991 hat leider nicht dazu geführt, dass ein weltoffenes Klima entstehen konnte, dass die Hochschulen von sich aus jene Studierenden aus aller Welt einladen konnten, die hier studieren wollten. Das neue Ausländerrecht setzte abermals Einschränkungen an die erste Stelle. Den Hochschulen, die We-

ge aufzeigten, wie die Zulassungsregelungen - speziell für diejenigen, die ein Visum brauchten - vereinfacht werden könnten, wurde kein Gehör geschenkt. Es brauchte immerhin sieben Jahre, bis sich Bund und Länder auf Verwaltungsvorschriften der Paragraphen 28 und 29 des Ausländergesetzes, die das Ausländerstudium in der Bundesrepublik Deutschland regeln, einigen konnten. Hier hat das Land Rheinland-Pfalz in den 90er Jahren, auch unter der Regierung des Ministerpräsidenten Herrn Beck, entscheidend dazu beigetragen, dass endlich ein vernünftiger Konsens zu Stande kam. Sieben Jahre Arbeit, um ganze zwei Paragraphen des heute immer noch gültigen Ausländerrechtes mit Verwaltungsvorschriften zu versehen. Alle übrigen Passagen hatten dem immer noch und werden wahrscheinlich nie bundeseinheitliche Verwaltungsvorschriften bekommen.

Wir hoffen sehr, dass die Vorschläge, die die Bundesregierung unter der Federführung des Bundesinnenministers Otto Schily jetzt vorgelegt hat, zu weiteren Verbesserungen führen werden. Ein Teil der gemeinsamen Forderungen von GEW und WUS sind in den Entwurf eines Zuwanderungsgesetzes aufgenommen worden, ein Teil bedarf noch der Klärung im Detail. Daher meine Damen und Herren freut es mich, dass wir heute unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Bundesrates und Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz in Mainz tagen können, um von hier, von Rheinland-Pfalz aus, deutliche Signale und eine deutliche Positionsbestimmung in die Republik auszusenden, wie wir uns eine Internationalisierung der Hochschulen vorstellen.

Ermutigt sind wir, dass es seit 1949, seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, erstmalig gelungen ist, einen Bundesratspräsidenten für eine solche Konferenz als Schirmherren zu gewinnen. Wir hatten schon Kanzler, wir hatten schon Bundespräsidenten, aber wir sind der Überzeugung, dass Hochschulfragen Angelegenheiten der Länder sind. Deswegen auch die Bitte nicht in erster Linie an den Ministerpräsidenten, sondern an den Bundesratspräsidenten, die Schirmherrschaft und die Eröffnung dieser Hochschulkonferenz zu übernehmen. Er untermalt damit deutlich, dass die Länder den Weg bereiten wollen dafür, dass die Hochschulen internationaler werden können.

Es muss selbstverständlich werden, dass die deutschen Hochschulen ausländische Studierende und ausländische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen brauchen. Lassen sie uns unsere Konferenz in diesem

Sinne von folgendem Gedanken leiten - vielleicht werden Sie sich an den Menschen erinnern, der uns für unsere Zusammenkunft etwas wichtiges mit auf den Weg gegeben hat, als er sagte:

„Die zukünftigen Generationen brauchten nicht nur wirtschaftliche Lösungen. Hinzu kommen müssen neue Ideen, um sie zu inspirieren, Hoffnungen, um sie zu ermutigen und erste Schritte, um die Ideen und Hoffnungen umzusetzen. Was gebraucht wird, ist ein neuer Glaube an den Menschen, an seine Würde und an seine fundamentalen Rechte. Ein Glaube an die Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden, gegenseitigen Respekt, an Liebe und Freigiebigkeit, an Vernunft statt an Gewalt.“

Dies mahnt kein Geringerer an als ein Flüchtling, ein Exilant, ein Friedensnobelpreisträger, ein Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission und Kanzler der Bundesrepublik Deutschland Willy Brandt. Gerade nach den Ereignissen des 11. September sind diese Gedanken, diese Mahnungen mehr als aktuell.

Sehr geehrter Herr Präsident des Bundesrates, Herr Ministerpräsident Beck, erlauben Sie mir einige Worte des Dankes an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei und des Bundesrates in Berlin, die uns bei der Vorbereitung dieser Konferenz tatkräftig unterstützt haben. Dank auch an die Universität Mainz, an den Leiter des Akademischen Auslandsamtes, Herrn von Henkel und seine Mitarbeiterin Frau Mohr, an Frau Münster von der Organisationsabteilung der Universität, an den deutsch-iranischen Kunst- und Kulturverein und an Herrn Klemm vom Studentenwerk Mainz.

Dank gebührt natürlich auch dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, das diese Konferenz - neben dem ASIA der Universität Mainz, dem Land Rheinland-Pfalz sowie dem Bildungs- und Förderungswerk der GEW - finanziell unterstützt sowie natürlich allen Referenten und Referentinnen und Moderatorinnen und Moderatoren, die sich freundlicherweise bereit erklärt haben, an dieser Konferenz mitzuwirken. Wir wären allerdings alle heute hier nicht versammelt, wenn es nicht die Idee und den Anstoß zu dieser Konferenz von Herrn Mehdi Jafari Gorzini, unserem Vorstandsmitglied im WUS, gegeben hätte. Ihm gebührt unser aller herzlicher Dank.

Ihnen, Herr Bundesratspräsident Beck, darf ich als Erinnerung an unsere Konferenz und als Zeichen der weltweiten Seelenverwandtschaft zwischen Rheinland-Pfälzern und Iranern - Sie wissen, nicht nur Herr Gorzini, sondern auch ich komme aus dem Iran - ein Buch unseres großen iranischen Poeten des 11. Jahrhunderts überreichen. Khayyam war ein großer Liebhaber des Weines, was er in seinen Gedichten zum Ausdruck bringt, und er war ein großer Freund der Menschen. Und diese Vorlieben werden von den Menschen in Rheinland-Pfalz geteilt. In diesem Sinne: Nochmals ganz herzlichen Dank!

Geschichte und Perspektive des Ausländerstudiums



Gliederung

30 Minuten sind kurz, wenn es darum geht, sich sowohl mit der Geschichte als auch den Perspektiven des Ausländerstudiums in Deutschland auseinander zu setzen. Ich habe mich deshalb entschieden, Ihnen insgesamt eher Plakatives als Exaktes zu präsentieren, und, was die Zukunft des Ausländerstudiums angeht, darzustellen was sein sollte, statt darüber zu spekulieren, was sein könnte.

Meine Gliederung folgt dem Schema: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Unter der Überschrift ‚Geschichte‘ (Vergangenheit) möchte ich Ihren Blick auf die Erscheinungsformen des Ausländerstudiums in Deutschland nach 1945 lenken und diese Erscheinungsformen ein wenig kommentieren. Im zweiten Abschnitt, ‚Gegenwart‘, möchte ich untersuchen, was aktuelle Trends, die mit Schlagworten wie ‚Internationalisierung‘, ‚Marketing‘ und ‚Alumni‘ überschrieben sind, für das Ausländerstudium bedeuten, und schließlich möchte ich in einem dritten Teil den Versuch unternehmen, Anforderungen an eine Programmatik des Ausländerstudiums der Zukunft zu formulieren.

I. Geschichte

Mit Wohlgefallen, aber auch mit Überraschung sahen die deutschen Hochschulen nach 1945, dass die ausländischen Studierenden und Wissenschaftler zu ihnen zurückkehrten. Dies waren einmal die Amerikaner, Briten, Franzosen, Japaner und andere, die in Deutschland kulturbezogene Kurzstudienaufenthalte verbringen wollten, und dafür traditionelle Hochschulorte mit einem gewissen touristischen Flair bevorzugten, wie etwa Bonn, Freiburg, Heidelberg und Tübingen.

Es kam aber auch wieder die Gruppe der westeuropäischen Nachbarn, derjenigen aus Belgien, Luxemburg und den Niederlanden, die wegen der geographischen Nähe die Möglichkeit des Studiums, vor allem des Ingenieurstudiums, an Hochschulorten wie Aachen und Karlsruhe, nutzten.

Und schließlich funktionierten auch wieder der DAAD und andere Fördereinrichtungen, die Stipendiaten aus nahezu allen Ländern der Erde, früh schon aus dem damaligen Ostblock, ohne Festlegung auf bestimmte Fachrichtungen, ins Land brachten, allerdings eine ziemlich lange Zeit noch ohne Einbeziehung der Fachhochschulen.

Hauptsächlich erschien aber ein neuer Typ des ausländischen Studierenden an den deutschen Hochschulen, nämlich der, der von politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen in seiner Herkunftsregion zum Studium im Ausland getrieben, Deutschland als günstigen Bildungsstandort entdeckt hatte. Im folgenden erwähne ich einige nationale Gruppen zusammen mit den Ereignissen und Phänomenen, die deren Anteil in der Ausländerstatistik deutscher Hochschulen deutlich haben ansteigen lassen:

- Ungarn 1956: Unterdrückung des Volksaufstandes.
- Koreaner ab 1965: Unter den als Arbeitskräfte für den deutschen Bergbau Angeworbenen

waren viele Akademiker, die nach Abschluss einer Bergarbeitertätigkeit die Chance nutzten, ein Studium in Deutschland aufzunehmen.

- Iraner, vor allem 1965 und 1973: Der politische Wandel vom Schahregime zu den Islamisten veranlasste Wellen von jeweils anders Denkenden, ihre höheren Bildungsabsichten im Ausland zu realisieren.
- Griechen 1967: Die Errichtung einer Diktatur veranlasste viele griechische Schulabsolventen zunächst nach Italien, dann aber auch in großer Zahl nach Deutschland zu gehen, weil sich in Folge der Anwerbung von griechischen Arbeitnehmern bereits seit 1960 viele griechischen Familien und Gruppierungen in Deutschland befanden.
- Tschechen und Slowaken 1968: In Folge der Invasion ihres Landes durch den Warschauer Pakt wechselten sie in großer Zahl von ihren Hochschulen auf deutsche über.
- Die indonesische Studierendenschaft verdanken die deutschen Hochschulen in erster Linie dem West Irian-Konflikt zwischen Indonesien und den Niederlanden. Dieser Konflikt, der mit der Annexion West-Irians endete, schwelte zwischen 1963 und 1969, und diesem Konflikt verdankt meine Hochschule den Absolventen, auf den bis vor kurzem jeder Rektor der RWTH Aachen als das herausragende Beispiel für die erfolgreiche Hervorbringung von internationalen Führungskräften verwiesen hat: Dr. Bahruddin Habibie, den ehemaligen Technologieminister und Ministerpräsidenten der Republik Indonesien, außer acht lassend, das ‚Rudi‘, wie wir ihn als Studenten nannten, kam, weil er aus Holland weg musste, und nicht weil er unbedingt nach Aachen wollte.

Weiter ging es mit

- den Chilenen, die in Folge des Sturzes von Allende durch Pinochet ab 1974 nach Deutschland kamen.
- Ein skurriles Beispiel der ‚Gewinnung‘ ausländischer Studierender war zwischendurch die Aktion der Abwerbung afrikanischer Studierender im Ostblock durch die Otto-Benecke Stiftung Ende der 70er Jahre. So viel ich mich erinnere, hat keiner von diesen mit einem OBS-Stipendium ausgestatteten Studierenden an meiner Hochschule je einen Studienabschluss geschafft.
- Aktuell haben wir das Phänomen des Zustroms von Marokkanern, verursacht durch die Verweigerung von Studienplätzen für diese nationale Gruppe in Frankreich.
- Wir verzeichnen gegenwärtig auch einen Massenandrang chinesischer Bewerber, die - weil heute die Ausreise für Bildungssuchende liberalisiert ist - versuchen, eine westliche Hochschulqualifikation zu erlangen, um damit ihre Jobchancen zu verbessern.

Außer Betracht lasse ich die Kinder der zwischen 1961 und 1968 angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer, die heute als Bildungsinländer mit etwa 30 Prozent in den Statistiken der Hochschulen erscheinen, allen voran diejenigen türkischer Nationalität.

Außer Betracht bei meiner Auseinandersetzung mit dem Thema Ausländerstudium lasse ich auch die EU-Austauschstudierenden, die seit 1990 in Deutschland kurze Studienabschnitte ableisten, um die hier gewonnenen Credits in das Heimatland zu transferieren.

Ausländer kommen nicht wegen der Qualität der Hochschulbildungsangebote nach Deutschland

Angesichts solcher Erscheinungsformen des Ausländerstudiums werden sie meiner Feststellung zustimmen, dass die Mehrheit der ausländischen Studierenden nach dem zweiten Weltkrieg aufgrund von Pushfaktoren zum Studium nach Deutschland gekommen ist. Wenn dabei bestimmte Konditionen als Pullfaktoren wirksam waren, dann waren es die Zugangsfreiheit zum Studium, die Gebührenfreiheit und die Anziehungskraft schon in Deutschland lebender Landsleute. Wesentlich für uns Deutsche muss dabei die Erkenntnis sein, dass nicht ein Vertrauen in die Qualität deutscher Studiengänge der wesentliche Grund für die Wiederentstehung des Ausländerstudiums nach dem 2. Weltkrieg war. Dies müssen wir, ohne weiter auf ‚Push‘ und ‚Pull‘ einzugehen, alleine schon aus der Tatsache schließen, dass die ausländischen Studierenden, die zu uns kamen und kommen, sich als extrem uninformiert über die Studienbedingungen an deutschen Hochschulen erweisen. So ist z.B. ‚Akademische Freiheit‘ eine Systemeigenschaft, von deren Auswirkungen auf die Studienorganisation Ausländer sich in hohem Maße überrascht, und zwar negativ überrascht zeigen.

Statt eines Konzeptes für das Ausländerstudium, nur Reaktion auf das Ausländerstudium

Das deutsche Hochschulbildungssystem hat, das kann man sagen, im übrigen auf das Phänomen des neuen Ausländerstudiums nur reagiert, ohne zu agieren, ohne ein Konzept für das Ausländerstudium zu entwickeln, denn es hatte, wie gesagt, die Ausländer nicht eingeladen, sondern einfach nur zugelassen, dass sie in Deutschland den Status eines Studierenden einnehmen. Auf das Phänomen Ausländerstudium reagierend führte die deutsche Hochschuladministration Regularien über die Gleichwertigkeit bzw. Ungleichwertigkeit ausländischer Hochschulzugangsberechtigungen ein, herausgebracht von der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen bei der Kultusministerkonferenz. Auf die Sprachdefizite der Ausländer reagierten die Hochschulen in unterschiedlicher Weise mit der Einrichtung von Deutschkursen und Deutschprüfungen, wobei es

erst allmählich gelang, die Anforderungen an die sprachliche Studierfähigkeit in einer bundesweit wirksamen Ordnung für eine Sprachprüfung (heute: Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang) zu harmonisieren.

**Ausländer-
betreuung zur
Kompensation
von Defiziten in
der deutschen
Studienorganisa-
tion**

Akademische Auslandsämter wurden eingerichtet, und zwar zunächst an den Hochschulen mit großen Ausländerzahlen. Ihre originäre Aufgabe war die Unterstützung der Ausländer bei der Überwindung von Studienschwierigkeiten; ich würde heute sagen: Sie leisteten und leisten immer noch Betreuung zum Zwecke der Kompensation der generellen Defizite in der Studienorganisation deutscher Hochschulen, die am Phänomen des Ausländerstudiums besonders deutlich sichtbar werden.

Eingerichtet wurden auch die Studienkollegs, deren Aufgabe es war und ist, die Vorbildung von ausländischen Sekundarschulabsolventen auf das Niveau des deutschen Abiturs zu heben und ihnen nach einer Feststellungsprüfung die Gleichwertigkeit zu bescheinigen. Noch heute steht die für sich gesehen erfolgreiche Arbeit der Studienkollegs unter der Zweckbestimmung der Aufwertung ausländischer Hochschulzugangsberechtigungen, was ihre funktionale Integration in die Hochschulen verhindert.

Wer mehr über Zahlen und Trends im Ausländerstudium erfahren möchte, kann in die sehr informative Broschüre ‚Wissenschaft weltoffen - Internationalität von Studium und Forschung in Deutschland‘ schauen, vor kurzem herausgegeben vom DAAD in Kooperation mit HIS, erschienen im Bertelsmann Verlag, Bielefeld.

2. Gegenwart

Ich komme zum zweiten Abschnitt, in dem ich darlegen will, welche Bedeutung der gegenwärtige Trend zur Internationalisierung der deutschen Hochschulbildung und das internationale Bildungsmarketing für das Ausländerstudium haben. Dabei möchte ich auch auf Konsequenzen hinweisen, die aus der Entdeckung des ‚Alumni‘ durch die deutschen Hochschulen resultieren.

Was heißt eigentlich Internationalisierung bezogen auf ein Bildungssystem?

Bildung ist Teil der Kultur. Diese, einschließlich des zugehörigen Bildungssystems, ist naturgemäß national orientiert und determiniert. Nationale Bildungssysteme sind normalerweise nicht kompatibel zu Bildungssystemen anderer Kulturen. Als nationale Bildungssysteme können sie eigentlich nur den angepassten Ausländer als Teilnehmer von Bildungsprogrammen tolerieren. Wer nicht angepasst ist, ist Fremder und fällt in Form von Scheitern aus dem System heraus.

Entsprechend honoriert ein national orientiertes Bildungssystem auch nicht, dass seine eigenen Angehörigen Bildungsergebnisse aus einem ausländischen, fremden System in das eigene System importieren wollen. Für unsere deutschen Studierenden äußert sich dies bis heute immer noch häufig in der Nichtanerkennung von Auslandsstudienleistungen. ‚Fremdgehen‘ wird bestraft.

Internationalisierung ist die Beseitigung der Unfähigkeit eines nationalen Bildungssystems international zu kooperieren und zu konkurrieren

Diese Betrachtung verdeutlicht, wie notwendig die Internationalisierung der nationalen Hochschulbildung im Zeitalter von Europäisierung und Globalisierung ist. Ich definiere Internationalisierung als Herstellung der Fähigkeit, oder deutlicher, als die Beseitigung der Unfähigkeit eines nationalen Bildungssystems, international zu kooperieren und zu konkurrieren. Internationalisierung ist somit weit mehr als die Einführung international gängiger Abschlussbezeichnungen.

Marketing muss dem Bildungsinteressenten den Gewinn verwertbarer Qualifikation versprechen und die positiven Eigenschaften des Prozesses herausstellen, durch den die versprochene Qualifikation erlangt wird

Nun zum Marketing, verstanden als systematische Werbung. Marketing muss dem potentiellen Kunden einen Zugewinn versprechen. Bezogen auf Bildung ist dies der Gewinn einer Qualifikation, und zwar einer Qualifikation, die in der Arbeitswelt verwertet werden kann. Darüber hinaus muss Marketing in der Lage sein, die positiven Eigenschaften des Prozesses darzustellen, der zu dem Gewinn versprochener Qualifikation führt. Die Akteure des Marketing müssen dabei unbedingt berücksichtigen, dass das Attribut ‚positiv‘ als positiv im Sinne des Kunden, nicht im Sinne des Anbieters zu verstehen ist. Wie heißt es? ‚Der Köder muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler!‘ Hier haben die deutschen Hochschulen ein Problem: Bestimmte Eigenschaften der deutschen Hochschulbildung sind aus der Sicht ausländischer Bildungsinteressenten negativ, während sie aus deutscher Sicht eine positive Eigenschaft darstellen. Dies gilt für die schon erwähnte ‚Akademische Freiheit‘ und für die ‚Forschungsorientierung der Professoren‘, erstere von Ausländern als Mangel an Betreuung und Organisation, letztere als mangelndes Engagement des Hochschullehrers für die Lehre und die Studierenden erfahren.

Ich möchte nun noch kurz erörtern, was es mit den Alumni auf sich hat.

Zufriedene Absolventen, Alumni, sind die besten Werbeträger für ein Hochschulbildungssystem

An amerikanischen Hochschulen spielt der Alumni als jemand, der sich dankbar an seine Studienzeit zurück erinnert, eine wichtige Rolle als Förderer und Werbeträger für seine ehemalige Hochschule. US-Hochschulen sind Vorbild, wenn die deutschen Universitäten sich heute darum bemühen, aus ihren Absolventen Alumni zu machen. Mit seiner Rolle als Alumni identifiziert sich aber nur derjenige, der den Abschluss, die Qualifikation, die er bei Studienbeginn anstrebte, auch tatsächlich erreicht hat, und nicht nur das: Nur wer rückblickend zu dem Urteil kommt, dass der Aufwand an Zeit, Energie und finanziellen Mitteln

den er für die Erlangung der Qualifikation treiben musste, angemessen war, wird als Ehemaliger Dankbarkeit gegenüber seiner Herkunftshochschule empfinden. Und schließlich ist für die Entwicklung eines positiven Alumni-Bewusstsein auch von Bedeutung, dass der Betreffende von der durch das Studium erlangten Qualifikation meint sagen zu können, dass diese sich als nützlich erwiesen hat. Nur Hochschulabsolventen, die in Bezug auf diese drei Aspekte (Qualifikation erreicht, Aufwand hat sich gelohnt, Qualifikation verwertbar) zu einem positiven Urteil über ihre Hochschulausbildung kommen, werden als Alumni gerne eine Verbindung zu ihrer ehemaligen Hochschule halten und werden sich dann auch als verlässliche Werbeträger für die Hochschulausbildung, aus der sie kommen, erweisen.

Der Prozentsatz der Ausländer, die erfolgreich ein Studium in Deutschland absolvieren, ist erheblich zu niedrig

Hochschulen müssen deshalb in hohem Maße interessiert sein, per Ausländerstudium internationale Alumni zu produzieren. Dieser Gedanke hat mich veranlasst, einen Blick in die ‚Alumni-Produktion‘ meiner eigenen Hochschule, der RWTH Aachen, zu werfen. Was ich zur Kenntnis nehmen musste, war nicht erfreulich: Von den Anfängern des exemplarisch herausgegriffenen Jahrgangs 1994/95 hatten nach sechs Jahren, also im Jahre 2000, in Diplomstudiengängen (Ingenieur- und Naturwissenschaften) 10 Prozent der Ausländer und 18 Prozent der Deutschen das Studium abgeschlossen. Obwohl dies nur das Ergebnis einer Stichprobe ist, die sich hoffentlich bei genauerer Untersuchung als nicht repräsentativ erweist, muss eine solche Zahl alarmieren. Selbst wenn sich herausstellt, dass nach einem weiteren Studienjahr, also nach sieben Jahren, der Prozentsatz der erfolgreichen ausländischen Absolventen dreimal höher ist, also 30 Prozent, wäre dies ein schlechtes Ergebnis für ein Studiensystem, dem an der internationalen Vermarktung seiner Studienangebote gelegen ist. Im übrigen bewerte ich die Tatsache, dass die RWTH Aachen als eine der ersten Adressen für das Ausländerstudium in Deutsch-

land verlässliche Auskunft über den Studienerfolg ihrer ausländischen Studierenden nicht auf Anrieb geben kann, als Zeichen der geringen Beachtung, die eine deutsche Hochschule ihren ausländischen Studierenden schenkt.

Mein Fazit, gedacht als Impuls - nicht nur für die folgende Diskussion, sondern auch für einen neuen Denkansatz bei der Befassung mit dem Thema Ausländerstudium: Die Beseitigung von aus der Sicht der internationalen Bildungsinteressenten negativen Systemeigenschaften (durch Internationalisierung) und eine daraus resultierende effektivere Alumni-Produktion (Verbesserung des Studienerfolgs der ausländischen Studierenden) liefert die besten Werbeargumente für das internationale Bildungsmarketing.

3. Perspektive

Damit kann ich von der Betrachtung der Gegenwart zur Zukunft übergehen und versuchen, eine Perspektive für das Ausländerstudium der Zukunft aufzuzeigen. Dafür möchte ich das Motto dieser Veranstaltung ‚Internationalisierung der Hochschulen - ohne ausländische Studierende?‘ aufgreifen und für einen Moment sagen: ‚Ja! - Internationalisierung der Hochschulen - ohne ausländische Studierende!‘

**Denkmodell:
Ausländerstudium verbieten!**

Ich bitte sie, mir für einige Minuten in der Vorstellung zu folgen, dass es deutschen Hochschulen grundsätzlich verboten sei, ausländische Studierende aufzunehmen.

Lizenz, für die die Hochschule die Befähigung zur Durchführung von Ausländerstudium nachweisen muss

Stellen Sie sich weiter vor, dass sie für die Berechtigung zur Aufnahme ausländischer Studierender eine Lizenz erwerben müssen, eine Lizenz, die den Nachweis der Befähigung zur effektiven Durchführung von Ausländerstudium voraussetzt. Wie ich zuvor sagte, erlangen in meinem Denkansatz Hochschulen diese Befähigung durch nachhaltige Internationalisierung. Der Erwerb einer solchen Lizenz ist an Bedingungen zu knüpfen, die ich unter der Überschrift ‚Anforderun-

gen an eine Programmatik des Ausländerstudiums der Zukunft' in Form von fünf Segmenten kurz umreißen möchte:

Information und Beratung - umfassend, wirklichkeitsgetreu, kundenfreundlich

- Das Segment der Vorinformation und Beratung, die den ausländischen Bildungsinteressenten geboten wird. Diese Information muss umfassend, wirklichkeitsgetreu und kundenorientiert sein und muss Auskunft geben über Studienanforderungen, Studienbedingungen, Studieninhalte und zu erlangende Qualifikationen. Bezüglich der letzteren muss die Darstellung der zu erlangenden, für die Gesellschaft und die Arbeitswelt nützlichen Kompetenzen im Vordergrund stehen. Wer in Broschüren oder Internetinformationen deutscher Hochschulen hineinschaut, wird bestätigen, dass deren an Ausländer gerichtete Vorinformation diesem Anspruch kaum genügt. Eher sind deutsche Informationen über Hochschulstudium bürokratisch, die Realität beschönigend und in sprachlicher Hinsicht gegenüber Fremden geradezu rücksichtslos.

Zugangssteuerung zwecks Auswahl der Qualifizierten und zur Sicherung von Betreubarkeit und Integration

- Das zweite Segment der Anforderungen an eine Hochschule, die berechtigt sein will, Ausländer aufzunehmen, wäre, dass sie eine Zugangssteuerung eingerichtet hat, die es ihr ermöglicht, über die Feststellung der Zugangsberechtigung hinaus, diejenigen ausländischen Bildungsinteressenten auszuwählen, die fachspezifisch befähigt und motiviert sind, unter den gegebenen Studienbedingungen in einer planmäßigen Zeit zum Studienerfolg zu kommen. Eine solche Zugangssteuerung muss auch leisten, dass die Zahl der aufgenommenen ausländischen Studierenden so begrenzt bleibt, dass das System Hochschule die Betreuung dieser Studierenden stets gewähr-

durch die Zugangssteuerung eine einigermaßen gleichmäßige nationale Verteilung der ausländischen Studierenden erreicht wird, so dass nicht eine Massierung von Studierenden gleicher Herkunft diese zur Bildung von nationalen oder ideologischen Ghettos veranlasst. Prinzip muss sein, die Integration der ausländischen Studierenden in die internationale Studiengemeinschaft einer Hochschule, einer Fakultät, bestmöglich zu erreichen. Vielleicht ist es kein Zufall, dass zur Zeit gerade deutsche Hochschulen verdächtigt werden, den Nährboden für Probleme zu bieten, die sich aus der Isolierung von ausländischen Studierenden ergeben können.

Studiengebühren, Stipendien, Kombination von Studium und Erwerbstätigkeit

- Qualifiziertes Management des Ausländerstudiums durch eine Hochschule verlangt auch ein Finanzkonzept, das einerseits die Ressourcen für den Sonderaufwand, der für die ausländischen Studierenden unbedingt getrieben werden muss, sichert, andererseits die ausreichende finanzielle Absicherung des individuellen ausländischen Studierenden überwacht und unterstützt. Letzteres (die Unterstützung) ist zu realisieren durch ein ausgedehntes Stipendienangebot für bedürftige Qualifizierte (Gelder von Sponsoren, Umwidmung der Mittel für Bildungsmarketing) und die Einrichtung der Möglichkeit, das Studium systematisch als Teilstudium mit paralleler Erwerbstätigkeit zu betreiben.

Betreuung, Monitoring, Integration

- Das vierte Segment der Anforderungen an die ausländerstudiengerechte Hochschule betrifft Betreuung im weitesten Sinne. Eine lizenzierte Hochschule hat in meinem Denkmodell ein System der Vermittlung von Wohnungen für alle ausländischen Studierenden, und zwar besonders für die, die neu ankommen. Sie hat

gute Einführungsprogramme, die Ausländern helfen, über sprachliche, kulturelle und organisatorische Probleme hinwegzukommen. Sie hat, und dies erscheint mir besonders wichtig, ein Monitoring System, also ein System der kontinuierlichen Beobachtung des Studienverlaufs ausländischer Studierender, durch welches frühzeitig und nicht erst nach vielen Studienjahren Problemfälle erkannt werden, um einzugreifen. Sie hat Tutoren, die fachliche Hilfe leisten. In Nordrhein-Westfalen haben wir in diesem Kontext vorgeschlagen, die Studienkollegs als Einrichtungen für das Monitoring und Tutoring der ausländischen Studierenden in die Hochschulen zu integrieren. Insgesamt gewährleistet die lizenzierte Hochschule, dass der ausländische Student während seines gesamten Studiums in die Studiengemeinschaft der Hochschule bzw. der Fakultät integriert ist und bleibt.

**Verbesserung
der Studienorganisation**

- Mein Anforderungskatalog geht dann auf die Studienorganisation ein. Ich will nur kurz aufzählen, was mir nötig erscheint:
 - (a) Curriculumintegrierte Förderung der deutschen Sprachkompetenz.
 - (b) Studienintegrierte Bewertung der Lernergebnisse, d.h. Abschaffung des Prinzips, dass sich der Student nach Absolvieren einer Lehrveranstaltung zur Prüfung noch einmal gesondert meldet.
 - (c) Regelmäßige Evaluation und Publikation der Ergebnisse des Ausländerstudiums, Ausgabe von Nachweisen über erreichte Studienergebnisse in Deutsch und in Englisch in Form des amerikanischen transcripts.
 - (d) Ausgabe eines diploma supplement, das aber nicht, wie es die Rektorenkonferenz vorschlägt, auf das Curriculum des absol-

vierten Studiengangs hinweist, sondern auf die durch das jeweilige Diplom garantierten Qualifikationsattribute der Absolventen - Ich kann hier leider auf dieses wichtige Teilthema nicht ausführlicher eingehen.

Meine Liste der Anforderungen für den Nachweis der Befähigung zur Durchführung von Ausländerstudium ist sicher nicht komplett. Sie ist auch, wie gesagt, Element einer Fiktion und im Rahmen dieser Fiktion würde ich vorschlagen, dass aus der Kultusministerkonferenz (KMK), der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), WUS und GEW ein Lizenzverleihungskomitee gebildet wird, welches dann die perfekte Liste solcher Anforderungen aufstellt.

Gütesiegel für die ausländerstudien-gerechte Hochschule

Machbar wäre vielleicht die Einführung eines Gütesiegels, mit dem Hochschulen bescheinigt wird, dass sie die Befähigung zur Durchführung von Ausländerstudium nachgewiesen haben und wieder würden mir KMK, HRK, DAAD, WUS und GEW als vertrauenswürdige Wächter über die Verleihung eines solchen Gütesiegels erscheinen.

Was ich hier darstelle ist nicht alleine Provokation, um die anschließende Diskussionsrunde zu stimulieren! Ich sage: Das neue und bessere Ausländerstudium ist machbar!

Ich plädiere ernsthaft dafür, Ausländerstudium nur an bestimmten qualifizierten Schwerpunkthochschulen bzw. Schwerpunktfakultäten stattfinden zu lassen.

Ich plädiere ernsthaft dafür, die Mittel für Bildungsmarketing umzuwidmen für effektive Internationalisierung und ein Ausländerstipendienprogramm.

Ich plädiere ernsthaft dafür, die Hochschulen und Fachbereiche in einen Wettbewerb um die Zuerken-

nung des Merkmals einer qualitätsgeprüften Einrichtung für Ausländerstudium zu bringen.

Unbedingt plädiere ich dafür, die Studienkollegs, dort wo sie an Hochschulen angesiedelt sind, in die Hochschulen zu integrieren, um ihnen die Funktionen des Monitoring und Tutoring zu übertragen.

Ich fordere auch, dass die Bundesländer und der DAAD und wer immer Fördermittel für Internationalisierung ausgibt, diese Förderung an das Kriterium des Studienerfolgs der ausländischen Studierenden an der jeweiligen Hochschule beziehungsweise Fakultät knüpft.

Schließlich spreche ich mich dafür aus, dass zukünftig Marketing nur für im zuvor geschilderten Sinne qualitätsgeprüfte Studienprogramme betrieben wird.

Damit komme ich zur kürzestmöglichen Zusammenfassung:

Ausländerstudium als zielorientiertes Programm mit integrierter Qualitätssicherung

Ausländerstudium in Deutschland muss zukünftig als ein zielorientiertes Programm betrieben werden. Das Ziel des Programms ‚Ausländerstudium‘ ist die Hervorbringung eines hohen Prozentsatzes erfolgreicher ausländischer Absolventen. Das Erreichen dieses Zieles ist fortlaufend zu kontrollieren und zu sichern. Jeder ausländische Studierende sei zukünftig ein Programmstudent.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und sage: Packen wir's an!



Podiumsdiskussion

Förderung und Anwerbung ausländischer Studierender



Teilnehmer/innen:

- Nilüfer Bayram, AStA der Johannes Gutenberg-Universität Mainz;
- Stefan Bienefeld, ESIB - The National Unions of Students in Europe;
- Dr. Rolf Hoffmann, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) - Leiter der Arbeitsstelle „Internationales Marketing für Bildung und Wissenschaft“;
- Dietrich Elchlepp, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) - Referat „Grundlagenforschung und wissenschaftlicher Nachwuchs“;
- Albrecht Sanner, DaimlerChrysler AG - Leiter Personal- und Bildungspolitik Konzern;
- Werner Weber, Akademisches Auslandsamt der Rheinisch-Westfälischen Technischen Universität Aachen und
- Gerd Köhler, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Moderation:

- Doris Krohn, World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e.V.

Doris Krohn, World University Service (WUS):

Guten Tag sehr verehrte Konferenzteilnehmerinnen und Konferenzteilnehmer. Ich verzichte darauf, jetzt noch einmal die in Anführungszeichen wichtigen Personen zu nennen und zu begrüßen und möchte mich statt dessen für den schönen Einstieg, für das wunderbare Impulsreferat von Herrn Weber, bedanken. Wir möchten vom Podium aus versuchen, Ihnen weitere Anregungen und Aufregungen zu bieten, um nachher eine sehr konstruktive und fruchtbringende Gesamtdiskussion führen zu können. Vorgesehen haben wir, dass jeder/jede auf dem Podium ein Eingangsstatement abgibt. Ich versuche, so etwas wie eine Impulsfrage zu stellen, auf die der oder die Angesprochene eingehen wird und im Anschluss eröffne ich die Diskussion für das Plenum. Dann werden wir versuchen, in knappen und pointierten Beiträgen eine möglichst gleichberechtigte Auseinandersetzung zu führen. Ich wünsche uns gute zwei Stunden für dieses wichtige Thema.

Meine erste Frage richtet sich an Frau Nilüfer Bayram vom AStA der Universität Mainz. Ich habe mich bewusst entschieden, die ausländischen und die deutschen Studierenden am Anfang zu Wort kommen zu lassen, denn sie sind sonst diejenigen, die immer zuletzt und manchmal auch gar nicht gefragt werden. Ich denke, dass gerade die GEW und der WUS zwei Organisationen sind, die das gerne einmal umkehren möchten. Herr Weber hat gerade eben sehr pointiert herausgearbeitet, dass in dem aktuellen System unserer Hochschulen ausländische Studierende - ich würde die Aussage gerne noch etwas erweitern und sagen Studierende überhaupt - an der Hochschule bislang eher als Störfaktor empfunden wurden. Auf der anderen Seite gibt es jetzt die neue Konzeption der Kundenorientierung, nämlich den Studierenden nicht mehr als Störenfried, sondern als Kunden zu sehen. Nilüfer, ich möchte Sie fragen, wo befinden sich ausländische Studierende in diesem Spannungsfeld?

Nilüfer Bayram, AStA der Johannes Gutenberg-Universität Mainz:

Guten Abend zuerst an alle. Mein Name ist Nilüfer Bayram und ich bedanke mich, dass ich als erste sprechen darf. Über die Aussagen von Herrn Weber wundere ich mich, ich freue mich aber, dass wir damit konfrontiert werden. Ich bin persönlich nicht im Ausland geboren, ich bin in Deutschland geboren, habe also nicht direkt die Erfahrung der Universitätsteilnehmer aus dem Ausland. Ich denke, dass die Aussagen von Herrn Weber nur zum Teil zutreffen. Sicher, es gibt überall Probleme, nirgendwo kann man ohne Probleme leben, ansonsten würde es auch

keinen Krieg geben. Aber ich denke gleichzeitig, dass aus der Bewältigung solcher Probleme auch Erfahrungen erwachsen. Ich weiß nicht, inwieweit Herr Weber eigene Erfahrungen gemacht hat, oder ob er nur Informationen wiedergibt, die er vom Hörensagen oder Ähnlichem kennt. Ich habe jedenfalls die Erfahrung, dass die ausländischen Studierenden hier an meiner Uni sehr bereichernd sind. Nicht nur kulturell bereichernd, sondern auch durch ihre Religionen und Weltanschauungen. Vielleicht sollte sich die deutsche Bevölkerung in dieser Hinsicht einfach mal ein bisschen mehr öffnen.

Doris Krohn, World University Service (WUS):

Ich komme zur anderen Seite des Podiums und bitte Stefan Bienefeld, der Mitglied im Vorstand der National Unions of Students in Europe ist, einmal darzustellen, wie er als stellvertretende studentische Stimme für 35 europäische Länder die aktuelle Situation sieht und welche Perspektiven er erkennt.

Stefan Bienefeld, The National Unions of Students in Europe:

Ich möchte zuvor noch kurz erklären, dass der Verband, den ich hier vertrete, ein europäischer Verband mit Büro in Brüssel ist. Ich selbst studiere in Bielefeld. Wir arbeiten mit 35 Ländern aus Europa zusammen, das sind noch nicht alle Staaten, aber doch die meisten. Probleme haben wir noch, in der früheren Sowjetunion Mitglieder zu finden und auch in Spanien und Griechenland gestaltet sich die Situation ausgesprochen kompliziert, um es vorsichtig zu formulieren. In Bezug auf das Ausländerstudium haben wir zwei unterschiedliche Perspektiven: auf der einen Seite die Mobilitätsprogramme der Europäischen Union, also SOKRATES und ERASMUS, und auf der anderen Seite Studierende, die aus Staaten außerhalb der EU oder außerhalb der SOKRATES-Länder zum Studieren nach Europa kommen. Das Hauptproblem, mit dem wir es in diesem Zusammenhang bei unseren Gesprächen mit Studierenden immer wieder zu tun haben, ist das Finanzierungsproblem. Das gilt auch für SOKRATES- und ERASMUS-Studierende, ganz besonders aber für ausländische Studierende außerhalb dieser Programme. Wie soll man das eigentlich finanzieren, in ein anderes Land zu gehen? Die Realitäten sind da ausgesprochen vielschichtig. Während Studierende aus Schweden - eines unserer Mitgliedsländer - eine vom Einkommen der Eltern unabhängige Förderung bekommen, die sie auch dann weiterbeziehen, wenn sie ins Ausland gehen und dort weiterstudieren, haben wir auch Mitglieder aus Ländern wie Bulgarien, Rumänien oder Weißrussland, in denen

die politischen und sozialen Verhältnisse ein Desaster sind. Dort versucht man mehr schlecht als recht von umgerechnet einem Dollar am Tag zu leben und so etwas wie staatliche finanzielle Förderung für ein Studium ist ein Fremdwort. Es entstehen deshalb massive soziale Probleme, wenn diese Leute nach Deutschland kommen oder nach Großbritannien oder in skandinavische Länder. Wenn dann auch noch Studiengebühren anfallen, wie das in vielen westeuropäischen Ländern ja mittlerweile der Fall ist, dann schlagen diese finanziellen Schwierigkeiten auf alle Lebensbereiche durch: Probleme, eine Wohnung zu finden, Probleme bei Behördengängen, Probleme mit dem Visum, mit der Aufenthaltserlaubnis, mit arbeitsrechtlichen Restriktionen.

Und dann ist es einfach so, dass sich gerade im Hinblick auf die Bundesrepublik Deutschland natürlich auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen auf ausländische Studierende auswirken. Stichwort Rechtsradikalismus. Ich persönlich kenne den Fall einer Studentin mit deutschem Pass, aber indischer Herkunft. Die ZVS hat sie zum Studium nach Greifswald geschickt. Irgendwelche Alternativen oder Härtefallregelungen gab es für sie wegen ihrem deutschen Pass nicht. Sie wurde von Neonazis auf dem Campus verprügelt und hat sich anschließend nicht mehr aus dem Haus getraut. Niemand hat sich dafür zuständig gefühlt, dieser Frau zu helfen; weder das Akademische Auslandsamt der Uni, noch das Ministerium in Mecklenburg-Vorpommern, noch die ZVS, noch irgendwelche anderen Landesministerien, mit denen sie versucht hat, das Problem zu regeln. Sie hat erst nach einem letztlich anderthalb Jahre langen Kampf einen Studienplatz in Düsseldorf zugewiesen bekommen. Dort studiert sie jetzt und fühlt sich auch wieder halbwegs sicher. Das sind Probleme, mit denen Ausländerinnen und Ausländer auch an den Hochschulen konfrontiert werden. Ich glaube deshalb, dass man es in Zukunft schwer haben wird, Ausländerinnen und Ausländer zu einem Studium in Deutschland oder auch in anderen westeuropäischen Ländern zu motivieren, wenn man die Rahmenbedingungen - Herr Weber hat schon darauf hingewiesen - insbesondere mit Blick auf die Betreuung ausländischer Studierender nicht deutlich verbessert.

Doris Krohn, World University Service (WUS):

Schönen Dank! Ich möchte die nächste Frage an Herrn Doktor Hoffmann vom Deutschen Akademischen Austauschdienst richten. Sie sind beim DAAD für das internationale Marketing zuständig. Sie sollten und wollen mit Hochglanzbroschüren hochqualifizierte und hochmotivierte ausländi-

dische Nachwuchskräfte an die Hochschulen holen. Provokant möchte ich mit Michael Daxner fragen: Wie wollen Sie ausländische Gäste in die universitären Lieblosigkeitsstrukturen hereinholen?

Dr. Rolf Hoffmann, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD):

Das ist schon richtig, was der Herr Daxner sagt, zumindest im Ansatz. Die Deutschen lieben ihre Hochschulen nicht, warum sollen die Ausländer sie dann lieben? Mir scheint das etwas sehr Deutsches zu sein. Ich meine, wir lieben uns generell nicht so besonders, wir zweifeln uns zu Tode und wir sehen das Glas eigentlich immer halb leer statt halb voll. Ich glaube, das ist eine Eigenschaft, die wir haben, damit müssen wir leben. Obwohl man da etwas ändern kann, zum Beispiel wenn man länger im Ausland war. Deshalb vergibt der DAAD ja viele, viele Stipendien in Jahr, nämlich rund 60.000.

Lassen Sie mich vielleicht kurz sagen, wie die Situation im Moment ist. Ich will einfach ein paar Zahlen in den Raum werfen: Es gibt in der Welt momentan 1,6 Mio. Studierende und Graduierte pro Jahr, die bereit sind, aus ihrem Heimatland ins Ausland zu gehen. In der Regel sind das übrigens Selbstzahler und keine Leute, die Stipendien brauchen. Von diesen 1,6 Mio. mobilen Menschen gehen über 30 Prozent in die USA, es gehen 10 Prozent nach Deutschland, 12 Prozent nach Großbritannien und 8 Prozent nach Australien. Australien hat aber nur ein Fünftel der Bevölkerung von Deutschland, und ich glaube, Sie sind sich insgesamt einig mit mir, dass die australischen Hochschulen auch nicht erheblich besser sind als die deutschen Hochschulen. Insgesamt also ein Bild - wenn Sie zusammenrechnen - das aufzeigt, dass rund 50 Prozent aller qualifizierten internationalen Studierenden in ein englischsprachiges Land gehen und nur 10 Prozent gehen nach Deutschland. Und das, obwohl wir so gute Hochschulen haben, dass die deutschen Post-Docs wiederum nur zu rund 10 Prozent in die USA abwandern und dort mit Kuschhand genommen werden, weil sie hervorragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind. Die Qualität unseres Hochschulesystems ist - ich muss Werner Weber widersprechen - nämlich gar nicht so schlecht. Insbesondere seine eigene Hochschule, die RWTH Aachen, ist gar nicht so schlecht. Es bleibt mir ein Rätsel, warum nur 10 Prozent der ausländischen Studierenden nach sechs Jahren fertig sind, aber wir werden dieses Rätsel irgendwann gemeinsam lösen, hoffe ich.

Mit anderen Worten: Wir haben eigentlich kaum Anteil an der internationalen Mobilität. Das zunächst mal einfach in den Raum gestellt. Diese Ströme gehen an uns vorbei. Warum gehen die Ströme an uns vorbei? Weil die meisten im Ausland - ich rede jetzt von dem ferneren Ausland, nicht von Europa - das deutsche Hochschulsystem überhaupt nicht kennen. Für die stellt sich überhaupt nicht die Frage, nach Deutschland zu kommen. Sie kennen viel zu wenig von unseren Hochschulen, um zu evaluieren, ob es sinnvoll ist, hier ein Studium aufzunehmen und abzuschließen. Außerdem haben wir - wenn wir es denn versuchen - Probleme beim Verkauf unseres Systems. Werner Weber hat das dankenswerter Weise sehr klar angesprochen: Das sogenannte freie Studium, das wird nirgendwo in der Welt ausreichend geschätzt und gewürdigt. Die meisten Leute wollen sehr schnell und sehr qualifiziert fertig werden und einen Abschluss haben. Das dies auch mit Gebührenfreiheit zusammengehen kann, können sich die meisten nicht vorstellen. Das ist der eine Punkt, der andere ist die Sprache. Wir haben eine Sprache, die für die meisten Menschen Dritt- oder sogar Viertsprache ist. Wir verlangten bisher aber für ein Studium in Deutschland, dass diese Sprache so beherrscht wird, dass ein Bewerber ausgesprochen komplizierte und unterschiedliche Sprachtests bestehen kann. Mittlerweile gibt es den vereinfachten Test, den sogenannten Test-DaF, der immerhin für alle deutschen Hochschulen gilt. Es ist fast schon phänomenal, dass wir das geschafft haben, einen einzigen Test für alle deutschen Hochschulen im Ausland anwenden zu dürfen. Und wir haben als drittes Problem die nicht vorhandene Betreuung. Auch da muss ich Werner Weber Recht geben. Es gibt einfach keine Betreuung, die wir nach draußen sinnvoll verkaufen könnten.

Letztendlich haben wir also drei große Problemfelder: Das eine ist das Produkt selbst, nämlich das, was wir im Ausland verkaufen wollen oder anpreisen wollen als deutsches Hochschulsystem oder als Studiengänge in diesem Hochschulsystem. Die müssen wir verbessern - Stichwort ‚Produktoptimierung‘. Ich kann mich dem, was Werner Weber dazu gesagt hat, nur anschließen. Das zweite sind die Rahmenbedingungen: Wir müssen, wenn wir Studierende aus dem Ausland nach Deutschland holen wollen, ihnen die Aussicht eröffnen, hier in einer deutschen Firma zu arbeiten, zum Beispiel ein Praktikum auch nach dem Studium zu machen, um dann vielleicht ein oder zwei Jahre in Deutschland Fuß zu fassen und danach zurück zu gehen - und zwar mit einem attraktiven Job zum Beispiel in einer international arbeitenden Firma. Und wir müssen dafür sorgen, dass ausländische Studierende in Deutschland auch wäh-

rend des Studiums vernünftig arbeiten können, um sich Geld dazu zu verdienen. Auch das ist momentan in Deutschland nicht möglich, während es in fast allen anderen Ländern durchaus möglich ist. Das dritte Problemfeld ist schlicht und einfach Werbung. Wenn Sie an eine Hochschule in ein weiter entferntes Land gehen, sind wir als Studienstandort dort nicht bekannt. Wir sind zumindest kein ernsthafter Faktor.

Werbung wirkt auch nach Innen. Sie werden jetzt fragen: ‚Warum geben wir das ganze Geld nicht einfach für mehr Stipendien aus oder für die sogenannte Produktoptimierung?‘ Erstens geben wir sehr viel Geld für die Produktoptimierung aus. Gerade legt das BMBF gemeinsam mit uns, der Alexander von Humboldt-Stiftung und anderen eine ganze Menge Sonderprogramme auf, um genau das zu erreichen, was Herr Weber gerade gefordert hat. Und zweitens bewirkt die Werbung nach Innen auch den Zwang zur Reform. Erst dann, wenn ich mich ernsthaft damit auseinandersetzen muss, in irgendeiner Form international agieren zu müssen, weil die Studierendenzahlen zurückgehen, muss ich auch sehen, dass mein Produkt attraktiv ist. Lassen Sie uns das ganz deutlich sagen: In manchen Fächern in Deutschland gehen die Studierendenzahlen drastisch zurück, und zwar zum Beispiel in den für die Industrie wichtigen Fächern. Es muss irgendwo her Nachwuchs kommen. Wenn er nicht von uns kommt, weil nicht mal für uns Deutsche die Hochschulen attraktiv genug sind, dann wird es Zeit, dass wir daran etwas ändern. Es geht letztlich bei der Werbung nicht um Gewinnmaximierung. Wir haben im Gegensatz zu den Engländern oder Amerikanern oder Australiern, die Studierende hauptsächlich anwerben, um damit Geld zu machen, keinen unmittelbaren materiellen Vorteil davon. Die Hochschulsysteme dort - ich komme gerade zurück von einer Reise mit deutschen Kanzlern und Rektoren nach Australien - sind so strukturiert, dass sie über die ausländischen Studierenden mindestens 50 Prozent ihres Hochschulbudgets finanzieren. Das ist nicht unser Ziel. Was wir wollen ist mehr Kooperation, mehr Internationalisierung. Vor allem aber wollen wir die Studierenden, Doktoranden und Post-Docs fit machen für einen Arbeitsmarkt, der - und das ist nun mal so - zunehmend internationaler wird. Die Firmen suchen international erfahrene Leute, und das ist etwas, was wir an deutschen Hochschulen produzieren können und müssen.

Die Hochschulen lernen gerade, sich als Akteur in diesem Markt zu betrachten, und wir müssen dafür sorgen, dass wir die Qualität hochhalten. Ich glaube, das ist das Allerwichtigste: Nur qualitativ attraktive Hoch-

schulen sind letztendlich der Garant für eine gute Position im internationalen Wettbewerb. In fünf bis zehn Jahren werden Hochschulprodukte gehandelt werden. Die Amerikaner haben gerade beantragt, Ausbildungen, Abschlüsse und überhaupt das gesamte Produkt Hochschule dem GATS zu unterwerfen. Das ist ein internationales Handelsabkommen der World Trade Organisation, das von allen wichtigen Industrienationen abgezeichnet werden soll. Es liberalisiert den Handel praktisch mit sämtlichen Gütern. Education und Higher Education würden nach diesem Abkommen in Zukunft als ‚tradeable good‘ genauso gehandelt werden wie Margarine, Eisen und andere Güter. Bildung würde dann keinen staatlichen Qualitätskontrollen mehr unterliegen, keiner nationalen Agentur und keinen nationalen Standards mehr verpflichtet sein. Das ist ein Thema, das wir heute hier nicht diskutieren müssen, aber ich sage Ihnen, das ist für uns alle ein ganz heißes Thema, denn das wird sehr vieles in den Schatten stellen von dem, was wir jetzt betreiben. Vielen Dank.

Doris Krohn, World University Service (WUS):

Vielen Dank, ich glaube, das war reichlich Stoff, den wir gleich diskutieren können. Meine nächste Frage richtet sich aber zuvor an Herrn Elchlepp vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Wir haben vorhin den schweren Vorwurf gehört, die Bundesrepublik habe überhaupt kein Konzept für das Ausländerstudium, sie habe es nie gehabt und habe es auch jetzt nicht. Das Bildungsministerium ist zuständig für die großen Linien. Wollen sie jetzt mit der WTO-Zauberformel ‚Bildung als Ware‘ diesem Defizit entgegenwirken?

Dietrich Elchlepp, Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Ich bin zunächst sehr erfreut, dass der Bund jetzt plötzlich wieder im Geschäft ist. Der Bund mischt mit und zwar sehr gerne. Es ist richtig und notwendig, gerade auch im Hochschulbereich die Kräfte zu bündeln, denn viele werkeln in diesem Bereich vor sich hin: Die Länder, die Wissenschaftsorganisationen, der Bund und und und. Wir versuchen nun, mit einem Marketingkonzept eine bessere Selbstdarstellung und mehr Klarheit zu bringen. Studierwillige aus den sogenannten Drittländern also besser zu informieren. Wir gehen mit diesem Marketingkonzept in die Drittländer und nutzen Messen als Forum für die Darstellung von Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen.

Wir sollten keinesfalls blauäugig sein: Der Kampf um die besten Köpfe in den Industriegesellschaften hat schon längst begonnen. Es würde

nichts bringen, wenn wir uns verpflichten würden, keine Nachwuchswissenschaftler aus den Entwicklungsländern bei uns aufzunehmen, weil die ‚Gefahr‘ besteht, dass sie bei uns bleiben möchten und die Entwicklung der Gesellschaften ihrer Länder damit behindern. Es besteht schließlich auch die Möglichkeit, dass sie nach Abschluss ihrer Ausbildung zurück gehen. Und genau das findet in der Realität auch statt. Dieser Wissensaustausch ist ein ganz wichtiger Motor sowohl für den wissenschaftlichen Fortschritt als auch für den Fortgang der ökonomischen und sozialen Entwicklungen der Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika. Nationen, die sich wissenschaftlich abschließen oder abgeschlossen werden, werden an diesen Entwicklungschancen nicht teilhaben können. Das haben wir in Deutschland in unserer unseligen Vergangenheit selbst erfahren. Ich würde also der These nicht folgen, dass wir jedes Mal und bei jedem Wissenschaftler, den wir aufnehmen, fragen müssen, ob er anderen Ländern verloren geht. Dagegen sprechen auch ganz persönliche Erfahrungen aus meiner zweijährigen Tätigkeit im Bereich der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas. Das Interesse an Kooperation ist ein gegenseitiges.

Was wir tun war die Frage. Wir tun von Bundesseite aus eine ganze Menge. Wir machen und unterstützen ‚GATE Germany‘ und die Kampagne ‚Hi! Potentials‘ und wir geben den Hochschulen sehr viel Geld aus den Erlösen der UMTS-Lizenzen. Bis zu einer Milliarde Mark aus diesen Erlösen sind dafür vorgesehen, die Internationalisierung der Hochschulen voranzubringen. Wir finanzieren auch Teile der jetzt anstehenden Dienstrechtsreform, die viele Möglichkeiten eröffnet, ausländische Wissenschaftler einzuladen zu uns zu kommen und hier zu lehren, hier ihre Erfahrungen an uns weiter zu geben. Wir offerieren internationale Graduiertenkollegs, organisieren gemeinsam mit Polen internationale Nachwuchswissenschaftlergruppen, wir laden Promovierende ein mit uns zusammen in internationalen Graduiertenkollegs zu arbeiten. Wir sind auch in der Diskussion darüber, unsere Begabtenförderungswerke partiell für Studentinnen und Studenten und Promovierende sowohl aus EU-Ländern als auch aus Drittstaaten zu öffnen. Das wird kommen. Wir tun eine ganze Menge, weil wir der festen Meinung sind, dass wir diese Öffnung in Deutschland für Deutschland aber auch für unsere Partnerländer brauchen. Wir müssen – das hat Herr Doktor Hoffmann mit Recht gesagt – den Austausch wesentlich intensivieren.

In der Gastgeberrolle - ich spreche hier auch die Behörden in unserem Land an - sollten wir lernen, besser und sensibler umzugehen mit Menschen, die hier her kommen, um bei uns zu studieren, zu promovieren, zu lehren. Die akademische Freiheit, das wurde mit Recht bereits in den Eingangsstatements angemahnt, wird gerade bei den Behörden, aber auch generell in der Gesellschaft, nicht immer als ein Vorteil, sondern als ein mit großen Unsicherheiten verbundener Nachteil empfunden. Hier herrscht Aufklärungsbedarf. Wir müssen ein besseres Verhältnis mit und zu ausländischen Studierenden und Gästen schaffen. Man muss keine koloniale Vergangenheit haben um zu lernen, mit Ausländern umzugehen, möchte ich bewusst ironisch formulieren. Man muss einfach mit seinen Mitmenschen besser, sensibler umgehen, und man muss lernen, sich besser in die Sensibilitäten der anderen einzuarbeiten. Die Hochschulen haben hier eine Vorreiterfunktion und sollten diese stärker wahrnehmen. Denn es ist auch eine staatspolitische Frage, wie die Völker künftig zusammenleben. Man muss und kann Sensibilität erlernen und erarbeiten. Und wenn man später im Beruf ist, muss man sie anwenden. Dies trägt auch zur Verständigung zwischen den Völkern bei.

Gerade in der jetzigen Situation, die etwas brenzlich ist und in der die Frage aufkommt, ob wir uns diese akademische Freizügigkeit leisten können, sage ich: Wir müssen sie uns leisten! Gerade jetzt! Wir müssen ein Zuwanderungsgesetz - und wir werden hier am Fahrplan auch nach dem 11. September 2001 festhalten - ins Werk setzen, dass Zugangshindernisse im akademischen Bereich beseitigt und Möglichkeiten schafft, damit ein Absolvent aus dem Ausland nicht ausreisen muss, sondern mit Genehmigung des Arbeitsamtes bleiben und unmittelbar nach Abschluss seines Studiums mindestens für eine gewisse Zeit hier arbeiten kann. Wir müssen und werden - da sind wir im Augenblick in der Diskussion mit dem Innenressort und anderen - eine Regelung treffen, damit auch Doktoranden und Postdoktoranden von diesen Öffnungen profitieren können. Auch in diesem Bereich brauchen wir statt Abschottung eine wesentliche Erleichterung.

An all diesen Zielen und Regelungen arbeiten wir und an all diesen Zielen und Regelungen wollen wir trotz der schlimmen Ereignisse in den letzten Wochen festhalten. Ich sage ganz ausdrücklich: Wir müssen unsere wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu der islamischen Welt gerade in diesen Tagen aufrechterhalten und intensivieren. Denn die Probleme werden nur gelöst durch ein besseres Verständnis füreinan-

der und durch Kooperationen, die dem Ziel dienen, Wohlstand für alle zu schaffen. Wenn - und dazu können wir mit unserer Erfahrung in Europa wesentlich beitragen - dieser Wohlstand für alle in allen Teilen dieser Erde geschaffen wird, dann werden sehr viele aktuelle Konfliktherde der Vergangenheit angehören. Vielen Dank.

Doris Krohn, World University Service (WUS):

Vielen Dank, Herr Elchlepp. Meine nächste Frage geht an Herrn Sanner, der zuständig ist für die Personal- und Bildungspolitik bei DaimlerChrysler. Meine Frage an Sie bezieht sich auch auf das zweite Aktionsprogramm des DAAD, das sie, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, in ihren Tagungsunterlagen finden. Der Präsident des DAAD hat den Wunsch und die Erwartung geäußert, dass auch die Wirtschaft sich an der Realisierung dieses umfangreichen Programms beteiligen möge. Meine konkrete Frage an Sie als Vertreter aus der Wirtschaft: Ist da was zu erwarten oder werden Sie sich weiterhin im wesentlichen auf Corporate Universities, also auf Bildung- und Weiterbildung im eigenen Betrieb konzentrieren?

Albrecht Sanner, DaimlerChrysler Aktiengesellschaft:

Zunächst vielen Dank für die Einladung zu dieser Konferenz. Das Thema ist für uns wirklich wichtig, da wir spätestens seit drei Jahren ein internationales Unternehmen sind und schon in den späten 50er Jahren Werke in Argentinien, Brasilien und Südafrika eröffnet haben. Vielleicht vorweg ein paar Daten: In Deutschland hat DaimlerChrysler derzeit rund 160.000 Mitarbeiter. Darunter sind etwa 22.000 Kolleginnen und Kollegen mit ausländischen Pässen. Sie kommen aus 108 verschiedenen Nationen. Wir haben insgesamt rund siebeneinhalbtausend Auszubildende, hierunter ungefähr Tausend mit ausländischem Pass, davon wiederum rund 400 türkische Auszubildende. Schon allein das sensibilisiert uns schon seit längerer Zeit für das Thema Internationalisierung. Gleichzeitig verkaufen wir unsere Produkte in nahezu alle Länder der Welt. Ausnahmen sind soweit ich weiß zur Zeit lediglich Tibet und Kuba. Insofern: Auch in dieser Richtung sind wir international tätig.

Nun zur Frage. Das Thema Internationalisierung und das Thema Zusammenarbeit mit Hochschulen kommt ja nun nicht unbedingt überraschend für uns. Derzeit finanzieren wir allein in Deutschland 13 Stiftungslehrstühle. Wir fangen also nicht erst jetzt an, über Kooperation mit Hochschulen nachzudenken. Einer unserer Kooperationspartner,

Herr Köhler, sitzt neben mir. Wir beteiligen uns auch an den neuen Initiativen zur Gründung privater Hochschulen in Deutschland. Erstens nur deshalb, um bei diesen vielversprechenden Experimenten dabei zu sein und zweitens auch in der Hoffnung, die staatlichen Hochschulen dadurch etwas beweglicher zu machen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die sogenannte ‚Ruckrede‘ des seinerzeitigen Bundespräsidenten Roman Herzog in Berlin vor gut zwei Jahren.

So haben wir reichlich Projekte, wir vergeben – auch international - über eine Stiftung Stipendien an Studierende. Die Frage, ob wir bei dem neuen Programm des DAAD einsteigen, kann ich Ihnen jetzt und hier gar nicht beantworten. Ich will nicht einmal ausschließen, dass wir dort bereits engagiert sind. Da müsste ich meine Kollegen fragen. Aber prinzipiell sind wir jederzeit interessiert an der Zusammenarbeit mit Hochschulen, mit Lehrstühlen in aller Welt. Wir haben beispielsweise eine sogenannte internationale Nachwuchsgruppe mit Stützpunkten in Singapur, Moskau, Polen, den Vereinigten Staaten und natürlich in Stuttgart. Wir mischen da einfach, denn für uns im Unternehmen ist das Thema kulturelle Vielfalt ein Essential, ein wichtiger Bestandteil der Unternehmenskultur und der Innovationskraft des Unternehmens.

Doris Krohn, World University Service (WUS):

Vielen Dank, Herr Sanner. Meine letzte Frage richtet sich an Gerd Köhler, den Vertreter aus dem Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Wir machen an den Hochschulen, für die Hochschulen, mit den Hochschulen unter dem Motto ‚Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung‘ gemeinsam Politik. Du hast dazu vorhin gesprochen und dich zum Beispiel vehement dagegen gewendet, die Bildung als Ware gehandelt zu wissen. In den 70er Jahren gab es entwicklungspolitische Ziele des Hochschulstudiums von Ausländern. Es gab Studiengänge wie zum Beispiel Genossenschaftsökonomie. Es gab bestimmte medizinische Studiengänge für Studierende aus Entwicklungsländern. Was ist daraus geworden und wie sind die Perspektiven in diesen Bereichen? Wie geht mit Bezug zur Weltgesellschaft eine ‚Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung‘?

Gerd Köhler, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW):

Vielen Dank. Ich sage zunächst vielleicht kurz noch etwas zu meinem Hintergrund: Ich bin Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der GEW und dort für den Bereich Hochschule und Forschung zuständig. Ich

habe in den letzten 15 Jahren sowohl auf der europäischen Ebene wie auch in der Bildungsinternationalen - das ist der weltweite Bildungszusammenschluss von Gewerkschaften - gearbeitet und mich mit den Bedingungen von Bildung und Wissenschaft und dem Verhältnis von Bildung und Wissenschaft zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sehr genau beschäftigt. Aus diesem Kontext kommen meine Thesen. Die zentrale Frage ist aus meiner Sicht: Wie gelingt es, möglichst vielen Menschen den Zugang zu Bildung und Wissenschaft zu eröffnen?

Die Forderung der Bildungsinternationale heißt ‚Bildung für alle‘. An diesem Punkt gilt es anzusetzen, wenn zum Beispiel das beurteilt werden soll, was Herr Doktor Hoffmann unter dem Stichwort GATS in unsere Diskussion eingebracht hat. Da gibt es ein sogenanntes ‚General Agreement on Trade of Services‘. Es geht dabei um den Handel mit Dienstleistungen. Diejenigen, die bei der Welthandelsorganisation, beim internationalen Währungsfonds oder bei der Weltbank zu diesen Fragen arbeiten, sagen ganz einfach: ‚Bildung ist eine Dienstleistung‘. Und sie wollen, dass diese Dienstleistung verkauft wird. Auch Herr Doktor Hoffmann hat mehrmals vom Verkaufen gesprochen. Für mich lautet die Frage dann immer: Wer kann die Mittel aufbringen, um diese Ware Bildung kaufen zu können?

Nur ein paar Beispiele: Vor einigen Jahren saßen wir in einer Diskussionsrunde mit Rektoren aus mittel- und osteuropäischen Staaten. Ein Vertreter der Weltbank erläuterte die Einführung von Studiengebühren und berichtete über die amerikanischen Verhältnisse. Dann meldete sich der Rektor der Universität Talin und sagte ‚Das ist eine tolle Geschichte. Wir haben 10.000 Studierende. Dann nehmen wir von jedem dieser Studierenden Gebühren in Höhe von \$ 20.000 und damit decken wir das Staatsdefizit und bauen noch drei neue Hochschulen.‘ Nur, so sagte er weiter, hätte er ein Problem: Er würde als Rektor, als langjähriger und erfahrener Rektor, monatlich einfach nur 400 Mark verdienen. Und er hätte nicht einen, sondern zwei Söhne, denen er gerne die Ausbildung an einer Hochschule ermöglichen würde.

Wenn Sie heute - diese Erfahrung habe ich gerade machen dürfen - in die Nachfolgestaaten der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien fahren und fragen, wie die ökonomische Situation ist, dann erfahren Sie, dass eine Lehrerin in Belgrad 150 Mark im Monat verdient, in Montenegro etwa 300 Mark, in Kroatien 1.000 Mark und in Slowenien vielleicht

2.500 Mark. Wie sollen diese Menschen an dem internationalisierten Bildungsmarkt teilnehmen, von dem wir hier sprechen?

Sie haben es vielleicht in der Zeitung gelesen, die Internationale Universität Bremen nimmt jetzt pro Jahr 30.000 bis 35.000 Mark Studiengebühr. Wenn wir wollen, dass Menschen aus den mittel- und osteuropäischen Ländern Zugang zu Bildung haben, wenn wir wollen, dass Menschen aus Afrika oder Südostasien die Chance bekommen, an Bildung und Wissenschaft teilzunehmen, um mit diesem Wissen ihre eigene Zukunft mitgestalten zu können, dann – so glaube ich – müssen wir hier neu nachdenken. Dann kommen wir mit diesen Verkaufsstrategien nicht wirklich weiter. Dann müssen wir die Verteilungsfragen neu diskutieren.

Ich greife das Stichwort von Dietrich Elchlepp noch mal auf und möchte widersprechen. Ich will den ‚Kampf um die Köpfe‘ nicht so betrieben wissen, wie das gegenwärtig der Fall ist. Lassen Sie mich mit der Situation in den USA anfangen. Meine These ist: Die sind auch deswegen im Hochschulbereich so international, weil ihr Schulsystem so schlecht ist, dass sie die qualifizierten Studierenden, die sie eigentlich brauchen um ihre Gesellschaft, ihre Wirtschaft am Laufen zu halten, im Ausland einkaufen müssen. Was mir an der Debatte, so wie sie geführt wird, fehlt, das ist die Reflexion, das Nachdenken darüber, was es bedeutet, wenn ich zum Beispiel in Prag an der Universität über Stipendien und die Möglichkeiten diskutiere, in Deutschland zu studieren oder mit der Green Card bestimmte Dinge zu machen, und mir ein Professor dann vorzählt: ‚Der ist schon gegangen, die ist schon gegangen, die wollen gehen.‘ Dieses Land will sich aber gerade fit machen, um in der Europäischen Union eine eigene Rolle spielen zu können, und zwar nicht nur die Rolle des Bittstellers. Dazu braucht es auch im eigenen Land Kräfte, die ökonomische und soziale Entwicklungen vorantreiben können. Und genau das gleiche gilt in noch viel stärkerem Maße für die sogenannten Entwicklungsländer.

Das Interessante an DaimlerChrysler ist, dass über solche Dinge nachgedacht wird. Wir haben in den letzten zwei Jahren in unserer Sommerschule oder in anderen Foren oft die Gelegenheit gehabt, dieses Thema mit Vertretern des Konzerns zu diskutieren. Da wird zum Beispiel versucht, die Rahmenbedingungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten in die eigene Konzernstrategie mit einzubeziehen. Durch die gleichberechtigte und ernsthafte Diskussion, wie man mit Geben und Nehmen

positive Entwicklungen vorantreiben kann, kommt man schließlich zu einer noch aufgeklärteren Konzernstrategie. Das scheint mir ein Weg zu sein, um endlich über die gegenwärtig so brutal ausgetragenen Verteilungsauseinandersetzungen hinauszukommen. Vielen Dank.

Doris Krohn, World University Service (WUS):

Sie sehen, es gibt schon auf dem Podium so viel produktives Konfliktpotential, dass die Diskussion ganz gut hier oben weitergehen könnte. Ich versichere den Podiumsgästen, dass sie alle noch mal zu Wort kommen. Ich möchte dennoch jetzt die Diskussion in das Plenum geben und bitte um Wortmeldungen.

Michael Pannwitz, Sprecher des Bundesausschusses der Studierenden in der GEW:

Mein Name ist Michael Pannwitz. Ich finde es erstaunlich, dass nur der Herr von DaimlerChrysler den Wert der kulturellen Vielfalt herausstellt. In seinem Fall als eine Notwendigkeit für das Unternehmen. Die interkulturelle Öffnung der sozialen Dienste wird schon seit einigen Jahren in Deutschland diskutiert. Die Forderung nach der interkulturellen Öffnung der Hochschulen hört man dagegen sehr selten. Die Frage lautet also: Wie sind auch vor dem Hintergrund der extremen Unterrepräsentanz von Bildungsinländern an den Hochschulen die Positionen dazu? Meine zweite Frage geht um Ausländerbeauftragte an den Hochschulen. Ich glaube, dass wir analog zu den Frauenbeauftragten endlich eine Institution brauchen, die Diskriminierungen und Benachteiligungen systematisch vor Ort erfasst und konkrete Vorschläge entwickelt, wie die Bedingungen zu verbessern sind. Was denken die Podiumsteilnehmer dazu?

Doris Krohn, World University Service (WUS):

Ich schlage vor, dass wir einige Wortbeiträge aus dem Plenum sammeln und erst dann vom Podium aus darauf eingehen. Das Podium bitte ich, sich in den Antworten etwas kürzer zu fassen als in den Hauptbeiträgen. Kurz und prägnant wäre schön.

Marcia Canales, Studierende an der TU Braunschweig:

Ich bin Marcia Canales, studiere an der TU Braunschweig und komme ursprünglich aus Peru. Herr Doktor Hoffmann vom DAAD hat gesagt, dass die 1,6 Mio. der Studierenden, die wie ich im Ausland studieren, kein Stipendium brauchen. Ich muss ganz einfach sagen, dass das nicht stimmt. Und dann zu Herrn Köhler: Sie meinten: ‚Bildung für alle‘ wäre

ein wichtiges Ziel. Ich wollte nachfragen, ob ‚Bildung für alle‘ auch für ausländische und nicht nur für deutsche Studierende gilt. Ich habe letzte Woche eine andere Erfahrung mit einer Bundestagsabgeordneten der SPD gemacht: Sie meinte, dass ausländische Studierende nur hierher kommen sollten, wenn sie für ihr Studium auch bezahlen können. Das ist eine elitäre Idee, die mit der Forderung nach ‚Bildung für alle‘ nichts zu tun hat.

Mauricio Salazar, Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Baden-Württemberg:

Mein Name ist Mauricio Salazar, ich komme aus Mexiko, habe in Heidelberg studiert und bin tätig für ein entwicklungspolitisches Programm namens STUBE und daran möchte ich anknüpfen: Die Frage nach der entwicklungspolitischen Relevanz des Ausländerstudiums in Deutschland wurde meiner Meinung nach nicht ganz beantwortet. Ich habe die Sorge, dass die Menschen, die in Zukunft hierher zum Studium kommen, sehr stark nach den Interessen der Wirtschaft hier in Deutschland ausgesucht und ausgebildet werden. Ich habe mir das Argument angehört, dass Absolventen nach dem Studium hier arbeiten sollen und später dann zurückgehen und dort in einem Unternehmen arbeiten. Aber es sind nicht viele Unternehmen tätig in den ärmsten Ländern der Welt. Wohin sollen die zurück? Und wie kann man sie bei der Rückkehr unterstützen? Vielleicht sollten wir uns diese Fragen einmal stellen. Soviel ich weiß, wurden die entwicklungspolitischen Reintegrations-Förderprogramme in den letzten Jahren stark zurückgefahren. Da frage ich mich schon, ob wir es nicht mehr wollen, dass Menschen als Multiplikatoren fungieren und in ihren Ländern an wichtigen Stellen zur Entwicklung beitragen. Es gibt großartige Menschen, die bereits zurückgekehrt sind, nur ist das hier in Deutschland zuwenig bekannt. Aber ich habe eine Reise nach Lateinamerika gemacht und viele dieser Menschen getroffen, die hier in Deutschland studiert haben und zum Beispiel im Bildungsbereich dort die Hochschulen weiter entwickeln und an den Bedürfnissen ihrer Länder orientieren.

Ich bin übrigens nicht der Meinung, dass wir unsere Hochschulen nicht lieben können. Wir müssen nur die Chance bekommen, sie lieben zu lernen. Ich persönlich liebe meine Uni Heidelberg. Ich habe dort gelernt, was Freiheit, was wissenschaftliche Freiheit ist. Ich möchte an meine Vorrednerin aus Peru anknüpfen: Wenn ich sehe, welche Schwierigkeiten die Studierenden haben, mit denen ich arbeite – Schwierigkeiten, über-

hauptsächlich ein Visum für das Studium zu bekommen und Schwierigkeiten bei der Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung -, dann stelle ich die Frage in den Raum ob das, was wir hier sagen, denn überhaupt gehört wird in den deutschen Botschaften im Ausland oder in den Ausländerbehörden hier. Die müssen endlich an dieser Öffnung teilnehmen, die wir hier diskutieren.

Hassan Mustafa, Studierender an der Georg-August-Universität Göttingen:

Hallo, guten Tag, ich bin Hassan Mustafa. Ich studiere in Göttingen Wirtschaftsinformatik und komme ursprünglich aus Palästina. Ich bin der Meinung, dass wir heute zwei zentrale Punkte diskutieren sollten.

Erstens: Warum kommen weniger ausländische Studierende nach Deutschland, obwohl das Bildungsministerium immer wieder mehr ausländische Studierende fordert und die sozialen Bedingungen recht gut sind? Da ist ein Widerspruch. Ich komme aus Palästina und ich kenne viele Leute, die gerne in Deutschland studieren wollen, weil sie zu Hause leider nicht die Möglichkeit haben zu studieren. Aber mehr als 60 Prozent der Anträge auf ein Studentenvisum für Deutschland werden abgelehnt. Und hier meine ich, ist ein Widerspruch zwischen den Forderungen des Bildungsministeriums und dem Verhalten in den Deutschen Botschaften. Jetzt wird diskutiert über das Zuwanderungsgesetz. Ich meine, man sollte erst mal eine anständige Koordination zwischen den Ministerien aufbauen und die Bürokratie abbauen.

Zweitens: Bevor wir neue ausländische Studierende ins Land holen - und wir wissen alle, dass das im Interesse von Deutschland liegt - müssen wir uns mit den Problemen der ausländischen Studierenden beschäftigen, die schon hier sind. Seit 50 Jahren wird immer wieder über diese Probleme diskutiert, es wird sehr schön geredet, aber es gibt keine Lösung. Wir wissen alle, fast ein Viertel der ausländischen Studierenden scheitert und schafft das Studium nicht. Die übrigen brauchen normalerweise viel länger für ihr Studium als deutsche Kommilitonen. Es gibt drei zentrale Punkte. Erstens: Die ausländischen Studierenden bekommen, wenn sie nach Deutschland kommen, kaum Integrationschancen. Meistens bleiben sie unter sich. Also braucht es schon einmal zwei Jahre bis sie einigermaßen gut Deutsch sprechen können. Wir verlangen, dass die ausländischen Studierenden nach der Einreise viel besser betreut und zum Beispiel bei deutschen Familien untergebracht werden, damit sie Deutsch

lernen. Der zweite Punkt: Es gibt großen Betreuungsmangel für ausländische Studierende an den Hochschulen. Ich kann von meiner eigenen Erfahrung reden: Als ich angefangen habe zu studieren, hatte ich riesig große Schwierigkeiten und wenn ich Hilfe gebraucht hätte, war keiner da. Und wenn ich dahin gegangen bin, wo mir normalerweise geholfen werden sollte, habe ich keine Bereitschaft erkennen können, mir wirklich zu helfen. Es liegt nicht an dem Mangel an Stellen und Ämtern, sondern an der Bereitschaft von denen, die dort arbeiten. Das muss besser werden. Der dritte Punkt sind finanzielle Schwierigkeiten, die ausländische Studierende, besonders die Leute aus Drittstaaten, haben. Anstatt entwicklungspolitische Projekte in den Ländern der Dritten Welt zu finanzieren, bei denen fast die Hälfte des Geldes von Korruption aufgeessen wird, sollte Deutschland eher die ausländischen Studierenden finanziell unterstützen. Das würde den Ländern in der Dritten Welt viel mehr helfen.

Doris Krohn, World University Service (WUS):

So, das wäre dann die erste Runde. Herr Elchlepp, Sie sind der erste, der bitte möglichst weitgehend auf die Fragestellungen aus dem Plenum eingeht.

Dietrich Elchlepp, Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Ich weiß nicht, ob ich die Fragen akustisch alle richtig verstanden habe, aber es ging im wesentlichen einmal um die Frage: ‚Warum wird erwartet, dass wir zurückgehen in unsere Länder, wenn die Wirtschaftsstruktur dieser Länder nur bedingt Beschäftigungsmöglichkeiten geben?‘ Das ist richtig, die Frage hat - glaube ich - der Kollege aus Mexiko gestellt. Also, wir gehen von einer zukünftig offenen Gesellschaft in Deutschland aus. Das heißt, dass wir exzellenten Absolventen unserer Hochschulen alle Chancen geben wollen, nach Abschluss ihres Studiums auch in Deutschland zu arbeiten. Das habe ich schon gesagt. Im Rahmen der Diskussion und der Beratung zum Zuwanderungsgesetz werden diese Fragen jetzt auch vom Bundesbildungs- und Forschungsministerium dezidiert in die Diskussion eingebracht. Die Bundesregierung, das macht das Auswärtige Amt, kümmert sich intensiv darum, die Hindernisse, die bei den Bewerbungen von Studieninteressierten noch bestehen, auszuräumen. Hier geht es vorwiegend um die Wartezeiten. Es sind einige Botschaften sogar personell verstärkt worden, um die Wartezeiten zu verkürzen, denn die werden von den Bewerbern auch als Diskriminierung empfunden. Das muss natürlich soweit möglich beseitigt werden.

Ich wollte kurz auf Herrn Köhler reagieren. Er hat gesagt, dass es nicht angehen kann, dass man alle Bemühungen in den noch nicht so weit entwickelten Ländern in Europa oder außerhalb Europas torpediert, indem man die besten Fachkräfte abwirbt. Natürlich ist das prinzipiell richtig, aber Sie können das wohl auch nicht verhindern. Oder sollen wir Deutsche einem jungen Polen oder einem jungen Tschechen vorschreiben, wo er seine Karriere macht? Das ist seine eigene Entscheidung! Wir haben eine komische und ungute Tradition, immer anderen Leuten sagen zu wollen, was sie zu machen haben. Ich kenne sehr viele Leute aus diesen Ländern, die haben in ihren Ländern im Augenblick eben keine Chancen. Sie haben in ihren Ländern keine Chancen, wollen aber auch nicht auf Dauer draußen bleiben. Sie kommen hierher und gehen auch wieder zurück. Nicht alle wollen auf ewig hier bleiben. Aber sie wollen zusätzliche Qualifikationen erwerben, so wie das die Mittel- und Westeuropäer jahrzehntelang durch das Studium oder die Berufstätigkeit in den Vereinigten Staaten oder in anderen Ländern getan haben. Warum sollen Menschen aus Mittel- und Osteuropa das nicht auch tun dürfen?

Was wir aber ganz unbedingt machen müssen - und dafür sorgt erstmals die jetzige Bundesregierung: Wir müssen unser Hochschulsystem, unser Hochschulkarrieresystem attraktiver gestalten und die eigenverantwortliche Forschung in früheren Jahren ermöglichen. Denn wenn die Leute weiterhin in dieser großen Zahl von hier zum Beispiel in die Vereinigten Staaten gehen, dann finanzieren wir die Bildungssysteme anderer Staaten in einem unverträglich hohen Maße. Derzeit sind 6000 exzellente junge deutsche Nachwuchswissenschaftler in den Vereinigten Staaten. Wir müssen an den Hochschulen bessere Strukturen bieten, um diesen exzellenten jungen Leuten eine Karriereperspektive zu geben. Das gebietet die Gerechtigkeit, das gebietet unser Eigeninteresse und das gebietet die Interessenlage dieser Leute. Und wir müssen unsere Grenzen offen halten für andere, die bei uns dazulernen wollen, um dann nach Hause zu gehen und das Wissen mitnehmen zu können. Wir haben deshalb internationale Graduiertenkollegs eingerichtet, wir setzen uns dafür ein, dass die Staaten Mittel- und Osteuropas bei dem Forschungsrahmenplan der Europäischen Union stärker zum Zuge kommen. Der Forschungsrahmenplan sieht in erheblichem Umfang auch die Forschungsförderung vor. Das Programm umfasst 15 Milliarden Euro. Wir werden im Hinblick auf das nächste, das sechste Forschungsrahmenprogramm nicht nur die ost- und mitteleuropäischen Staaten stärker einbeziehen, sondern auch Drittstaaten. Denn auch die müssen an der wissenschaftlichen Entwicklung teil-

haben, und zwar in der Spitze teilhaben. Wir organisieren deshalb Seminare, wir haben intensive wissenschaftlich-technische Kooperationen mit mittel- und osteuropäischen Ländern und mit Drittstaaten. Für all das geben wir viel Geld aus, wir schaffen Möglichkeiten für Nachwuchswissenschaftler, in Deutschland zu hospitieren. Denn das entscheidende Kriterium für eine wirtschaftliche Prosperierung dieser Länder ist die Steigerung des wissenschaftlich-technischen Niveaus. Nur wenn diese Steigerung gelingt, werden sie konkurrenzfähig bleiben oder werden. Es ist keineswegs so, dass wir einbahnstraßenartig die Besten abziehen. Wir tun eine ganze, ganze Menge im Bereich der wissenschaftstechnischen Zusammenarbeit. Wir helfen weltweit, um die Entwicklung in diesen Staaten voranzutreiben.

Doris Krohn World, University Service (WUS):

Herr Elchlepp, ich würde Sie bitten, auch auf die Dinge einzugehen, die von den Plenumsteilnehmern gefragt wurden. Die Studentin aus Peru hatte darauf hingewiesen, dass die Förderungsmöglichkeiten, die es zur Zeit für ausländische Studierende an den Hochschulen gibt, höchst unzureichend sind. Und der palästinensische Kommilitone hat sehr eindrucksvoll darauf hingewiesen, dass die gesamten Betreuungsmaßnahmen nicht greifen. Ich würde sie also bitten, noch einmal auf die Situation derjenigen einzugehen, die im Moment bei uns sind und studieren. Denn auch die wollen ihr Studium in Deutschland erfolgreich beenden.

Dietrich Elchlepp, Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Ich mache es ganz kurz, denn Herr Doktor Hoffmann wird auf die Förderungsmöglichkeiten des DAAD sicher gleich im einzelnen eingehen. Ich möchte folgendes sagen: Nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz gibt es nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit einer Förderung. Das ist für ausländische Studierende aber nicht der Regelfall, sondern die absolute Ausnahme. Kleinere Möglichkeiten bieten die Begabtenförderungswerke. Da ist es möglich, für das Grundstudium und für die Promotion finanzielle Hilfen zu bekommen, weil die Begabtenförderungswerke mit ihnen zur Verfügung stehenden Drittmitteln grundsätzlich in der Lage sind, partiell auch Bewerber aus den sogenannten Drittstaaten zu fördern.

Doris Krohn, World University Service (WUS):

Wollten Sie eine kurze Zusatzfrage dazu stellen?

Marcia Canales, Studierende an der TU Braunschweig:

Keine Frage. Es geht mir einfach um die soziale Lage der ausländischen Studierenden hier. Unsere Realität ist: Wir bekommen ein Visum und darauf steht, dass wir pro Jahr nur drei Monate arbeiten dürfen. Nach den deutschen Gesetzen müssen wir reich sein, wenn wir nach Deutschland kommen wollen. Wir müssen nachweisen, dass wir etwa 1.000 Mark im Monat haben, ehe wir überhaupt kommen dürfen oder ehe die Aufenthaltsbewilligung verlängert wird. Meistens bürgen dafür unsere Eltern oder Verwandten. Die haben das Geld in Wirklichkeit aber gar nicht. Nach der Logik des Gesetzes ist es so, dass wir das Geld, das wir in den drei Monaten verdienen, vielleicht für eine Reise nach Hause verwenden können. Es ist nicht so gedacht, dass wir durch diese Arbeit unser Studium finanzieren müssen. Aber in Wirklichkeit ist es so, dass wir von diesen drei Monaten unser Leben in Deutschland bestreiten müssen. Ich spreche für die Mehrheit der Studierenden, die keine Förderung bekommen. Wir haben keine Förderung und wir werden keine Förderung bekommen. Dafür gibt es tausend Gründe, die ich jetzt nicht erläutern will. Wir müssen uns selbst finanzieren und wir haben dafür nur drei Monate im Jahr Zeit. Für uns geht es nicht darum, welche Möglichkeiten wir durch ein neues Zuwanderungsgesetz nach unserem Studium haben, sondern es geht viel mehr darum, was für uns als Studierende gemacht wird.

Doris Krohn, World University Service (WUS):

Vielen Dank. Herr Doktor Hoffmann vielleicht noch mal direkt dazu!

Dr. Rolf Hoffmann, Deutscher Akademischer Austauschdienst:

Sie haben ja so recht, kann ich Ihnen nur sagen. Und zwar sage ich das als Mitarbeiter des DAAD. Ich möchte auch ganz kurz einen Schlenker machen und Herrn Köhler kurz antworten, oder besser: entgegen treten. Erstens: Es ist nicht so, dass wir das deutsche Hochschulsystem als Produkt im Ausland verkaufen. Wir verkaufen überhaupt nichts. Es kostet sogar Geld, was wir machen. Und zwar sehr viel Geld. Wir verkaufen nichts, wir verkaufen keine Ware und wir stellen schon gar keine Ware her. Was wir machen ist: Wir wollen erreichen, dass die Qualität des Hochschulsystems in Deutschland im Ausland besser bekannt wird. Wir wollen mehr ausländische Studierende nach Deutschland bekommen. Das ist kein Verkaufen. Wir machen die Hochschulausbildung nämlich im Gegensatz zu den anderen Industrieländern ohne Studiengebühren. Das zahlen die Steuerzahler. Zweitens: Wir versuchen, unser Produkt -

ich nenne das Produkt, weil das der Slang ist -, wir versuchen die Studiengänge, die Hochschulen und das, was wir an den Hochschulen anbieten, zu verbessern. Und dazu gehört auch die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für ausländische Studierende in Deutschland. Wir können überhaupt nicht sinnvoll im Ausland werben, das sage ich hier in vollem Bewusstsein unserer Funktion als DAAD, wenn wir nicht gleichzeitig in Deutschland und besonders an den Hochschulen Rahmenbedingungen herstellen, die es für Sie attraktiv macht, hier zu sein und hier zu studieren. Dazu gehört zum Beispiel die Aufhebung oder zumindest die sinnvolle Anwendung der 90-Tage-Regelung. Im Moment ist das so geregelt, dass es, wenn Sie an einem Tag abends auch nur 1 Stunde arbeiten, als ein Arbeitstag - als einer von 90 insgesamt möglichen Arbeitstagen - gilt. Ich sage es ganz deutlich, das ist schlichtweg absurd. Absurd! Und wenn Sie jetzt auch noch wissen, dass das nicht einmal ein Erlass, geschweige denn ein Gesetz ist, sondern nur die Interpretation einer Regelung, die jederzeit verändert oder zurückgenommen werden könnte, dann wissen Sie auch, was wir eigentlich unter dem Stichwort Marketing wirklich erreichen wollen. Wir wollen die Situation an den Hochschulen verbessern, was die Qualität des Angebots angeht, und wir wollen die Rahmenbedingungen verbessern. Das können wir nur im gemeinsamen Handeln mit dem Bundesinnenministerium, dem Bundesarbeitsministerium, den Länderministerien, den Auslandsbehörden, den Hochschulen usw. erreichen. Alle diese Punkte sind jetzt in der Diskussion, sie haben Eingang gefunden in den Abschlussbericht der Süßmuth-Kommission und in den Entwurf des Zuwanderungsgesetzes, von dem wir hoffen, dass es bald verabschiedet wird. Wir hoffen und erwarten, dass dieser Gesetzentwurf jetzt nicht unter dem Verweis auf die aktuelle Lage nach dem 11. September zurückgezogen wird. Denn wenn dieses Gesetz verabschiedet wird, dann sind wir in den vergangenen zwei Jahren weiter gekommen als wir jemals geträumt hätten. Lassen Sie mich das ganz deutlich sagen, und zwar als Mitarbeiter des DAAD.

Wir fördern im Jahr 60.000 Leute. Wir sind damit die größte Förderorganisation der Welt. Und zu dem Stichwort ‚Umverteilung‘ möchte ich noch folgendes sagen: Wir geben weniger als 3 Prozent unserer Mittel für den gesamten Bereich Marketing aus. Der Rest fließt in Stipendien oder Infrastrukturmaßnahmen für die deutschen Hochschulen. Dazu stehe ich! Und - das möchte ich zum Thema Entwicklungspolitik sagen - wir fahren unsere Programme nicht zurück. Wir fahren unsere Programme im entwicklungspolitischen Bereich sogar hoch, weil wir es als unbedingt

notwendig erachten, den sehr merkantil orientierten Studienbewegungen etwas entgegenzusetzen. Auch ich könnte meine Kinder nicht an eine Elitehochschule in den USA schicken. Ich halte das auch nicht für das richtige Ziel. Ich unterstütze keinesfalls - und sage das auch für den DAAD - den Einschluss der Bildung in das GATS. Das GATS lässt sich mit einem gut funktionierenden, qualitativ orientierten Hochschulsystem, dessen Zugang für viele offen bleibt, nicht in Einklang bringen.

Es gab aus dem Plenum Kritik an mir. Ich habe nicht gesagt, 1,6 Mio. Studierende im Ausland brauchen keine Stipendien, sondern ich habe gesagt ‚die meisten von denen haben keine Stipendien‘. Das ist eine völlig andere Aussage. Die meisten von denen zahlen 20.000 Dollar im Jahr, um irgendwo zu studieren und bekommen im Zweifelsfall nicht mal einen Abschluss, der qualitativ mit unseren vergleichbar ist.

Nilüfer Bayram, AStA der Johannes Gutenberg-Universität Mainz:
Das alles klingt sehr schön und gut. Ich unterstütze selbstverständlich, dass man versucht - wie Sie das nennen - Rahmenbedingungen zu verbessern, Internationalisierung voranzutreiben und so weiter und so fort. Aber ich sitze da, wo die Probleme ankommen, ich sitze im AStA, ich sehe die Studierenden, die verzweifelt in mein Büro kommen und fragen: ‚Was kann ich tun?‘ Meiner Meinung nach liegt das Problem nicht irgendwo nach dem Studium. Das ist nicht das Problem. Das Problem fängt viel früher an, am Nullpunkt sozusagen, zum Beispiel im AStA, zum Beispiel im Studentenwerk. Es gibt viel zu wenig Geld, um die ausländischen Studierenden direkt zu unterstützen, es gibt Probleme beim Arbeitsamt, Probleme mit dem Visum, Probleme mit dem Aufenthalt. Die Kommilitonin aus Peru hat vorhin erzählt, dass sie die Erfahrung gemacht hat: Wenn man aus dem Ausland hierher kommt, dann muss man irgendwas vorweisen, dann muss man reich sein. Das stimmt! Das stimmt wirklich! Irgendwer muss eine Verpflichtungserklärung abgeben. Damit soll sichergestellt werden, dass man das Studium und das Leben in Deutschland überhaupt finanzieren kann. Wer keine Verwandten oder Freunde in Deutschland hat, die diese Erklärung unterschreiben, die haben keine Chance, hierher zu kommen oder hier zu bleiben. Diese Probleme für die Studierenden, die schon heute hier in Deutschland leben, sind so gravierend, dass es meiner Meinung nach überhaupt nichts bringt, noch mehr reinholen zu wollen. Das bringt absolut nichts, solange sich nicht ganz vieles ändert.

Stefan Bienefeld, The National Unions of Students in Europe:

Ich kann mich dem eigentlich nur anschließen, zumal ich auch in einem AStA arbeite. Da bin ich regelmäßig mit den ganzen Problemen konfrontiert. Wir vergeben bei uns an der Hochschule vom AStA aus Sozialdarlehen - zinsfreie Darlehen - an Leute, die in einer finanziell prekären Lage sind. Diese Darlehen werden überproportional häufig von ausländischen Studierenden in Anspruch genommen. Die wissen sonst einfach nicht mehr, wie sie ihre Wohnung, ihr Essen, ihre Kleidung finanzieren sollen. Das ist eine Realität, die man nicht wegdiskutieren kann, auch wenn man noch so viel über Reformen oder Interpretationen oder über das spricht, was man alles schon tut. Fakt ist: In der Realität funktioniert vieles nicht so, wie man es sich vielleicht bei der Politik oder den Hochschulorganisationen vorstellt und ausdenkt. Die Leute – da gebe ich den Kommilitonen recht - kommen hier her und stehen dann erst mal ganz alleine da. Sie haben sich um ihr Visum gekümmert, haben ihre Finanzierung nachgewiesen und werden dann erst mal komplett alleine gelassen. Und da kommen wir zu dem auch schon angesprochenen Punkt der interkulturellen Vielfalt an den Hochschulen. Die Integrationsarbeit an den Hochschulen ist mangelhaft. Die Akademischen Auslandsämter - das ist meine Erfahrung mit der großen Mehrzahl der vielen Hochschulen, die ich kenne - kümmern sich nicht wirklich darum, dass die Leute ihre Behördengänge erledigt kriegen, dass sie einfach mit dem alltäglichen Leben in Deutschland klarkommen. Die kümmern sich eher darum, dass die Leute irgendwie ihr Studium anfangen, machen den Deutschtest mit ihnen und kümmern sich vielleicht noch darum, wie das Studium läuft, welche Leistungen die Leute bringen. Das ist alles. Sonst läuft bei den Auslandsämtern nicht so furchtbar viel. Der Punkt ist, dass man in der Regel nur dann kleinere Erfolge vorweisen kann, wenn man selber versucht, Sachen in die Hand zu nehmen. Wir haben in Bielefeld mit relativ viel Geld von Seiten des AStA - von der Hochschule kam zunächst nichts - ein Projekt gestartet, bei dem ausländische Studierende Integrationshilfe bekommen. Jeder ausländische Studierende, der bei uns anfängt, kriegt einen deutschen oder einen anderen ausländischen Studierenden, der schon länger hier ist, an die Seite gestellt. Der hilft ihnen das erste halbe Jahr dabei, sich in der Uni überhaupt zurechtzufinden und bestimmte Dinge organisiert zu bekommen. Erst nach einem Jahr hat die Universitätsverwaltung gesagt, dass das ein ganz nettes Projekt ist und ein bisschen Geld dazugegeben. Mittlerweile ist es so, dass das Projekt wenigstens teilweise vom Rektorat finanziert wird. Die Hauptarbeit wird aber

immer noch von den Studierenden gemacht und die Universität kümmert sich herzlich wenig.

Stichwort ‚GATS‘: Da kann ich das unterstützen, was Herr Köhler und Herr Doktor Hoffmann gesagt haben. Wir sind als europäischer Verband klar in Opposition zu dem, was da diskutiert wird und nehmen, soweit ich das übersehen kann, eine Position ein, die eine ganze Reihe von studentischen Verbänden in fast allen Teilen der Welt einnimmt. Ich kenne keinen einzigen studentischen Verband, der sich damit näher befasst hätte und den Einschluss von Bildung in das GATS befürworten würde. Was man aber auch sehen muss, wenn es um den Anspruch ‚Bildung für alle‘ geht: Die UNESCO verabschiedet alle zehn Jahre großartige Programme mit dem Ziel, innerhalb der nächsten zehn Jahre den Analphabetismus in der Welt zu besiegen. Nach zehn Jahren dann stellen sie immer wieder fest, dass es nicht funktioniert hat. Es ist eine Tatsache, dass für solche Programme kein Geld bereitgestellt wird. Und es ist gleichzeitig eine Tatsache - und für die Zukunft trifft das mit Sicherheit auch auf Deutschland zu -, dass man in den Bildungssystemen zahlungskräftige Kunden haben und mit den Bildungssystemen Geld verdienen will. Wie lange man hierzulande noch auf Studiengebühren verzichten wird, das werfe ich einmal als Frage in den Raum. Vielleicht kann Herr Elchlepp als Vertreter des Bildungsministeriums dazu etwas sagen. Aus meiner Sicht ist es faktisch so, dass man in Zukunft nur die Leute hier an den Hochschulen haben will, die das notwendige Geld haben. Denn um den Rest kümmert sich außer dem DAAD, der im wesentlichen - gut und schön - Hochbegabtenförderung betreibt, im Prinzip niemand.

Doris Krohn, World University Service (WUS):

Wir hören, dass der Unmut bei denen groß ist, die im Moment hier studieren oder aktiv sind. Ich bitte die Herren auf dem Podium, die auf den Geldsäcken sitzen, darauf später noch einmal einzugehen. Jetzt geht das Wort aber zunächst an Gerd Köhler.

Gerd Köhler, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW):

Kein Geldsack da! Zu der Frage der Kollegin aus Peru - ‚Bildung für alle‘: Das ist eine Formel, auf die sich Bildungsinternationale, UNESCO und andere Nichtregierungsorganisationen geeinigt haben, um deutlich zu machen, dass man mehr und andere Aktivitäten starten muss, als High Potentials - eines der griffigen Worte heute - zu suchen und in das jeweilige Land zu holen. Mein Hinweis vorhin auf die innovative Industriepo-

litik – ich hatte DaimlerChrysler, genannt, vielleicht geht Herr Sanner noch mal darauf ein - war der, dass sich bei etwas aufgeklärteren Unternehmen schon heute die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass mehr geschehen muss als Spitzenleistung zu fördern. Dass man zusehen muss, wie man auch in der Breite ein Bildungsniveau entstehen und fördern kann. Denn nur das kann dazu beitragen, in den jeweiligen Ländern wirtschaftliche und soziale Entwicklungen endogen voranzutreiben. Das ist die Idee, die hinter ‚Bildung für alle‘ steht. Und ich meine, dass wir diese Idee ernsthafter diskutieren müssen, als das bei uns im Lande bislang der Fall ist.

Ich will auf die Frage der Betreuung vor Ort eingehen, weil ich sie für sehr wichtig halte. Wir haben vor Jahren versucht, bei der Bundesregierung Unterstützung dafür zu finden, so etwas wie ein Notfonds oder ein Sozialfonds für ausländische Studierende einzurichten, die mit materieller Not zu kämpfen haben und deshalb ihre Studien nicht fortsetzen können oder sogar abbrechen müssen. Denen sollte geholfen werden. Das war ein sehr mühsames Geschäft. Ich glaube, dass es solche Notfallfonds in einigen Ländern in Deutschland jetzt gibt, aber es fehlt eine durchgängige Regelung. Ich meine, hier müsste dringend etwas getan werden.

Weiter bezogen auf die materielle Betreuung: Ich denke, dass die letzten Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, die sich auf die Förderung von ausländischen Studierenden in anderen EU-Ländern bezogen haben, wahrscheinlich einiges in Bewegung bringen wird. Wir haben vor einigen Jahren versucht, die Diskussion mit der Forderung nach einem Euro-BAföG auf den Punkt zu bringen. Damals haben wir keine Mehrheiten gewinnen können. Ich bin mir sicher, dass diese Diskussion nach den Entscheidungen des EUGH, die in ihren Auswirkungen noch nicht erkannt sind, neu angefacht werden wird.

Wie notwendig es ist, die ausländerrechtlichen Bestimmungen zu verändern, ist - glaube ich - vielen in den letzten Jahren deutlich geworden. Und wir sollten auch festhalten, dass bestimmte Verbesserungen auch schon eingetreten sind. Die reichen aber noch lange nicht aus. Ganz klar: Die 90-Tage-Regelung zum Beispiel, wo der Amtsschimmel jeweils fröhliche Urständ feiert und die Interpretation eines Verwaltungsbeamten oder einer Verwaltungsbeamtin entscheidet, ob jemand da nun Geld verdienen darf, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen oder nicht, die muss weg.

Bezogen auf die Betreuung: Wir müssen Wege finden, wie Kleingruppenarbeit, projektorientiertes Studium, Mentoring, Tutorengruppen und Ähnliches möglich gemacht werden. Aber das ist ganz offensichtlich ein schwieriges Thema. Sie erinnern sich vielleicht daran, dass die Studierenden vier, fünf Jahre zurück deshalb auf die Straße gingen. Das Motto und der einschlägige Kongress hießen ‚tu was‘. Die Bund-Länder-Kommission beantwortete die Forderung, etwas zu tun damit, dass sie sagte: Wir wollen eine Verbesserung der Qualität. Und gleichzeitig haben sie die Ansätze in den Hochschulförderungsprogrammen der Bund-Länder-Kommission für Maßnahmen im Bereich Lehre und Studium - sprich für Tutorengruppen - halbiert. Da gibt es Widersprüche, die wir aufdecken müssen. Wir müssen einfordern, dass hier nachgebessert wird, weil sich sonst das viele gute Gerede in der Praxis nicht umsetzen lässt und Frustrationen bringt.

Eine letzte Bemerkung noch einmal zu GATS. Herr Hoffmann, ich bin Ihnen dankbar für Ihre Erläuterungen. Ich habe Sie, als ich von dem Verkaufen gesprochen habe, nur zitiert. Wenn Sie jetzt Ihre Sprache ändern, haben wir wahrscheinlich weniger Streitigkeiten, und wenn Sie nicht nur die Sprache, sondern auch noch die Philosophie dahinter ändern, dann werden wir in Zukunft überhaupt keine Probleme mehr damit haben, in diesen Fragen miteinander zu kooperieren. Und wir müssen dort kooperieren. Wir haben jetzt Anfang Oktober. In einem Monat sitzt die WTO in Doha zusammen, um die Verhandlungen über GATS fortzusetzen. Dort geht es um Hochschule und Forschung, dort geht es darum, die Filialen amerikanischer, australischer, neuseeländischer Hochschulen in anderen Ländern zu sanktionieren. Da geht es darum, Lehr- und Lernmaterialien, die von großen Medienkonzernen entwickelt worden sind, in anderen Ländern verkaufen zu können. Und da geht es darum, für solche Geschichten unter dem Hinweis auf Wettbewerbsgleichheit die staatlichen Subventionen in dem jeweiligen Land einzuwerben, in dem verkauft werden soll. Das sind gravierende Einschnitte in das, was wir bislang unter Bildung und unter Wissenschaftspolitik verstehen. Was wir vor allem kritisieren ist, dass wir über das, was dort passieren wird, nicht vernünftig informiert werden. Was sind die Positionen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Wissenschaftsministeriums in dieser Frage? Was hat die Bundesregierung entschieden im Hinblick auf den Prozess der Willensbildung auf der europäischen Ebene? Was wird die europäische Kommission zu den Vorschlägen der Neuseeländer und US-Amerikaner in diesen WTO-Verhandlungen sagen? Da möchten

wir Informationen auf den Tisch, dazu möchten wir eine offene Diskussion führen, und da wollen wir mitbestimmen, weil es um unsere Zukunft geht.

Doris Krohn, World University Service (WUS):

Ich denke, die Herren Elchlepp und Doktor Hoffmann werden nachher noch mal was dazu sagen, aber ich möchte Sie vom Plenum im Moment nicht ausschließen aus der Diskussion. Aber wir haben hier oben noch einen Beitrag ausstehen. Herr Sanner bitte noch einmal.

Albrecht Sanner, DaimlerChrysler Aktiengesellschaft:

Zunächst zum Thema ‚Bildung für alle‘. Wir müssen ja nicht jeden Tag über das reden, was wir machen. Wir haben im Moment in meinem Bereich 43 Projekte in 38 Ländern, davon fünf in den ärmsten Ländern dieser Welt. Die haben nichts mit Universität zu tun, sondern fangen ganz unten an, bei der Berufsausbildung, bei schulischem Lernen, bei der Förderung von Schulausbildung und Berufsausbildung für die Grundausbildung. Da sind Mitarbeiter beschäftigt, die zum Teil zwei oder drei Pässe haben, denn sie können nicht mit dem gleichen Pass nach Israel, mit dem sie nach Saudi-Arabien reisen und ähnliches. Die kennen sich in der Welt sehr gut aus. Ich möchte deshalb vielleicht auch zu Bedenken geben, dass mir das mit der Forderung ‚Bildung für alle‘ von Deutschland aus doch gefährlich nahe an kolonialistisches Denken geht. Ich würde sagen: Lernen wir doch die Verhältnisse vor Ort besser kennen und kommen mit der Dosis an Unterstützung und Hilfe zur Selbsthilfe, die vor Ort wirklich sinnvoll ist, und transportieren wir nicht immer gleich unser System in die Welt hinaus. In Brasilien beispielsweise geben wir jährlich 3 Mio. Mark aus, um unseren Auszubildenden einen ordentlichen Schulabschluss nach dem brasilianischen Schulsystem zu ermöglichen. Die haben sonst keine Chance, überhaupt einen Schulabschluss zu bekommen. Das verstehen wir unter ‚Bildung für alle‘, und dazu leisten wir den Beitrag, den wir leisten können. Aber diesen Bildungstransport in alle Welt, den halte ich für übertrieben und falsch angelegt.

Dietrich Elchlepp, Bundesministerium für Bildung und Forschung:

Ich war früher in anderer Funktion sehr mit der schwierigen Materie von GATT und der Fortentwicklung von GATT im Rahmen der Welthandelsordnung befasst. Das ist ein Thema, das hier meines Erachtens nicht zentral behandelt werden kann. Aber: Selbst, wenn es zu einer Liberalisierung des Handels mit Bildungsgütern kommt - übrigens gibt es schon

jetzt Handel unter anderem mit Bildungsgütern im Weiterbildungsbe-
reich und bei den neuen Medien -, selbst wenn dieser Handel intensiviert
werden sollte, dann ist dem einzelnen Staat noch immer unbenommen,
ein so gerechtes Gesellschaftssystem in seinem Land aufzubauen, dass
der Zugang zu Bildung gewährleistet ist. Es ist unsere Aufgabe, die Staa-
ten dabei zu unterstützen. Wir können uns aber nicht darauf ausruhen
und damit begnügen, Tendenzen und Begehrlichkeiten im Rahmen der
Welthandelsordnung zu verurteilen. Wir müssen den schwächsten Län-
dern vielmehr die Möglichkeit geben, sich stärker zu regionalen Staaten-
verbänden zusammenzuschließen, damit sie im Wettbewerb mit den
reicheren Staaten eine Marktmacht darstellen können. Und die Europäer
müssen, wenn sie denn so großzügig sein wollen, bitteschön auch bereit
sein, materielle Abschläge hinzunehmen. Denn wenn ich für Produkte
aus der Dritten Welt mehr bezahle, mehr bezahlen will - und dafür bin
ich - oder wenn ich die Märkte der Konkurrenz aus den Drittstaaten
stärker öffnen will, dann hat das natürlich Auswirkungen auf den Lebens-
standard auch in Europa. Da müssen wir hier bei uns Bewusstsein schaf-
fen. Ich frage mich aber, ob wir das überhaupt wollen. Das ist nämlich
eine ganz andere Frage, denn dann kriegen wir den ersten Ärger mit den
Sozialpartnern und weiterer Ärger folgt hinterher. Ich bin also der Mei-
nung, dass wir unsere Grenzen offen halten sollten und die Bildungsan-
gebote teilen. Und dass wir Unterstützung leisten sollten, wo das not-
wendig ist.

Mit Recht ist heute Abend immer wieder betont worden, wie materiell
schlecht die Gruppe ausländischer Studierender aus Drittstaaten in der
Bundesrepublik Deutschland gestellt ist. Das ist eine Gruppe, die kein
BAföG und zum Beispiel auch kein Wohngeld bekommt. In Frankreich
und Belgien sieht es in dieser Hinsicht besser aus, aber wir haben, was
die Sozialgesetzgebung in diesem Bereich anbelangt, keine gemeinsamen
europäischen Regelungen. Mir ist bewusst, dass in der Tat Handlungsbe-
darf besteht, und das will ich gerne auch immer wieder aufs neue in mein
Ministerium hereintragen. Im Augenblick kann ich Sie nur noch einmal
darauf hinweisen, dass es Stiftungen gibt, die der Bund finanziert und die
partiell auch Studierende aus Drittländern - aus Afrika, Asien, Latein-
amerika und Mittel- und Osteuropa - über die gemeinnützigen Hochbe-
gabtenförderwerke fördern. Das wird die wenigsten Probleme lösen. Wir
haben eben derzeit - Herr Köhler hat es angesprochen - kein europäi-
sches BAföG oder andere Instrumente der materiellen Absicherung.
Insgesamt aber werden wir darüber nachdenken müssen, ob und wie man

für diese Studierenden, die wir ja hier haben möchten, eine ausreichende materielle Absicherung gewährleisten kann. Ich muss aber auch darauf hinweisen, dass Studiengebühren in Deutschland zum Glück nicht erhoben werden. Das sollen sie nach meiner Meinung auch in Zukunft nicht und das ist sicher ein großer sozialer Vorteil gegenüber manchen anderen Staaten in Europa.

Doris Krohn, World University Service (WUS):

Vielen Dank bis hierher. Ein Teilnehmer hat ganz am Anfang eine Frage gestellt, auf die noch niemand eingegangen ist. Es war die Frage nach Ausländerbeauftragten an den Hochschulen. Für die Universität Hamburg kann ich sagen, dass es diese Einrichtung nicht gibt. Es gibt eine Initiative des AStA, einen Rassismusbeauftragten zu benennen, aber das ist hochschulweit noch nicht durchgesetzt. Vielleicht kann uns Werner Weber noch sagen, wie es bei der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen aussieht.

Michael Pannwitz, Sprecher des Bundesausschusses der Studierenden in der GEW:

Meine Frage war eigentlich ein bisschen anders. Und zwar ging es einmal um Ausländerbeauftragte analog zu den Frauenbeauftragten, die es an den Hochschulen sehr wohl gibt, und zweitens um eine kulturelle Öffnung der Hochschulen. Es gibt eine Richtlinie des Europäischen Rates für eine nationale Anti-Diskriminierungsgesetzgebung, die auch den Tagungsmaterialien beiliegt. Die muss in nationales Recht umgesetzt werden. Meine Frage richtete sich daher insbesondere an das BMBF und an den DAAD: Was wird getan, um diese Richtlinie an den Hochschulen umzusetzen? Also, gibt es Bestrebungen, zum Beispiel Ausländerbeauftragte einzurichten oder die interkulturelle Öffnung voranzutreiben?

Nilüfer Bayram, AStA der Johannes Gutenberg-Universität Mainz:

Im Hinblick auf den Ausländerbeauftragten an den Hochschulen - hier an der Uni Mainz ist es Herr Karl Ortseifen, der morgen ja auch hier mitdiskutieren wird - möchte ich nur sagen, dass ich weiß, dass es auch in Frankfurt an den Hochschulen Ausländerbeauftragte gibt und in Darmstadt auch. Ich denke schon, dass das die Regel ist. Eine andere Frage ist, wie bekannt sie bei Studierenden sind und welche Vollmachten sie haben.

Werner Weber, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen:

Zu den Beauftragten in den Hochschulen möchte ich mir ein Wort erlauben. Wir haben Beauftragte für alle möglichen Dinge, für Partnerschaften, für europäischen Austausch und und und. Beauftragte sind sehr leicht Alibifiguren, die das eigentliche Management der Hochschulen davon entlasten, sich tatsächlich zu kümmern. Das würde ich also auch beim Ausländerbeauftragten befürchten. Meine Frage ist ganz simpel und ich möchte sie gerade hier, wo so viele internationale Studierende und Graduierte versammelt sind, noch einmal stellen: Sollen wir von den Hochschulen fordern, dass sie die Verantwortung für die ausländischen Studierenden übernehmen? Der Rektor des ‚Imperial College‘ hat mir geantwortet, als ich ihm vor einigen Jahren die Frage stellte, wie es denn bei ihnen mit den ausländischen Studierenden funktioniert: ‚Wenn bei uns ein Ausländer scheitert, sind wir, das ‚Imperial College‘ schuld. Entweder haben wir ihn nicht richtig ausgewählt oder wir haben uns nicht richtig um ihn gekümmert.‘ Wollen Sie, wollen wir, dass der zukünftige Rektor der RWTH Aachen das auch so von seinen ausländischen Studierenden sagt?

Doris Krohn, World University Service (WUS):

Das war jetzt einmal eine Frage aus dem Podium an das Plenum, vielleicht will der eine oder die andre darauf antworten. Ich gehe jetzt aber zunächst weiter in den Wortmeldungen, die ich schon vor einer Dreiviertelstunde notiert habe.

Magdalena Gruszka, Studierende an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Ich heiße Magdalena Gruszka, komme aus Polen und studiere in Bonn. Ich kann auch nur für Bonn sprechen. Ich denke, wenn man das wirklich möchte, kann man sich in Bonn bis zur Schmerzgrenze integrieren. Es gibt eine Unmenge von Veranstaltungen in Bonn, leider bekommt man die Informationen, wo was stattfindet und wer es veranstaltet, oft nicht rechtzeitig genug. Da kann man einiges verbessern in der Kommunikation. Aber ich glaube, wenn man wirklich die Nase aus dem Haus streckt, dann gibt es eine Menge Möglichkeiten. Ich kann nur für mich sprechen. Ich bin allein mit einem Koffer nach Deutschland gekommen und habe niemanden gekannt. Heute gibt es einige Personen, die mich kennen und die mir bestätigen, dass ich mich wirklich integriert habe.

Das Problem ist aber, dass ich zwar fast wie eine Deutsche bin, aber trotzdem manchmal - als Bild - einen Schlag ins Gesicht oder einen Stempel auf der Stirn gedrückt bekomme, damit ich nicht vergesse, dass ich trotz allem eine Ausländerin bleibe, ein Mensch dritter Klasse, nicht einmal nur zweiter Klasse. Ich darf an bestimmten Dingen nicht teilhaben. Ich muss unheimlich gut bei der Arbeit sein, damit ich meinen Arbeitsplatz behalte. Dann kann ich aber nicht gleichzeitig an der Uni gut genug sein, um eine Förderung zu bekommen. Das ist ein Problem. Ich denke, wenn ich ein Recht auf Arbeit habe und zum Beispiel 100 Tage arbeiten kann, dann kann ich auch genug Zeit für die Uni aufbringen und da so gute Leistungen bringen, dass ich vielleicht in einem Jahr auch mal eine Förderung bekomme. Wir möchten nichts umsonst haben, wir möchten kein Geld bekommen. Ich möchte nicht zu jemandem gehen müssen und sagen: ‚Ich habe nicht genug Geld für meine Miete, bitte geben Sie mir 250 Mark, 300 Mark.‘ Ich möchte, dass ich etwas bekomme für die Leistungen, die ich erbringe. Ich glaube, das ist unser Problem. Es gibt viele Leute, die kommen und Geld möchten. Und die kommen ständig. Aber es geht nicht darum, ihnen das Geld zu geben, es geht darum, sie zu ermutigen, ihnen Optimismus zu geben. Es geht darum, ihnen dabei zu helfen, die Kraft aufzubringen, um selbst das Geld zu verdienen, das sie brauchen. Es geht darum, ihnen dabei zu helfen, selbständig weiter durch das Leben zu gehen. Ich möchte jetzt keine Fragen stellen. Es gibt genug Fragen, es gibt genug Leute, die sich beklagen werden. Also, das ist meine Meinung.

Hugo Pariona, Studierender an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main:

Ich habe auch ein paar Bemerkungen und ein paar Fragen. Obwohl man bei den Bemerkungen auch die Fragen entdecken kann. Mein Name ist Hugo Pariona, ich komme auch aus Peru, ich habe hier ein paar Landsleute getroffen, das ist sehr gut, sonst treffe ich keine Peruaner, die in Deutschland studieren.

Als ich Sie auf dem Podium gehört habe vorhin, habe ich gedacht: ‚Aha, das klingt so ein bisschen nach Modernisierungstheorie, nach der alten Modernisierungstheorie aus der Entwicklungspolitik.‘ Dafür habe ich wenig gehört von Demokratieförderung. Nur Herr Köhler hat von ‚Bildung für alle‘ als Prinzip gesprochen. Ich gratuliere ihm zu dieser Meinung. Sonst ging die Diskussion fast nur um Fachkräfte für die Weltwirtschaft, aber überhaupt nicht um Gerechtigkeit oder Entwicklung.

Es wurde oft gesagt, dass es Betreuungsschwierigkeiten gibt oder dass es an Betreuung fehlt. Ich studiere an der Universität in Frankfurt am Main und die ist so eine Art Paradies in der Betreuungslandschaft. Es gibt da für alles Betreuung für ausländische Studierende. Aber die ausländischen Studierenden wissen davon nichts oder nur sehr wenig, und die deutschen Studierenden auch. Aber es gibt Betreuung bei Finanzierungsschwierigkeiten, es gibt psychologische Beratung, es gibt Betreuung von der evangelischen Kirche, von der katholischen Kirche, von der Universität und so weiter. Man müsste das nur besser bekannt machen und die ausländischen Studierenden müssen sich mehr dafür interessieren. Die müssen nicht alle wie kleine Kinder geführt werden.

Ich erzähle eine kleine Geschichte, um einen anderen Punkt zu erklären. Mein Freund Lukas hat hier in Deutschland Lebensmittelindustrie studiert. Er ist dann nach Peru zurückgegangen und hat eine Firma gegründet. Er wollte seine Produkte exportieren, weil er das hier gelernt hat. Er wollte nach Deutschland exportieren, weil er Deutschland kannte, die Sprache beherrschte und ungefähr die Geschmacksrichtungen der Konsumenten kannte. Aber das ging nicht. Warum? Weil die Zölle für Rohstoffe in Deutschland und den ganzen reichen Industrieländern niedrig sind. Für halbfertige Ware hätte er schon ungefähr 35 Prozent Zoll bezahlen müssen. Und für fertige Waren, die er in der gleichen Qualität und mit den gleichen umweltfreundlichen Methoden herstellen wollte, die es hier auch gibt, wären es über 70 Prozent Zoll gewesen. Was ich damit sagen will: Das was er hier gelernt hat, was ihm die Steuerzahler in Deutschland möglich gemacht haben, war umsonst, denn er konnte in Peru nichts damit anfangen. Seit ein paar Monaten lebt er wieder in Deutschland und arbeitet in der Lebensmittelindustrie. Ein sehr bekannter Pädagoge aus Brasilien, nämlich Paolo Freire, hat gesagt, es sei ein ‚Raub der Talente‘, wenn man um die besten Köpfe aus den Entwicklungsländern wirbt. ‚Raub der Talente‘. Warum? Ich habe es erklärt: Diese Talente kommen nach Deutschland und gehen hier zu großen Unternehmen. Aber diese Unternehmen werden nie eine Fabrik in Peru, in Bolivien oder in Ecuador gründen. Was macht der hochbegabte Peruaner oder Bolivianer? Er bleibt in Deutschland oder in Frankreich oder in Italien, eben dort, wo es Industrie gibt.

Ich bin daran gewöhnt, alles in meinem Leben aus eigener Kraft zu schaffen. Deswegen war ich sogar für Studiengebühren in Deutschland, ich war als Ausländer dafür! Weil ich alles in meinem Land bezahlen

musste und auch jetzt hier alles bezahle. Das ist keine große Schwierigkeit in Deutschland. Ich verstehe, dass es andere Leute gibt, die Schwierigkeiten haben. Aber weil ich daran gewöhnt bin und keine Angst vor Schwierigkeiten habe, schaffe ich das.

Ich will noch etwas sagen: Ich habe in Peru einen Abschluss in Pädagogik gemacht, einen sehr guten Abschluss. Und ich bin ein guter Pädagoge! Als ich an der Universität Frankfurt in die Seminare ging, weil mein Studium aus Peru nicht anerkannt wurde, da musste ich mit mir selbst kämpfen, weil die anderen keine Ahnung von dem Fach hatten. Ich kannte das alles schon, aber mein Studium wurde nicht anerkannt. Ich musste ganz runterkommen und sagen: ‚Ich weiß nichts‘. Ich habe deshalb Jahre verloren. Jetzt bin ich am Ende meines Studiums, ich habe Politikwissenschaft und - ein bisschen blöd, oder? - noch einmal Pädagogik studiert und bringe das jetzt zu Ende. Was ich sagen will ist, dass die deutschen Steuerzahler durch die Anerkennung der ausländischen Abschlüsse ganz viel Geld sparen könnten. Aber es gibt hier in Deutschland so eine Haltung: ‚Wo hat der studiert, in Peru? - Na ja, Entwicklungsland! - Was können die da schon lernen? - Lieber noch mal ganz von vorne anfangen!‘. Das ist ein großer Fehler.

Und noch etwas: Internationalisierung der Bildung hat nicht nur damit zu tun, ausländische Studierende hier nach Deutschland holen, sie hat noch viel mehr mit Forschung und Lehre an den deutschen Universitäten zu tun. Wenn ein Professor an der Universität Frankfurt entdeckt, dass ich fähig bin, dann sollte er nicht denken: ‚OK, ich lass dich weg, weil du Ausländer bist‘, sondern - wie es ein Professor mit mir gemacht hat - er sollte sagen: ‚Komm Hugo, ich will, dass du für mich als Tutor arbeitest.‘ Und ich arbeite seit drei Semestern als Tutor. Eine Tutorenstelle ist keine einfache Sache, ich muss mit deutschen Studierenden arbeiten, die perfekt die deutsche Sprache beherrschen. Ich muss aber alles zwei oder drei mal lesen, damit ich die Texte richtig verstehen kann. Und ich muss sie richtig verstehen, denn schließlich soll ich die Studierenden ja betreuen. Und wissen Sie, wie viel ich in der Stunde verdiene als Tutor? 15 Mark fünfzig pro Stunde. Dafür muss ich so viel Zeit aufwenden, dass mein Stundenlohn wie der von einer Putzhilfe ist. Ein Wissenschaftler wie ich verliert damit viel Zeit, Geld und so weiter und so fort. Ich bin als ausländischer Student auch nicht dafür, dass die Studenten während des Studiums viel arbeiten, das bringt nicht viel. Ich kenne das ja von den deutschen Studierenden, die werden nie mit dem Studium fertig.

Aber die müssen sich nicht bei der Ausländerbehörde rechtfertigen. Aber die Ausländer werden, wenn sie arbeiten, das Studium nicht beenden. Das kenne ich von vielen Leuten. Deswegen verhungere ich lieber und arbeite lieber als Tutor.

Ganz zum Schluss: Herr Weber und einige andere Leute haben von ‚Bildung als Ware‘ gesprochen und vom ‚Bildungsprodukt‘ und so weiter. Diese Terminologie ist doch sehr naturwissenschaftlich orientiert. Ich glaube, man sollte das ändern. Sprechen Sie bitte nicht mehr davon, dass wir Klienten sind, dass Bildung ein Produkt ist und so weiter. Vielen Dank!

Doris Krohn, World University Service (WUS):

Vielen Dank Hugo, ich denke, die Herren auf dem Podium haben sich Deinen Namen schon notiert, um dich das nächste mal als Gastredner mitzunehmen oder einzuladen, wenn Dinge plastisch dargestellt werden sollen. Noch mal vielen Dank.

Maria Delgado, Studierende an der Fachhochschule Hildesheim:

Ich heiße Maria Delgado, komme aus der Dominikanischen Republik und habe zwei Fragen. Die erste ist: Wie kann man diese Internationalisierung so gestalten, dass sie für alle Vorteile bringt? Ich bin der Meinung, man muss eine Wertschöpfungskette bauen: Der Ausländer ist in seinem Land, sie machen Werbung, die Leute kommen hier her und studieren hier. Sie kommen, studieren, werden fertig und gehen dann wieder in ihr Land. Aber wie man so eine Kette hinbekommt, das wird zu wenig diskutiert.

Und man muss in der Diskussion unterscheiden: Es gibt viele verschiedene ‚Ausländerkategorien‘ in Deutschland. Und für manche gibt es überall Betreuung und für andere nicht. An meiner Fachhochschule bekommen Austauschstudenten, die aus Finnland oder aus Spanien kommen, Deutschkurse. Die kriegen Betreuungsangebote und persönliche Betreuer. Aber ein Ausländer aus einem Nicht-EU-Land wie ich zum Beispiel. Ich habe nie etwas von Betreuungsangeboten, ich habe nie etwas von Sprachkursen gehört. Was da angeboten wird, wird immer nur über das Auslandsamt oder andere Organisationen angeboten. Aber nie direkt von der Fachhochschule. Ich will damit nur sagen, dass es für Studierende, die nicht aus EU-Ländern kommen, keine so gute Betreuung gibt wie für diejenigen, die aus dem europäischen Raum kommen.

Ich denke, das ist nicht nur bei meiner Fachhochschule, sondern auch bei vielen anderen Hochschulen so.

Ein anderes Beispiel: Ich wollte an einem Programm teilnehmen, an einem Austauschprogramm, bei dem man einen Doppelabschluss an einer spanischen Hochschule machen konnte. Aber mir wurde gesagt, dass das nur ein Angebot für EU-Studenten sei. Ich konnte da nicht teilnehmen.

Ich will nur damit sagen, dass Ausländer, die aus Entwicklungsländern kommen, an den Hochschulen nicht so wahrgenommen werden wie Studierende, die aus EU-Ländern kommen. Ich habe zum Beispiel auch nur ganz selten gehört oder gelesen, dass irgendwelche Universitäten in Deutschland ein Austauschprogramm mit Afrika haben oder mit Lateinamerika oder mit Mexiko oder Kuba oder Peru. Dabei werden die Entwicklungsländer in der Zukunft sehr wichtig sein. Gerade da sind jetzt die Wachstumsmärkte. Und ich bin sicher, dass Unternehmen wie DaimlerChrysler oder VW auch davon profitieren würden, wenn Absolventen aus Lateinamerika für sie arbeiten und in den Ländern die Geschäfte abwickeln würden.

Und ich würde zum Schluss vorschlagen, dass nicht nur Marketing in den jeweiligen Ländern gemacht wird, sondern auch Aufklärungsarbeit an den deutschen Hochschulen. Als ausländische Studentin, die nicht aus Europa kommt, fühlt man sich hier manchmal wirklich wie ein Außerirdischer. Das ist wahr. Als ich angefangen habe zu studieren, war ich die einzige Farbige an meiner Fachhochschule. Viele haben sich über mich gewundert und gefragt: ‚Woher kommst du?‘ – ‚Aus der dominikanischen Republik.‘ – ‚Was? Wie ist das denn dort? - Wie sind die Universitäten dort? - Gibt es überhaupt auch solche großen Einrichtungen wie hier?‘ Sie wissen so wenig! Es gibt ganz normale Universitäten in meinem Land, aber viele können sie sich nicht leisten. Bei uns sind die Universitäten sehr teuer. Da bietet Deutschland viel bessere Möglichkeiten. Und ich bin dankbar dafür, dass mir diese Möglichkeit gegeben wird. Aber bei der Internationalisierung muss man an alle Ausländer denken. Nicht nur das Beste für die Studierenden aus der EU, und die aus den Dritte Welt- Ländern bleiben in der zweiten Kategorie.

Chryso Djoufack, Studierender an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Ich heiße Djoufack und komme aus Kamerun. Ich möchte ganz besonders Herrn Doktor Hoffmann ansprechen. Man sollte den zweiten Schritt nicht vor dem ersten machen. Ich will damit sagen: Ich bin als Ausländer voller Hoffnung nach Deutschland gekommen. Es hat mich sehr viel Zeit gekostet, um mich hier überhaupt zurecht zu finden. Das ist sogar noch untertrieben! Man muss erst gute Bedingungen schaffen und danach Werbung machen. Ich glaube sowieso nicht, dass man Werbung machen muss. Vor der Deutschen Botschaft in Kamerun stehen Schlangen von Leuten, die nach Deutschland fliegen möchten, um hier studieren zu können. Aber die glauben alle, dass sie hier die gleichen Rechte haben wie alle anderen Studierenden. Das stimmt nicht! Ich will nicht mit Geld geholfen bekommen oder so etwas. Ich möchte nur die gleichen Rechte haben. Ich möchte zum Beispiel zwanzig Stunden pro Woche arbeiten können, um mein Studium zu finanzieren. Und ich möchte nicht zum Alibi werden, auf das man zeigt und sagt: ;Denen helfen wir!' Das möchte ich nicht. Ich möchte aus eigener Kraft vorankommen. Und wenn man uns diese Möglichkeiten nicht gibt, dann hätte ich gern, dass das gesagt wird, dass das laut gesagt wird, damit die Leute sich keine falschen Hoffnungen machen. Ich will nichts weiter sagen. Wenn dieser erste Schritt gemacht ist, dann kann man über viele weitere Dinge diskutieren. Aber man kann nicht über Internationalisierung diskutieren, solange dieser erste Schritt noch nicht gemacht ist. Ich bedanke mich.

Cahit Basar, Akademisches Auslandsamt der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster:

Cahit Basar ist mein Name, ich komme vom Auslandsamt der Uni Münster und bin Politikwissenschaftler. Ich habe ihre Beiträge mit großem Interesse verfolgt, vor allem die Beiträge der Kommilitoninnen und Kommilitonen. Ich glaube feststellen zu können, dass sich die Probleme, egal an welcher Fachhochschule oder an welcher Universität man auch sein mag, im Grunde sehr ähneln. Ich bin gebürtiger Duisburger kurdischer Herkunft, also ein sogenannter Bildungsinländer. Ich wollte schon immer für ein Jahr ins Ausland und mich dort quasi bereichern. Meine erste Anfrage nach einem Stipendium für einen Auslandsaufenthalt im englischsprachigen Raum wurde mir von dem Auslandsamt, in dem ich heute tätig bin, so beantwortet, dass man mir sagte: ;Aber Sie sind doch schon im Ausland!'. Um doch noch nach England zu kommen, um an dem Stipendien- und Austauschprogramm teilnehmen zu können, habe

ich mich schließlich einbürgern lassen. Seitdem nenne ich mich Neudeutscher kurdischer Herkunft. Sie sehen also, dass an solchen sehr formalen oder technischen Problemen junge und sehr vielversprechende Kapazitäten letztendlich oft daran gehindert werden, sich tatsächlich zu entfalten und tatsächlich in ihrer Hochschulkarriere voranzukommen.

Herr Eichlepp hat in seinem ersten Redebeitrag von der Sensibilisierung gesprochen. Diese müssten sensibilisiert werden und jene müssten sensibilisiert werden. Ich denke, die ersten, die sensibilisiert werden müssten, das sind ihre Innenminister, das Innenministerium, die deutschen Botschaften, die Ausländerbehörden. Oftmals werden wir, ob das nun in den Asten ist oder in den Auslandsämtern, mit sehr kuriosen Gerüchten konfrontiert, die teilweise durch Falschinformationen in den Botschaften oder in den Generalkonsulaten in Umlauf gebracht worden sind. Wir müssen an den Universitäten letztlich als Korrektiv tätig werden. Diese Institutionen müssen sensibilisiert werden. Ich kann mir zum Beispiel nicht vorstellen, dass ein Sachbearbeiter bei einer kommunalen Ausländerbehörde letztendlich über den humboldtschen Geist an unseren Hochschulen urteilen kann, wenn er prüft, ob die Leistungen laut Studienordnung erbracht worden sind oder nicht, ob die 10-Jahres-Frist eingehalten wird oder nicht, ob also hier eine Studienleistung vorliegt und damit ein Visum verlängert werden kann oder nicht.

Ich frage mich, woher denn diese Überheblichkeit bei den Behörden letztendlich kommt. Einige von Ihnen haben es gesagt: Wir sprechen letztendlich hier in Deutschland eine sehr exotische Sprache. Das ist keine Weltsprache und die Kompatibilität des Hochschulsystems mit den Hochschulsystemen im Ausland lässt auch zu wünschen übrig. Also, wir sind weder kompatibel, noch sprechen wir eine Sprache, die zu den Weltsprachen gehören dürfte. und haben trotzdem diese Überheblichkeit, die wir insbesondere an ausländischen Studierenden und Studierwilligen, die nach Deutschland kommen möchten, ausleben. Wir erkennen ihre Studienleistungen nicht an, sondern wir bauen immer neue Hürden auf. Jetzt zum Beispiel gerade bei den chinesischen Studierenden mit den Prüfungsstellen oder bei den afrikanischen Studierenden mit Konten und Gebühren, die sie vorweisen müssen. Unsere Visa-Formalitäten machen es den ohnehin wenigen Studierenden und Studieninteressierten unnötig schwer. Die Ströme fließen an uns vorbei und trotzdem diese Überheblichkeit, dieser Versuch, auszugrenzen und sie von unseren Universitäten fernzuhalten.

Ich fand es toll, dass Herr Sanner interkulturelle Teams oder die multi-kulturelle Zusammensetzung gewisser Einheiten eine Bereicherung für Innovationen, für Kreativität und für Produktivität genannt hat. Das haben die anderen Podiumsteilnehmer leider nicht genug unterstrichen, dass ausländische Studierende oder Menschen mit anderem kulturellen Background eine Bereicherung für die Universitäten darstellen. Das würde ich mir sehr wünschen. Und zu guter Letzt noch als Mahnung: Verwechseln sie den Intelligenzquotienten eines Menschen nicht mit seinem Kontostand!

Johann Biefel, Betreuer für Studierende aus Mittel- und Osteuropa, Freiburg:

Mein Name ist Johann Biefel. Ich komme aus Freiburg und bin Mitglied der IG Metall. Ich bin heute aber nicht in dieser Funktion zu Gast. Ich betreue seit einigen Jahren Studierende aus dem Ostblock, insbesondere der Ukraine, Bulgarien und anderen osteuropäischen Ländern. Ich möchte noch einmal aufgreifen, was mein Vöredner gesagt hat zum Verhältnis von Kontostand und Intelligenzquotient. Das Schlimme ist, wohin diese Verwechslung führt: Diese jungen Menschen kommen wirklich mit großer Euphorie nach Deutschland und wollen sich hier beweisen. Und davor haben sie schon die erste Hürde genommen, nämlich die, überhaupt in eine deutsche Auslandsvertretung hereinzukommen. Die reisen dafür zum Beispiel von Warna nach Sophia, das sind ungefähr 1.000 km. Häufig haben sie nicht einmal das Geld für die Fahrt, das müssen sie sich borgen. In Sophia angekommen müssen sie in den meisten Fällen auf der Straße übernachten, nur um am nächsten Tag abgewiesen zu werden. Oft dauert es Wochen, bis die schließlich in die Botschaft reinkommen. Dann beschaffen sie sich irgendwo her eine Garantie, dass sie einen Kontobestand von 10.000 Mark haben. Denn das ist eine weitere Voraussetzung, um hier studieren zu können. Diese Voraussetzung führt dazu, dass es nicht immer die Klügsten sind, sondern die mit den reichsten Eltern, die anfangen, hier zu studieren. Und reich und klug, das hat nicht immer was miteinander zu tun. Deswegen als Anregung an das Bundesministerium des Inneren und das Bundesministerium für Bildung - leider ist das Bundesministerium des Auswärtigen hier nicht vertreten, das da auch in der Verantwortung steht: Baut diese Hürden endlich ab!

Dann geht es hier die ganze Zeit um 90 Tage des Arbeitsrechtes. Für diese 90 Tage brauchen die Studierenden ja keine Arbeitsbewilligung, sondern die Arbeitsaufnahme darf bewilligungsfrei erfolgen. Das führt

aber dazu, dass die meisten Studenten, weil sie schnell Geld brauchen, die 90 Tage in der Regel nach einem halben Jahr abgearbeitet haben. Und dann wissen sie nicht, wie sie weitermachen sollen. Sie sind gezwungen, eine Schwarzarbeit anzunehmen, sich das Geld irgendwo her zu erbetteln oder zu leihen und dann mit hohen Zinsen zurückzuzahlen. Oder ihre Eltern im Ausland verschulden sich mit wiederum sehr hohen Zinstilgungen. Ich bin mir sicher, dass das Bundesministerium für Bildung und das Bundesministerium des Inneren in Wahrheit kein Interesse daran haben, solche Menschen in Deutschland zu haben. Das sollte man deutlich sagen, statt es zu verschweigen und über die Strukturen zum Ausdruck zu bringen. Man will in der Tat nur solche Leute hier haben, die keinerlei Probleme für den deutschen Staat verursachen. Das aber - da warne ich und gebe ich zu bedenken - müssen nicht in jedem Fall die Klügsten sein.

Joseph Schäfers, Migranten-Seelsorger der Katholischen Hochschulgemeinde (KHG) Bonn:

Mein Name ist Joseph Schäfers, ich arbeite in der Migranten-Seelsorge der Katholischen Hochschulgemeinde in Bonn. In jedem Jahr geben wir einige Zigtausend DM sogenannter Beihilfen und Notfondsbeiträge aus. Und viele andere Kollegen in den katholischen und evangelischen Hochschulgemeinden - die ja an allen Hochschulorten sind - machen genau das gleiche. Ich wäre sehr froh, wenn ich diese Arbeit nicht machen müsste! Aber ich behaupte einmal, dass ich von den 1.800 oder 2.000 ausländischen Studierenden an der Universität Bonn mindestens jeden Vierten kenne. Ich muss dazusagen: Nicht nur wegen finanzieller Notlagen, sondern auch wegen all den anderen Problemen, die anstehen, wenn man als ausländischer Studierender in Deutschland lebt. Auch die Stipendiaten kommen zu mir. Wir haben ja drei Klassen von Studierenden: Da sind die Stipendiaten, die offiziell über den DAAD laufen. Von denen höre ich recht wenig, die kommen meist nur, wenn es Probleme mit dem DAAD gibt oder wenn bei der Rückkehr Schwierigkeiten entstehen oder wenn ganz normale menschliche Probleme zu bewältigen sind, die Menschen von Zeit zu Zeit haben und für die die Kirche eben da ist. Dann gibt es diejenigen, die von Organisationen wie der unsrigen Stipendien bekommen. Und dann gibt es diejenigen, die in den Papieren immer so schön ‚Freemovers‘ genannt werden. Deren Potenz und Potential haben wir gerade sehr eindrucksvoll in den Wortbeiträgen gehört. Ich bewundere sehr, was diese Leute draufhaben, wie sie sich durchs Leben

schlagen und wie sie in unserem Hochschulsystem in Deutschland bestehen und mitarbeiten.

Ich möchte folgendes vorschlagen: Wir sollten diese verfluchte Arbeitsbeschränkung fallen lassen. Das wäre überhaupt kein Problem. Wenn wir damit angeben, dass Deutschland in der Globalisierung mitspielt und der Markt der neue Gott ist - und von Göttern verstehen wir in unserer ‚Firma‘ eine ganze Menge -, dann möchte ich die Herren und Damen in der Politik auffordern, dass Sie die ausländischen Studierenden genau wie ihre deutschen Kommilitonen arbeiten und jobben lassen. Ich weiß auch, dass darin eine Gefahr liegt, der Kollege hat sie eben schon benannt: Es besteht die Gefahr, dass die Leute nur arbeiten, zu viel arbeiten und nicht vernünftig studieren. Aber dann muss man die Menschen eben besser betreuen und dabei unterstützen, Arbeit und Studium zu managen. Vielleicht kann man auch sagen, wir machen 150 Tage oder wir binden die erlaubte Arbeitszeit an die Studienleistungen.

Was ich auch machen würde, es wurde im Süßmuth-Papier auch vorgeschlagen, ich weiß nicht, ob Schily es übernommen hat: Man sollte die Ausländerämter entmachten oder wenigstens in die Ausländerämter Beauftragte und Sachbearbeiter setzen, die nur für die Hochschulen zuständig sind. Es darf nicht weiter so sein, dass da Leute sitzen, die keine Ahnung vom Metier haben und dann die Gesetze zum Nachteil der Studierenden auslegen. Ich kann Ihnen da unglaubliche Geschichten erzählen: Vor drei Monaten war ich mit einem Syrer bei der Ausländerbehörde. Er hat einen Antrag gestellt, damit er nach dem Studium für eine Zeit bei einer Firma in Deutschland arbeiten kann. Dieser Antrag ist bis heute noch nicht beschieden und der Kommilitone ist inzwischen wieder zu Hause in Syrien. Vielleicht kriegt er demnächst ja dann die Erlaubnis. Ich habe auch keine Lust mehr, ständig bei der Behörde auf der Matte zu stehen, bloß weil irgendwelche Ignoranten nicht kapieren, worum es hier geht. Die ganzen schönen Sonntagsreden bringen nichts, wenn Sie von der Politik sich nicht trauen, den Deutschen zu sagen: ‚Das Ausländerstudium ist ein Teil der Globalisierung und deshalb wollen wir so und so viele Studierende hier haben. Wir lassen die Leute arbeiten und wir lassen sie frei und ohne den Finanzierungsnachweis einreisen.‘ Denn Sie machen sich doch was vor, Sie wissen genauso gut wie ich, dass jede Finanzierungsbescheinigung so viel wert ist, wie das Toilettenpapier auf der unteren Etage.

Ich schlage also vor, dass wir die ganze Sache als einen Dreischritt betrachten: Meinetwegen kaufen wir die besten Köpfe, dann bilden wir sie für die Entwicklungspolitik aus und werden ja sehen, was passiert und wie es weiter geht. Ich glaube, viele würden zurückgehen und in ihren Ländern arbeiten. Sie merken: Wenn sie die Sache neu konzipieren wollen, dann müssen sie klar reden. Und dann werden wir auch mehr zahlen müssen, aber das kann uns vielleicht gar nicht schaden.

Ivan Méndez, AStA der Fachhochschule Mainz:

Guten Abend. Mein Name ist Ivan Méndez vom internationalen Referat des AStA der Fachhochschule Mainz. Ich bin gleichzeitig auch Mitglied im Senatsausschuss für internationale Angelegenheiten. Ich bin Peruaner und freue mich dass Ihr hier anwesend seit und so engagiert diskutiert. Weil das, was ich eigentlich sagen wollte, inzwischen gesagt ist, möchte ich Euch eigentlich nur noch auffordern, dass Ihr alle diese Diskussion nutzt, sie mit nach Hause nehmt und weiter aktiv bleibt. Danke.

Teilnehmerin ohne Namensnennung:

Eigentlich ist das meiste gesagt, was mir wichtig war zu der Frage der Finanzierung. Aber es wurde wenig darüber gesprochen, wie die Studieninhalte aussehen. Ich habe zum Beispiel zwei Freunde, die ihr Wirtschaftswissenschaftsstudium nicht weitermachen konnten, weil sie in deutschem Recht nicht bestanden haben. Sie wollen zurückgehen nach dem Studium, wozu müssen sie unbedingt deutsches Recht beherrschen? Wir haben auch gehört, dass den Absolventen die Möglichkeit gegeben werden soll, nach dem Studium hier zu bleiben. Ich kenne zum Beispiel einen Arzt, der in seinem Land für 1.000 Leute arbeiten könnte. Diese Personen hier behalten zu wollen, das verstehe ich auch nicht.

Herr Weber hat in seinem Referat über Qualität gesprochen und gesagt, wir würden hierher kommen, ohne viel davon zu wissen, wie das deutsche Hochschulsystem funktioniert und ohne uns zu fragen, ob das System denn zu uns passt. Wenn Sie sich mit den Gründen dafür beschäftigt haben, dann werden Sie vielleicht wissen, dass viele Leute in unseren Ländern froh sind, überhaupt einen Hochschulabschluss machen zu dürfen.

Rita Andini, Studierende an der Universität Hannover:

Guten Tag. Ich heiße Rita Andini, komme aus Hannover und bin Studentin. Ich komme aus Indonesien und versuche so schnell wie möglich

zusammenzufassen. Ich weiß, dass Sie alle schon müde sind. Müde und hungrig, ich weiß!

Zu dem Vertreter des Bildungsministeriums: Es wäre sehr nett von Ihnen, wenn Sie sich dafür einsetzen würden, die Arbeitszeit für ausländische Studierende nicht auf 90 Tage zu beschränken. Was hier vorne gesagt wurde, ist richtig: Es ist viel zu abhängig von den Personen im Ordnungsamt. Ein anderes Beispiel: Ich habe gewusst, dass man für die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung nur 20 Mark bezahlen muss. Ich war dann bei der Ausländerbehörde bei einem Sachbearbeiter und er sagte, dass wir als Studierende 70 Mark bezahlen müssen. Ich habe dann gesagt, dass das aber doch nur 20 Mark kostet. Und er hat geantwortet - und das kenne ich von vielen meiner Kommilitonen: ‚Wenn Sie als ausländische Studierende schon hier nach Deutschland kommen, dann müssen Sie selbst Geld mitbringen. Ihre Eltern müssen für Ihr Studium bezahlen, nicht Deutschland.‘ Aber darum ging es gar nicht, sondern nur darum, nicht zuviel bezahlen zu wollen.

Es wäre wichtig, die 90-Tage-Regelung für Arbeit flexibler zu machen, weil wir hier in Deutschland nicht betteln wollen. Wir wollen keine Beihilfen oder sonst irgendwelche Hilfe. Aber wir brauchen mindestens 600 Mark im Monat für das Essen und die Miete. Die wollen wir durch Arbeit verdienen können. Deutsche Kommilitonen arbeiten wegen Klamotten oder damit sie regelmäßig ins Kino gehen können. Wir müssen arbeiten dürfen, und zwar nicht, damit wir Spaß haben, sondern damit wir leben können.

Und zum Schluss: Ich habe, wie der Kommilitone vorhin, versucht, mich für ein Auslandspraktikum zu bewerben. Es ist immer dasselbe. Die Antwort ist immer die Frage: ‚Aber Sie sind doch keine Deutsche, oder?‘ Es gibt so viele Förderprogramme für deutsche Studenten, die im Ausland ein Praktikum machen möchten. Aber die interessieren sich anscheinend nicht so sehr dafür. Und andererseits hören die ausländischen Studierenden, wenn sie sich darum bemühen, immer nur, dass sie keine Deutschen sind und keine Möglichkeit haben.

Helen Bicknell, Dozentin an der Fachhochschule Mainz:

Hallo! Mein Name ist Helen Bicknell, ich komme ursprünglich aus Großbritannien, aus London und wohne seit 21 Jahren hier in der Mainzer Umgebung. Zur Zeit arbeite ich als Dozentin für Englisch an der

Fachhochschule Mainz. Ich hätte die Stelle fast nicht gekriegt, weil ich kein Englisch studiert hatte. Anscheinend kann jeder studierte Deutsche besser unterrichten als ein Engländer. Na gut!

Ich habe tausend Sachen, die ich gerne sagen möchte, wie jeder andere hier im Raum auch. Wir haben alle Geschichten und Erzählungen und wir könnten bestimmt alle ein Buch darüber schreiben. Eine kleine Sache: Es wurde gesagt, dass Internationalisierung keine Einbahnstraße sein sollte. Und wir alle wissen und haben gehört, warum Ausländer hier her kommen. Ich wohne hier in Deutschland, Deutschland ist ganz toll. Es ist ein tolles Land. Ich wohne gerne hier, ich erziehe meine Kinder gerne hier. Ich mag diese Art der sozialen Marktwirtschaft. Es ist ganz, ganz viel in Deutschland, was sehr gut ist. Ich stehe für Deutschland! Aber: Ich bin auch kritisch. Was ich sagen wollte zu dieser Einbahnstraße: Ich komme gerade aus Indien, wir haben an der Fachhochschule ein Projekt gehabt, wo Studenten von Deutschland nach Indien gehen und dort studieren - und umgekehrt. Ich hätte gerne für jeden Ausländer, der hier in Deutschland studiert, einen Deutschen im Ausland, und zwar in den Ländern, wo die Ausländer herkommen. Das wäre wirkliche Internationalisierung. Dann würden sich viele Probleme wahrscheinlich von alleine lösen, weil viel mehr Deutsche ein besseres Verständnis für das hätten, was läuft. Ich habe mich einfach geschämt, wie wir Europäer Inder behandeln, verglichen damit, wie ich als Ausländerin in Indien behandelt wurde. Es ist eine Schande!

Doris Krohn, World University Service (WUS):

Ich nehme den letzten Kommentar als Schlusswort. Wir sind schon zehn Minuten über der Zeit, und das, was ich zunächst vorhatte, nämlich dass jeder hier auf dem Podium noch einmal etwas sagt, möchte ich eigentlich jetzt nicht mehr machen. Sie haben mit Ihren qualifizierten Beiträgen sehr deutlich gemacht, wo die Experten sitzen, und ich glaube, wir müssen das vom Podium aus nicht kommentieren. Ich denke, die Herren aus dem Ministerium und vom DAAD haben so viele Anregungen von Ihnen bekommen, dass sie sehr viel zu tun haben werden, um ihren Kolleginnen und Kollegen noch einmal plastisch die Situation der ausländischen Studierenden in Deutschland deutlich zu machen. Ich danke allen ganz herzlich.

*Prof. Dr. Stefan Hormuth,
Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen und Vize-Präsident der
Hochschulrektorenkonferenz (HRK)*

Studienstandort Deutschland und Internationalisierung der Hochschulen



I.

Ich freue mich sehr und danke Ihnen dafür, heute zu Ihnen über den ‚Studienstandort Deutschland und die Internationalisierung der Hochschulen‘ sprechen zu dürfen. Ich spreche zu Ihnen als Vize-Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), der im Präsidium der HRK für die Internationalen Angelegenheiten zuständig ist, und diese Funktion bestimmt so auch den Blickwinkel auf Probleme und Perspektiven, die sich mit dem Thema der ‚Internationalisierung der Hochschulen‘ verbinden.

Im Untertitel des Themas dieser Konferenz steht schon eine kritische Frage: ‚Internationalisierung der Hochschulen – ohne ausländische Studierende?‘

Die Antwort muss - vorweggenommen - ein ‚Nein‘ sein. Das ‚Nein‘ allein genügt allerdings nicht. Uns, die wir hier sitzen, sind ausländische Studierende sehr willkommen. Und den meisten Hochschulen wie anderen Bürgern auch. Aber tun wir auch genug dafür, dies unsere Gäste spüren zu lassen und - noch wichtiger - tun wir auch das Notwendige,

dass sie den Studienstandort Deutschland als eine gute Wahl betrachten und zu uns kommen?

II.

An den deutschen Hochschulen studieren heute - ohne Bildungsinländer - leider nur etwas mehr als 100.000 ausländische Studierende. Das Doppelte wäre besser. Ihre Zusammensetzung ist nach Herkunft und Studieninteressen und -zielen breit gestreut, dementsprechend unterschiedlich auch ihr Gaststatus und die Probleme, wie sie in den Themen dieser Konferenz zum Ausdruck kommen:

- Studierende in europäischen Mobilitätsprogrammen wie ERASMUS/SOKRATES haben für ihren kurzen Aufenthalt an einer deutschen Hochschule andere Erwartungen an die Akademische Orientierung und Beratung durch die Hochschule als ein Doktorand, zumal wenn er mit Förderung - zum Beispiel des DAAD - zu uns kommt.
- Studierende aus einem Entwicklungsland, die hier ein Vollstudium absolvieren, sehen sich beim ‚Gang zu den Behörden‘ mit mehr Fragen und oft größeren Problemen konfrontiert als ihre Kommilitonen aus den USA.
- Die rund 80 Prozent der Studierenden, die ihr Studium ohne ein Stipendium finanzieren, sind auf Nebenverdienste angewiesen, deren Genehmigung in der Praxis oft mit vielen, dem Studium und dem Eindruck von ‚Gastfreundlichkeit‘ keineswegs zuträglichen Hürden verbunden ist.

Sie alle erwarten hier von ‚ihrer‘ Hochschule und auch von ‚ihrer‘ Stadt Beratung und Unterstützung, besonders in der ersten Zeit ihres Aufenthaltes, wenn es um Orientierung und das Einleben in ein ungewohntes akademisches und gesellschaftliches Umfeld geht. Wir wissen alle, wie wichtig diese erste Zeit ist. Hier entstehen die ersten prägenden Eindrücke – entscheidend für den Studienerfolg, entscheidend aber auch für Bilder und Urteile (oder Vorurteile), die später bei der Rückkehr in die Heimat mitgenommen werden.

Schließlich: für alle Studierenden aus dem Ausland stellt sich bei der Entscheidung für den ‚Studienstandort Deutschland‘ die Frage nach den akademischen Angeboten unserer Hochschulen, dem Nutzen (und den Kosten) eines Studiums in Deutschland: Studienzeiten und Anerkennung

von Abschlüssen in der Heimat sind wichtige Faktoren, deren Bedeutung seit Mitte der 90er Jahre deutlicher hervorgetreten sind als Bedingung von Attraktivität und Kompatibilität des Studiums in Deutschland.

Hinter diesen Feststellungen verbergen sich eine Reihe von Problemen bei den Rahmenbedingungen dafür, dass ausländische Studierende zu uns kommen – oder auch kommen wollen.

III.

Das ‚Nein‘ auf die Frage ‚Internationalisierung der Hochschulen – ohne ausländische Studierende‘ hat darüber hinaus eine tiefer liegende Ratio, die hervorzuheben oder in Erinnerung zu rufen ist. Das Ausländerstudium trägt zwar auch zur unbedingt noch auszubauenden Internationalisierung der Hochschulen bei, es ist aber keinesfalls nur auf institutionelle Interessen der Hochschulen begrenzt.

Im Zeichen der allgemeinen Diskussion über Internationalisierung und Globalisierung wird von unseren Studierenden und Absolventen erwartet, sich in ihrer Bildung und Ausbildung für spätere berufliche Tätigkeiten international verwendbare und förderliche Schlüsselqualifikationen und interkulturelle Kompetenzen anzueignen. Daher sollten ja möglichst viele unserer Studierenden bereits während ihrem Studium Erfahrungen im Ausland gewinnen.

Dies darf jedoch keine Einbahnstraße sein. Dasselbe gilt spiegelbildlich und komplementär: Aus dem gleichen Grunde und mit dem gleichen Ziel müssen wir daran interessiert sein, dass viele ausländische Studierende zu uns kommen, damit sie aus dem Leben in unserer Gesellschaft für sich solche Erfahrungen gewinnen können, sprachlich und kulturell, aber auch, indem sie Wissen und Produkte mit in ihre Heimat nehmen.

IV.

Ich komme zurück auf die eingangs gestellten Fragen und Problemhinweise. Wie ist es vor diesem Hintergrund mit der Internationalisierung der Hochschulen bestellt?

Die Hochschulrektorenkonferenz - und damit die Hochschulen - verfolgen dieses Thema nicht nur mit Aufmerksamkeit sondern auch mit konkreten Vorschlägen und Aktivitäten. Ich nenne zwei ‚große‘ Stellungnahmen der HRK: ‚Internationale Beziehungen der Hochschulen‘ (1991)

und ‚Attraktivität durch internationale Kompatibilität‘ (1996). Beide enthalten Analysen und Empfehlungen, die wichtige Entwicklungen für die Internationalisierung des Studienstandorts Deutschland befördert oder in Gang gesetzt haben.

Die Stellungnahme zu ‚Attraktivität durch Kompatibilität‘ - der Name sagt es schon - entstand in einer Situation, in der viele Anzeichen darauf hindeuteten, dass Deutschland als Studienstandort für ausländische Studierende im Wettbewerb mit anderen Staaten ins Hintertreffen gerät. Über einzelne konkrete Empfehlungen hinaus hat sie in den Hochschulen einen Prozess in Gang gesetzt, in dem Internationalität als eines der Kriterien der Qualität der Hochschule aktiv als Teil der institutionellen ‚strategischen Planung‘ - ebenfalls ein neuer Begriff - thematisiert und als ‚Handlungsraum‘ auch im Wettbewerb mit ausländischen Institutionen begriffen wurde.

Die Konzepte ‚Internationalisierung‘, ‚Attraktivität‘ und ‚Kompatibilität‘ haben die Studienangebote und -möglichkeiten für ausländische Studierende wesentlich beeinflusst und verändert. Hier sind nur Beispiele und Stichworte möglich, die in unserer anschließenden Diskussion aufgenommen, weiter verfolgt und vertieft werden können:

(1) Neue Formen der Organisation des Studiums durch gestufte Abschlüsse

Sie bilden eine Antwort auf Wandlungen (national und international) von Berufsbildern, Beschäftigungsformen, Bildungs- und Ausbildungserwartungen und der international üblichen Studienstrukturen. Die gestuften Abschlüsse prägen nicht nur zunehmend die traditionellen Studiengänge, sondern auch eine Reihe der vom DAAD und der HRK initiierten ‚auslandsorientierten Studienprogramme‘, die mit englischer Unterrichtssprache Ausländern den Einstieg in ein Studium erleichtern. Gestufte und zeitlich wohl definierte Studienprogramme sorgen für die Kompatibilität, die ausländischen Studierenden ein Studium in Deutschland wieder überschaubar und - nach Zeit und Kosten - kalkulierbar werden lassen. In der Fortsetzung dieser Konzeption ist auch das Programm ‚PHD‘ - Promotion an Hochschulen in Deutschland - zu nennen (DAAD und Deutsche Forschungsgemeinschaft), mit dem auch auf dieser Qualifikationsebene an international übliche Formen angeknüpft wird.

(2) Internationalisierung des Studiums

Sie betrifft sowohl die Inhalte als die Mechanismen, die Mobilität erleichtern. Kreditpunkte und Modularisierung in der Curriculum- und Studienplanung sowie Anerkennung von Leistungen sind die wichtigsten Bereiche, die auch die genannten neuen Formen der Studienprogramme prägen. In diesem Zusammenhang sind auch Abkommen über Hochschulzusammenarbeit zu nennen, die die HRK mit einer Reihe ausländischer Partner abgeschlossen hat, um die Aufnahme ausländischer Studierender auf den verschiedenen Ebenen mit Empfehlungen zu fördern, die ausländische Studienleistungen und Abschlüsse angemessen zu „honorieren“. Solche Abkommen bestehen u.a. mit Australien, Indien, Brasilien, Mexiko, Chile; Gespräche über weitere Abkommen werden zur Zeit mit Partnerorganisationen in Südafrika, Kolumbien und Taiwan geführt.

(3) Aufenthaltsrecht

Zusammen mit anderen Organisationen – neben dem DAAD nenne ich hier auch ausdrücklich die Zusammenarbeit mit dem World University Service – setzt sich die HRK für ausländerrechtliche Bestimmungen im Aufenthaltsrecht und bei der Erteilung von Arbeitserlaubnissen ein, die Notwendigkeiten und Interessen ausländischer Studierender und Wissenschaftler angemessen sind. Die Anwendung gesetzlicher Regelungen und Richtlinien wird wesentlich durch städtische Ausländerbehörden bestimmt. Vielerorts hat sich dabei eine gute und reibungslose Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und den städtischen Behörden eingespielt, die nur dankbar zu begrüßen ist. Dies ist aber noch nicht überall so. Angesichts dessen, was ich allgemein zur Bedeutung des Ausländerstudiums gesagt habe, erhoffe ich mir an vielen Orten noch die nötige Ausweitung und Festigung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Behörden, in deren Ergebnis eine noch größere Aufgeschlossenheit gegenüber den Belangen des Studiums von Ausländern wirksam wird. Der regelmäßige Austausch von Erfahrungen zwischen Hochschulen und Städten sollte diesem Interesse dienlich sein.

Diese Hoffnung gilt auch für die Zusammenarbeit mit den Arbeitsverwaltungen. Bei der Erteilung von Arbeitsgenehmigungen für studentische Nebentätigkeiten sitzen ausländische Studierende oft ‚zwischen den Stühlen‘, wenn es um das recht komplizierte Zusammenspiel von aufenthaltsrechtlichen und arbeitsrechtlichen Entscheidungen geht.

Bund und Länder haben in diesem Bereich in der letzten Zeit neue Akzente zu größerer Flexibilität und Offenheit gesetzt, die sich - so ist zu hoffen - auch in neuen gesetzlichen Regelungen niederschlagen werden.

V.

Der Themen- und Problemhorizont ist sicher weiter gespannt als die Aspekte, die ich hier umrissen habe. Ich möchte es aber bei diesen Überlegungen, eng am Thema dieser Konferenz orientiert, als Basis unserer anschließenden Diskussion belassen. Ich danke Ihnen.

Podiumsdiskussion

Studienstandort Deutschland und Internationalisierung der Hochschulen



Teilnehmer/innen:

- Prof. Dr. Stefan Hormuth,
Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen und Vize-Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK);
- Tarek Abu Leil,
Studierender an der Universität Gesamthochschule Kassel;
- Christina Ayazi,
Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Berlin und Brandenburg (STUBE Berlin-Brandenburg);
- Dr. Daniel Egbe,
Habilitation an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und
- Roswitha Paul-Walz,
Akademisches Auslandsamt der Technischen Universität Berlin.

Moderation:

- Karl-Heinz Simsheuser,
Verein deutscher Ingenieure (VDI)

Karl-Heinz Simsheuser, Verein deutscher Ingenieure (VDI):

Wenn ich das Impulsreferat von Herrn Weber - das ich und viele von uns sehr genossen haben - gestern richtig verstanden habe, dann ist das Thema der Hochschulstrukturierung wohl eines der wichtigsten überhaupt. Wenn es zu einem Pull der deutschen Hochschulen kommen soll, dann braucht es eben konkrete pullfähige Angebote an den Hochschulen.

Ich bin Ihnen, Herr Professor Hormuth, sehr dankbar dafür, dass Sie die Entwicklung, die in Bologna gestartet und in Prag fortgeführt worden ist, erläutert haben. Diese Diskussion wird auch in Deutschland fortgesetzt werden müssen. Es hat in den letzten zwei, drei Jahren enorme Entwicklungen an den Hochschulen gegeben, die kaum einer derjenigen, die sich mit Bildung beschäftigen, für möglich gehalten hat. Insofern bin ich zuversichtlich, dass diese Entwicklungen weitergehen werden, zumal sich die europäischen Bildungsminister dazu verpflichtet haben, bis zum Ende dieser Dekade eine 'European Higher Education Area' einzurichten. Das ist die Umsetzung dessen, was in Bologna angeregt wurde: gestufte Abschlüsse, also Bachelor und Master, First Cycle Degree, Second Cycle Degree und im Anschluss daran noch die Möglichkeit der Promotion. Ich glaube, dass sich dadurch gute Chancen für ausländische Studierende ergeben werden, Chancen auch auf kürzere Studienzeiten in Deutschland. Denn vielen geht es ja nicht darum, möglichst lange hier zu bleiben - dazu haben wir gestern ja schon einiges gehört und dazu werden wir heute sicherlich noch mehr hören.

Herr Doktor Egbe, Sie bitte ich als ersten der hier auf dem Podium versammelten Diskutanten um ein Statement zur Qualität des Studienstandort Deutschland und zum Stand der Internationalisierung der hiesigen Hochschulen. Wie sind Ihre Erfahrungen und wie stellen Sie sich ideale Studienvoraussetzungen in Deutschland vor?

Dr. Daniel Egbe, Habilitand an der Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Bevor ich auf die Frage eingehe, möchte ich mit ein paar Danksagungen anfangen. Gestern Abend ist es mir so vorgekommen, als ob wir nur Kritik üben. Ich bin ein positiv denkender Mensch und ich habe vielen zu danken. Meine Eltern sind arm, trotzdem hatte ich hier die Möglichkeit und die Chance kostenlos zu studieren. Ich bin gerade dabei zu habilitieren und ich plädiere dafür, dass es auch weiterhin in Deutschland den freien Zugang zu den Hochschulen und zu Bildung überhaupt gibt. Und

ich möchte allen in Deutschland - den ASten, den Studienbegleitprogrammen, den Hochschulgemeinden, dem DAAD und dem World University Service - herzlich danken, denn sie erleichtern wirklich das Leben der ausländischen Studierenden hier. Sie machen eine tolle Arbeit und das muss man gerade in diesem Rahmen anerkennen.

Ich plädiere in Hinblick auf die Arbeitsmöglichkeiten, über die wir ja gestern Abend gesprochen haben dafür, dass man, auch wenn die 90-Tage Regelung erweitert wird, in der Folge nicht anfängt, an den bestehenden Stipendienprogrammen herumzustreichen. Es wäre gut, wenn die Arbeitsmöglichkeiten verbessert *und* die Stipendienprogramme weitergeführt würden.

Ich bin - glaube ich - ein lebendes Beispiel für die Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland. Es war trotz der Unterstützung meiner damaligen Professorin nicht leicht für mich, mit meiner Habilitation anzufangen. Die Universität Jena und die Ausländerbehörde stellten Fragen: ‚Sie sind Ausländer? Wo werden Sie einen Lehrstuhl bekommen?‘ Wir haben lange kämpfen und Briefe hin und her schreiben müssen, bis ich schließlich als erster Ausländer an der Universität Jena mit meiner Habilitation beginnen konnte. Das ist ein wunderbarer Fortschritt und ich glaube, da diese Tür schon geöffnet ist, werden sich bald weitere Türen für Ausländer öffnen, die eine Hochschullaufbahn anstreben.

Die Internationalisierung der Hochschulen ist nämlich nicht nur eine Sache der Studierenden, nicht nur eine Frage der Gastprofessuren. Wir brauchen ganz reguläre Professuren, die sich ständig mit solchen Themen beschäftigen. Wir sind jetzt in einer Zeit, in der die meisten Hochschullehrer in Deutschland um die 60 Jahre alt sind und bald in Rente gehen. Ich bin der Meinung, dass man das nutzen sollte, um mehr ausländische Hochschullehrer an die deutschen Hochschulen zu berufen.

Karl-Heinz Simsheuser, Verein deutscher Ingenieure (VDI):

Vielen Dank. Ich darf das Wort gleich an Frau Paul-Walz vom Akademischen Auslandsamt der Technischen Universität Berlin weitergeben.

Roswitha Paul-Walz, Akademisches Auslandsamt der Technischen Universität Berlin:

Schönen Dank. Ich möchte mich zunächst ganz herzlich für die Einladung zu dieser Konferenz bedanken. Ich freue mich, dass ich heute die

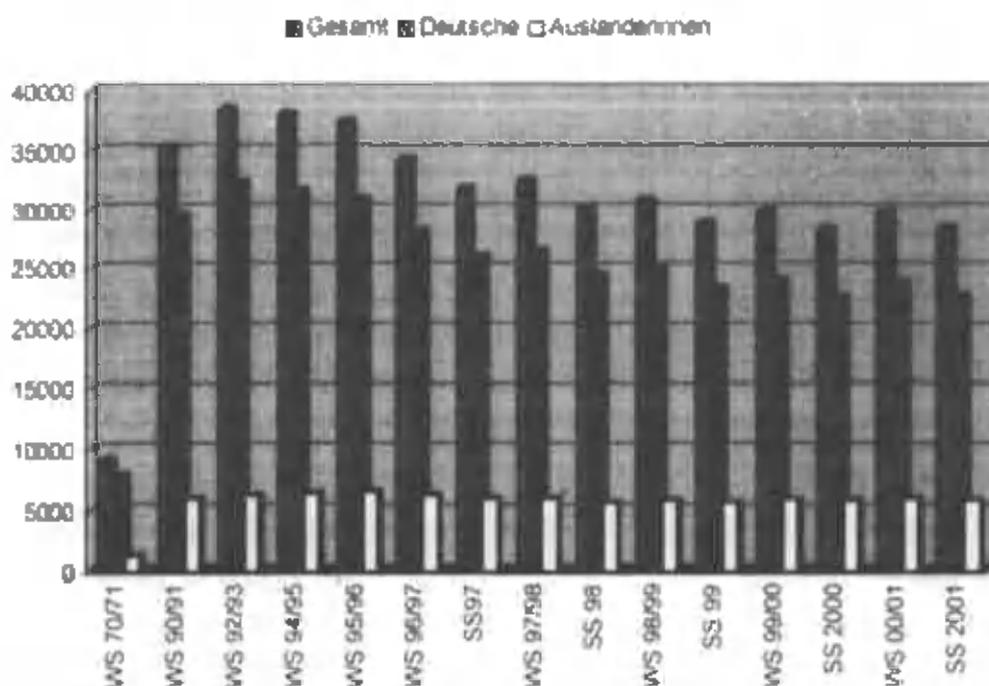
Gelegenheit habe, das gestern von den Studierenden doch eher negativ gezeichnete Bild der Auslandsämter als Mitarbeiterin eines der größten Akademischen Auslandsämter in Deutschland ein bisschen zurechtrücken zu können.

Eingehend auf das Thema dieser Tagung möchte ich die doch recht provokativ aufgeworfene Fragestellung in ihrem Titel gleich zu Beginn meines Beitrages beantworten: eine deutsche Hochschule im Zeitalter des ‚global village‘ ohne ausländische Studierende? Undenkbar!!!

Warum? Nun, gestatten Sie mir, Sie mit einigen Fakten - beschreibend die Internationalität der Technischen Universität Berlin - vertraut zu machen. Hierbei möchte ich nicht den zigsten Beitrag zum Sinn oder Unsinn des Ausländerstudiums leisten, sondern mich an das eher globale Thema unserer Podiumsdiskussion halten. Zuerst eine kurze Bestandsaufnahme anhand von aufbereitetem Zahlenmaterial:

1. Entwicklung der Studierendenzahlen an der Technischen Universität Berlin seit dem Wintersemester 1970/71

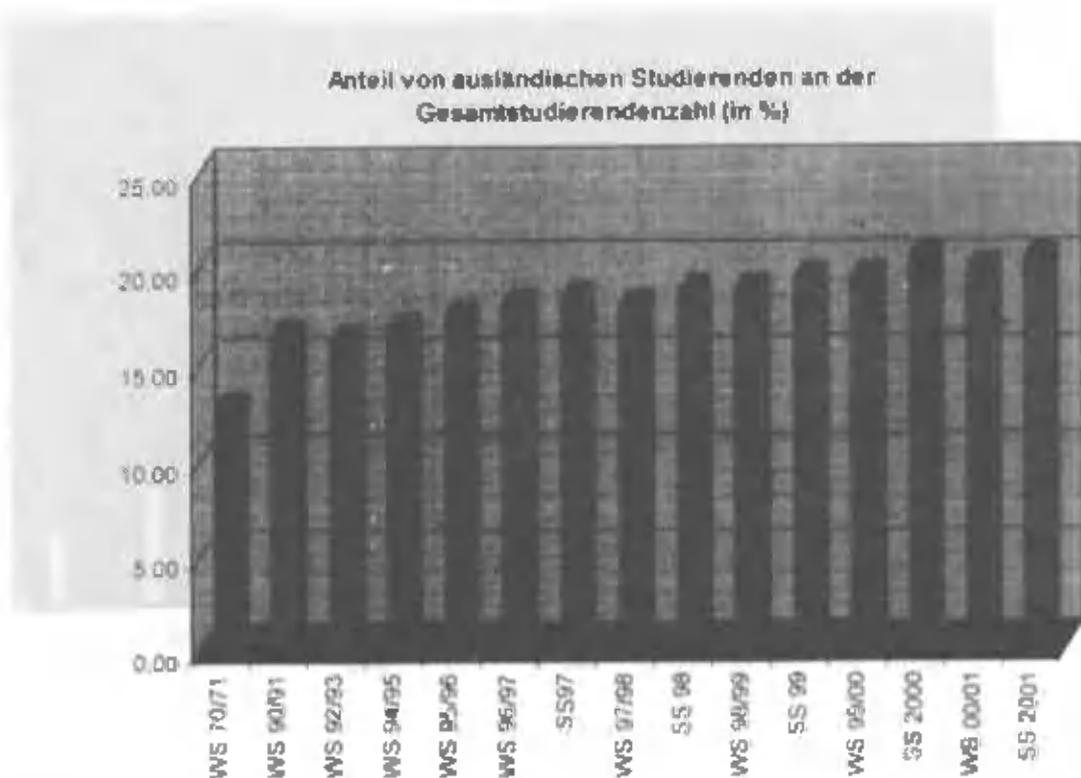
Entwicklung der Studierendenzahlen an der TU Berlin seit dem WS 70/71



Beginnend mit der Gesamtzahl der Studierenden WS 70/71: ca. 9.000
 Davon ausländische Studierende: ca. 1.200

Ab Wintersemester 1990/91 - also 20 Jahre später - ist eine ‚wellenförmige‘ Entwicklung erkennbar. Es wird deutlich, dass sich nach dem Studierendenboom im Wintersemester 1992/93 mit über 38.000 Studierenden (davon 6.200 ausländische Studierende) die Gesamtstudierendenzahl bei ca. 30.000 eingependelt hat. Die Tendenz ist bei deutschen Studierenden eher fallend. Im Verhältnis dazu ist die absolute Zahl der ausländischen Studierenden mit knapp 6.000 relativ konstant geblieben.

2. Anteil von ausländischen Studierenden an der Gesamtstudierendenzahl (in Prozent)

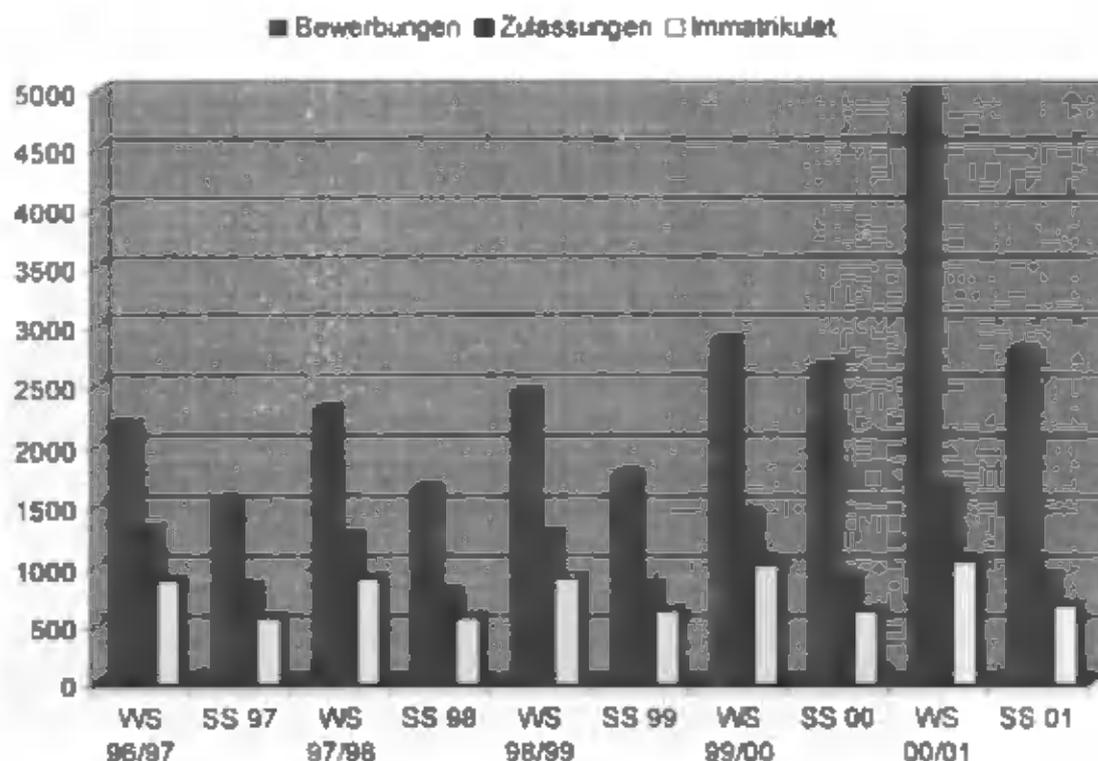


Hier wird noch klarer, dass der prozentuale Anteil der ausländischen Studierenden in den letzten 30 Jahren von knapp 13 Prozent auf jetzt 20.4 Prozent angestiegen ist. Wichtig ist dabei: nur etwa 20 Prozent der ausländischen Studierenden an der TU Berlin sind Bildungsinländer. Im Bundesdurchschnitt liegt diese Zahl bei etwa 40 Prozent.

Derzeit kommen knapp 5.000 Studierende aus den sogenannten Entwicklungsländern. Studierende aus der Türkei, der VR China und Kamerun sind in konstanter Reihenfolge an der Spitze verblieben. An diese ausländischen Studierenden wurde bei der Abfassung der Bologna-Erklärung im Juni 1999 zum ‚Europäischen Hochschulrahmen und der Steigerung seiner Attraktivität‘ sicherlich nicht vorrangig gedacht!

3. Ausländische Studienbewerberinnen und -bewerber an der Technischen Universität Berlin

Ausländische StudienbewerberInnen an der TU Berlin



Diese Zahlen zeigen, dass seit etwa 5 Jahren die Zahl der Bewerbungen, Zulassungen und Immatrikulationen stetig gestiegen ist: Von gut 2.000 neuen Bewerbungen für das Wintersemester 1996/97 auf knapp 5.000 im letzten Wintersemester. Daraus ergaben sich vor 5 Jahren etwa 900 Immatrikulationen, im letzten Wintersemester hingegen bereits über 1.000 - die Tendenz ist also auch hier steigend. Eine Steigerung ist insbesondere bei Bewerbungen aus der VR China (WS 2000/01: 1.200 Bewerbungen; vor 5 Jahren: 165 Bewerbungen) zu verzeichnen.

Für das Auslandsamt der TU Berlin sind diese Zahlen aktuell ein großes Problem, da unser Personalbestand nicht gestiegen ist - hier wird derzeit noch nach Lösungsmöglichkeiten gesucht.

Was sagen uns diese Zahlen? Ist der hohe Anteil von ausländischen Studierenden insbesondere aus den Ländern des Südens ein Erfolg der ausländerfreundlichen Hochschulpolitik und verstärkten Internationalisierungsbemühungen der Technischen Universität Berlin? Vielleicht sogar auch ein Zeichen für die Attraktivität die ‚Rundum-Betreuungsmaßnahmen für ausländische Studierende‘, die seit Mitte der 70er Jahre von der TU Berlin angeboten werden? Kurz in Stichpunkten: Als allgemeine Betreuungsprogramme, die Hilfestellungen bei der Integration in ein fremdes sozio-kulturelles Umfeld und in ein anderes Ausbildungssystem leisten sollen, bietet die TU Berlin für ‚free-mover‘ und Programmstudierende folgendes an:

- Mehrtägige Einführungsveranstaltungen;
- Hilfestellung bei der Wohnungssuche und bei der Verlängerung der Aufenthaltsbewilligungen;
- Social events;
- die ‚Vortragsreihe Nord-Süd‘ zur Förderung auch des Süd-Süd-Dialoges;
- Fachmentorien zum Abbau fachlicher Schwierigkeiten und zur Einführung in die Lern- und Lehrformen an der TU Berlin (zum Beispiel in den Fächern Höhere Mathematik und Mechanik);
- Vertrauensdozentinnen und -dozenten;
- einen Wissenschaftlichen Mitarbeiter als speziellen Betreuer für ausländische Studierende im Studiengang Informatik;
- kostenlose studienbegleitende Deutschkurse mit unterschiedlichen Schwerpunkten.
- Außerdem gibt das Auslandsamt jeweils zu Semesterbeginn eine ausführliche ‚Informationsbroschüre für ausländische Studentinnen und Studenten‘ heraus.

Mit all diesen Maßnahmen wird versucht, die ‚Grundbedürfnisse‘ unserer ausländischen Studierenden zu decken.

Allerdings können von der TU Berlin keine Stipendien angeboten werden; ein umfangreiches Senatsstipendienprogramm wurde im Januar 1997 den Berliner Hochschulen leider entzogen. An diesem Punkt zeigt

sich nach meiner Meinung deutlich ein Widerspruch zwischen den allseits gewünschten kürzeren Studienzeiten und den immer weniger zur Verfügung stehenden finanziellen Unterstützungen - dies als kritische Anmerkung im Vorfeld des nächsten Podiums.

Als globales Ziel der Aufnahme und Unterstützung von ausländischen Studierenden kann sicherlich formuliert werden, einen wichtigen Beitrag zur Heranbildung wissenschaftlichen Nachwuchses und somit zur Förderung der Demokratisierung und Armutsbekämpfung besonders in Ländern des Südens leisten zu wollen - dies ist auch die Maxime der Entwicklungspolitik der Rot-Grünen Regierung. Schaffen wir dies mit den vorhandenen Ressourcen? Beratung und Betreuung können nun einmal nicht kostenneutral durchgeführt werden - hierauf müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Auslandsämter die Universitätsleitungen und auch Organisationen wie den DAAD immer wieder hinweisen.

Soviel zum Stellenwert des Ausländerstudiums an der TU Berlin als wichtiger Teil der Internationalisierung einer Universität.

Internationalisierung darf aber nicht als Einbahnstrasse verstanden werden! Darum sei hier erwähnt, dass die Zahl der ‚out-goings‘, also deutscher Studierender, die ein Auslandsstudium absolvieren, in den letzten 10 Jahren stetig angewachsen ist. Dies liegt unter anderem auch an Mobilitätsprogrammen der Europäischen Union, wie beispielsweise ERASMUS und SORATES. Etwa 200 deutsche und 300 ausländische Studierende nehmen pro Jahr an diesen aus EU-Mitteln geförderten und mit einer Teilförderung durch die TU Berlin unterstützten Programmen teil; ein Angebot allerdings, das nur für EU-Bürger gilt.

Die akademischen Wanderungsbewegungen werden auch durch den Anstieg der weltweiten Partnerschaften der TU Berlin unterstützt: hier hatten wir vor 10 Jahren erst etwa 40 aktive Partnerschaften vorweisen - derzeit sind es fast 200! Der Austausch von Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie die Initiierung von gemeinsamen Forschungsprojekten auf internationaler Ebene sind hier die Zielsetzungen. Nord- und Lateinamerika, dabei besonders Chile und Brasilien, sowie west- und osteuropäische Länder zählen unter vielen zu unseren langjährigen Partnern. Ein anderes Beispiel ist unsere fast 20jährige Kooperation mit der Volksrepublik China, die sich als überaus erfolgreich erwiesen hat. Einige unserer Absolventen bekleiden inzwischen

hochrangige Positionen in China: der Präsident des Beijing Institute of Technology beispielsweise ist promovierter E-Techniker der TU Berlin. Diese Ergebnisse von internationaler Kooperation sind Beispiele dafür, wie die vorhandenen Ressourcen vernünftig und gerecht eingesetzt werden können.

Zu fragen ist, ob die seit 1996 durch den DAAD ins Leben gerufenen ‚Aktionsprogramme zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Studien- und Wissenschaftsstandortes Deutschland‘ die Bemühungen der Hochschulen in der richtigen Richtung unterstützen. Begriffe wie ‚IQN - Internationale Qualitätsnetze‘, ‚INNOVATEC‘ - ein Programm zur Förderung ausländischer Gastdozenten - und der Export deutscher Studienangebote fördern lediglich einen Teilaspekt der Internationalisierung.

An der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen, Doppeldiplomangeboten, mehrsprachigen Studiengängen wie zum Beispiel ‚Global Production Engineering‘ als Aufbaustudiengang, Diploma supplements und Credit-Point-Systemen wird sowohl an der TU Berlin als auch bundesweit verstärkt gearbeitet. Diese Angebote seien als weitere Bestrebungen zur Internationalisierung unserer Studienprogramme genannt. Verstärkt werden sollten hier außerdem entwicklungspolitisch ausgerichtete Studienangebote wie beispielsweise ‚Informatik für Länder der Dritten Welt‘ oder die Aktivitäten der ‚Arbeitsstelle Dritte Welt‘ an der TU Berlin.

Bei all diesen ‚Neuerungen‘ darf die Klärung der Äquivalenzfrage nicht vergessen werden: selbst der DAAD als Stipendienträger oder Mittlerorganisation kann bisher bei neuen Programmen - wie zum Beispiel mit Brasilien - nicht sicher stellen, dass in Deutschland erworbene Studienleistungen zu Hause entsprechend angerechnet und nicht als ‚just for fun studies‘ gewertet werden. Hier besteht meines Erachtens Klärungsbedarf und dies nicht erst langfristig.

Abschließend noch einige Anmerkungen, die vielleicht auch zur Diskussion anregen:

- Wie kann die individuelle Förderung von Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zukunftsweisend gestaltet werden?

- Kann beispielsweise durch das neue ‚Elite-Programm‘ des Auswärtigen Amtes beziehungsweise des DAAD für Absolvent/innen deutscher Auslandsschulen die bestehende Förderung von hochqualifiziertem akademischem Nachwuchs sinnvoll ergänzt werden oder was ist damit beabsichtigt?
- Und greift unsere entwicklungspolitische Zielsetzung noch mit der Einführung der green card für IT- und andere Spezialist/innen? Sollte hier nicht eher die Arbeitsaufnahme zum Praxiserwerb im direkten Anschluss an den Studienabschluss vorangetrieben werden?
- Was bedeutet der brain-drain insbesondere für die Länder des Südens? Diese Diskussion aus den 70er Jahren scheint auch heute wieder aktuell zu sein. Passt das geplante Einwanderungsgesetz in diese, auch hochschulpolitisch, zu führende Diskussion?

Kurzum: Internationalisierung einer Hochschule beinhaltet das gesamte von mir geschilderte Spektrum der Aktivitäten und sollte nicht gewichtet werden. Internationale Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind eine Bereicherung für die Universitäten: menschlich, kulturell und wissenschaftlich gesehen.

Anpassung an internationale Standards ist unvermeidlich – aber: schaffen wir dazu die nötige Infrastruktur sowohl an den Hochschulen wie auch auf politischer Ebene?

Ziel sollte es sein, nicht nur mit eurozentristischem Denken EU-Bürger/innen zum Austausch zu motivieren, sondern ‚den Rest der Welt‘ im Zeitalter der Globalisierung nicht zu vergessen! Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Karl-Heinz Simsheuser, Verein deutscher Ingenieure (VDI):

Vielen Dank, Frau Paul-Walz. Es war sehr interessant zu hören, was speziell die Akademischen Auslandsämter alles tun. Ich frage mich natürlich, ob das gerade vor dem Hintergrund der Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sie dort haben, überhaupt zu leisten ist. Das ist eine Frage, die wir vielleicht nachher in der Diskussion noch beantworten können.

Frau Ayazi, Sie sind für das Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Berlin und Brandenburg zuständig. Ich habe von den sogenannten STUBEn heute zum ersten Mal gehört. STUBE klingt so ein bisschen heimelig, aber STUBE ist etwas anderes. Dazu möchten Sie bestimmt etwas sagen.

Christina Ayazi, Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Berlin und Brandenburg (STUBE Berlin-Brandenburg):

Geme! Ich möchte die Gelegenheit nutzen die Studienbegleitprogramme vorzustellen, weil ich denke, dass sie zwar bei vielen Studierenden, aber bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Auslandsämter und Hochschulen vielleicht weniger bekannt sind. Und das, obwohl es sie schon seit den 80er Jahren gibt. Die Studienbegleitprogramme wurden aus der Notwendigkeit heraus ins Leben gerufen, ausländische Studierende zu betreuen und zu begleiten, die nicht im Rahmen eines Austausch- oder sonstigen Programms hier in Deutschland sind. Das sind die sogenannten ‚free-movers‘. Leider ist diese Betreuung und Begleitung nicht finanzieller Natur, aber sie ist inhaltlicher und persönlicher Art. Der größte Teil der Studierenden aus den sogenannten Entwicklungsländern hat im Gegensatz zu den sogenannten Programmstudenten keinen Zugang zu studienbegleitenden Veranstaltungen. Dieses Defizit versuchen die Studienbegleitprogramme auszugleichen.

Diese Studienbegleitprogramme gibt es überall in der Bundesrepublik Deutschland, insgesamt sind es zwölf sogenannte STUBEn, die mit den frei eingereisten Studierenden aus den Ländern des Südens arbeiten. Ich möchte als Beispiel für die Arbeit der Programme ein paar Sätze zu dem Studienbegleitprogramm in Berlin und Brandenburg sagen.

Das Programm setzt schon im Grundstudium an und fördert die verstärkte Ausrichtung der Studieninteressen auf das Herkunftsland und die Länder des Südens im allgemeinen. Es will Studierende zum politischen Engagement aufrufen und sie dahingehend fördern. Die Grundkonzeption des Programms sieht so aus, dass man versucht, einen Süd-Süd-Austausch zu fördern, dass man also Studierende aus verschiedenen Ländern des Südens unter der Idee zusammenbringt, dass sie ähnliche Probleme in Deutschland und in den Herkunftsländern haben. Dadurch will man soziale Kompetenz steigern und die Studierenden darauf vorbereiten, sich später auch in den Zivilgesellschaften ihrer Heimatländer

oder anderer Länder des Südens einzubringen und dort als Akteure tätig zu sein.

Wir setzen damit wie gesagt bereits im Grundstudium an und begleiten und betreuen die Studierenden auch im Hauptstudium und in der Studienabschlussphase. Das passiert durch verschiedene Veranstaltungen:

Zum einen werden Wochenendseminare und Ferienakademien durchgeführt, die verschiedene entwicklungspolitische Inhalte haben oder Inhalte, die sich mit dem Ausländerstudium beschäftigen. Beispiele wären Seminare zu ‚Gender und Entwicklung‘ oder ‚Planungsmethoden in der Entwicklungszusammenarbeit‘, also alles Inhalte, die in den normalen Studiengängen oft zu kurz kommen, die aber ganz wichtig sind für spätere Tätigkeiten in den Heimatländern, in den Ländern des Südens. Das ist die Idee dieser Seminare.

Als weiteres Modul sehen wir berufsvorbereitende Praktika- und Studienaufenthalte. Das ist ein Programmpunkt, der die Idee verfolgt, Studierende, die sehr viele Jahre hier in Deutschland verbringen, schon während ihres Studiums für eine gewisse Zeit in ihre Heimatländer oder in andere Länder des Südens zu schicken, um ihnen die Möglichkeit der Reorientierung zu geben, um sie dazu zu ermutigen, den dortigen Berufs- und Arbeitsmarkt auszutesten oder vielleicht ein Thema für ihre Diplomarbeit zu finden, das mit den sogenannten Entwicklungsländern in Zusammenhang steht. Die grundsätzliche Idee ist also, den Kontakt mit den Herkunftsländern zu fördern und die Studierenden dazu anzuregen, sich schon während des Studiums in Deutschland damit zu beschäftigen, wie es nach dem Studium dort weiter gehen könnte.

Ein weiterer Bereich sind Reintegrationsprogramme. Da leisten wir Beratung und Begleitung im Bewerbungsverfahren für die Programme anderer Anbieter und von Organisationen, die Studierenden eine Brücke bauen, Möglichkeiten geben wollen, zurückzukehren und im Herkunftsland eine berufliche Existenz aufzubauen.

Der letzte Bereich ist der sogenannte Nachkontakt. Da ist der Grundgedanke, dass ausländische Studierende in Deutschland mit den sogenannten Rückkehrern verknüpft werden, die ihr Studium hier schon beendet haben. Das ist eine Chance für die Studierenden, die vor der Rückkehr von den Erfahrungen anderer profitieren können, die schon zurückge-

kehrt sind, und es gibt den Rückkehrern die Möglichkeit, den Bezug zu Deutschland, zum Studienland nicht zu verlieren. Wir wollen unterstützen, dass auch nach dem Studium noch ein Austausch stattfindet.

Soviel zur Idee und zur Struktur der Studienbegleitprogramme. Es geht sehr viel um das Thema Rückkehr und Reintegration. Ich habe gestern schon ein bisschen gemerkt - und merke das immer wieder in dieser Zeit: Das Thema ist out. Keiner spricht mehr darüber, jetzt geht es viel mehr um die green card-Debatte, um die Möglichkeiten für die Studierenden, hier zu bleiben. Ich kann aber aus meiner eigenen Erfahrung in der Praxis sagen, dass Rückkehr und Reintegration bei den Studierenden selbst immer noch ein sehr großes Thema ist. Viele sagen trotz green card, trotz der Möglichkeiten hier zu bleiben, dass sie in ihr Heimatland zurückkehren und dort etwas sinnvolles tun wollen und gleichzeitig die Bindung nach Deutschland behalten möchten. Man muss den Studierenden trotz aller Debatten um Zuwanderung auch finanzielle Förderprogramme in dieser Richtung offen halten und weiter ausbauen. Wenn Studierende individuell sagen, dass sie zurückkehren möchten, dass sie dafür aber eine motivierende Begleitung und Betreuung durch die Studienbegleitprogramme brauchen, dann ist das entwicklungspolitisch ein sehr sinnvoller Weg. Man bildet Studierende hier sinnvoll aus und unterstützt sie im Prozess der Reintegration in die Länder des Südens. Soviel zu diesem Bereich.

Ich möchte noch zwei, drei Sätze sagen zu dem Vortrag von Professor Hormuth. Sie haben die Internationalisierung angesprochen. Mir ist aufgefallen, dass es Ihnen dabei sehr viel um die Strukturen und die Möglichkeiten von Kompatibilität gegangen ist. Leider wird nur ganz wenig über die Inhalte geredet: Sollen auch Inhalte internationalisiert werden, und wie kann das aussehen? Bleibt bei der Reform von Studienabschlüssen auch Platz für die Veränderung, für die Internationalisierung der Inhalte, für die Schaffung von interkultureller Kompetenz und den interkulturellen Dialog? All das ist sehr wichtig und braucht viel Raum und Zeit: Raum und Zeit für Begegnung und Dialog. Meine Frage lautet also: Werden die neu strukturierten Studiengänge, diese sehr straff durchgeplanten Studiengänge, Raum lassen für Studierende aus den Entwicklungsländern, sich hier in Deutschland zu finden, etwas von der Kultur mitzunehmen und vielleicht in einen Austausch einzutreten? Oder wird es so sein, dass man hier her kommt, innerhalb von vier Jahren ganz

schnell sein Pensum durchziehen muss und keine Chance hat, auch soziale und interkulturelle Kompetenz erwerben zu können?

Karl-Heinz Simsheuser Verein deutscher Ingenieure (VDI):

Recht schönen Dank für die Fragen, die berechtigten Fragen, die Sie uns mit auf den Weg gegeben haben, Frau Ayazi.

Herr Abu Leil, sie sind schon seit einigen Jahren hier in Deutschland, sie kommen aus Palästina. Sie haben Ihre Studienerfahrung hauptsächlich in Kassel gesammelt. Haben Sie denn schon etwas von den Reformbemühungen in Kassel mitbekommen?

Tarek Abu Leil, Studierender an der Universität Gesamthochschule Kassel:

Vielen Dank! Bevor ich auf die Frage antworte, möchte ich gerne von meinen Erfahrungen erzählen, davon, wo ich genau herkomme und warum ich nach Deutschland gekommen bin. Ich bin nämlich einer von den Leuten, die Glück gehabt und ein Visum für Deutschland bekommen haben. Ich war damals ein Student an der Birzeit-Universität in Palästina. Die wurde damals während der ersten Intifada geschlossen. Und ich habe mich riesig gefreut, als ich ein Visum für Deutschland bekommen habe. Ich wollte nach Deutschland, weil es einen guten Ruf hat für das Maschinenbau-Studium. Ich hatte einige Informationen bekommen: Man darf zwei Monate im Jahr arbeiten und es gibt keine Grundgebühr an der Hochschule. Das hat mich ermutigt nach Deutschland zu kommen.

Vielleicht kann ich auch über meine Erfahrungen in der Vorbereitungsphase erzählen. Das war nämlich eine schwierige Zeit und fast wäre ich kein Student in Deutschland geworden. Man muss zuerst die Sprache lernen und es war sehr schwierig, einen Sprachkurs zu finden. Ich war damals in Dortmund und da gab es nicht viele Angebote. Ich habe den Sprachkurs dann im AStA gemacht. Danach musste ich mich für ein Studienkolleg bewerben. Man muss eine Aufnahmeprüfung machen und wenn man die besteht, dann ist man im Studienkolleg. Danach muss man die Feststellungsprüfung machen, danach muss man sich noch mal an einer Hochschule bewerben und dann erst bekommt man eine Zulassung. Diese Phase dauert ungefähr zwei bis drei Jahre, und das ist eine lange Zeit für einen ausländischen Studierenden. An einer Hochschule im Heimatland wäre man dann vielleicht in der Mitte des Studiums. Ich meine also, dass man die Vorbereitungsphase irgendwie verbessern und

vereinfachen muss. Viele sind schon zwei Jahre in Deutschland und immer noch nicht als Studierende anerkannt. Es ist bekannt, dass die Hochschulbildung in Deutschland im Vergleich mit anderen Hochschulsystemen im Ausland länger dauert. Aber gerade für ausländische Studierende ist es deshalb sehr schwer, zu Ende zu studieren. Auch wegen der Bedingungen, die wir schon besprochen haben. Es gibt eine hohe Zahl von Abbrechern unter den ausländischen, aber auch unter deutschen Studierenden. Vielleicht sollte das Studium verkürzt werden, damit mehr Leute zu Ende studieren, ganz egal ob ausländische oder deutsche Studierende.

Die Einführung von mehrsprachigen Studiengängen ist ein sehr wichtiger Punkt. In Berlin gibt es solche Angebote und in Kassel gibt es jetzt auch einen englischsprachigen Masterstudiengang für Elektrotechnik. Ich merke inzwischen, dass viele ausländische Studierende extra nach Kassel kommen, um diesen Studiengang zu machen. Der dauert vier Semester, die Unterrichtssprache ist Englisch und die Zeugnisse werden sofort anerkannt. Es ist nicht wie bei anderen Studiengängen, wo die Zeugnisse vielleicht nicht anerkannt werden oder wo man erst noch Ergänzungsstudium oder ein Aufbaustudium machen muss. Es wäre wichtig, diese rechtlichen Rahmenbedingungen weiter zu harmonisieren.

Kurz noch zu der Umstrukturierung an der Hochschule Kassel. Darüber wird seit einigen Monaten viel gesprochen. Es gibt jetzt als ersten Schritt diesen Masterstudiengang in englischer Sprache und man denkt darüber nach, diesen Studiengang auch für Maschinenbau und andere Fächer anzubieten. Damit wäre Kassel für ausländische Studierende noch viel attraktiver als schon jetzt.

Zum Schluss möchte ich gerne noch etwas sagen zu dem 11. September 2001 und seinen Folgen. Ich bin aus Palästina gekommen, weil man dort keine Möglichkeit hatte, wirklich zu studieren. Es gab keine Sicherheit, es gibt nichts. Und plötzlich merke ich, dass sich seit dem 11. September alles verändert hat. Plötzlich fühle ich mich auch hier an der Hochschule irgendwie nicht mehr sicher. Das betrifft nicht nur mich persönlich, sondern die meisten ausländischen Studierenden, ganz besonders die Studierenden aus dem arabisch-muslimischen Raum. Man ist anpassungsfähig, man ist normal, man verhält sich normal und trotzdem ist man unter Verdacht. Ich hoffe sehr, dass die Hochschulen sich gerade jetzt sehr für ihre ausländischen Studierenden einsetzen, beson-

ders für die Studierenden, die aus den arabisch-muslimischen Ländern kommen. Ich hoffe, dass man diese ausländischen Studierenden jetzt nicht noch mehr ausgegrenzt, sondern im Gegenteil weiter über Internationalisierung spricht und weiter ausländische Studierende einlädt, nach Deutschland zu kommen.

Karl-Heinz Simsheuser, Verein deutscher Ingenieure (VDI):

Vielen Dank! Ich finde es wichtig, dass Sie erwähnt haben, dass die Masterstudiengänge eine sehr große Attraktivität darstellen. Da gibt es enorme und meiner Meinung nach in ihren Auswirkungen schon spürbare Reformbemühungen, die von den europäischen Bildungsministern weiter vorangetrieben werden. Vor allem aber finde ich es gut, dass Sie auf die Probleme eingegangen sind, die viele ausländische Studierende nach dem 11. September haben.

Wir haben jetzt noch einige Minuten Zeit und ich möchte Ihnen jetzt gerne die Möglichkeit geben, sich in das Podium hier oben einzumischen.

Chryso Djoufack, Studierender an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn:

Ich heiße Djoufack und komme aus Bonn. Ich bin Kameruner. Meine Frage dreht sich um die Reform des Ausländergesetzes, von der Sie, Herr Professor Hormuth, gesprochen haben. Was sieht dieses neue Gesetz im Bezug auf ausländische Studierende vor?

Prof. Dr. Stefan Hormuth, Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen und Vize-Präsident der Hochschulrektorenkonferenz:

Ich will jetzt nicht in die Einzelheiten gehen im Hinblick darauf, was der Entwurf des Zuwanderungsgesetzes vorsieht. Darauf werden wir im Verlaufe unserer Konferenz sicher noch ausführlich eingehen. Mir ging es nur darum zu sagen, dass dieser Entwurf in den politischen Parteien sehr umstritten ist, dass aber die deutschen Hochschulen dringend darauf angewiesen sind. Wir brauchen ein Gesetz, das eine klare Verbesserung der Situation darstellt. Und von einigen Maßnahmen in diesem Entwurf erwartet die Hochschulrektorenkonferenz, dass sie tatsächlich Verbesserungen bringen. Insofern war meine Aussage eine politische Aussage, die jetzt nicht im Detail auf bestimmte neue Regelungen eingehen wollte. Das wird im weiteren Verlauf der Veranstaltung ganz sicher noch diskutiert werden.

Marcia Canales, Studierende an der Technischen Universität Braunschweig:

Ich bin Marcia Canales, komme von der TU Braunschweig und bin Peruanerin. Ich habe eine Bitte an Herrn Professor Hormuth, den Vizepräsidenten der Hochschulrektorenkonferenz. Ich selbst bin Studierendenvertreterin. Und ich bin den vielen verschiedenen Institutionen sehr dankbar für die Betreuung, die wir von ihnen bekommen. Ich muss als Studierendenvertreterin sehr oft ausländische Studierende betreuen und ich habe den Eindruck, dass die Hochschulen selbst sich damit nicht sehr beschäftigen. Es sind fast immer nur die Akademischen Auslandsämter damit an der Hochschule beschäftigt. Meine Erfahrung als Mitglied der Fachschaft Architektur ist, dass Professoren und Assistenten in meinem Fachbereich daran überhaupt kein Interesse haben.

Ich wollte Sie bitten, dass Sie sich innerhalb Ihres Kreises dafür einsetzen, dass sich nicht nur Akademische Auslandsämter und die katholischen und evangelischen Hochschulgemeinden in der Betreuung der ausländischen Studierenden engagieren, sondern auch die Professorinnen und Professoren und die wissenschaftlichen Mitarbeiter. Da sehe ich sehr große Mängel.

Wir haben von Frau Paul-Walz gehört, dass sie Mangel an Ressourcen und an Personal haben. Das ist auch die Erfahrung an unserer Uni, dass von den Politikern sehr viele Messen und ähnliches in Richtung Internationalisierung der deutschen Hochschulen gemacht werden, aber gar nicht mehr darüber nachgedacht wird, wie das eigentlich funktionieren soll. Und hier erwarte ich, dass die Lehrenden an den Hochschulen - auch in der Betreuungsarbeit - einen größeren Beitrag zur Internationalisierung der Hochschule leisten.

Michael Pannwitz, Sprecher des Bundesausschusses der Studierenden in der GEW:

Michael Pannwitz, Bundesausschuss der Studierenden in der GEW. Ich wollte einige Bemerkungen zum 11. September machen und dazu eine Frage stellen.

Ich war letzte Woche bei einem Treffen der Bundesausländerbeauftragten mit verschiedenen bundesweiten muslimischen Organisationen, die in Reaktion auf die Ereignisse sehr klar gesagt haben, dass sie aufklären, stärker in die Öffentlichkeit gehen, ihre Türen öffnen und Austausch

befördern werden. Genau das ist an den Hochschulen zu wenig der Fall gewesen. In Berlin ist die Situation so, dass von der Technischen und von der Freien Universität die Daten von Hunderten von Studierenden weitergegeben wurden, ohne dass sie darüber auch nur informiert worden wären. Die Humboldt-Universität dagegen hat nur die Daten von 23 Studenten weitergegeben, diese persönlich informiert und sofort eine Erklärung abgegeben, dass sie sich gegen die zunehmende Diskriminierung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger wendet. Sie hat weiter zur Solidarität mit den Menschen aufgerufen, die aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens, ihres Geschlechts oder ihres Berufs Opfer von Diskriminierung und rassistischer Repression werden. Das war eine Erklärung des Akademischen Senats der Universität. Gleichzeitig hat die Studierendenvertretung an der Humboldt-Universität eine Beratungsstelle für die von der Rasterfahndung Betroffenen und eine psycho-soziale Beratungsstelle für US-amerikanische Studierende eingerichtet. Die Studierendenvertretung hat Kontakt zu Datenschutzexperten und Rechtsanwälten aufgenommen und bietet den Studierenden an, sie auch rechtlich zu vertreten. Mir sind solche Aktivitäten von anderen Hochschulen nicht bekannt.

Meine Frage an die Leiterin des Auslandsamtes der TU in Berlin lautet: Warum lassen andere Hochschulen die Betroffenen mit den Konsequenzen des 11. Septembers alleine? Und meine Frage an den Vertreter der Hochschulrektorenkonferenz lautet: Wie verhält sich die Hochschulrektorenkonferenz zu der Rasterfahndung? Warum werden die nach meiner Meinung sehr fragwürdigen Gerichtsurteile zur Pflicht der Hochschulen zur Datenübermittlung nicht durch die Hochschulen im Revisionsverfahren angegangen? Warum sind die einzelnen Betroffenen selbst gezwungen, Rechtsmittel einzulegen? Ich denke, dass es zur Fürsorgepflicht der Hochschulen gehört wenigstens zu prüfen, ob das, was jetzt passiert rechtlich überhaupt zulässig ist. Das Mindeste wäre, jetzt eine offene Informationspolitik zu betreiben und wenigstens die Betroffenen zu informieren, dass ihre Daten weitergegeben wurden, so dass sie gegebenenfalls rechtliche Schritte unternehmen können. Wir wissen von einzelnen Fällen Studierender arabischer Herkunft, die in Berlin aufgrund der Hereinnahme in die Rasterfahndung von ihrer Arbeitsstelle entlassen wurden. Auf dem Weg hierher habe ich dem Taxifahrer erzählt, wo ich hinfahre und er hat mir dann seine Meinung zum Thema gesagt: ‚Ausländische Studierende, alle raus! Alles Terroristen!‘

Diese Stimmung ist sehr weit verbreitet. Wir brauchen deshalb dringend ein ganz klares Signal von den Hochschulen und von der Politik, damit wir mit diesem Thema endlich anders umgehen.

Cahit Basar, Akademisches Auslandsamt der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster:

Cahit Basar, Akademisches Auslandsamt Münster. Ich bin sehr dankbar für die Erläuterungen meines Vorredners, denn auch darauf wollte ich eingehen. Es ist einige Male hier erwähnt worden: Der 11. September und das, was damit verbunden ist. Ich bemerke einen per se-Verdacht gegenüber ausländischen Studierenden und eine Stigmatisierung besonders der arabischen oder muslimischen Studierenden an unseren Universitäten. Meine Frage geht an Sie, Herr Professor Hormuth: Ich kann diesen vorauseilenden Gehorsam mancher Hochschulen nicht nachvollziehen, wenn es darum geht, die Daten ausländischer Studierender, arabischer oder muslimischer Studierender, an die Sicherheitsbehörden weiterzugeben. Sie werden damit in eine Rasterfahndung eingespeist, von der man letztlich nicht weiß, wo sie enden wird und was mit den Daten passieren wird. Der Kommilitone Tarek Abu Leil mag sich vielleicht in Kassel sehr wohl und sehr sicher fühlen, aber wer garantiert ihm, dass seine Daten, seine Angaben nicht längst in Berlin eingespeist worden sind und gerade durchgerastert werden?

Ich denke, dass die Hochschulen nicht nur die Pflicht haben, die Betroffenen zu informieren, sondern auch die Pflicht, akademische Freiräume für den Diskurs zu schaffen, ihre Studierenden und ihre Universitätsangehörigen zu schützen und diese Schutzgemeinschaft auch durch klare Bekenntnisse nach Außen zu vermitteln. Es ist aber keinesfalls ihre Aufgabe, vorauseilend polizeidienstliche Hilfsaktionen zu machen. Das ist das Eine.

Meine zweite Bemerkung geht an Frau Paul-Walz: Man sollte Statistiken im Grunde immer misstrauen, weil sie die Wirklichkeit sehr verzerren können. Ich habe in Ihren Ausführungen eine Differenzierung vermisst, die uns vielleicht deutlich macht, wie viele Ihrer Studierenden ausländischer Herkunft Programmstudierende, also Austauschstudierende sind, wie viele Bildungsinländer sind und wie viele Bildungsausländer aus dem außereuropäischen Raum sind. Wenn man nämlich Ihre Zahlen entlang dieser Kriterien ausdifferenziert, dann gibt es lediglich bei den

Programmstudierenden eine Steigung, die sich positiv auf die gesamten Ausländerzahlen auswirkt.

Und vielleicht eine Bitte an die Veranstalter der Konferenz, an den World University Service und die GEW: Sie sollten schnell auf den 11. September reagieren und Angebote für Studierende und für Betroffene kreieren. Die Studierenden - ob das nun die islamischen oder muslimischen Studierende oder arabische Studierende sind - brauchen Gelegenheiten, sich über ihre Erfahrungen nach dem 11. September 2001 auszutauschen: Wie sieht es jetzt aus, wo sind Probleme, was geschieht gerade an meiner Hochschule. Und gerade WUS könnte in dieser Situation vermittelnd wirken und die Akademischen Auslandsämter und andere Institutionen auf die schleichende, subtile Diskriminierung aufmerksam machen, die gerade läuft.

Teilnehmer ohne Namensnennung:

Meine Frage geht an Frau Paul-Walz von der Technischen Universität Berlin. Sie haben das Thema Ausländerbeauftragter an der TU Berlin angesprochen. Sie haben gesagt, dass es diese Institution gibt, dass man aber vorsichtig mit diesem Begriff umgehen sollte. Was meinen Sie damit?

Mein zweiter Punkt: Mir fehlt immer noch der zweite Teil des Konferenztitels - „ohne ausländische Studierende?“. Wir reden zwar von der Internationalisierung der Hochschulen, aber nach meiner Meinung viel zu wenig von denen, die hier leben. Und zwar nicht im Hinblick auf Betreuung oder Hilfe, sondern im Hinblick auf Partizipation. Anfang Juli hat es in Aachen die Wahlen zur Ausländervertretung gegeben und die Wahlbeteiligung lag bei ungefähr 30 Prozent. Ich meine, das zeigt das Interesse der ausländischen Studierenden an den Hochschulgremien. Mein Eindruck ist aber, dass zumindest bei Teilen der Hochschulen oder Teilen der Verantwortlichen zwar die Bereitschaft da ist, noch mehr Betreuung anzubieten, dass man aber nicht unbedingt an Initiativen oder Meinungen der ausländischen Studierenden interessiert ist.

Jah-Salut N'Jepel, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen:

Vielen Dank. N'Jepel mein Name, RWTH Aachen, ich komme aus Kamerun. Ich habe nach dem, was wir bis jetzt gehört haben, eine ganz einfache Frage: Müssen die ausländischen Studierenden die Internationa-

lisierung der Hochschulen in Deutschland fürchten oder sollten sie diesen Prozess begrüßen?

Teilnehmerin ohne Namensnennung:

Ich möchte kurz auf die Frage der Aufnahme von ausländischen Studierenden an den Hochschulen hinweisen und insbesondere Herrn Professor Hormuth fragen, ob hier an besseren Regelungen gearbeitet wird. Denn es gibt immer nur eine bestimmte Anzahl ausländischer Studierender, die aufgenommen werden dürfen. Ich möchte gerne wissen, in wie weit diese Anzahl erweitert wird oder was sich da ändern soll. Ich kenne viele Kommilitonen, die sich für ein Fach beworben haben, aber wegen der Beschränkungen durch den Numerus Clausus und der Studienplätze für Ausländer ein oder zwei Semester warten mussten oder aber auch gar keinen Studienplatz bekommen haben.

Ich wollte kurz auch noch auf das eingehen, was Herr Abu Leil angesprochen hat, nämlich die Studien-Vorbereitungsphase: Man muss berücksichtigen, dass dadurch die Studienzeit für ausländische Studierende sehr verlängert wird. Und man muss bei der Höchstaufenthaltsdauer auch bedenken, dass Berufserfahrung in Deutschland direkt nach dem Studium sehr wichtig ist.

Karl-Heinz Simsheuser, Verein deutscher Ingenieure (VDI):

Angesichts der Zeit möchte ich jetzt den Diskutanten hier auf dem Podium die Möglichkeit geben, Ihre Fragen zu beantworten. Professor Hormuth, es sind viele Fragen an Sie gerichtet worden.

Prof. Dr. Stefan Hormuth, Präsident der Justus-Liebig-Universität Gießen und Vize-Präsident der Hochschulrektorenkonferenz:

Viele Fragen, deshalb kurze Antworten. Zuerst zum Thema der Rasterfahndung: Es wurde darauf hingewiesen, dass die Hochschulen sich dagegen wehren sollten. Ich muss darauf hinweisen, dass die Rechtsbehelfsbelehrung, die mir vorgegeben wurde, nur für nicht-öffentliche Einrichtungen galt. Als öffentliche Einrichtung hat die Hochschule keine rechtlichen Möglichkeiten, gegen die Datenübermittlung vorzugehen. Es liegt ein Gerichtsurteil vor, und wir haben keine Möglichkeit, dagegen rechtliche Schritte einzulegen. Das nur ganz kurz dazu.

Es wurde dann auch kritisiert, außer an der Humboldt-Universität in Berlin habe es an anderen Hochschulen keine Aktivitäten mit Bezug zum

11. September 2001 oder zur Rasterfahndung gegeben. Da muss ich widersprechen: Natürlich gibt es das woanders auch. In Gießen machen wir das sehr intensiv schon jetzt und erst recht in Vorbereitung auf das Wintersemester. Aber wir müssen nicht zu allem, was wir tun, auch eine Presseerklärung herausgeben. Wir nutzen die Zeit lieber, um etwas auf die Beine zu stellen.

Sie haben die Betreuungsangebote angesprochen, die von einer ganzen Reihe von Institutionen um die Hochschulen herum angeboten werden. Das ist ein ganz, ganz wichtiges Angebot. KHG, ESG, Studienbegleitprogramme und vieles andere, was sie erwähnt haben, sind ungeheuer wichtig für die Betreuung von Studierenden und leisten vieles, was wir innerhalb der Hochschulen gar nicht leisten können. Sie haben sich gewünscht, dass Assistenten und Professoren mehr tun. Da habe ich sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Ich habe auf der einen Seite schon ausländische Studierende gehabt, die zu mir in meine Sprechstunde kamen, weil sie eigentlich zu einem ganz anderen Professor wollten, und der hatte ein Schild an der Tür, dass Studierende nur zu Assistenten gehen dürfen. Das heißt also, ich weiß durchaus, dass es Professoren gibt, die in der Betreuung nicht nur der ausländischen, sondern überhaupt der Studierenden gewisse Defizite haben. Auf der anderen Seite weiß ich aber auch, gerade aus der Sicht des Leiters einer Universität, dass es sehr, sehr viele ungeheuer engagierte Mitglieder der Universität gibt. Professoren und Studierende, die ausländische Studierende sehr individuell und persönlich - teilweise unter Einbeziehung der gesamten Familie - betreuen. Da gibt es einfach sehr große Unterschiede, und das liegt an der persönlichen Initiative der Professorinnen und Professoren, der Studierenden, der Kommilitonen und der Assistenten. Ich kenne sehr viele ermutigende Beispiele. Wir haben in Gießen jedes Jahr einen Empfang für ausländische Gäste und deren Betreuer, und es sind immer wieder sehr viele, die kommen. Und was diese Leute leisten, das ist wirklich sehr beachtlich.

Dann gab noch den Punkt der dualen Angebote, das heißt der beruflichen Erfahrung, die sie sich gewünscht haben im Laufe des Studiums. Es gibt zunehmend mehr Angebote an Fachhochschulen und inzwischen auch an Universitäten, vor allen Dingen an Technischen Universitäten, die Berufserfahrung mit der Ausbildung in sogenannten dualen Angeboten verbinden. Noch aber sind das zu wenige Angebote, das ist richtig.

Und dann war die Frage: Sollen man Internationalisierung begrüßen oder befürchten. Ich habe überlegt: Was gibt es zu befürchten? Ein Aspekt, der möglicherweise zu befürchten wäre, ist, dass in der Entwicklung sogenannter vermarktbarer Angebote, das heißt der Entwicklung von Studiengängen, Studienabschlüssen, die international vermarktbar werden sollen, auch entdeckt wird, dass zum Vermarkten das Erzielen von Einnahmen gehören könnte. Es ist durchaus ein möglicher Aspekt der Internationalisierung, dass hierzulande teilweise auch gebührenpflichtige Programme eingeführt werden. Soweit ganz kurz der Versuch, auf einiges Hinweise zu geben.

Karl-Heinz Simsheuser, Verein deutscher Ingenieure (VDI):

Vielen Dank, Herr Professor Hormuth. Viele Fragen gingen auch an Frau Paul-Walz vom Akademischen Auslandsamt.

Roswitha Paul-Walz, Akademisches Auslandsamt der Technischen Universität Berlin:

Ich möchte als erstes die Frage des Kollegen aus Münster beantworten: Auch ich gebrauche Statistiken mit Vorsicht, aber ich denke, hier gibt es keine geschönten Zahlen. Ich wollte nur deshalb nicht weiter aufsplitten, um mein Referat nicht noch länger werden zu lassen. Aber vielleicht noch einmal zur Information: Wir hatten - und ich nehme einfach die Zahlen aus dem letzten Sommersemester - insgesamt gut 28.000 Studierende, davon 22.500 deutsche und 5.700 ausländische Studierende. Das sind wie gesagt 20,4 Prozent. Von diesen 5.700 Studierenden kommen 4.900 aus den Ländern der sogenannten Dritten Welt, und zwar insgesamt aus 133 Staaten.

Das Gros der ausländischen sind türkische Studierende: das sind 820. Davon sind etwas mehr als die Hälfte - genau 484 - sogenannte Bildungsinländer, also Studierende mit deutschem Abitur. Insgesamt sind nur gut 1.100 der insgesamt 5.700 ausländischen Studierenden Bildungsinländer. Studierende aus den EU-Staaten haben wir derzeit 700 insgesamt und von diesen 700 kommen etwa 80 Prozent über die Mobilitätsprogramme der EU, Programmstudenten - da habe ich keine genauen Zahlen vorliegen, die ich Ihnen anbieten kann. Ich selbst betreue im wesentlichen DAAD-Stipendiatinnen und Stipendiaten und kann sagen, dass die Zahlen etwa konstant geblieben sind, also etwa 100 bis 150 Studierende pro Jahr. Summa summarum: Von den etwa 5.000 ausländischen Studierenden aus den Ländern des Südens sind etwa 80 Prozent Selbstfinanzierer.

Und das sind Zahlen, die sind relativ konstant geblieben sind. Konstant geblieben ist auch der besonders hohe Anteil ausländischer Studierender aus den sogenannten Entwicklungsländern.

Dann zur Frage der Betreuung ausländischer Studierender innerhalb und außerhalb der Hochschule. Ich hatte kurz dargestellt, was bei uns versucht wird. Ich bin überzeugt, dass eine sinnvolle Betreuung nur durch ein Netzwerk möglich ist. Sie, Herr Simsheuser hatten kritisch angesprochen, wie viele Mitarbeiter ein Auslandsamt haben muss, um wirklich gute Betreuungsprogramme realisieren zu können. Wir an der TU Berlin sind etwa 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die meisten von uns sind schon mehr als 10 Jahre in diesem Bereich tätig und das heißt, dass eine Menge Know-How vorhanden ist. Wir arbeiten aber sehr eng mit Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten in den Fachbereichen - das heißt mit den Hochschullehrern, die sich speziell als Ansprechpartner für ausländische Studierende zur Verfügung gestellt haben - zusammen, die auch zum Teil selbst viele ausländische Studierende bei ihren Studien- oder Diplomarbeiten oder als Doktoranden betreuen. Wir arbeiten auch mit Studierendenvereinen zusammen und nutzen ihr Potential zum Beispiel dann, wenn es darum geht Konfliktsituationen in einzelnen Ländern zu bearbeiten. Wir unterstützen die Angebote, die sie machen. Vom DAAD finanziert haben wir jetzt Tutor/innenstellen für ausländische Studierende im Studentenwohnheim eingerichtet, damit die Studierenden die Möglichkeit haben, dort wo sie wohnen, auch einen Ansprechpartner zu haben, der ihnen bei Problemen beisteht. Ich denke, optimal kann es wirklich nur dann laufen, wenn alles ineinander greift und speziell auch der Lehrkörper - und da eben nicht nur Hochschullehrer, sondern auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Tutorinnen und Tutoren - für die Betreuung und für die Sensibilisierung für die Probleme ausländischer Studierender gewonnen werden können. Und nach meinen Erfahrungen ist da ein großes Potential vorhanden, das manchmal einfach nur angeschoben und genutzt werden will.

Partizipation von ausländischen Studierenden ist angesprochen worden. Ich glaube, die Frage ist zum Teil schon beantwortet. Wir haben bei uns im Akademischen Auslandsamt - und ich denke, das ist in anderen Hochschulen auch so - sehr viele ausländische Studierende als Tutorinnen und Tutoren beschäftigt, weil wir meinen, dass bestimmte Probleme nur auf der Ebene von ausländischem Studierendem zu ausländischem Studierenden thematisiert und weitergegeben werden können. Das ist eine ganz

wichtige Möglichkeit für ausländische Studierende, sich einzubringen. Auch bei unseren Fachmentoren achten wir darauf, dass besonders ausländische Studierende tätig werden. Wir versuchen bei den Einführungstagen, ausländische Studierende aus höheren Semestern für diese Tätigkeiten zu gewinnen. Ich habe allerdings auch festgestellt - ich bin nun schon weit über 20 Jahre im Auslandsamt -, dass Angebote zur Partizipation - sprich Mitarbeit im AStA oder in Vereinen - nur von einem zunehmend kleineren Teil der Studierenden genutzt werden. Auch über die Gründe dafür müssten wir einmal nachdenken.

Stichwort ‚Ausländerbeauftragte‘: Ich wehre mich immer dagegen, für alles eine Institution einzurichten. Frauenbeauftragte zum Beispiel, die sind wichtig und nötig, aber zum Teil nur auf dem Papier existent. Was soll ein Ausländerbeauftragter tun, welche Ansprüche hat man an ihn? Soll er jemand sein, der für den DAAD Programmverantwortlicher ist oder jemand, der Zuwendungsverträge unterschreibt? Soll er Ansprechpartner sein für ausländische Studierende in der Universität? Ich denke das muss man genau formulieren. Ich persönlich glaube, dass ein Akademisches Auslandsamt, so wie ich es verstehe, bestimmte Funktionen übernimmt, die vielleicht Studierende gerne einem Ausländerbeauftragten übertragen würden. Ich wehre mich nicht dagegen, eine Stelle einzurichten, die das macht, aber ich denke, man muss damit einfach ein bisschen behutsam umgehen.

Tarek Abu Leil, Studierender an der Universität Gesamthochschule Kassel:

Nur kurz von meiner Seite zur Rasterfahndung: Wir hatten letzte Woche ein Gespräch mit dem Präsidenten der Hochschule und wir haben mit ihm über die Lage in Kassel gesprochen. Er war bereit, mit uns zusammen zu arbeiten. Wir in Kassel haben auch einen sehr gesprächsbereiten Leiter der Ausländerbehörde. Er kommt einmal im Monat für zwei Stunden an die Hochschule und bietet dort eine Sprechstunde an. Soweit wir es mitbekommen haben, hat die Hochschule noch keine Informationen weiter gegeben. Ob die Ausländerbehörde vielleicht unsere Daten weitergegeben hat, das wissen wir nicht. In Kassel sind es soweit ich weiß 161 arabische Studierende, die im Abgleich mit den Rastern unter Verdacht stehen.

Aber: Wir sind legal in Deutschland, wir studieren normal, wir verhalten uns ganz normal, wir sind anpassungsfähig. Aber gleichzeitig werden wir

zu sogenannten ‚Schläfern‘ gemacht und das macht uns verrückt! Viele Leute wurden angerufen, viele Leute sind unter Verdacht. Man kann sich so einfach nicht auf sein Studium konzentrieren.

Christina Ayazi, Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Berlin und Brandenburg (STUBE Berlin-Brandenburg):

Noch drei Sätze meinerseits zum Abschluss. Ich möchte noch einmal etwas zu der Angst sagen, die jetzt umgeht: Ich denke, Angst lähmt uns. Wir sollten die Internationalisierungsdebatte, die im Moment läuft und auch die Einwanderungsdebatte, die ganz heiß am kochen ist, nutzen, um unsere Themen mit auf den Tisch zu legen. Wir, die wir mit ausländischen Studierenden arbeiten und die ausländischen Studierenden selbst müssen immer wieder deutlich machen, dass es nicht um Abschottung und auch nicht nur um die hiesige Volkswirtschaft gehen darf, wenn diese Themen diskutiert werden. Ich denke, es ist so vieles in Bewegung zur Zeit, dass wir recht gute Chancen haben, Themen hochzuziehen und tatsächlich auch etwas positives zu erreichen.

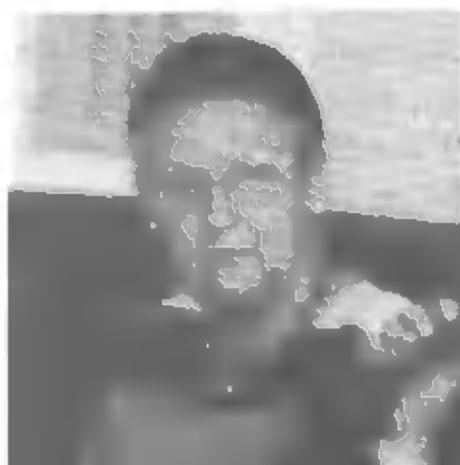
Karl-Heinz Simsheuser, Verein deutscher Ingenieure (VDI):

Bleibt mir, mich für Ihre Aufmerksamkeit zu bedanken. Unser Zeitrahmen ist schon deutlich überschritten und die nachfolgenden Diskussionen sind wichtig genug und sollten auch ihre Zeit haben. Ich darf allen Diskutanten auf dem Podium ganz herzlich für ihre Beiträge danken, vor allem auch Ihnen, Herr Professor Hornuth, für Ihr Eingangsstatement und Ihr ausführliches Referat.

Um zum Ende an das Abschlussstatement vom Herrn Weber gestern anzuschließen, der gesagt hat: ‚packen wir’s an‘, möchte ich sagen: Wir sind auf einem guten Weg, was die Hochschulstruktur angeht, auf einem guten Weg, was Gastprofessuren angeht und auf einem guten Weg, was die Betreuung der Studierenden angeht! Das sollte uns aber nicht davon abhalten, an vielen Stellen weiter positive Veränderungen beharrlich einzufordern. Recht schönen Dank, das war’s!

*Prof. Dr. Elke Platz-Waury,
Vizepräsidentin im Deutschen Studentenwerk (DSW)*

Die soziale Situation ausländischer Studierender



Vorbemerkung:

Internationale Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ist angesichts der zunehmenden Globalisierung unserer Welt ein wichtiger Faktor für die zukünftige intensive internationale Zusammenarbeit in Politik und Wirtschaft. Es ist unbestritten, dass eine stärkere Internationalisierung der Hochschulen eine zentrale Voraussetzung für die nachhaltige Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaft und Wissenschaft betrachtet wird. Dementsprechend ist die Internationalisierung zur Zeit eines der Topthemen der (Hochschul)politik und der Hochschulen. Angesichts der tragischen Ereignisse des 11. Septembers hat diese Einsicht sicher eine ganz neue Brisanz gewonnen.

Drei zentrale Aufgabefelder zeichnen sich ab, wenn die deutschen Hochschulen in Zukunft für ausländische Studierende attraktiver werden sollen:

1. die Steigerung der internationalen Attraktivität der Angebote in Studium, Lehre und Forschung. Die Einführung international bekannter akademischer Abschlussgrade wie Bachelor und Master spielt hier eine wichtige Rolle.

2. die Schaffung gastfreundlicher Rahmenbedingungen für das Studium an deutschen Hochschulen. Verbesserte Beratung und Betreuung, wirtschaftliche Unterstützung sowie eine Änderung der ausländerrechtlichen Bestimmungen sind hierfür wichtige Aspekte. Und schließlich
3. die Professionalisierung des internationalen Hochschulmarketings. Deshalb soll in einer konzertierten Aktion von Bund und Ländern erreicht werden, dass der Anteil der ausländischen Studierenden bis 2003 um 50 Prozent gesteigert wird. K A I M - Konzertierte Aktion Internationales Marketing - heißt die Initiative.

Zur Zeit sind an den deutschen Hochschulen rund 1,8 Mio. Studierende immatrikuliert. Davon sind knapp 10 Prozent ausländische Studierende. In den vergangenen fünf Jahren hat sich der Anteil der sogenannten Bildungsausländer um fast 15 Prozent erhöht. Aber trotz dieses positiven Trends ist der Anteil der an deutschen Hochschulen eingeschriebenen ausländischen Studierenden angesichts der weltweit gestiegenen internationalen Mobilität der Studierenden insgesamt gesehen zu gering. Deutschland hat als Hochschulstandort an Attraktivität eingebüßt, und die Mobilitätsströme gehen an Deutschland vorbei in andere europäische Länder, die USA und Australien. Deshalb müssen die internationalen Marketingaktivitäten für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland weiter intensiviert werden.

Bei einer differenzierten Betrachtung der etwa 110.000 ausländischen Studierenden¹ an deutschen Hochschulen fallen starke Unausgewogenheiten auf.

- Zum einen besteht ein Ungleichgewicht zwischen Studierenden aus europäischen Ländern und außereuropäischen Ländern, insbesondere aus Asien und Afrika. Während 82 Prozent der Studierenden aus Industrieländern aus Europa und 6 Prozent aus Amerika stammen, kommen nur 12 Prozent aus Asien und Afrika. Bei den Entwicklungsländern beträgt der Anteil an Studierenden aus Asien 29 Prozent und aus Afrika 18 Prozent gegen-

¹ Die Zahlen der 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks sind etwas niedriger. Dort geht man von 100.000 Bildungsausländern aus.

über 45 Prozent aus Europa. Es lässt sich erkennen, dass das Ausländerstudium an deutschen Hochschulen zunehmend durch Studierende aus europäischen Nachbarländern bestimmt wird. Für die dynamischen Schwellenländer Asiens und Lateinamerikas - deren internationale Mobilität in den vergangenen Jahren insgesamt zugenommen hat - hat Deutschland zugunsten der anglo-amerikanischen Hochschulstandorte an Attraktivität eingebüßt. Dies gilt zunehmend auch für die jungen Menschen aus mittel- und osteuropäischen Staaten. Es muss auch sehr nachdenklich stimmen, wenn mehr als die Hälfte der ausländischen Studierenden ein anderes Land - vor allem die USA, Großbritannien oder Australien - vorgezogen hätten, wenn sie die freie Wahl gehabt hätten.²

- Zum zweiten besteht ein Ungleichgewicht zwischen ausländischen Studierenden aus den Industrieländern und aus den Entwicklungsländern. Der Nord-Süd-Dialog findet in den deutschen Hochschulen nicht statt. Vielmehr müssen wir von einem Nord-Nord-Dialog sprechen, da selbst die Gruppe der Bildungsausländer aus Entwicklungsländern sich zu 45 Prozent aus europäischen Studierenden zusammensetzt.
- Zum dritten besteht ein Ungleichgewicht zwischen ‚Programmstudierenden‘, die im Rahmen von Austauschprogrammen an deutschen Hochschulen studieren, und sogenannten ‚freemovers‘. Die vergleichsweise gut ausgebauten bi- oder multilateralen Hochschulpartnerschaften wirken sich hier wohltuend positiv aus. Aber etwa 75 Prozent - also die große Mehrheit der ausländischen Studierenden - gehören zur Gruppe der ‚freemovers‘, von denen 25.000 aus den Industrieländern und 51.000 aus Entwicklungsländern kommen. Dies ist ein signifikanter Tatbestand.³
- Hinzu kommt das Ungleichgewicht zwischen ausländischen Studierenden mit Stipendien und solchen, die ihr Studium in Deutschland selbst finanzieren müssen. Unter den Bildungsausländern im Erststudium erhalten 33 Prozent aus den Industrieländern, dagegen lediglich 15 Prozent aus den Entwicklungs-

² Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung: *Die wirtschaftliche und soziale Lage der ausländischen Studierenden in Deutschland. Sonderauswertung der 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks*. Bonn 1999, S. 16-22

³ Ebd. S. 24.

ländern ein Stipendium. Im Vergleich zu 1994 ist ihr Anteil sogar zurückgegangen (1994: 25 Prozent). Das Verhältnis ist allerdings ausgewogener, wenn wir das Zweitstudium betrachten. Hier werden 30 Prozent der Studierenden aus den Industrieländern und 31 Prozent aus Entwicklungsländern durch ein Stipendium gefördert.⁴

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Mehrzahl der ausländischen Studierenden gezwungen ist, sich den Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Schließlich sollte ich eingangs noch anmerken, dass sich die folgenden Ausführungen mit den derzeit an deutschen Hochschulen studierenden etwa 110.000 (WS 1999/2000) echten ‚Bildungsausländern‘ befassen. Die ‚Bildungsinländer‘ werden nicht berücksichtigt, da sie ganz andere wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen haben.

Mein Impulsreferat wird sich mit vier Aspekten befassen:

1. Die Bedeutung der sozialen Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Studium an einer deutschen Hochschule.
2. Die Probleme der ausländischen Studierenden, abgeleitet aus den Ergebnissen der 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Die Ergebnisse der 16. Sozialerhebung zu dieser besonderen Zielgruppe liegen leider erst Ende des Jahres vor.
3. Lösungsansätze für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation ausländischer Studierender.
4. Der Beitrag der Studentenwerke und des Deutschen Studentenwerks.

1. Die Bedeutung der sozialen Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Studium an einer deutschen Hochschule

Angesichts der mangelnden Attraktivität von Deutschland als Studienstandort für ausländische Studierende haben sich Politik und Hochschulen in der Vergangenheit insbesondere auf zwei Aufgabenfelder konzentriert: die Steigerung der internationalen Attraktivität der Angebote in Studium, Forschung und Lehre sowie Initiativen für ein professionelles

⁴ Ebd. S. 23 f. und S. 48.

Hochschulmarketing. Die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen des Studiums von Ausländern an deutschen Hochschulen wurde demgegenüber vernachlässigt. Allerdings hat sich dies in jüngster Zeit geändert. Denn vor wenigen Monaten (01.06.2001) haben die beiden Regierungsparteien einen Initiativantrag im Deutschen Bundestag eingebracht mit dem Ziel: *Die internationale Attraktivität und Leistungsfähigkeit des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Deutschland für ausländische Studierende und junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stärken.* Die Antragsteller weisen auf die Notwendigkeit flankierender sozialer Maßnahmen hin, insbesondere durch

- Verstärkung der Studienberatung und Studienbegleitung für ausländische Studierende,
- Einrichtung von Kontakt- und Servicebüros,
- Ausbau der kulturellen Aktivitäten an den Hochschulstandorten,
- Ausbau und Förderung der erforderlichen Wohnheimkapazitäten als kostengünstige und integrationsfördernde Wohnform für ausländische Studierende,
- Ausbau und Förderung von Tutor/innenprogrammen, u. a. in den Wohnanlagen der Studentenwerke,
- Ausbau von Gästehäusern für Gastdozenten und ausländische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Unter den Maßnahmen zum Hochschulmarketing und der Werbung für den Hochschul- und Wissenschaftsstandort Deutschland ist die ‚Professionelle Vermittlung von Servicepaketen der Studentenwerke an Studieninteressierte im Ausland‘ aufgeführt. Dies bezieht auch die Leistungen der Studentenwerke in der Internet-Präsentation der deutschen Hochschulen mit ein.⁵

Adäquate wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen sind keine marginalen Voraussetzungen, sondern sie sind von elementarer Bedeutung für einen erfolgreichen Studienverlauf. Jeder, der selbst einmal im Ausland studiert hat, weiß, wie wichtig Wohnen, Essen, Geld und Kontakte zu Anderen sind. Dies gilt zwar zunächst für deutsche Studierende wie für ausländische Kommilitoninnen und Kommilitonen gleichermaßen. Aber die Sicherung der existentiellen Grundbedürfnisse ist für die ausländischen Studierenden ungleich schwieriger. Betroffen sind in be-

⁵ Vgl. Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 13/6209 vom 01.06.2001, S. 8.

sonderem Maße Studierende aus außereuropäischen Ländern, da sie in der Regel einem ganz anderen Kulturkreis entstammen, und betroffen sind vor allem Studierende aus Entwicklungsländern.

In Zukunft muss die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen für den Studienaufenthalt ausländischer Studierender ein zentrales Aufgabenfeld werden und stärker als bisher ins Zentrum der Bemühungen um die Steigerung der internationalen Attraktivität des Studienstandorts Deutschland rücken. Denn nicht nur die Qualität des Studienangebotes ist für die Bewertung des Studiums durch die Studierenden und für deren Bindung an das Gastland ausschlaggebend, sondern gerade auch deren alltägliche soziale Erfahrungen, die Lebensumstände in einer fremden Stadt und Kultur sowie der Rückhalt in einem sozialen Netzwerk. Besondere Serviceangebote zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen sind notwendig hinsichtlich

- der Qualität des Studiums der ausländischen Studierenden,
- der Profilbildung der einzelnen Hochschule und
- als Wettbewerbsfaktor in Bezug auf die internationale Attraktivität des Studienlandes Deutschland.

Ein wichtiges Handlungsfeld ist zunächst die Unterbringung. Ausländische Studierende sind in besonderem Maße auf das Wohnen in einem Studentenhaus angewiesen, insbesondere wenn sie aus Entwicklungsländern kommen.

Die Unterbringung muss gesichert sein, bevor die ausländischen Studierenden an den deutschen Hochschulort kommen. Das ist bei Programmstudierenden leichter möglich, jedoch wesentlich schwieriger für die ‚free-movers‘.

Gesichert muss auch die Finanzierung sein. Denn ohne den Finanzierungsnachweis zumindest für das erste Studienjahr erhalten ausländische Studierenden, die nicht aus Ländern der Europäischen Union stammen, keine Aufenthaltsgenehmigung. Der Bürokratendschubel, mit dem sich ausländische Studienbewerberinnen und Studienbewerber bei der Erteilung von Visa oder der Gewährung von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis konfrontiert sehen, erschwert nicht nur die Aufnahme und Durchführung des Studiums, sondern er lässt Deutschland auch als ein nicht sehr entgegenkommendes Gastland erscheinen.

Notwendig ist darüber hinaus auch die soziale und kulturelle Integration ausländischer Studierender, für die gute Kommunikationsmöglichkeiten eine wichtige Voraussetzung sind.

2. Die Probleme der ausländischen Studierenden

Die Ergebnisse der im Rahmen der 15. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes veröffentlichten Sonderauswertung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der ausländischen Studierenden in Deutschland dokumentieren die Schwierigkeiten, denen sich ausländische Studierende bei ihrem Studium gegenüber sehen, wobei ausländische Studierende aus Industrieländern in fast allen Aspekten den Studienaufenthalt als leichter zu bewältigen einschätzten als die Studierenden aus Entwicklungsländern.⁶

2.1. Vor allem der Bereich des Wohnens bereitet erhebliches Kopfzerbrechen, und zwar aus mehrererlei Gründen: Die Mieten in der Bundesrepublik - insbesondere in den Ballungsgebieten - sind hoch, und daher für viele ausländische Studierende nicht bezahlbar. Außerdem begegnen Vermieter auf dem freien Wohnungsmarkt ausländischen Studierenden mit zum Teil erheblichen Vorbehalten, vor allem wenn sie eine andere Hautfarbe haben oder einem anderen Kulturkreis angehören. Auch ist der Wohnungsmarkt gerade für ausländische Studierende ziemlich undurchsichtig, und da sie meist erst kurz vor Vorlesungsbeginn nach Deutschland kommen, ist der Markt zudem schon stark ausgedünnt. Elternwohnen entfällt ja in der Regel als Auffangmöglichkeit.

Der Anteil von ausländischen Studierenden in den Wohnanlagen der Studentenwerke ist bereits heute recht hoch. Im Wintersemester 2000/2001 lebten ca. 50.000 ausländische Studierende in Wohnheimen der Studentenwerke. Aber es wünschen sich noch weit mehr ausländische Studierende diese Wohnmöglichkeit. Denn die Mieten sind deutlich niedriger als auf dem freien Wohnungsmarkt und die Vorurteile gegenüber Ausländern nicht so ausgeprägt.

2.2. Eine weitere Schwierigkeit liegt in der unzureichenden Finanzierung des Studienaufenthaltes in Deutschland gerade für die große Mehrheit der ausländischen Studierenden, die „free-movers“. Dies betrifft die

⁶ Sonderauswertung, „Schwierigkeiten beim Studienaufenthalt in Deutschland“, S. 25-27.

Studierenden aus Entwicklungsländern und aus Industrieländern gleichermaßen. Denn Deutschland ist ein teures Land.

Die Sondererhebung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage ausländischer Studierender in Deutschland im Rahmen der 15. Sozialerhebung hat ergeben, dass der studienbegleitende Nebenerwerb für Bildungsausländer/innen statistisch gesehen die wichtigste Finanzierungsquelle darstellt.⁷ Ausländische Studierende müssen in erheblichem Umfang ihr Studium selbst finanzieren. Denn finanzielle Unterstützung durch die Eltern ist gerade bei Studierenden aus Entwicklungsländern nur in geringem Maße möglich. Die Erwerbsquote beträgt 65 Prozent bei den 'freien' Studierenden aus Entwicklungsländern im Erststudium und immerhin noch rund 50 Prozent bei Studierenden aus Industrieländern. Im Zweitstudium ist sie etwas niedriger - 53 Prozent bei Studierenden aus Entwicklungsländern und 49 Prozent aus Industrieländern. Hier sind die Stipendiaten - 25 Prozent der Bildungsausländer/innen erhalten ein Stipendium - natürlich wesentlich besser gestellt.

Hinzu kommt, dass der Anteil der Verheirateten und Studierenden mit Kindern deutlich höher ist als bei deutschen Studierenden. Das erschwert nicht nur die Wohnungssuche, sondern schafft auch große finanzielle Engpässe.

2.3. Der Notwendigkeit, die Studienfinanzierung durch Ferienarbeit und Teilzeitjobs zu sichern, stehen jedoch eine sehr restriktive Praxis der Arbeitsverwaltung und ausländerrechtliche Beschränkungen entgegen.

Auch die Art der Arbeitsmöglichkeiten schafft Probleme, da vor allem bei Studierenden aus Entwicklungsländern studienferne und unqualifizierte Aushilfstätigkeiten überwiegen, die in der Regel obendrein schlecht bezahlt sind. Dies gilt für 56 Prozent.⁸

2.4. Die 15. Sozialerhebung verweist auf ein weiteres Manko des Studienaufenthaltes in Deutschland - die starke Isolierung ausländischer Studierender, vor allem wenn sie aus uns fremden Kulturräumen kommen. Fehlende Kommunikation mit ihren deutschen Kommilitonen und

⁷ Vgl. Sonderauswertung, „Wirtschaftliche Lage und Erwerbstätigkeit“, S. 47-50.

⁸ Vgl. Sonderauswertung, „Erwerbstätige Studierende nach der Art der Tätigkeit“, S. 56.

Kommilitoninnen wird immer wieder beklagt.⁹ Ghettoisierung ist sicher ein zu starkes Wort, aber die Neigung ausländischer Studierender, wegen fehlender Kontakte zu deutschen Studierenden und sprachlicher Barrieren unter sich zu bleiben, weist in diese Richtung. So lernen die ausländischen Studierenden zu wenig über die Kultur ihres Gastlandes, und auch ihre Kenntnisse der deutschen Sprache verbessern sich nicht in dem Maße, wie sie es eigentlich sollten. Dadurch ergeben sich Informationsdefizite und Orientierungsprobleme, wie ich immer wieder bei meinen eigenen Gaststudierenden feststellen kann.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen: Es besteht erheblicher Handlungsbedarf. Denn wie die 15. Sozialerhebung zeigt, stellen Wohnungssuche und Orientierungslosigkeit im Studiensystem für alle ausländischen Studierenden beträchtliche Hürden dar (Abbildung 5.1 ‚Schwierigkeiten beim Studienaufenthalt in Deutschland nach Organisation des Studienaufenthaltes‘). Für Studierende aus Entwicklungsländern kommen noch das Visum und die Aufenthaltsgenehmigung sowie der Erhalt einer Arbeitserlaubnis und die Studienfinanzierung als zusätzliche stark erschwerende Rahmenbedingungen hinzu.

Die 15. Sozialerhebung (Abbildung 5.2 - ‚Schwierigkeiten beim Studienaufenthalt in Deutschland nach Organisation des Studienaufenthaltes‘) zeigt übrigens auch, dass Studierende im Erststudium unter den unzulänglichen sozialen Rahmenbedingungen wesentlich stärker leiden als Teilzeitstudierende oder Postgraduierte.¹⁰

Wir müssen daher unsere Anstrengungen verstärken, um gastfreundliche soziale Rahmenbedingungen zu schaffen. Dabei ist selbstverständlich zu beachten, dass die verschiedenen Zielgruppen unterschiedlichen Unterstützungsbedarf haben - je nach Herkunftsland, Art des Studienaufenthaltes oder Geschlecht.

⁹ Vgl. Sonderauswertung. „Beurteilung der Kommunikation unter den Studierenden und des Studienaufbaus durch Bildungsausländer“, S. 43.

¹⁰ Vgl. Sonderauswertung, S. 26.

3. Lösungsansätze für die Verbesserung der sozialen Situation ausländischer Studierender

Wo sind also Lösungsansätze für die Verbesserung der sozialen Situation ausländischer Studierender? Die Ergebnisse der 15. Sozialerhebung zeigen die Handlungsfelder klar auf:

➤ Hochschulfreundliche Regelungen im Aufenthalts- und Arbeitsrecht
Zum einen sind die restriktiven Regelungen des Ausländerrechts zu lockern. Ich bin mir natürlich darüber im klaren, dass eine solche Feststellung zum gegenwärtigen Zeitpunkt bei vielen vielleicht auf Unverständnis stößt. Dennoch ist bereits von meinen Vorrednern klar gemacht worden, dass wir uns durch die unfassbar schrecklichen Ereignisse vom 11. September nicht dazu bewegen lassen dürfen, die Zugangsbedingungen zum Studium für ausländische Studierende gerade aus muslimischen Ländern zu erschweren. Vielmehr müssen wir unsere Anstrengungen verstärken, hier hochschuladäquate Regelungen für diese Zielgruppe zu entwickeln. Wenn die ausländischen Studierenden dann auch noch intensiver betreut und besser integriert werden, wird es schwierig sein, lediglich als Studierender eingeschrieben zu sein, ohne auch tatsächlich zu studieren.

Besonders notwendig ist die Lockerung der Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit dieser Personengruppe, etwa indem die Begrenzung auf 90 Tage und die Vorrangregelung weniger engherzig ausgelegt werden.¹¹ Es würde schon helfen, wenn man - anstatt sich auf 90 Tage festzulegen - von 180 Halbtagen oder 720 Arbeitsstunden ausgehen könnte. Denn ausländische Studierende sind in erster Linie zum Studium hier und werden deshalb kaum volle Arbeitstage an einem Stück arbeiten können. Ziel sollte es sein, die Studierenden aus Nicht-EU-Ländern bei der Gewährung der Arbeitserlaubnis mit Studierenden aus EU-Ländern gleichzustellen, das heißt durch eine Weisung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales an die Bundesanstalt für Arbeit auf eine Vorrangprüfung zu verzichten.¹¹

¹¹ Die Erteilung der Arbeitsgenehmigung durch die Arbeitsverwaltung über die 90 Tage hinaus steht derzeit unter dem Vorbehalt der Arbeitsmarktprüfung nach § 285 Abs. 1 SGB III. Dies bedeutet, dass eine Arbeitserlaubnis nur dann erteilt werden kann, wenn keine geeigneten Deutschen oder diesen gleichgestellten Ausländer für den Arbeitsplatz zur Verfügung stehen.

Es ist daher sehr zu begrüßen, dass eine Interministerielle Arbeitsgruppe zu ‚Praktischen Fragen des Gastaufenthaltes von Ausländischen Studierenden und Wissenschaftlern‘ eine Arbeitsgruppe zu dem Themenkomplex ‚Visaerteilung und Aufenthaltsgenehmigung‘ eingesetzt hat und an Lösungsmöglichkeiten zu den ‚Verdienst- und Arbeitsmöglichkeiten neben dem Studium‘ arbeitet. Sie empfiehlt eine flexiblere Auslegung der 90-Tage-Regelung im Sinne der Anregung im Regierungschefbericht vom Dezember 1999.¹²

➤ Mehr Stipendienprogramme

Neben der Verbesserung der arbeitsrechtlichen Situation der ausländischen Studierenden aus Nicht-EU-Staaten sollten außerdem verstärkt Initiativen zur finanziellen Förderung ausländischer Studierender - unter anderem durch den Ausbau von Stipendienprogrammen für Studierende aus Nicht-EU-Ländern - ergriffen werden.

➤ Ein ausreichendes Angebot an Wohnheimplätzen für ausländische Studierende

Ausländische Studierende finden in der Regel in Wohnheimen der Studentenwerke ihr ‚neues Zuhause‘. Zur Behebung der existierenden Engpässe müssen daher zusätzliche Wohnheimplätze zur Verfügung gestellt werden. Das Deutsche Studentenwerk hat eine Umfrage bei den einzelnen Studentenwerken hinsichtlich des Bedarfs an Wohnheimplätzen für ausländische Studierende gestartet. Falls der Anteil ausländischer Studierender sich bis zum Jahr 2003/2004 um 50 Prozent erhöhen soll, wie es die ‚Konzertierte Aktion Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland‘ als Ziel formuliert hat, muss eine zusätzliche Wohnheimkapazität von ca. 21.000 Wohnheimplätzen geschaffen werden.¹³ Internationale Gästehäuser für junge Gastwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler und deren Familien sind ebenfalls

¹² An der AG *Verfahren Visaerteilung und Aufenthaltsgenehmigung* sind Auswärtiges Amt, Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Bundesverband Ausländischer Studierender, Bundesministerium des Inneren, Deutscher Akademischer Austauschdienst, Deutsche Forschungsgemeinschaft, Hochschulrektorenkonferenz, Kultusministerkonferenz/Land Berlin, World University Service beteiligt.

¹³ Beispielsweise besteht in Hamburg dringender Bedarf an 600 zusätzlichen Wohnplätzen, und Hannover hat 1.150 Personen auf der Warteliste für einen Wohnheimplatz. In Heidelberg liegt der Ausländeranteil in den Wohnheimen bei 45 %, und in Stuttgart können von den 525 angemeldeten Programmstudierenden nur 395 untergebracht werden. Vgl. Deutsches Studentenwerk, *Zukünftiger Bedarf an Wohnheimplätzen für*

verstärkt auszubauen. Die Fortführung des Gästehausprogramms ist daher dringlich.

Dabei ist es wichtig, darauf zu achten, dass die ausländischen Studierenden in Wohnanlagen zusammen mit deutschen Studierenden wohnen. Ansonsten würde man der drohenden Ghettoisierung und eventuellen ausländerfeindlichen Aktionen Vorschub leisten. Integrierte Wohnheime erleichtern die Kontakte zu deutschen Mitbewohnern, fördern damit die Kommunikation und wirken der Isolierung und Abkapselung der ausländischen Studierenden entgegen.

➤ Verbesserung der Integration und Betreuung durch ein Tutor/innenprogramm

Integriertes Wohnen bietet die besten Voraussetzungen, um soziale Kontakte zu knüpfen, Land und Leute kennen zu lernen sowie die Sprache des Gastlandes zu erlernen.

Erfahrungen zeigen, dass diese Integrationsleistungen und die interkulturelle Kommunikation durch die Arbeit von Wohnheim-Tutoren und –Tutorinnen erheblich unterstützt werden. Sie können helfen, soziale Kontakte zu knüpfen, und vermitteln in Wohnheimen mit einer hohen Belegungsquote durch ausländische Studierende unterschiedlicher Kulturen. Es wäre daher dringlich, die von der Bundesregierung in Aussicht gestellte Förderung des DSW-Tutor/innenprogramms schnell zu realisieren. Dabei ist darauf zu achten, dass kein schwerfälliges und zeitraubendes Verfahren die Wirksamkeit eines solchen Tutorinnenprogramms behindert.¹⁴

4. Der Beitrag der Studentenwerke und des Deutschen Studentenwerks zur Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen für ausländische Studierende

Die Studentenwerke sind durch ihren gesetzlichen Auftrag gebunden, sich der wirtschaftlichen und sozialen Betreuung der Studierenden anzunehmen. Dies gilt auch – und in besonderem Maße – in Bezug auf die ausländischen Studierenden. Durch ihre vorhandene Infrastruktur und die

¹⁴ Die Realisierung des Tutorenprogramms im Rahmen des neu aufgelegten „Stipendien- und Betreuungsprogramm(s) (STIBET)“ des DAAD scheint nur bedingt erfolgversprechend aufgrund erheblicher praktischer Probleme, etwa beim Antragsverfahren oder der hochschulübergreifenden Aufgabenwahrnehmung.

Zuständigkeit für alle Hochschulen eines Hochschulstandortes sind die Studentenwerke dazu auch in der Lage. Außerdem sind sie oft die erste Anlaufstelle für ausländische Studierende.

So ist es verständlich, wenn gerade die Studentenwerke seit Jahren immer wieder auf die Defizite der wirtschaftlichen und sozialen Betreuung der ausländischen Studierenden hingewiesen haben. Denn sie müssen vor Ort für die Probleme bei der Wohnungssuche, der Finanzierung des Studiums und fehlenden sozialen Kontakten Abhilfe zu schaffen.

Um die Rahmenbedingungen für das Studium gastfreundlicher zu gestalten, haben die Studentenwerke zusammen mit ihrem Dachverband, dem Deutschen Studentenwerk, ein Servicepaket entwickelt. Zur Zeit bieten 36 der insgesamt 62 Studentenwerke das Servicepaket an. Es ist modular konzipiert und umfasst in der Regel die Module Wohnen, Semesterbeitrag, Verpflegung und Versicherung. Je nach örtlicher Praxis enthalten die Servicepakete darüber hinaus ausgewählte Informations-, Orientierungs- und Beratungsangebote und / oder ein Semesterticket.

Natürlich wäre es wünschenswert, dass das Servicepaket durch die Ausländerbehörden vor Ort als Finanzierungsnachweis anerkannt wird. Derzeit ist dies nur in München und Stuttgart der Fall. Leider gibt es an einzelnen Orten eine definitiv ablehnende Haltung seitens der Ausländerbehörden, andere sind jedoch zumindest gesprächsbereit.

Damit dieses Anliegen bundesweit durchgesetzt werden kann, muss es vom Bundesministerium des Inneren thematisiert werden, etwa im Rahmen der mit den zuständigen Referatsleitern der Länder regelmäßig stattfindenden ‚Ausländerreferentenbesprechungen‘. Angesichts der offensichtlichen Ermessensspielräume könnte den Ausländerbehörden vor Ort eine entsprechende rechtliche Praxis empfohlen werden. Es ist aber auch der ‚Weg von unten‘ denkbar, indem die Kommunen in Gesprächen mit Hochschulen und Studentenwerken dazu bewegt werden, das geltende Recht entsprechend auszulegen. Clausthal tut dies beispielsweise.

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerkes hat im November 2000 einen Beschluss zur ‚Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen für ausländische Studierende‘ gefasst und bei Politik sowie Hochschulen mehr Initiativen zur Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen angemahnt.

Auch das Kuratorium des Deutschen Studentenwerks¹⁵ hat auf seiner Sitzung vom 27. Juni 2001 Bund, Länder, Kommunen und Hochschulen aufgefordert,

- aufeinander abgestimmte Betreuungsangebote der Hochschulen und Studentenwerke auszubauen,
- die erforderlichen Wohnheimplätze als besonders integrationsfördernde Wohnform für ausländische Studierende bereitzustellen,
- die Servicepakete der Studentenwerke nicht nur im Rahmen des internationalen Hochschulmarketings an ausländische Studieninteressierte zu vermitteln, sondern diese auch als Finanzierungsnachweis zu akzeptieren sowie
- die arbeits- und aufenthaltsrechtliche Situation von ausländischen Studierenden zu verbessern mit dem Ziel, Studierende aus EU-Ländern und Nicht-EU-Ländern bei der Gewährung der Arbeitserlaubnis gleichzustellen.

Allerdings wäre es falsch, von der Annahme auszugehen, allein die Studentenwerke seien für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen zuständig. Vielmehr möchte ich klar und deutlich auf die Notwendigkeit hinweisen, dass erst ‚das auf Synergie ausgerichtete gemeinsame Handeln von Politik, Wissenschaft und Gesellschaft sowie eine entsprechend enge Kooperation in der Praxis zwischen Hochschulen, Studentenwerken, Hochschulstädten und anderen mit diesen Aufgaben befassten Institutionen vor Ort‘ geeignet ist, wesentliche Voraussetzung für die Steigerung der internationalen Attraktivität des Hochschulstandorts Deutschland zu schaffen.¹⁶ Gerade auf diesem Feld müssen die verschiedenen Akteure enger als bisher zusammenarbeiten!

¹⁵ Im Kuratorium des Deutschen Studentenwerks sind folgende Persönlichkeiten und Institutionen vertreten: kraft Amtes der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz Prof. Dr. Klaus Landfried, die Bundesministerin für Bildung und Forschung Edelgard Bulmahn (vertreten durch MinDirigent Dr. Reimund Scheuermann), die Präsidentin der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK), Ministerin Dr. Annette Schavan (vertreten durch Lt.d. MinRat Dr. Karl Martin Kraß), als Vertreter des Deutschen Städtetages Prof. Dr. Bernd Meyer, der Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes Prof. Dr. Theodor Berchem (vertreten durch Dr. Annette Julius) sowie vom Vorstand berufene Mitglieder aus den politischen Parteien, den studentischen Verbänden, den Hochschulen sowie BDA und DGB.

¹⁶ Beschluss Nr. 5 der 61. Ordentlichen Mitgliederversammlung des DSW vom 02. November 2000 in Berlin in: *Jahresbericht 2000*, S. 201-202, Begründung.

Podiumsdiskussion

Die soziale Situation ausländischer Studierender



Teilnehmer/innen:

- Prof. Dr. Elke Platz-Waury,
Vizepräsidentin im Deutschen Studentenwerk (DSW);
- Dieter Hampel,
Vorsitzender des Stipendienprogramms des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED);
- Abdulhamied Khamies,
Studierender an der Technischen Universität Darmstadt;
- Michael Pannwitz,
Sprecher des Bundesausschusses der Studierenden der GEW (BASS) und
- Joseph Schäfers,
Migrantenseelsorger der Katholischen Hochschulgemeinde (KHG) Bonn.

Moderation:

- Dr. Eleni Konstantinidou,
World University Service (WUS) – Deutsches Komitee e.V.

Dr. Eleni Konstantinidou, World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e.V.:

Vielen Dank zunächst an Sie, Frau Professor Platz-Waury, für Ihr - wie ich fand - sehr strukturiertes und differenziertes Referat. Ich bin von den Veranstaltern der Konferenz gebeten worden, dieses Forum zu moderieren, in dem wir die soziale Situation der ausländischen Studierenden in Deutschland auf der Grundlage der Impulse, die Frau Professor Platz-Waury geleistet hat, genauer unter die Lupe nehmen wollen. Ich hoffe dabei auch auf die rege Beteiligung aus dem Plenum heraus. Mein Name ist Eleni Konstantinidou, ich komme aus Griechenland und habe in Stuttgart Maschinenbau studiert. Ich war seinerzeit einige Jahre im Ausländerkomitee des AStA tätig und habe bis zu meiner Promotion als Referentin des Studienbegleitprogramms für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Baden-Württemberg gearbeitet. Seit dem Abschluss meiner Doktorarbeit bin ich als Ingenieurin bei einer großen Energiegesellschaft beschäftigt.

Ich möchte zu Beginn unserer Diskussion auf die zahlreichen Aussagen der Bundesregierung und der Parteien des Bundestages in der aktuellen Diskussion um den Hochschulstandort Deutschland hinweisen, nach der das Ausländerstudium kulturpolitisch, entwicklungspolitisch und ökonomisch auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland von großer Bedeutung ist. Ich habe hier zum Beispiel einen aktuellen Bundestags-Antrag der FDP, in dem es heißt: „Die Mittel, die für Wissenschaftsaustausch, für Sprachförderung und Stipendien ausgegeben werden, sind auch Investitionen in den Wirtschaftsstandort Deutschland.“

Solchen Bekenntnissen und Absichtserklärungen aus der Politik hat Frau Professor Platz-Waury einige aktuelle und wichtige Probleme des Ausländerstudiums in Deutschland gegenübergestellt. Ausländische Studierende in Deutschland haben:

- nur wenig Kontakt zu Einheimischen,
- Wohnungsprobleme,
- Sprachprobleme,
- ausländer- und arbeitsrechtliche Schwierigkeiten,
- Finanzierungsprobleme.

In der Folge all dessen kommt es bei ihnen häufig zu überlanger Studierendauer oder schlimmstenfalls sogar zum Studienabbruch.

Alle diese Probleme sind, das haben wir gehört und Sie am eigenen Leib erfahren, bei den sogenannten ‚free-movers‘ besonders gravierend. Genau diese Gruppe aber bekommt kaum oder nur sehr wenig Unterstützung. Nach den Zahlen, die das Deutsche Studentenwerk vorgelegt hat, werden nur 15 Prozent der ‚free-movers‘ im Erststudium finanziell gefördert. Es gibt einige Initiativen zum Beispiel der Kirchen, die versuchen, hier gegenzusteuern. Wir werden von den auf dem Podium versammelten Gästen einige Statements dazu hören, was die verschiedenen Initiativen und Organisationen im Rahmen ihrer Möglichkeiten leisten.

Meine erste Frage richtet sich an Abdulhamied Khamies, der vier Jahre lang als Ausländerreferent im AStA der Technischen Universität Darmstadt aktiv war. Herr Khamies, Sie haben Bauingenieurwesen studiert und belegen jetzt im Zweitstudium den Aufbaustudiengang Informatik. Vor allem aber sind Sie einer der angesprochenen ‚free-mover‘, wie auch ich damals einer war. Können Sie aus Ihren persönlichen Erfahrungen berichten, mit welchen Problemen Sie in Ihrem Studium zu kämpfen hatten und wie Sie diese Probleme gemeistert haben?

Abdulhamied Khamies, Studierender an der Technischen Universität Darmstadt:

Liebe Freunde, liebe Freundinnen, liebe Kollegen und Kolleginnen, meine Damen und Herren. Ich wollte mich zuerst bedanken, dass man hier endlich auch einmal mit uns und nicht nur über uns redet. So lassen sich Lösungsansätze leichter finden. Es freut mich auch, dass ich auf dem Podium fast in der Mitte sitze und nicht am Rand.

Eine kurze Anmerkung zu dem Kollegen Daniel Egbe, der als Diskutant auf dem Podium heute Vormittag gesagt hat, er wolle nicht nur klagen, sondern sich auch bei den Organisationen bedanken, die gute Arbeit im Sinne der ausländischen Studierenden leisten. Ich bin wie Daniel ein optimistischer Mensch, aber ich meine, dass man Probleme nur lösen kann, wenn man sie erkennt, benennt und bespricht. Deswegen: Ich werde hier keine positiven Dinge und Erfahrungen berichten, sondern mich auf die negativen konzentrieren. Das heißt nicht, dass ich keine positiven Erfahrungen gemacht habe, im Gegenteil!

Es wurde über viele Probleme gesprochen, aber mir ist die Wohnungsproblematik bisher zu kurz gekommen. Weil ich aber glaube, dass dies eines der wichtigsten Themen ist, will ich darüber berichten: Als ich nach

Deutschland kam, hat mein Schicksal mich nach Bochum geführt. Da musste ich mir ein elf Quadratmeter großes Zimmer mit zwei anderen Studierenden, oder besser mit zwei anderen Studienbewerbern, denn so nannte man uns zu dieser Zeit, teilen. In dem Zimmer gab es nur ein Bett. Wir haben noch eine Matratze von einem Nachbarn besorgt. Fragen Sie mich nicht, wie drei Leute in elf Quadratmetern geschlafen oder gelebt haben. Einer der beiden anderen hat geschnarcht, und zwar die ganze Nacht lang. Ich sage Ihnen ehrlich: Das hat mich graue Haare gekostet. Und drei Jahre meines Lebens auch. Denn die drei Monate, die wir so miteinander verbracht haben, haben mich drei Jahre älter gemacht.

Ich bin dann nach Münster umgezogen. In Münster habe ich immer nur als Untermieter gewohnt. Ich habe viel Zeit gebraucht für den Sprachkurs, weil ich ihn privat nicht machen konnte. Ich habe ihn schließlich ohne Unterstützung in den kostenlosen Kursen gemacht, die vom AStA angeboten wurden. Ich habe insgesamt drei Jahre gebraucht für das Studienkolleg und für den Sprachkurs. In diesen drei Jahren musste ich sieben Mal umziehen, weil ich vom Studentenwerk kein Zimmer bekommen hatte. Auf dem privaten Wohnungsmarkt hat man sowieso keine Chance. Darauf komme ich später zurück, wenn ich von meinen Erfahrungen in Darmstadt berichte, wo ich zur Zeit lebe. Die Kollegin vom Auslandsamt lächelt!

In Münster musste ich also sieben Mal umziehen. Zum Glück hatte ich nur einen Koffer und vier ALDI-Taschen. Auf jeden Fall: Ich habe das Studienkolleg geschafft und bin nach Darmstadt umgezogen. Nein, nicht umgezogen! Ich habe in Darmstadt eine Zulassung bekommen, ich durfte in Darmstadt studieren: Bauingenieurwesen. Ich bin also zu dem Studentenwerk gegangen und wollte mich um ein Zimmer bewerben. Da wurde mir gesagt, dass es sechs Semester Wartezeit gibt, bis an ein Zimmer zu denken ist. Der Mann, der mir das erklärt hat, arbeitet noch heute dort beim Studentenwerk. Ich habe ich also gefragt, welche anderen Möglichkeiten es gibt und er meinte: ‚Privat!‘ Also habe ich privat geguckt und in den Anzeigen stand immer ‚Wochenendheimfahrer‘. Ich habe nicht verstanden, was das hieß. Da erklärte mir jemand: ‚Das sind die Leute, die am Wochenende die Möglichkeit haben, nach Hause zu fahren.‘ Es gab ein Flugzeug, das immer freitags nach Aleppo flog, aber so reich war ich nicht. Ich habe dann auch nicht mehr geprüft, ob es Montags vormittags einen Flug zurück nach Frankfurt gibt. Auf jeden Fall musste ich acht Wochen von Münster nach Darmstadt fahren. In Bonn habe ich

beim Umsteigen Zwischenstation gemacht. Ich war im ersten Semester. Das war sehr, sehr hart. Manchmal bin ich um drei Uhr morgens aufgestanden und losgefahren. Anfangs habe ich keine Vorlesungen besucht, sondern nur versucht, ein Zimmer zu bekommen. Nach acht oder zehn Wochen habe ich dann ein Zimmer in der Nähe von Darmstadt gefunden - im Keller. Ich war sehr zufrieden! Ich habe mir gesagt, „jetzt hast Du ein Zimmer, Du kannst lernen und anfangen, dich um dein Studium zu kümmern“. Ich habe im ersten Semester im Keller alle Scheine geschafft und ein Jahr später als Untermieter ein Zimmer im Studentenwerk bekommen. Nach vier Semestern habe ich dann - für vier Semester - ein eigenes Zimmer vom Studentenwerk bekommen. Immerhin hat es nicht die angekündigten sechs Semester gedauert. Andere haben wirklich so lange warten müssen. Sechs Semester, um ein Zimmer zu bekommen! Regelstudienzeit an der TU in Darmstadt sind neun bis zehn Semester, stellt Euch das mal vor!

Einen Satz möchte ich noch zu dem sagen, was Frau Professor Platz-Waury in ihrem Vortrag gesagt hat: Sie haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, erklärt, dass 50 Prozent der ausländischen Studierenden in Wohnheimen wohnen. Ich komme aus Darmstadt, aber selbst wenn ich, um Ihnen entgegenzukommen, auch die Leute aus Bayern zu Ausländern mache, wird es mit den 50 Prozent eher knapp. Ich glaube nicht, dass die Hälfte der Studierenden aus Dritte Welt-Ländern oder aus dem Ausland generell im Wohnheim wohnen. Danke schön.

Dr. Eleni Konstantinidou, World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e.V.:

Vielen Dank, Herr Khamies. Der zweite Podiumsteilnehmer ist Herr Joseph Schäfers. Herr Schäfers ist Pastoralreferent in der Migrantenseelsorge der Katholischen Hochschulgemeinde Bonn. Herr Schäfers, ich vermute, dass viele ausländische Studierende mit vielen Sorgen in der Seele zu Ihnen kommen. Was machen Sie, außer ihnen gut zuzuhören?

Joseph Schäfers, Migrantenseelsorger der Katholischen Hochschulgemeinde (KHG) Bonn:

Im Einladungstext des Programmheftes unserer Hochschulgemeinde heißt es, dass wir in den Grundfragen des Studiums beraten und begleiten. Und da ist die ganze Palette vorhanden. Da ist das Wohnen, da ist das Ankommen in Deutschland, da ist das Problem, Freunde zu finden, da geht es um Geld, da geht es darum, hier seinen eigenen Platz zu fin-

den. Da geht es um das Studieren, aber auch um das Leben in Bonn, und da geht es auch um religiöse und andere Fragen, die umfassend zum Menschsein gehören. Man kann gerade in der Orientierungsphase zu Beginn des Studiums feststellen, dass die internationalen wie auch die deutschen Studierenden sich wie in einem Brennglas mit ihrer Identität, mit ihrer Persönlichkeit und mit ihren Perspektiven auseinandersetzen. Das gleiche findet noch einmal statt gegen Ende des Studiums.

Die ausländischen Studierenden durchlaufen diese Prozesse intensiver, weil sie um ihr Studium herum sehr viele Bedingungen haben, die sie aus der Bahn werfen können. Das haben wir hier schon zur Genüge gehört, ich werde nachher noch einmal darauf eingehen.

Ich habe mich auf die Anregung eines Studierenden oder einer Studierenden hin vor zwei Jahren in ‚Migrantenseelsorger‘ umbenannt. Er oder sie - ich weiß es nicht genau - hatte eines meiner Plakate, auf dem ich mich bis dahin immer als ‚Ausländerseelsorger‘ definiert hatte, korrigiert, das ‚Ausländer‘ durchgestrichen und ‚Migranten‘ darübergeschrieben. Ich habe damals gelernt, dass die Bildungsmigration, die in der letzten Zeit unter dem Wettbewerbsgedanken hochgepriesen und hochgejubelt wurde, tatsächlich ein Teilaspekt der weltweiten Migration ist. Ich habe gelernt, dass man Ende des 20. Jahrhunderts, wie früher die Nomaden, der Bildung hinterher zieht, dass Migration auch die Menschen betrifft, die lernen und lehren. Es ist für uns als Kirche wichtig, zu begreifen, dass Migration ein Weltproblem ist. Und siehe da, unser Papst hat es auch begriffen und hat am 15. September diesen Jahres eine Erklärung herausgegeben, in der er die Mitglieder der Kirche dazu auffordert, sich mit diesen Fragen auseinander zu setzen.

Wie machen wir das in unserer Arbeit? Ich biete jede Woche eine Sprechstunde in der Katholischen Hochschulgemeinde an, parallel dazu bietet der Kollege in der Evangelischen Studentengemeinde an einem anderen Wochentag eine Sprechstunde an. Wir treffen uns alle vierzehn Tage - mal zu einem gemeinsamen Essen, mal zu einer kleinen Konferenz - und tauschen uns aus. Dieser Austausch findet auch mit anderen an den Hochschulen in der Ausländerarbeit beschäftigten Initiativen und Organisationen statt. Es gibt auf Initiative der Evangelischen Studierendengemeinde in Bonn seit etwa fünf Jahren den sogenannten ‚Arbeitskreis Ausländerstudium‘ an den Hochschulen in der Region Bonn-Rhein-Sieg. In diesem Arbeitskreis sitzen alle relevanten Institutionen und

Gruppen, Akademische Auslandsämter, das Multikulti-Dezernat der Stadt, Vertreter des Arbeitsamts, die Hochschulgemeinden, die Otto-Benecke-Stiftung, die Vertreter aus den Studienkollegs, das Studentenwerk und und und. Die Ausländerbehörde beziehungsweise ihre Vertreter kommen auch ab und zu, werden regelmäßig informiert und informieren sich bei uns. So sind wir in der Lage, uns nicht nur bilateral, sondern auch im großen Kreis abzustimmen.

Wir bieten seit sechs Semestern regelmäßig einen sogenannten Ausländerstudententag an. Wir wollen nicht nur als Berater für ausländische Studierende arbeiten, indem wir in persönlichen Gesprächen Probleme aufarbeiten oder Finanzierungen geben und ähnliches. Wir denken, dass es genau so wichtig ist, dass ausländische Studierende außerhalb von Sprechstunden mit den Vertretern der Institutionen und der Universität diskutieren und arbeiten. Dafür gibt es den Ausländerstudententag. Der hatte im letzten Semester den Titel ‚Leben, lernen, überleben‘ und da ging es um die soziale Lage an der Universität Bonn. Die Kollegin Gruszka, die sich hier auch schon zu Wort gemeldet hat, hatte im Rahmen einer Seminarübung eine Untersuchung über die soziale Lage der Studierenden an der Uni Bonn gemacht und sie dort vorgestellt. Die Ergebnisse decken sich im Wesentlichen mit den Untersuchungen des Studentenwerkes, sind allerdings etwas präziser auf unsere lokale Situation bezogen. Zu diesem Ausländerstudententag kommen regelmäßig hundert bis hundertfünfzig Leute und das Klima ist so ähnlich wie hier auf dieser Konferenz. Die Studierenden kommen zu Wort und die Vertreter der Universität, die Vertreter des Studentenwerkes hören von den konkreten Problemen und müssen auch auf konkrete Fragen antworten. Wir laden dazu auch Vertreterinnen und Vertreter des Arbeitsamtes, des Akademischen Auslandsamtes, des Studentensekretariates und der Studienberatung ein. Diese Leute können dann die Studierenden direkt und vor Ort informieren. Der Ausländerstudententag klingt mit einem phantastischen internationalen Essen feierlich aus. Das ist eine der Formen, mit der wir den Problemen ausländischer Studierender zu begegnen versuchen.

Eine andere sehr konkrete Form, die sich herausgebildet hat, ist die, dass Studierende aus der Hochschulgemeinde, seien es deutsche oder ausländische Studierende, selbst Initiative ergreifen. Zum Beispiel gab es vier Semester lang die sogenannte Job-AG. Da haben wir uns fast auch in die Grauzone der gesetzlichen Rahmenbedingungen gewagt und uns im

Rahmen der Modernisierung von Arbeitsberatung und Arbeitsvermittlung angeboten, Bonner Bürgern ausländische Studierende für Nebenjobs zu vermitteln. Die suchten jemanden, der Nachhilfe gibt, jemanden, der den Garten macht oder jemanden, der auf die Kinder aufpasst. Und wir haben ihnen gesagt, dass wir Leute kennen, die Arbeit suchen. Der eigentliche ‚Deal‘ musste dann zwischen den Bürgern und den Studierenden erledigt werden, damit wir nicht wirklich in eine Arbeitsamtrolle hineingeraten. Inzwischen sind die beiden Studierenden, die da mitgearbeitet haben, selber mit Jobs versorgt. Die Initiatorin ist bei der Lufthansa gelandet und hat dort einen tollen Job bekommen und der andere Kollege ist in die IT-Branche gegangen. Jetzt warten wir darauf, dass sich andere Studierende in der Job-AG engagieren. Aber die Bonner Bürger rufen immer noch wöchentlich bei uns an und bieten uns Jobs an, so dass wir das immer weiter vermitteln können.

Herr Khamies hat von der Schwierigkeit gesprochen, bei den Studentenwerken ein Zimmer zu bekommen. Dort funktioniert alles nach den Bestimmungen, nach den Grundlinien der Zuteilung. Es gibt aber auch andere Träger von Wohnheimen. Kirchliche Träger bieten in Bonn immerhin gut tausend Plätze an, wenn ich das hochrechne. Und wir müssen uns nicht an die Vorschriften der Studentenwerke halten. Wir können denen, die durch die Raster der Studentenwerke fallen, also zum Beispiel Promotionsstudierenden, die zu alt sind, Ehepaaren oder Alleinerziehenden mit Kindern Wohnungen anbieten. Und dann gibt es Initiativen, wo man raus geht an die Bonner Bevölkerung und an die Uni-Öffentlichkeit. Bei der Wohnungssuche gibt es seit Semestern die Aktion ‚Courage‘, die ein ägyptischer Student aus dem Gemeinderat heraus mit uns gegründet hat. Die Aktion hat sich mit großen Kulturveranstaltungen in der Stadt bekannt gemacht und die Bonnerinnen und Bonner aufgefordert, bei uns freie Wohnungen für ausländische Studierende zu melden.

Auch im Tutorienbereich gibt es bei uns in der KHG eine erstaunlich positive Entwicklung: Viele Deutsche haben sich bei uns gemeldet und gesagt: ‚Nennt mir einen ausländischen Studierenden, den ich begleiten kann‘. Das ist eine überschaubare Sache, da braucht es nicht jede Woche eine Sitzung, da braucht es keinen großen Arbeitskreis. Das ist eine Initiative aus dem realen studentischen Leben. Die nehmen einfach jemanden an die Hand und der kann bei Tag und bei Nacht anrufen. Das sind Aktivitäten, zu denen wir auffordern, zu denen wir ermutigen möchten.

Mit solchen Dingen versuchen wir gemeinsam mit der Universität und anderen Organisationen und Initiativen, die Probleme ausländischer Studierender im sozialen Bereich aufzufangen. Ich habe ein Schülerreferat über die Arbeit mit ausländischen Studierenden mitgebracht. Es hat den Titel ‚Armut unter ausländischen Studierenden in Bonn‘. Ich meine, dass sich die reale Situation vieler ausländischer Studierender mit dem Wort ‚Armut‘ treffender beschreiben lässt als mit den Schlagworten ‚Finanzierungsschwierigkeiten‘, ‚Geldsorgen‘ oder ‚Jobsuche‘. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Armut unter ausländischen Studierende in Deutschland auch ein Produkt der weltweiten Konflikte über die Verteilung der Güter ist. Und so gut und wichtig es für uns als Kirchen ist, diakonisch und karitativ tätig zu sein: Es gibt Momente in meiner Arbeit, in denen ich einfach keine Lust mehr habe, das Versagen der Politik zu reparieren. Dafür sind wir nicht da, das muss die Politik korrigieren.

Deshalb schlage ich vor, dass es ein Basis-BAföG für internationale Studierende gibt. Sie, Frau Professor Platz-Waury, haben das Studienservicepaket angesprochen. Ich plädiere dafür, den ‚free-movern‘ dieses Paket kostenlos anzubieten. Denn verkaufen tut es sich nicht - so viel Geld hat keiner. Oder vielleicht hat man das Geld für das erste Jahr, aber fürs zweite schon nicht mehr.

Dr. Eleni Konstantinidou, World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e.V.:

Vielen Dank für Ihren Beitrag, Herr Schäfers! Wir haben gehört, dass in den Hochschulgemeinden einiges geschieht und wertvolle Arbeit geleistet wird. Der dritte Diskutant ist Dieter Hampel vom Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED). Er ist Soziologe und Vorsitzender des KED-Stipendienprogramms. Er arbeitet beim Hygieneinstitut der Universität Heidelberg in der Abteilung ‚Tropenhygiene und öffentliches Gesundheitswesen‘. Dort ist er verantwortlich für das Ärzteprogramm für Mediziner aus Asien, Afrika und Lateinamerika. Herr Hampel, Ihr Statement bitte!

Dieter Hampel, Vorsitzender des KED-Stipendienprogramms:

Vielen Dank. Ich will es knapp machen, damit genügend Zeit für die Diskussion bleibt. Wir brauchen hier keine großen Vorträge, denn Sie wissen das alle schon selbst. Außerdem haben wir das Meiste gestern

oder heute schon gehört. Ich will also nur noch einmal zusammenfassen, was mir wichtig erscheint:

Wenn man die Statements von Politikerinnen und Politikern zum Studienstandort Deutschland liest und hört, dann ist die Hauptforderung immer wieder die Erhöhung der Zahl ausländischer Studierender hier in Deutschland. Dann schwirren Zahlen wie zehn, elf oder zwölf Prozent in der Welt herum. Es laufen millionenschwere Werbekampagnen in Asien und in anderen Ländern, um Menschen für das Studieren in Deutschland anzuwerben. Im wesentlichen meint man damit natürlich die Postgraduierten-Studiengänge, denn die sind attraktiv für die deutsche Industrie. Kunststipendien werden weniger offeriert.

Ich meine, dass die Prioritäten falsch gesetzt sind. Die Priorität muss lauten: Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen Studierenden, die jetzt schon in Deutschland sind. Denn diese Studierenden sind die besten Werbeträger. Sie erzählen nachher, ob ein Studium in Deutschland sinnvoll, schwierig, empfehlenswert oder ungenügend ist. Leider wird dieser Punkt in der Diskussion vernachlässigt. Dabei liegen die Fakten offen und die Konzepte in vielen Schubladen.

Wenn ich sage, dass sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen Studierenden verändern müssen, dann meine ich im Wesentlichen, dass sich die arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen verändern müssen. Der Finanzierungsnachweis ist einfach eine Schande. Es ist unwürdig, von Studierenden - und insbesondere von Studierenden aus den sogenannten Entwicklungsländern - zu verlangen, dass sie nachweisen, sich ein ganzes Jahr finanzieren zu können, um überhaupt das Visum für ein Studium in Deutschland oder um die Aufenthaltbewilligung verlängert zu bekommen. Es ist unwürdig und vor dem Hintergrund der arbeitsrechtlichen Beschränkungen ausländischer Studierender in höchstem Maße ungerecht.

Deshalb muss auch die 90-Tage-Regelung vom Tisch. Die Studierenden aus Asien, Afrika und Lateinamerika müssen genauso entscheiden können wann sie arbeiten, wie die deutschen Studierenden. Alles andere ist eine Diskriminierung. Jede große Partei, die entweder das ‚C‘ oder das ‚S‘ in ihrem Namen trägt, kann so etwas nicht weiter unterstützen.

Angesprochen wurde auch schon, dass sich die Stipendienprogramme erweitern müssen. Nicht nur Stipendien für die Postgraduierten-Studiengänge, auf die sich die Förderung in den letzten Jahren weitgehend konzentriert hat, sondern auch Stipendien für das grundständige Studium. Wenn wir an dem Finanzierungsnachweis festhalten ohne endlich die Stipendienprogramme massiv auszubauen, dann fördern wir - wenn überhaupt - bestenfalls die reiche Schicht dieser Länder. Die mittleren und ärmeren Schichten dieser Länder aber schließen wir dann aus. Die Kirchen haben Stipendienprogramme für solche Studierenden, aber alleine sind sie überfordert. Hier muss auch der Staat aktiv werden.

Weiterhin halte ich es unbedingt für erforderlich, Notfonds einzurichten. Wir wissen, dass viele Studierende, die zwischendurch arbeiten müssen - das sind über 80 Prozent der ausländischen Studierenden hier in Deutschland - immer wieder einmal in Notsituationen kommen, dass sie krank werden, dass sie in Situationen geraten, in denen sie - zum Beispiel wenn wichtige Prüfungen anstehen - nicht arbeiten und sich dann auch nicht finanzieren können. Hier muss es einen Notfonds geben. Die evangelische Kirche hat so etwas eingerichtet, aber auch hier reichen die Anstrengungen der Kirche nicht aus. Auch die staatliche Seite muss endlich erkennen, dass hier Handlungsbedarf besteht.

Ich komme zu meinem letzten Punkt: studienbegleitende Förderung. Das beginnt bei kostenlosen Sprachkursen, denn Sprachkompetenz ist ein Schlüsselfaktor des Studiums. Es muss durchgehend möglich sein, dass ausländische Studierende kostenlose Sprachkurse besuchen können. Erweitert werden muss auch die Möglichkeit, während des Studiums Praktika im Heimatland zu absolvieren. Nur so hat man die Möglichkeit, Kontakt aufzunehmen mit der Heimat, mit dem Arbeitsmarkt und mit der Familie, die man - weil es an Geld fehlt - oft jahrelang nicht zu Gesicht bekommen hat. Und nur so hat kann man die Inhalte des Studiums in der Praxis zu hinterfragen. Wir reden im Moment viel über neue Studiengänge und über Postgraduierten-Studiengänge. Worüber wir nicht mehr reden, ist die Frage: Wie relevant ist denn das, was wir heute anbieten, für die Studierenden aus dem Süden? Das ist völlig in den Hintergrund geraten. Nur Studierende, die Möglichkeiten haben, im Heimatland ein Praktikum zu absolvieren, können sich diese Frage beantworten. Die haben dann eine gewisse Orientierung und können in ihrem Studium ganz andere Schwerpunkte setzen. Außer im Rahmen des STUBE-

Programms, das heute schon einmal angesprochen wurde, gibt es kaum Möglichkeiten, solche Praktika ganz oder teilweise finanziert zu bekommen. Der letzte Punkt im Bereich Studienbegleitung: Die Studienbegleitprogramme, die es finanziell unterschiedlich ausgestattet in zwölf verschiedenen Regionen flächendeckend in Deutschland gibt, arbeiten entwicklungspolitische Fragestellungen auf und bieten ein Forum, in dem die Inhalte des Studiums kritisch hinterfragt werden können. So lange das die Hochschulen nicht machen, und sie machen es bis auf wenige Ausnahmen nicht, müssten diese Programme für meine Begriffe von staatlicher Seite gefördert werden. Wenn dies geschähe, dann hätten wir die beste Werbung, dann bräuchten wir keine millionenschweren Kampagnen, dann bräuchten wir nicht von Singapur bis sonst wo hin zu fahren und in Konkurrenz mit Australien und den USA zu treten. Das war's schon, danke!

Dr. Eleni Konstantinidou, World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e.V.:

Vielen Dank für Ihr Statement, Dieter Hampel. Der vierte Diskutant ist Herr Michael Pannwitz, er ist Sprecher des Bundesausschusses der Studierenden der GEW und Leiter der Arbeitsgruppe „Ausländische Studierende der GEW-Berlin“. Er studiert dort Politikwissenschaften. Ich bitte Sie um Ihr Statement.

Michael Pannwitz, Sprecher des Bundesausschusses der Studierenden der GEW (BASS):

Zuerst kurz zu meiner Person: Ich besitze die US-amerikanische Staatsbürgerschaft und bin daher mit den rechtlichen Problemen vertraut, die entstehen, wenn man als Ausländer in Deutschland groß wird oder wenn man als Drittstaatler versucht, sich in der EU zu bewegen. Ein anderes wichtiges Motiv, mich in den letzten Jahren sehr viel mit Migration und der Situation von Ausländern in Deutschland, insbesondere von ausländischen Studierenden, zu beschäftigen, ist die Tatsache, dass mein Großvater väterlicherseits Deutscher war, bei der Kriminalpolizei tätig war und bei der Gestapo Karriere gemacht hat. Er hat verschiedene Abteilungen der Gestapo in Prag geleitet. Auch daher das Interesse daran, mich kritisch mit Bürgerrechten und mit Polizeirecht auseinander zu setzen – nach wie vor ist das Ausländerrecht in Deutschland Polizeirecht.

In den Tagungsmaterialien findet Ihr den aktuellen Beschluss der GEW zum Ausländerstudium, der dieses Jahr gefasst wurde. Es handelt sich

dabei allerdings um den Beschluss und nicht um den Antrag. Der Antrag ist allerdings sehr viel ausführlicher, es sind - glaube ich - acht oder zehn Seiten, auf denen die einzelnen Forderungen auch begründet werden. Das Papier kann bei Interesse bei der GEW nachgefragt werden. Ich werde nicht auf alle Forderungen eingehen, aber vielleicht die ergänzen, die hier noch nicht zur Sprache gekommen sind.

Das eine betrifft den freien Zugang zu den Hochschulen. Insbesondere Asylbewerbern, Flüchtlingen und Kriegsflüchtlingen, die hier in Deutschland leben und die in ihren Herkunftsländern oftmals Studierende waren, wird dieser freie Zugang verwehrt. Es gibt zwar kein klares Verbot, aber das Ausländerrecht wird von den Ausländerbehörden und zum Teil auch von den Hochschulen willkürlich so interpretiert, dass ihnen ein Studium nicht gestattet wird. Wir fordern die Möglichkeit der Studienaufnahme für diese Personengruppe. Es gibt inzwischen auch ein bundesweites Bündnis von betroffenen Studierenden aus Flüchtlingsinitiativen, die gemeinsam mit Studierenden aus der GEW und anderen Organisationen die Rechtslage prüfen und anstreben, nach Möglichkeit gegen diese Beschränkung zu klagen und im Zweifelsfall vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof ihr Recht auf Bildung einzuklagen. Es wird sich zeigen, ob und in wie weit das möglich ist. Wenn es hier Leute gibt, die betroffen sind, oder wenn Ihr welche kennt, dann könnt Ihr Euch gerne an uns wenden.

Zur Frage der Sprachkurse: Der Erwerb der deutschen Sprache ist in den Herkunftsländern - insbesondere in den Trikont-Ländern - häufig nur in der Hauptstadt möglich. Die Kosten, die damit verbunden sind, die deutsche Sprache dort zu lernen, kann von der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gar nicht erbracht werden. Parallel dazu beobachten wir in Deutschland zur Zeit die Tendenz, an den Hochschulen Gebühren für Deutsch-Sprachkurse zu erheben. Da sind wir ganz klar dagegen! Wir fordern an den Hochschulen gebührenfreie Deutschkurse für Studierende auch auf Anfängerniveau, damit sie eine Möglichkeit haben, sich vernünftig auf ihr Studium vorzubereiten. Wenn diese Kurse nicht an den Hochschulen angeboten werden, dann haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen ganz anderen Status, dürfen unter anderem nicht arbeiten und können sich nicht richtig versichern.

Weiter fordern wir die Abschaffung der Studienkollegs. Das bedeutet nicht, dass es keine Eingangsphase mehr geben soll. Die Eingangsphase

soll aber, wie das bei einigen Studienkollegs auch schon der Fall ist, an die Hochschulen angegliedert werden, damit der Studierendenstatus von Anfang an gewährleistet ist. Abgeschafft werden soll die sogenannte Feststellungsprüfung, so dass quasi nur noch die Sprachkompetenz nachgewiesen, nicht aber das deutsche Abitur nachgeholt werden muss. Das ist momentan nämlich de facto der Fall.

Eine weitere Forderung, die schon mehrfach angesprochen wurde, sind Ausländerbeauftragte an den Hochschulen. Hier gibt es eine große Konfusion, weil es an einigen Hochschulen Ausländerbeauftragte gibt, die nur so heißen, in der Regel aber keine Kompetenzen haben. Meist sind es Personen, die vom Präsidialamt oder vom Akademischen Senat oder von irgendjemand anderem benannt werden, dann dort sitzen und bestenfalls sehr diffuse Aufgaben haben. Es gibt bisher keine genauen Erhebungen darüber, wer was wo macht. Meistens aber haben die wenigen Ausländerbeauftragten an den Hochschulen keinen Arbeitsstab, keine Leute, die ihnen zuarbeiten und keine wirklichen Kompetenzen. Bei den Frauenbeauftragten, die es an allen Hochschulen gibt, ist die Situation ganz anders: die haben ganz klare Kompetenzen, in der Regel einen Arbeitsstab und eine ganz klare Zielvorgabe, nämlich eine Gleichstellung innerhalb der Hochschule zu bewerkstelligen. Analog zu diesen Frauenbeauftragten fordern wir Ausländerbeauftragte mit ähnlichen Kompetenzen.

Es geht bei dieser Konferenz weniger um die sogenannten Bildungsinländer. Trotzdem möchte ich am Beispiel dieser Gruppe eine Ungleichheit aufzeigen, die uns zu denken geben muss. Wenn ich höre, dass an der Technischen Universität Berlin nur 4 Prozent der Gesamtstudierendenzahl Bildungsinländer sind, dann ist das prozentual noch nicht einmal die Hälfte der Bildungsinländer, die in Deutschland die Hochschulreife ablegen. Denn das sind ungefähr 9 Prozent. Gemessen am Bevölkerungsanteil sind schon diese 9 Prozent extrem unterdurchschnittlich. Wenn dann aber noch nicht einmal die Hälfte der Bildungsinländer mit Hochschulreife den Weg an die Hochschule schafft, dann ist das ein Armutszeugnis. Also ich denke, da ist die GEW gefordert, da sind aber auch andere Organisationen und ganz bestimmt die Landesregierungen und der Bund gefordert, für die interkulturelle Öffnung der Hochschulen zu sorgen. Leute, die einen anderen Hintergrund haben, müssen trotzdem gleichberechtigt Bildungsbeteiligung wahrnehmen können. Danke schön!

Dr. Eleni Konstantinidou, World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e.V.:

Wir haben jetzt noch fast zwanzig Minuten Zeit, denn wir müssen die Diskussion erst um 13:00 Uhr abschließen. Ich möchte nur, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, nur bitten, das Thema Bildungsinländer jetzt nicht zu diskutieren. Ich glaube, dass ist eine andere Debatte, die zu einem anderen Zeitpunkt geführt werden muss. Hier sollten wir uns auf diejenigen konzentrieren, die aus dem Ausland hierher kommen, um in Deutschland zu studieren.

Sara Gholamian Zadeh, Johannes Gutenberg-Universität Mainz:

Ich bin Gholamian Zadeh und möchte ein Problem ansprechen, das ich selber erfahren habe: Die Studierenden, die schon vor der Einreise nach Deutschland in ihrer Heimat studiert haben, bekommen hier, wenn sie sich beim Studentenwerk darum bewerben, keinen Wohnheimplatz. Das merkwürdige und ungerechte ist, dass der Hochschulabschluss aus dem Heimatland aber nicht anerkannt wird, wenn man sich in Deutschland um einen Studienplatz bewirbt. Aber der Platz in einem Wohnheim wird einem mit dem Argument verweigert, dass man darauf keinen Anspruch hat, weil man ja schon im Heimatland einen Abschluss gemacht hat. Das passt nicht zusammen. Danke schön!

Cahit Basar, Akademisches Auslandsamt der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster:

Frau Professor Platz-Waury, Sie haben von der Interministeriellen Arbeitsgruppe gesprochen. Ist daran gedacht, auch basisnahe nicht-ministerielle Organisationen und Einrichtungen in die Arbeit mit einzubinden, damit gewährleistet ist, dass dort Ergebnisse und Entscheidungen produziert werden, die der Realität der ausländischen Studierenden auch gerecht werden?

Katharina Meyer, Evangelische Studentengemeinde (ESG) Braunschweig:

Mein Name ist Katharina Meyer, ich arbeite als Pfarrerin in der Evangelischen Studentengemeinde in Braunschweig und ich möchte auch auf diesen Aspekt eingehen. Wie weit sind basisnahe Organisationen in dieser Interministeriellen Arbeitsgruppe tätig? Warum frage ich das?

Es ist im Verlauf der Konferenz schon mehrmals darauf hingewiesen worden, dass es in der letzten Zeit Erleichterungen bei den Vorschriften

für ausländische Studierende in Deutschland gegeben hat. Ich vermute, diese Aussagen haben sich auf die neuen Verwaltungsvorschriften zum Ausländergesetz bezogen, die im Oktober des vergangenen Jahres in Kraft getreten sind. Ich muss für Braunschweig an zwei Punkten leider ganz konkret sagen, dass die Verwaltungsvorschriften sich nicht erleichternd, sondern verschärfend ausgewirkt haben. Und ich frage mich natürlich, in wie weit diejenigen, die diese Verwaltungsvorschriften ausgehandelt haben, das überhaupt wissen.

Erster Punkt: Bis zum Oktober vergangenen Jahres war es in Braunschweig für ausländische Studierende möglich, zusätzlich zu den 90 Tagen noch zwanzig Stunden in der Woche zu arbeiten. Die Universität musste lediglich bescheinigen, dass das Studium dadurch nicht beeinträchtigt wird. Seit Oktober 2000 beruft man sich in der Ausländerbehörde auf die neuen Verwaltungsvorschriften und sagt, diese großzügige Regelung sei nun nicht mehr möglich.

Zweiter Punkt: Es ist gesagt worden, die neuen Verwaltungsvorschriften würden die maximale Aufenthaltsdauer zum Zweck des Studiums von zehn Jahren auf 15 Jahre verlängern. Das stimmt nach dem Wortlaut. Es findet sich aber ein kleiner Abschnitt in den Verwaltungsvorschriften, der besagt, dass das Ausländerstudium nicht mehr als drei Semester länger dauern darf als die durchschnittliche Studiendauer in dem jeweiligen Studienfach. In Braunschweig hat das dazu geführt, dass ein Studierender der Fachhochschule seine Ausweisungsandrohung mitten in seine Diplomarbeit hinein bekam. Im konkreten Fall kannte der Sachbearbeiter einfach nicht den Unterschied zwischen Regelstudienzeit und durchschnittlicher Studienzeit. Wir haben da erfolgreich weiterhelfen können. Ich merke aber generell, dass bei den Ausländerbehörden seit Oktober 2000 wesentlich intensiver nachgefragt wird, wenn es um die Verlängerung des Aufenthalts geht.

So werden aus Regelungen, die unter anderem auch vom Bildungsministerium als Erleichterungen angepriesen werden, in der alltäglichen behördlichen Praxis Verschärfungen und Verschlechterungen der Rechtslage. Ich denke, solche Erfahrungen müssen von Praktikern dringend als Rückmeldung in jene Gremien und Arbeitsgruppen getragen werden, die solche Vorschriften oft mit guten Absichten entwerfen. Danke schön!

Jaques Kamga, Rheinisch-Westfälische Technische Universität Aachen:

Vielen Dank! Mein Name ist Jaques Kamga, ich studiere in Aachen an der RWTH. Meine Frage richtet sich an Frau Professor Platz-Waury. Ihrem Vortrag konnte ich sehr viele Aspekte oder Punkte entnehmen, die den Lebensstandard oder die Lebenssituation der ausländischen Studierenden in Deutschland durchaus verbessern könnten. Sie haben dafür plädiert, die restriktiven Regelungen des Arbeitsrechts und des Ausländergesetzes zu lockern und die Stipendienprogramme für Ausländer auszubauen.

Diese Anregungen oder Forderungen sind schön und gut, ob sie aber erfüllt werden, muss wohl erst einmal dahingestellt bleiben. Im Moment jedenfalls ist die Lage zumindest in Aachen, wo ich herkomme, alles andere als erfreulich. In einer Broschüre des Studentenwerks habe ich letzte Woche gelesen, dass die Mietpreise in den Aachener Wohnheimen ab dem Wintersemester 2001/02 stark ansteigen werden. Die Steigerungen gehen bis zu 40 Prozent. Ein Doppel-Appartement, das bis jetzt also 350 DM gekostet hat, kostet ab sofort 500 DM. Ich frage mich, wie ausländische Studierende das bezahlen sollen. Auch die Wartelisten begünstigen nicht unbedingt die ausländischen Studierenden. In Aachen müssen sie im Moment mindestens vier Semester warten. Die Gleichstellung von Ausländern aus Nicht-EU-Staaten mit den Ausländern aus EU-Staaten, von der Sie, Frau Professor, im Hinblick auf die Arbeitserlaubnisregelungen gesprochen haben, muss auch bei der Wohnraumvergabe hergestellt werden. Hier hoffe ich auf die Unterstützung der Studentenwerke, vielen Dank!

Agnieszka Pietlicka, Akademisches Auslandsamt der Ludwig-Maximilians-Universität München:

Ich bin eine polnische Münchenerin und ich würde gerne zwei ‚Weihnachtsmannwünsche‘ äußern. Ich wünsche mir nicht einmal, dass die 90-Tage-Regelung abgeschafft wird, denn ich glaube, das ist in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Aber solange diese Regelung nicht vom Tisch ist, wünsche ich mir, dass Praktika von der 90-Tage-Regelung ausgenommen werden. Ich würde sehr gerne Praktika in Deutschland machen, aber wenn ich vor die Entscheidung gestellt werde zwischen einem interessanten Praktikum und einem blöden, aber gut bezahlten Job, dann mache ich den blöden, aber gut bezahlten Job. Denn ich muss mir mein Leben in Deutschland irgendwie finanzieren. Bisher darf man ein Prakti-

kum nur dann machen, ohne dass es auf die 90-Tage angerechnet wird, wenn es ein integraler Bestandteil der Studienordnung ist. Das ist aber in den seltensten Fällen so.

Mein zweiter ‚Weihnachtsmannwunsch‘ ist ein Notfonds für ausländische Studierende, die ohne eigenes Verschulden in finanzielle Not geraten sind.

Und noch eine Bemerkung zur Frage des Wohnraums für ausländische Studierende. In München ist es das Problem, dass im Oktober, wenn die Einschreibung für die ausländischen Studierenden beginnt, auch das Oktoberfest stattfindet. Das ist ein unglaublicher Horror. Da müssen die Leute unter den Brücken schlafen. Zum Glück haben wir viele Brücken in München. Man kann also notfalls auch sieben Mal von einer Brücke unter eine andere ziehen. Danke!

Magloire Kenge Fokoua, Studierende an der Universität des Saarlandes, Saarbrücken:

Magloire Kenge ist mein Name. Ich komme aus Saarbrücken. Sie haben in der Diskussion viele Punkte angesprochen, die das Studium in Deutschland für ausländische Studierende erleichtern könnten. Den wichtigsten Punkt haben Sie aber nicht angesprochen. Und dieser wichtigste Punkt ist der Abbau von Vorurteilen. Um zu erläutern, worum es mir geht, möchte ich ein kurzes Beispiel anführen: Vor knapp vier Monaten wurde in Saarbrücken entschieden, ein afrikanisches Museum aufzubauen. Das war eine tolle Idee, die wir sogar gefeiert haben. Aber wo soll dieses Museum nun errichtet werden? Im Saarbrücker Zoo!

Sie können daran sehen, welche Rolle in einer Gesellschaft Vorurteile spielen. Wir müssen etwas unternehmen, um diese Vorurteile abzubauen. Wir müssen versuchen, diese Vorurteile bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Behörden abzubauen, die mit ausländischen Studierenden zu tun haben. Nur so können wir unsere Situation wirklich verbessern. Egal, wie gut die Gesetze sind, die vielleicht verabschiedet werden; sie werden nichts bringen, wenn die Durchschnittsbevölkerung in Deutschland nicht versteht, dass die ‚Anderen‘ integrale Bestandteile der Gesellschaft sind. Ich bedanke mich.

Ludovic Ohoundgnon, Evangelische Studentengemeinde (ESG) Paderborn:

Mein Name ist Ludovic Ohoundgnon und ich komme aus Paderborn. Ich studiere Betriebswirtschaft und bin Assistent in der Evangelischen Studentengemeinde Paderborn, die ich hier auch vertrete. Ich bin auch Generalsekretär im Verein der afrikanischen Studierenden in Paderborn. Ich habe also sehr viel mit ausländischen Studierenden und ihrer Betreuung zu tun. Es wurde schon viel zur Arbeitserlaubnis gesagt. Bei uns in Paderborn darf man überhaupt nicht arbeiten, solange man einen Sprachkurs besucht. Wir haben deshalb in der Vergangenheit versucht, die neu eingereisten Studienbewerber in Detmold anzumelden. Dort haben sie eine Arbeitserlaubnis bekommen und konnten dann arbeiten. Seit letztem Jahr sagt aber auch Detmold, dass es keine Arbeitserlaubnis mehr gibt, wenn man einen universitären Sprachkurs besucht.

Ein anderes Problem ist das Arbeitsamt. Selbst wenn man über die 90-Tage hinaus zehn Stunden pro Woche arbeiten darf, dann muss man erst einmal eine Stelle finden. Dann geht's zum Arbeitsamt und die suchen dann vier bis sechs Wochen lang einen Deutschen oder einen EU-Bürger, der diese Arbeit machen kann. Und erst dann, wenn die niemanden finden, bekommt man die Erlaubnis. Wir haben sowieso große Schwierigkeiten, eine Arbeitsstelle zu finden. Aber wenn wir dann eine auf tun und damit zum Arbeitsamt gehen, dann wird sie am Ende meistens mit einem Deutschen oder einem EU-Bürger besetzt. Wir haben selbst viele Probleme und suchen wegen dieser Vorrangprüfung beim Arbeitsamt eigentlich Arbeitsstellen für die Deutschen und die EU-Bürger. Das ist absurd!

Noch ein anderer Aspekt: Wer vor drei oder vier Monaten RTL geguckt hat, der hat gesehen, wie ein Studierender aus Benin während einer Passkontrolle in Paderborn von einem Polizisten geschlagen wurde. Er hatte seinen Studentenausweis dabei, aber die Polizei wollte seinen Pass sehen. Auf dem Weg zu ihm nach Hause, wo der Pass lag, haben die Polizisten sich erlaubt, ihn zu schlagen. Sie haben ihm vorgeworfen, er wäre arrogant. Dabei war er nur selbstbewusst und hat gesagt: „Ich bin nicht illegal in Deutschland, ich habe einen Pass und der liegt zu Hause. Kommen Sie mit und sehen Sie ihn sich an!“ Trotz unserer Bemühungen um Aufklärung des Vorfalls ist das Verfahren gegen die beteiligten Polizisten einfach eingestellt worden. Wir hatten mit dem Rektor der Hochschule gesprochen - der wollte nichts damit zu tun haben. Das Akademische Auslandsamt hat sich rausgehalten und alle anderen auch. Das ist ein großes

Problem, diese Gewalt gegen Ausländer in Deutschland und dass keiner was dagegen tut.

Ablehnung gibt es auch bei der Suche nach einem Praktikum im Ausland. Ich studiere Betriebswirtschaft beziehungsweise Finanzwirtschaft und muss so ein Praktikum machen. Ich bin jetzt fast am Ende meines Studiums in Deutschland und ich habe versucht, bei einer Hilfsorganisation einen Praktikumsplatz zu finden. Ich habe an fast jede Organisation in Deutschland geschrieben. Fast immer wird mir geantwortet, dass man deutsche Studierende bevorzugt.

Aiman Mubarak, Studierender an der Karl Marx-Universität Leipzig:

Aiman Mubarak ist mein Name, ich bin Ausländersprecher an der Universität Leipzig. Ich habe gut sieben Jahre lang in der Ausländervertretung gearbeitet. Als erstes möchte ich Frau Professor Platz-Waury sagen, dass man mit diesem Ziel, ausländische Studierende gemeinsam mit deutschen Kommilitonen in Wohnheimen unterzubringen, ganz vorsichtig sein sollte. Und man sollte diese Forderung auch nicht mit der Gefahr begründen, dass es sonst zu ‚Ghettoisierungen‘ kommt. Meiner Erfahrung nach gibt es viele ausländische Studierende, die gerne mit ihren eigenen, meist ausländischen, Freunden und Kommilitonen zusammen wohnen wollen. Es ist in vielen Gesellschaften üblich, dass Menschen miteinander arbeiten oder studieren, aber getrennt voneinander wohnen. Ich würde das, gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, auf keinen Fall ‚Ghettoisierung‘ nennen. Es geht nicht darum, Menschen zum Zusammenleben zu zwingen, sondern es geht darum, sich mit Respekt und Achtung zu begegnen. Ich finde es daher wichtiger, dass deutsche und ausländische Studierende in den Seminaren und Arbeitsgruppen an den Hochschulen in diesem Sinne zusammenarbeiten. Man muss nicht unbedingt zusammen wohnen. Das hat für mich auch etwas mit Freiheit zu tun.

Zum Arbeitsrecht noch eine Anmerkung: Es besteht ja grundsätzlich die Möglichkeit, mit der Erlaubnis der Ausländerbehörde außerhalb der 90-Tage-Regelung noch zwanzig Stunden pro Woche zu arbeiten. Aber in vielen Städten erlauben das die Ausländerbehörden nicht. Gesetzlich erlaubt ist es aber, innerhalb der Hochschule zehn Stunden pro Woche als studentische Hilfskraft zu arbeiten. Ich fordere deshalb die Hochschulen auf, ausländischen Studierenden die Möglichkeit zu geben, in ihren

Fachbereichen als wissenschaftliche Hilfskräfte oder Assistenten zu arbeiten. Das würde vielen das Studium sehr erleichtern. Vielen Dank!

Dr. Eleni Konstantinidou, World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e.V.:

Es tut mir sehr leid, aber obwohl wir noch mindestens 15 Wortmeldungen haben, muss ich die Rednerliste mit Blick auf die Uhr schließen. Ich möchte nur noch Frau Professor Platz-Waury bitten, ein Schlussstatement abzugeben und insbesondere auch einen Vorschlag zu unterbreiten, wie wir mit all den Forderungen und Ideen, die hier geäußert wurden, umgehen sollten.

Prof. Dr. Elke Platz-Waury, Vize-Präsidentin im Deutschen Studentenwerk (DSW):

Darauf würde ich mich angesichts der knappen Zeit jetzt auch gerne beschränken. Die eine oder andere Frage, die Sie an mich gerichtet haben, kann ich Ihnen sicher auch im Anschluss an unser Podium in der Mittagspause beantworten. Als ich Ihnen gestern und heute Vormittag zugehört habe, da ist mir eine Idee gekommen und die möchte ich Ihnen jetzt vorstellen. Die Idee ist nämlich, dass diese Tagung eine Resolution mit dem Ziel verabschieden sollte, sie an die Landesregierungen, an die Bundesregierung und an die Hochschulrektorenkonferenz weiterzuleiten.

Wenn ich übereinander lege, wo Sie selbst die Probleme bei der Internationalisierung der Hochschulen sehen, dann waren das insbesondere drei Bereiche. Und Forderungen zu diesen Bereichen sollten auf alle Fälle in die Resolution eingehen:

- Da wäre auf jeden Fall die Einrichtung eines Härte- oder Notfallfonds für Studierende aus Nicht-EU-Ländern, da sie auf anderweitige finanzielle Unterstützung in der Regel nicht zurückgreifen können.
- Es sollte auch der große Komplex der 90-Tage-Regelung mit ihren ganzen negativen Begleiterscheinungen Eingang finden. Da sollten Sie sich überlegen, ob Sie die Streichung dieser Regelung oder ‚nur‘ eine Reform fordern wollen, die praktikabler und Ihren Bedürfnissen angemessen ist.
- Schließlich sollte eine nachhaltige Ausweitung und eine Verbesserung der Tutor/innenprogramme und der finanzielle Erhalt und Ausbau der Studienbegleitprogramme gefordert werden.

Es gibt natürlich weitere Problembereiche und Sie und wir müssten vielleicht heute nachmittag gemeinsam überlegen, was noch in eine solche Abschlusserklärung aufgenommen werden sollte. Ich will nur folgendes zu bedenken geben: Wenn man zu viel in eine Resolution hineinpackt, dann mindert man in der Regel die Chancen, seine Forderungen realisiert zu bekommen.

Ich möchte noch eine Sache kurz ansprechen: Ich bin der Überzeugung, dass die Hochschulen im Hinblick auf den Abbau von Vorurteilen und die Ermöglichung von Integration eine Vorreiterrolle in der Gesellschaft haben und sich deshalb noch mehr mit dieser Problematik auseinandersetzen müssen. Darum ging es mir bei meinen Vorschlägen zur der Frage ausländischer Studierender in den Wohnheimen. Ich stimme Ihnen aber zu, dass wir mit solch historisch negativ behafteten Begriffen wie ‚Ghettoisierung‘ vorsichtig umgehen müssen. Und letztlich zu Ihrem Einwand: Keine Maßnahme soll ein Zwang sein, aber die Angebote müssen ausgeweitet werden. Danke schön.

Dr. Eleni Konstantinidou World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e.V.:

Zum Abschluss bleibt mir nur noch, mich bei der Referentin und den Podiumsteilnehmern und auch bei Ihnen für die konstruktiven und emotionsbeladenen Diskussionsbeiträge zu bedanken.

*Uta Pioch,
Referentin der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen*

Hochschulstandort Deutschland: Die Hochschule als Spiegelbild der Gesellschaft - Maßnahmen für Toleranz und Interkulturalität



Einleitung

„Toleranz“ und „Interkulturalität“ sind die beiden Schlüsselbegriffe, um die sich dieser Beitrag rankt. Die Hochschule als Spiegelbild der Gesellschaft bildet das Anwendungsfeld. Das Referat umspannt diese Thematik in folgender Weise: nach einer einleitenden Reflexion unseres Verständnisses von Toleranz geht es in einem ersten Schritt um eine Bestandsaufnahme. Im Zentrum steht das Spannungsfeld zwischen politisch gewollter Internationalisierung der Hochschulen versus subjektiv erfahrener Momente der Ausgrenzung ausländischer Studierender. In einem zweiten Schritt stelle ich die Diskussion um die Internationalisierung der Hochschulen in den Kontext der diesjährigen politischen und gesellschaftlichen Diskussion um Zuwanderung. In einem dritten Schritt werden Maßnahmen und Handlungsoptionen für die Stärkung von Toleranz und Interkulturalität aufgezeigt.

„Toleranz“ ist ein gehaltvoller Begriff. Was aber verstehen wir darunter? Wie stehen wir zu diesem Begriff? Zunächst einmal ist Toleranz ein Gegenbegriff zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Damit wird Tole-

ranz gemeinhin positiv bewertet. Gleichzeitig geben wir, wie auch hier in diesem Vortragstitel, mit dem Begriff der Toleranz eine Handlungsrichtung an, ein Ziel auf das wir unsere Maßnahmen richten. Für die Formulierung des Handlungsziels lässt sich fragen, ob Toleranz wirklich ausreicht. Goethe jedenfalls würde dies wohl verneinen, schließlich lautet seine Maxime: ‚Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein: sie muss zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen.‘ (aus: Maximen und Reflexionen)

Auf die Internationalisierung der Hochschulen bezogen soll Toleranz hier als ein erstes Etappenziel verstanden werden. Dahinter liegt das Ziel der vollen Anerkennung der Interkulturalität als ein Charakteristikum der deutschen Hochschulen. Diese Anerkennung der Interkulturalität der Hochschulen gilt es sichtbar werden zu lassen: in der Zusammensetzung der Studentenschaft, in den Rahmenbedingungen des Studiums und nicht zuletzt in den Lehrinhalten.

Wie nah sind wir an diesem Ziel oder wie weit sind wir in der Bundesrepublik der Gegenwart davon entfernt? Einige weitere Fragen sollen Anhaltspunkte für eine solche Standortbestimmung bieten:

Wie steht es um die konsequente, ernst gemeinte Anerkennung des ‚Anderen‘ in der Gesellschaft, gerade in dieser von Terrorismusbekämpfung geprägten Zeit? Wie steht es um die Anerkennung der Studierenden anderer Muttersprachen und Herkunftsländer an den Hochschulen? Sind wir bereit, ihre Perspektiven, Bedürfnisse und Interessen in Studieninhalte, in die Studienstruktur und in das Hochschulleben einzubinden? Im Kern geht es um die Frage, ob wir bereit sind, über das Dulden und Mitlaufenlassen ausländischer Studierender hinauszugehen.

Die Gewährung eines Platzes im Hörsaal reicht meines Erachtens für eine erfolgreiche und nachhaltige Internationalisierung der Hochschulen nicht aus. Es geht darum, ob wir - die wir in unterschiedlichster Weise in den Mikrokosmos Hochschule eingebunden sind - ein Interesse an substantiellen Veränderungen der Hochschulen haben und ob wir bereit sind, diese Veränderungen durch unser Handeln aktiv zu unterstützen. Ein Verharren in der realitätsfernen Vorstellung von einer sprachlich und kulturell homogenen Hochschule wird für alle Beteiligten wenig gewinnbringend sein. Indem zunächst einige Schlaglichter auf den aktuellen Stand der Internationalisierung geworfen und anschließend einige An-

satzpunkte für Maßnahmen aufgezeigt werden, ist das Ziel dieses Beitrages, zur weiteren Reflexion über die interkulturelle Öffnung der Hochschulen und zu tatkräftigem Engagement im Sinne ihrer Internationalisierung anzuregen.

Bestandsaufnahme: das Spannungsfeld zwischen politisch gewollter Internationalisierung der Hochschulen und den Diskriminierungserfahrungen ausländischer Studierender

Die Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland voranzubringen ist nicht nur erklärtes Ziel der Studierenden- und Wissenschaftsorganisationen. Das Projekt einer Ausweitung der Internationalisierung deutscher Hochschulen haben sich auch der Kanzler, die Bildungsministerin der Bundesregierung sowie Vertreter von Bund, Ländern und der Wirtschaft auf die Fahnen geschrieben. Die Interessen sind jeweils unterschiedlich gelagert, aber die Vielzahl von Aktivitäten - von der ‚Konzertierten Aktion‘ durch Bund und Länder, über das Marketing-Konzept ‚Gate Germany‘ bis hin zu den Aktivitäten der Ausländerreferate oder auch der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und des World University Service - vereinen sich in dem gemeinsamen Ziel, die Zahlen der ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen zu erhöhen und ein Klima zu schaffen, das Studierende anderer Länder in Deutschland willkommen heißt.

Die Bestrebungen nach einer internationalen Öffnung der Tore deutscher Universitäten und Fachhochschulen haben bereits wesentliche Errungenschaften hervorgebracht:

- Die Zahl ausländischer Studierender im deutschen Hochschulwesen steigt kontinuierlich. Seit 1975 hat sie sich nahezu vervierfacht. Die Zahl ausländischer Absolventen hat sich in den vergangenen Jahren fast verdoppelt. Die Bereitschaft von Seiten der Hochschulen, ausländische Studierende aus allen Teilen der Welt aufzunehmen, ist äußerst hoch.
- Deutschland hat sich bislang noch das soziale Moment der Gebührenfreiheit erhalten können. So können in Deutschland auch diejenigen Menschen der Welt studieren, für die beispielsweise das elitäre Studiensystem der USA allein schon finanziell indiskutabel wäre.

- Durch die Leistungen nach dem BAföG können die auf Dauer in Deutschland lebenden ausländischen Studierenden mit festem Aufenthaltsstatus, seien sie anerkannte Flüchtlinge oder Kinder aus ehemaligen Gastarbeiterfamilien, die nötige finanzielle Unterstützung für ihr Studium erhalten.
- Durch die Studentenwohnheime des Deutschen Studentenwerkes gibt es günstige Wohnraumangebote für Studierende - ein Angebot, das insbesondere von ausländischen Studierenden wahrgenommen wird, die in Deutschland keine Familie mit finanziellen Reserven oder Wohnmöglichkeiten im Hintergrund haben.
- Die politischen und sozialen Einrichtungen wie die spezialisierten Beratungsangebote für ausländische Studierende, die Ausländerreferate oder die Ausländerbeauftragten der Hochschulen - dort, wo es sie gibt - sind wichtige Elemente in dem Gesamtbild der Internationalisierung der Hochschulen.

Stellt man diesen Errungenschaften die Erfahrungen ausländischer Studierender in Deutschland gegenüber, ergibt sich ein Spannungsfeld zwischen politisch geförderter und geförderter Internationalisierung der Hochschulen einerseits und den Ausgrenzungen und Diskriminierungen gegenüber ausländischen Studierenden andererseits. Die Aktivitäten für die interkulturelle Öffnung der Hochschulen bewegen sich in diesem Spannungsfeld. Sollen die Maßnahmen für Toleranz und Interkulturalität wirkungsvoll sein, müssen sie an beide Pole anknüpfen. Sie brauchen die Unterstützung der politischen Institutionen, deren Forderungen und Zielvorstellungen. Die Maßnahmen für Toleranz und Interkulturalität brauchen aber ebenfalls die Bodenhaftung durch fundierte Erkenntnisse über die Mechanismen der Ausgrenzung und Diskriminierung ausländischer Studierender und Migrant/innen.

An diesem Punkt stehen wir vor einer erheblichen Wissenslücke. Aus den Medien erfahren wir von den besonders schweren ausländerfeindlichen Übergriffen unter Anwendung physischer Gewalt. Angesichts der gravierenden Bedeutung eines ausländerfeindlichen Klimas für das gesellschaftliche Zusammenleben wie auch für den Studienstandort Deutschland liegen allerdings erst erstaunlich geringe wissenschaftliche Erkenntnisse über die unterschiedlichen Formen von Diskriminierungen, ihr Zusammenwirken und das gesamte Erscheinungsbild rassistischer Diskriminierungen vor. Für die zielgenaue Umsetzung von Maßnahmen

für Toleranz und Interkulturalität an Hochschulen ist dieses Wissen jedoch unerlässlich.

Der World University Service (WUS) hat mit seiner Umfrage zu Rassismus und Diskriminierung einen ganz wesentlichen Beitrag für die Erforschung der Thematik im Hochschulbereich geleistet. Bundesweit wurden ausländische Studierende zu ihren Erfahrungen mit rassistisch motivierter Diskriminierung und Gewalt befragt. Die in dieser Studie ausgewerteten Antworten tragen in erschreckender Dichte die Vielschichtigkeit der Ausgrenzungsmechanismen zusammen.

Die Erfahrungen rassistisch motivierter Diskriminierungen von ausländischen Studierenden lassen sich den Antworten dieser Befragung zufolge auf unterschiedlichen Ebenen wahrnehmen. Das Erleben unmittelbar körperlicher Gewalt bildet dabei die Spitze des Eisberges. Szenen direkter Gewaltausübung spielen sich in den meisten Fällen im öffentlichen Raum ab, wie etwa an Bahnhöfen, in den öffentlichen Verkehrsmitteln, auf städtischen Freiflächen oder in Diskotheken. So berichtet ein Student aus Togo, er sei in den letzten fünf Jahren bereits dreimal zur Zielscheibe fremdenfeindlicher physischer Gewalt geworden. Tatorte waren zweimal der Bahnhofsvorplatz, wo er schmerzhaft fixiert und bedroht wurde, ein weiteres Mal lauerten ihm die Täter in einer Parkanlage auf und schlugen ihn dort zusammen.

Auf dem Hochschulgelände sind es weniger unmittelbar gewalttätige Übergriffe als vielmehr verbale Beleidigungen, Diffamierungen sowie die fehlende Akzeptanz und Wertschätzung seitens der Kommilitonen und Dozenten, von denen die Befragten berichten. Die Erfahrungen reichen von aggressiven Verbalattacken à la ‚Mit Ihnen kann ich nicht reden, Sie stinken!‘ über das Phänomen in Lehrveranstaltungen, wo Beiträge ausländischer Studierender übergangen oder verworfen werden, bis hin zum erschwerten Zugang zu teilnehmerzahlbegrenzten beziehungsweise anmeldepflichtigen Seminaren.

Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen werden insofern an den verschiedenen Orten des Lebensalltags in unterschiedlicher Weise ausgetragen. Wir beobachten an den verschiedenen Orten - der Hochschule, dem öffentlichen Raum, dem Freundeskreis - unterschiedliche Formen der Diskriminierungen und unterschiedliche Wirkungsmechanismen. Gleichwohl mögen zum Teil auch Querverbindungen zwischen auslän-

derfeindlich gesinnten Personen an der Hochschule und Gewalttätern im öffentlichen Raum bestehen, wenn beispielsweise Aktivisten des Hochschullebens gezielte Drohbriefe aus der hochschulfernen Neonaziszene erhalten.

Die Diskriminierungserfahrungen der ausländischen Studierenden lassen sich nicht nur nach Orten und Handlungsformen unterscheiden, sie lassen sich auch auf unterschiedliche Ebenen beziehen. Während beleidigende Bemerkungen als solche einer zwischenmenschlichen Ebene zuzuordnen sind, lassen sich eine Vielzahl der beschriebenen Diskriminierungen auf eine institutionelle beziehungsweise strukturelle Ebene beziehen. Beispielsweise werden insbesondere die arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen als diskriminierend und in ihrer Wirkung ausgrenzend gegenüber Migrant/innen und ausländischen Studierenden erlebt.

Von institutioneller Diskriminierung lässt sich auch dann sprechen, wenn erst das Zusammentreffen einer Mehrzahl von Entscheidungen durch Lehrer, Dozenten, Behörden und Hochschulverwaltung zur sichtbaren Benachteiligung und Ausgrenzung eines Studierenden mit einem Migrationshintergrund führt. Diesen Bereich konnte und wollte die WUS-Studie nicht abbilden. Wir wissen aber aus dem Schulbereich, dass seit Jahren ausländische Schüler an Haupt- und Sonderschulen weit überrepräsentiert sind. 73 Prozent aller Kinder mit ausländischem Pass gehen in Deutschland auf eine Haupt- oder eine Sonderschule, unter deutschen Kindern liegt dieser Anteil nur bei 20 Prozent. Dieses Ungleichgewicht kann nicht auf mangelnde Intelligenz der Kinder aus Migrant/innenfamilien zurückgeführt werden, vielmehr sind die Schulstrukturen in Deutschland so beschaffen, dass sie zu diesen skandalösen Differenzen der Bildungserfolge führen.

Analog lässt sich vermuten, dass solche Mechanismen der institutionellen Diskriminierung - die aus der Verkettung einzelner, wenig scheinbarer Diskriminierungsmomente entstehen - ebenso im Hochschulsystem wirken. Die wissenschaftliche Aufarbeitung dessen steht noch aus. Bereits jetzt lässt sich allerdings feststellen, dass sich Lehrinhalte und Hochschulprogramm - ähnlich wie die Schulen der Grundbildung - in der Regel weiterhin an einem idealtypischen deutschen Studierenden orientieren und sich die interkulturelle Realität deutscher Hochschulen noch nicht im Fächerangebot, den akzeptierten Prüfungssprachen oder der Studiengestaltung widerspiegelt. Soll die Internationalisierung der Hoch-

schulen und ihre interkulturelle Öffnung gelingen wären die Hochschulen meines Erachtens allerdings gut beraten, sich noch stärker auch für die versteckten Formen von Diskriminierungen zu sensibilisieren beziehungsweise die Lehrformen wie Lehrinhalte auf die multikulturelle Studierendenschaft auszurichten.

In Hinsicht auf das Spannungsfeld zwischen der politisch gewollten Internationalisierung der Hochschulen und den Diskriminierungserfahrungen der Studierenden lässt sich zusammenfassen: Das politische Ziel der interkulturellen Öffnung der Hochschulen, der Förderung des Studienstandortes Deutschland, stößt dort an seine Grenzen, wo ausländische Studierende das Gefühl bekommen, sie seien hier nicht willkommen, wo sie Abweisungen durch Behörden und Verwaltungen erfahren, wo sie im zwischenmenschlichen Kontakt beleidigt und diffamiert werden oder gar Gewalt erfahren.

Kurz: das Bild vom weltoffenen Studienland Deutschland zerbricht dort, wo Studierende anderer Nationalität ein fremdenfeindliches Klima wahrnehmen.

Die Internationalisierung der Hochschulen im Kontext der gesellschaftlichen Diskussion um Zuwanderung

Die Diskussion um die Internationalisierung der Hochschulen vollzieht sich innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Debatte um die Internationalisierung der Gesellschaft als Ganzes. Sie wird unter dem Stichwort *Zuwanderung* geführt. Die Ergebnisse dieser gesamtgesellschaftlichen Diskussion haben unmittelbaren Einfluss auf die Rahmengestaltung des Ausländerstudiums in Deutschland. Besonders deutlich wird dieser Einfluss angesichts des Zuwanderungsgesetzes, das sich derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindet. Die konkrete Ausformulierung des Gesetzes und somit der Eckpfeiler für die rechtlichen Rahmenbedingungen des Ausländerstudiums werden das Ergebnis der umfangreichen gesellschaftlichen und politischen Debatte sein, die in diesem Jahr geführt wurde.

Erstmals wurde in diesem Jahr das Thema Zuwanderung in dieser gesellschaftlichen Breite diskutiert. Die Bereitschaft, sich auf Zuwanderung einzulassen, war hierzulande sowohl in der Politik wie in der Gesellschaft wohl noch nie so hoch wie in diesem Sommer. Lange Zeit hat die

Bundesrepublik die Lebenslüge aufrechterhalten. Deutschland sei kein Einwanderungsland. Trotz Anwerbestoppverordnung und restriktiver Ausländerpolitik sahen die tatsächlichen Migrationsbewegungen jedoch lange schon anders aus. Deutschland ist de facto ein Einwanderungsland - das Tabu, diese Realität anzuerkennen, konnte erstmalig durchbrochen werden.

Inzwischen ist der Bericht der Zuwanderungskommission unter der Leitung von Rita Süßmuth vorgelegt und gesellschaftlich erörtert worden. Zuletzt wurden der Entwurf des Innenministers für ein neues Zuwanderungsgesetz sowie die auch ausländische Studierende tangierenden Sicherheitspakete I und II diskutiert. Mit dem Entwurf für ein Zuwanderungsgesetz liegt ein Gesetzesvorhaben vor, das zum ersten Mal die Idee der internationalen Öffnung der Gesellschaft in Deutschland und - wenn auch erst in begrenztem Umfang - die internationale Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes positiv bewertet.

Für den Bereich der Hochschulen hat dieser grundlegende Perspektivwechsel in der gesamtgesellschaftlichen Debatte um Zuwanderung sowie in den gesetzlichen Regelungen erhebliche Konsequenzen. Denn mit dieser Positivbewertung der internationalen Öffnung zumindest einiger gesellschaftlicher Bereiche werden erhebliche Verbesserungen des Studienrahmens vereinbart. So sieht das neue Zuwanderungsgesetz beispielsweise eine Aufhebung der alle zwei Jahre anstehenden Prozedur der Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung vor. Ausländische Hochschulabsolventen werden nicht mehr unmittelbar nach dem Ende des Studiums zur Rückkehr in das Herkunftsland aufgefordert, vielmehr soll ihnen der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt geöffnet werden.

Die entsprechenden Formulierungen in der Vorlage zum Gesetzestext sind ein Resultat sowohl der gesellschaftlichen Debatte wie insbesondere auch der vehementen Bemühungen der Studenten- und Hochschulvertreter um Verbesserungen der Studienbedingungen für ausländische Studierende. Gleichzeitig wirken die Signale der politischen Ebene im Guten wie im Schlechten zurück auf die Hochschulen. Neben den Errungenschaften durch das neue Zuwanderungsgesetz im Hochschulbereich gilt es gerade in der politisch angespannten Zeit seit dem 11. September 2001 sehr sorgsam darauf zu achten, dass sich die entstandene Bereitschaft zur interkulturellen Öffnung nicht wieder schließt, dass die Be-

kämpfung des Terrorismus keinen Nährboden liefert für Ausländerfeindlichkeit und die Verschärfung von Diskriminierungen.

Maßnahmen für Toleranz und Interkulturalität

Für die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierungen kann uns der Blick auf die internationale Ebene der Europäischen Union wichtige Anregungen liefern. Er ist in diesem Falle durchaus erfreulich. Der 1997 gezeichnete Amsterdamer Vertrag schuf die Grundlage für eine gemeinsame europäische Antidiskriminierungspolitik. Im Anschluss an die Vereinbarung des Amsterdamer Vertrages beschloss der Rat der Europäischen Union im letzten Jahr zwei zentrale Richtlinien, die die Einzelstaaten dazu aufrufen, innerhalb von drei Jahren eine Gesetzgebung der Gleichbehandlung zu schaffen. So ist auch Deutschland dazu verpflichtet, entsprechend der Richtlinie zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf sowie der Richtlinie zur Bekämpfung von Diskriminierungen aufgrund der ‚Rasse‘ oder ‚ethnischen Herkunft‘, umfassende Gesetzesänderungen vorzunehmen.

Diese Richtlinien sind deshalb wirklich bedeutsam, weil sie die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dazu verpflichten, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, auf die sich Opfer von Diskriminierungen beziehen können, um gerichtlich gegen Diskriminierungen und die aufgrund von Ungleichbehandlungen erlittenen negativen Konsequenzen vorzugehen. Die Umsetzung der Richtlinien bewirkt zweierlei: Zum einen stärkt sie die Rechte der Opfer von Diskriminierungen. Zum anderen geht von einer solchen Gesetzgebung eine Signalwirkung an die Täter aus, dass Diskriminierungen weder toleriert werden noch rechtens sind. Auch über den Täterkreis hinaus sensibilisieren die Richtlinien - beziehungsweise in ihrer Folge die gesetzlichen Regelungen - für die Vielschichtigkeit der Problematik.

Die Richtlinien bieten auch uns ganz konkretes Handwerkszeug für ein Engagement gegen die eingangs beschriebenen Diskriminierungserfahrungen ausländischer Studierender. Dabei müssen wir nicht erst auf die Umsetzung der Gesetze in deutsches Recht warten, eine Mobilisierung der Öffentlichkeit, auch der Hochschulöffentlichkeit ist auch jetzt mit Bezug auf diese Richtlinien zur Gleichbehandlung möglich. Es wird sich meines Erachtens lohnen, diese Impulse der europäischen Ebene ins

Engagement für Toleranz und Interkulturalität an Hochschulen aufzunehmen.

Richten wir den Blick nun von der internationalen Ebene auf die Hochschulen, lassen sich weitere Handlungsansätze benennen. Die Internationalisierung der Hochschulen birgt vielfältige Chancen, die bislang noch ungenutzt blieben. Weithin dominiert die Defizitperspektive auf ausländische Studierende und Migrant/innen. Studierende aus Migrant/innenfamilien oder aus dem Ausland begegnen häufig einer Geringschätzung oder Ignoranz ihrer spezifischen Kompetenzen und Qualifikationen, vielmehr stehen Defizite zum Beispiel der Sprachfertigkeiten im Vordergrund. Eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der Internationalisierung von Hochschulen hieße auch, eine neue Perspektive einzunehmen, unsere Bewertungsmaßstäbe zu hinterfragen und die Hochschulen von innen heraus der interkulturellen Realität entsprechend umzugestalten.

Gemeint ist hiermit, die Blickrichtung umzukehren, sich nicht auf die angeblichen Defizite der ausländischen Studierenden und Migrant/innen zu fixieren, sondern vielmehr die Hochschulen, ihre Strukturen und Inhalte in den Blick zu nehmen. Zu fragen ist, wie und inwieweit die besonderen Qualifikationen ausländischer Studierender - zum Beispiel ihre interkulturelle Kompetenzen, Mehrsprachigkeit und Kenntnisse der sozialen und sonstigen Gegebenheiten in den Herkunftsländern - im Hochschulalltag aufgegriffen, gefördert und im Sinne einer Internationalisierung genutzt werden können.

Erste Schritte der Einrichtung englischsprachiger Studiengänge wurden bereits getan, in einigen deutschsprachigen Studiengängen können Prüfungsleistungen auf Englisch erbracht werden. Demgegenüber zeichnet sich eine prüfungsrelevante Anerkennung weniger prestigereicher Sprachen an den Hochschulen derzeit nicht ab. Die Förderung von Mehrsprachigkeit - auch der deutschen MuttersprachlerInnen - und die Anerkennung der besonderen Kompetenzen von Studierenden anderer sprachlicher oder kultureller Herkunft bilden meines Erachtens wesentliche Ansatzpunkte für den Umbau der Hochschulen zu Orten der Toleranz und der Interkulturalität.

Als eine weitere, unmittelbar greifbare und konkrete Maßnahme für Toleranz und Interkulturalität ist die Einrichtung von Ausländerbeauftragten

an Hochschulen zu nennen. Angesichts der direkt oder mittelbar wirkenden Ausgrenzungsmechanismen gegenüber Migrant/innen und ausländischen Studierenden an Hochschulen sind Anlaufstellen der Beratung in Diskriminierungsfällen von zentraler Bedeutung. Ausländerbeauftragte bieten den Betroffenen Rückenstärkung. Darüber hinaus arbeiten Ausländerbeauftragte dort, wo es sie gibt, durch ihren Dialog mit den relevanten Stellen der Hochschulleitung, der Verwaltung und den Lehrenden in erfolgreicher Weise an längerfristigen Lösungen und Perspektiven. Die flächendeckende Einrichtung solcher Stellen sollte zur Rahmenausstattung der Hochschulen im Zuge ihrer Internationalisierung gehören.

Abschließend möchte ich noch einmal einen wichtigen Punkt aufgreifen: wir wissen noch zu wenig über Intoleranz und Diskriminierungen an Hochschulen, es fehlt uns an repräsentativen Studien, an Studien, die die Vielschichtigkeit der Problematik aufarbeiten. Je genauer unser Wissen über die Wirkungsmechanismen von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierungen ist, desto zielgenauer können wir Maßnahmen für Toleranz und Interkulturalität ergreifen.

Schluss

Die Internationalisierung der Hochschulen ist das gemeinsame Ziel einer Vielzahl politischer und studentischer Gruppen und Institutionen. Dieser Schulterschluss birgt die Chance, das Projekt der interkulturellen Öffnung der Hochschulen mit breiter Unterstützung voranzubringen: Führen wir uns allerdings die Erfahrungen von Diskriminierung und Ausgrenzung der ausländischen Studierenden vor Augen, wird schnell deutlich, dass die Erhöhung der Zahlen ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen nur dann gelingen kann, wenn wir ein Klima schaffen, dass die Studierenden unterschiedlichster kultureller und sprachlicher Herkunft in Deutschland willkommen heißt. Wir mussten anhand der Umfrageergebnisse der Studie des WUS jedoch erkennen, dass ausländische Studierende in Deutschland ein ausländerfeindliches Klima wahrnehmen. In einigen Fällen haben die rassistischen Bedrohungen sogar zum vorzeitigen Abbruch des Studiums in Deutschland geführt.

Dieser Situation gilt es ins Auge zu blicken und es gilt, die vielen an einer Ausweitung der Zahlen ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen interessierten Kräfte zu bündeln, um gemeinsam ein Klima

der Weltoffenheit zu schaffen. Dabei kann es nicht allein darum gehen, die leistungsstärksten ‚Köpfe‘ vom globalen Markt der Intelligenz abzuschöpfen. In diesem Zusammenhang sei an den Spruch von Max Frisch erinnert, den er auf die Gastarbeiterpolitik der 60er Jahre bezog. Sinngemäß lautete er: ‚Sie wollten Arbeiter - aber es kamen Menschen‘. Analog dazu kann es bei dem Projekt der Internationalisierung der Hochschulen nicht allein um das Nutzen von Kompetenzen gehen, vielmehr sind wir alle - als Studierende, Mitarbeiter oder Leitende der Hochschulen wie auch als Vertreter der Politik - aufgefordert, uns auf die Menschen einzustellen, die da kommen. Es reicht nicht, sie nur zu dulden und mitlaufen zu lassen.

Konkret ist damit gemeint, dass wir breit getragene Aktivitäten der Antidiskriminierung brauchen, ebenso wie eine interkulturelle Öffnung der Strukturen und Lehrinhalte der Hochschulen. Der frische Wind, den internationale Studierende durch ihre Mehrsprachigkeit und ihre internationalen Hintergründe mit sich bringen, bietet uns die Chance, das Hochschulleben aus einer anderen Perspektive zu betrachten, Althergekommenes zu hinterfragen und Errungenschaften zu erweitern. Diese Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen, und zwar sowohl zum Nutzen des deutschen Hochschulwesens und der Wissenschaft als auch aus der Anerkennung der Vielfalt von Kompetenzen und dem notwendigen Respekt heraus, den wir Studierenden aus aller Welt entgegenbringen sollten.

Podiumsdiskussion

Hochschulstandort Deutschland: Die Hochschule als Spiegelbild der Gesellschaft - Maßnahmen für Toleranz und Interkulturalität



Teilnehmer/innen:

- Merhawit Desta,
Studierende an der Justus-Liebig-Universität Gießen;
- Dr. Esther Djopke,
Universität Hannover;
- Torsten Jäger,
World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e.V. /
Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und
Lateinamerika in Hessen (STUBE Hessen);
- Dr. Karl Ortseifen,
Ausländerbeauftragter der Johannes Gutenberg-Universität
Mainz und
- Uta Pioch,
Referentin der Beauftragten der Bundesregierung für Auslän-
derfragen.

Moderation:

- Mehdi Jafari Gorzini,
World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e.V.:

Aufgrund technischer Probleme wurden im Forum „Hochschulstandort Deutschland: Die Hochschule als Spiegelbild der Gesellschaft - Maßnahmen für Toleranz und Interkulturalität“ die Diskussionsbeiträge aus dem Plenum leider nicht aufgezeichnet. Wir dokumentieren daher lediglich die Wortbeiträge der Podiumsgäste.

Mehdi Jafari Gorzini, World University Service (WUS) – Deutsches Komitee e.V.:

Ihnen zunächst, Frau Pioch, vielen Dank für Ihren Vortrag und dafür, dass Sie den Weg hierher gefunden haben, jetzt mit uns diskutieren und die Anregungen und Forderungen der Studierenden hier im Saal nach Berlin mitnehmen wollen. Wir wissen sehr gut, dass die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung für unsere Thematik und unsere Anliegen jederzeit ein offenes Ohr hat. Unser Wunsch ist es aber auch, dass alle die Dinge, die hier besprochen werden, über die Bundesbeauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen auch an die Bundesregierung selbst herangetragen werden.

Ich möchte die Gäste hier oben auf dem Podium zunächst vorstellen. Doktor Karl Ortseifen ist der Ausländerbeauftragte der Universität Mainz. Er arbeitet seit Jahren sehr intensiv mit ausländischen Studierenden und setzt sich mit großem Engagement gegenüber der Universität und gegenüber den Behörden für ihre Belange ein. Neben ihm sitzt Merhawit Desta, die an der Justus-Liebig-Universität in Gießen Jura studiert. Merhawit Desta ist seit vielen Jahren bei WUS engagiert und immer dabei, wenn es in den Veranstaltungen von STUBE Hessen um entwicklungspolitische Fragestellungen oder um das Ausländerstudium geht. Zu meiner linken Seite sitzt Dr. Esther Djopke. Sie hat hier in Mainz im Fach Chemie studiert und promoviert und ist Mitglied im Vorstand des WUS. Ganz links außen sitzt mein Freund Torsten Jäger. Torsten Jäger ist der Referent des Studienbegleitprogramms in Hessen und jedem im Saal wegen seines großen Engagements bekannt, ohne dass auch diese Tagung nicht zustande gekommen wäre. Er wird als letzter reden.

Esther, Du hast das Wort und solltest uns jetzt Dein Statement abgeben.

Dr. Esther Djopke, Universität Hannover:

Danke Mehdi, ich versuche, mich kurz zu fassen. Zuerst eine kleine Korrektur: Ich habe nicht hier, sondern zu Hause studiert und hier in Mainz

„nur“ promoviert. Ich bin seit sechs Jahren hier in Deutschland und will zunächst sagen, dass meine Erfahrung als Studierende eingeschränkt ist, weil ich nicht mein ganzes Studium in Deutschland gemacht habe. Aber ich will Ihnen zwei meiner eigenen Erfahrungen kurz mitteilen.

Nachdem ich hier in Mainz promoviert hatte, bin ich nach Hannover gegangen. Mit einem Professor im Institut für technische Chemie habe ich dort ein Projekt konzipiert, das wir zusammen mit „Satorius“ - einem Unternehmen aus Göttingen, das Membrane und Positionsgeräte herstellt - durchführen. Um einen Vertrag als Postdoc mit der Universität in Hannover schließen zu können, bin ich zur Ausländerbehörde gegangen, um dort meine Aufenthaltserlaubnis zu verlängern. Dort wurde mir aber gesagt, dass ich erst einen Vertrag vorlegen müsste, bevor ich eine Verlängerung bekäme. An der Universität sagten sie mir dann wieder, dass ich erst eine Aufenthaltserlaubnis vorlegen müsste, bevor ich den Vertrag unterschreiben könnte. Das war eine Pingpong-Erfahrung, zu der noch dazu kam, dass mir gesagt wurde, dass ich auch eine Arbeitserlaubnis brauche. Später hat sich herausgestellt, dass man zu Forschungszwecken keine Arbeitserlaubnis braucht. Die Ausländerbehörde vermerkt direkt im Pass, dass man hier forschen darf. Das sind Dinge, die vielleicht auf falsche Informationen zurückgehen und mit Lustlosigkeit oder Unfreundlichkeit bei den Behörden, aber auch etwas mit struktureller Diskriminierung zu tun haben.

Die zweite Erfahrung, von der ich berichten möchte, ist sehr persönlich: Anfang September war ich in Waldgreif, das ist 70 Kilometer von München entfernt. Mein Partner hat dort eine neue Stellung und ich bin mit ihm zusammen hingefahren. Wir waren einfach in der Fußgängerzone unterwegs, da kam uns eine Familie mit einer vielleicht vierjährigen Tochter entgegen. Die sah mich und sagte: „Ha, Neger, Neger!“ Den Eltern war das sehr, sehr peinlich. Ich hab sie nur angeschaut und gelacht und die Eltern waren schon überrascht, dass ich nicht wütend geworden bin. Die Mutter sagte dann zu dem Kind: „Nein, das ist nur eine dunklere Frau!“ Aber das Kind hat darauf bestanden und gesagt: „Nein, trotzdem Neger!“ Da bin ich zu ihr gegangen und habe gesagt: „Hallo Du, ich bin die Esther. Ich sehe nur dunkler aus, aber ich bin genauso wie du, wie Papa und Mama.“ Sie war überrascht und hat mich nur angeguckt und die Eltern waren auch überrascht, denn sie haben nicht erwartet, dass ich so reagiere. Fazit: Ich wollte bei dieser kurzen Erfahrung zeigen, dass Toleranz auch von uns selbst kommen sollte. Es ist wichtig, dass wir eine

positive Einstellung gegenüber anderen haben, selbst dann, wenn wir angegriffen werden oder uns angegriffen fühlen.

Ich habe während meiner Promotion in Mainz in der Katholischen Hochschulgemeinde gewohnt. Eine meiner Freundin arbeitet in einem Kindergarten und hat mich darum gebeten, ob ich vorbeikommen könnte, weil sie dort eine ‚Woche für Afrika‘ gemacht haben. Also war ich im Kindergarten. Ich habe ein Frühstück vorbereitet, wie wir es zu Hause machen, wir haben zusammen gefrühstückt und gesungen und die Kinder haben Fragen gestellt. Und dann bin ich in eine Schule in Hannover gegangen und habe einfach erzählt, wie man in Afrika lebt. Sie hatten vorher eine komplett andere Vorstellung davon, wie und wovon wir dort leben. Das heißt, wenn man den Menschen entgegenkommt und versucht zu erklären, wer man ist und wie man lebt, dann kommt viel Akzeptanz von der anderen Seite.

Ich finde, dass die Akzeptanz von Kommilitoninnen und Kommilitonen gegenüber uns ausländischen Studierenden recht hoch ist. Die Hochschulen sind durch den jahrelangen weltweiten Austausch, der mit Wissenschaft zusammenhängt, viel toleranter als die Gesellschaft im Allgemeinen. Aber nicht alle Menschen studieren. Deswegen ist es für mich wichtig, dass man schon in der Kindheit, im Kindergarten, in der Schule anfängt zu vermitteln, dass man anders aussehen kann, dass man eine andere Sprache sprechen kann, ohne unbedingt ein ‚Fremder‘ zu sein. Daran müssen wir arbeiten.

Mehdi Jafari Gorzini, World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e.V.:

Vielen Dank Esther. Jetzt kommt Doktor Ortseifen zu Wort, der Ausländerbeauftragte der Universität Mainz. Ich möchte mich noch einmal für Ihr Kommen bedanken und bitte Sie, jetzt ihr Statement abzugeben.

Dr. Karl Ortseifen, Ausländerbeauftragter der Johannes Gutenberg-Universität Mainz:

Vielen Dank, Herr Gorzini, für die Einladung und die Gelegenheit, mit Ihnen, meine Damen und Herren, zu diskutieren. Seit gestern sitze ich hier und höre ständig den Ruf nach dem Ausländerbeauftragten. Jetzt haben Sie ihn leibhaftig vor sich. Einige haben sehr laut nach ihm verlangt, andere waren ein bisschen zurückhaltender. Die Kollegin von der Technischen Universität in Berlin meinte, man brauche keinen Auslän-

derbeauftragten, denn alles, was von dem erwartet würde, würde das Akademische Auslandsamt leisten. Vielleicht gibt es in Berlin also ein besonders tüchtiges, ich weiß es nicht.

Die Situation an den deutschen Hochschulen ist natürlich sehr unterschiedlich. Einige Auslandsämter sind personell so gut besetzt, dass sie die Aufgaben, die ein Ausländerbeauftragter in der Regel wahrnimmt, vielleicht tatsächlich dort leisten können. Dennoch, das muss ich hier deutlich sagen, ist die Institution des Ausländerbeauftragten unbedingt erforderlich. Denn es muss eine Trennung zwischen der Verwaltung - und die Akademischen Auslandsämter, deren Arbeit ich keinesfalls kritisieren möchte, sind überwiegend Verwaltung - und dem akademischen Bereich geben. Es muss zusätzlich jemanden geben, der aus dem Bereich der Lehre kommt, der von diesem Verwaltungsbetrieb losgelöst ist und der sich individuellen und studiumsbezogenen Problemen viel intensiver widmen kann.

Der Ausländerbeauftragte wurde als Notlösung bezeichnet. Wenn Notlösung heißt, Nöte zu lösen, dann ist das richtig, dann bin ich damit einverstanden. Es wurde über Kompetenzen eines Ausländerbeauftragten gesprochen. Das ist natürlich ein leidiges Thema. Ich habe ein Ehrenamt und dazu eine wissenschaftliche Hilfskraft, für die pro Jahr ungefähr 5000 DM bereitstehen, das ist alles. Die Frage ist aber: Will man die Kompetenzen des Ausländerbeauftragten im Einzelnen festlegen? Denn das kann dann dazu führen, dass er zu einer bürokratischen Instanz wird, der genaue Grenzen gesetzt werden. Ich habe keine festgelegten Kompetenzen, ich nehme sie mir. Ich hänge mich überall rein, wo ich gefragt werde, und das ist insbesondere wichtig bei den Behörden. Wenn jemand zu mir kommt und ein Problem mit der Ausländerbehörde hat, dann rufe ich da an oder ich schreibe denen oder ich gehe hin. Ich gehe sowieso einmal im Semester zur Ausländerbehörde und spreche - in Mainz ist es eine Frau - mit der Leitung über anstehende Probleme. Das ist ganz erfolgreich.

Was ich zum Beispiel erreicht habe - ich hoffe diejenigen, die hier studieren, können mir beipflichten - ist die Regel, dass die ausländischen Studierenden bei der Ausländerbehörde in Mainz grundsätzlich freundlich und korrekt und nicht als lästige Fremde behandelt werden. Wenn man früher zu entsprechenden Diskussionsveranstaltungen zum Beispiel bei der Evangelischen Studentengemeinde ging, dann war die Hauptkla-

ge oft die, dass man bei der Ausländerbehörde unfreundlich behandelt würde. Ich denke, da sind wir in Mainz einen großen Schritt vorangekommen sind. Ich sage, einen großen Schritt voran. Wir sind da noch nicht ganz am Ende, denn es gibt immer den einen oder den anderen bei der Behörde, der meint, etwas schroff sein zu müssen. Aber wenn mir Namen genannt werden, dann gehe ich zur Leiterin der Ausländerabteilung, spreche mit ihr darüber und bitte sie, da etwas zu unternehmen und beispielsweise entsprechende Schulungen anzubieten. Ich hoffe, dass von den Kommilitoninnen und Kommilitonen aus Mainz meine Einschätzung geteilt wird und dass sie schon eine Klimaverbesserung erfahren haben.

Was macht der Ausländerbeauftragte noch? An jedem Institut oder in jedem Fachbereich gibt es einen Vertrauensdozenten, und das ist eine sehr gute Einrichtung. Die Vertrauensdozenten sind aber höchst unterschiedlich aktiv und manchmal stehen sie auch nur auf dem Papier. Der Ausländerbeauftragte versammelt, soweit er das kann, einmal im Jahr alle Vertrauensdozenten zu einer Konferenz und informiert sie über ihre Aufgaben. Manchmal erinnert er sie auch nur daran, dass zumindest ihre Sprechstunden öffentlich gemacht werden und ihre Türen offen stehen müssen, wenn jemand mit Problemen den Weg zu ihnen findet. Denn oftmals wissen die ausländischen Studierenden überhaupt nicht, dass es so etwas wie Vertrauensdozenten gibt.

Natürlich steht das alles im Vorlesungsverzeichnis, aber das Vorlesungsverzeichnis - das wissen die ausländischen Studierenden - ist ein dickes Buch; wer das von vorne bis hinten lesen, beziehungsweise den ganzen Informationsteil aufnehmen will, dem dreht sich am Ende der Kopf. Man könnte allerdings im Stichwortverzeichnis unter der Rubrik ‚Ausländerbeauftragter‘ oder ‚Vertrauensdozent‘ nachschauen. Das ist auch etwas, was mit zur Betreuung von Anfängern gehört: die Einführung in die Benutzung des Vorlesungsverzeichnisses insbesondere im Hinblick auf die verschiedenen Einrichtungen an der Universität. Das müsste eingeübt werden.

Ich sagte es schon: Das Einwirken auf Behörden, besonders auf die Ausländerbehörde, ist eine ganz wichtige Aufgabe. Sie ist dann am allerwichtigsten, wenn es brennt. Und es brennt ja manchmal! Sie kennen alle die ‚Zehnjahresguillotine‘, die schon nach acht Jahren Aufenthalt bedrohlich knackt. Da fängt die Ausländerbehörde an, Schwierigkeiten zu machen. Dann wollen sie von der Universität eine Stellungnahme haben:

Wie steht es denn um ihn oder um sie und wann ist mit einem erfolgreichen Abschluss zu rechnen? In solchen Fällen ist der Ausländerbeauftragte besonders gefordert, weil er in Rücksprache mit den entsprechenden Fachkollegen sowie in einer Runde mit dem Betroffenen und der Sozialberatung einen Fahrplan für die noch verbleibende Zeit aufstellen muss. Und er muss es der Ausländerbehörde plausibel machen, wenn die verbleibende Zeit überschritten werden muss, wenn also aus den zehn Jahren elf Jahre werden oder auch zwölf. Und das gelingt meistens auch! Ich muss sagen, da haben wir in Mainz ganz gute Erfolge. Es gibt natürlich auch Fälle, die hoffnungslos sind. Studierende, die sechs oder sieben Jahre an unserer Universität waren und keinen einzigen Schein haben. Aber das ist eine besondere und zum Glück nicht so häufige Situation.

Wir haben im Frühjahr an dieser Universität - im Rückblick auf den 11. September und seine Folgen könnte man sagen vorausschauend - die Arbeitsgemeinschaft ‚AGIL‘ gegründet. Sie heißt genau: Arbeitsgemeinschaft für interkulturelles Leben, Lernen und Lehren‘. Bestückt ist sie mit einer Vertretung des Akademischen Auslandsamts, dem Referat für Personalfortbildung, dem Ausländerbeauftragten, dem Studium Generale und dem Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung. Gerade jetzt planen wir einen Workshop ‚Wie international ist die Universität Mainz?‘, in dem die Möglichkeiten interkultureller Begegnung an der Universität diskutiert und weiterentwickelt werden sollen.

Der Ausländerbeauftragte beruft jedes Semester auch einen ‚Runden Tisch‘ ein, zu dem alle mit dem Ausländerstudium befassten Organe innerhalb und außerhalb der Universität - unter anderen des Akademische Auslandsamt, die Evangelischen und Katholischen Hochschulgemeinden, der AStA, das Studienkolleg, die Ausländerbehörde, das Studentenwerk, die Förderungs- und Sozialberatung und das Sprachenzentrum - eingeladen werden. Dort sprechen wir über aktuelle Probleme und Entwicklungen des Ausländerstudiums. Dort werden wichtige Anstöße zur Verbesserung der Studien- und Lebenslage der Betroffenen gegeben.

Schließlich geht der Ausländerbeauftragte, soweit er dies vermag, ausländerfeindlichen Vorkommnissen in der Stadt nach, sofern Studierende davon betroffen sind. Zum Glück geschieht das nicht sehr häufig, denn Mainz ist bei solchen Vorkommnissen unterrepräsentiert, wie auch die einschlägige Studie des WUS aufzeigt. Und er lässt die Studierenden aus arabischen und anderen islamischen Ländern wissen, dass sie auch in

dieser schwierigen Zeit in Mainz willkommen sind und dass sie keinem Generalverdacht unterliegen. Denn wir halten es in Mainz nach dem Leitspruch der Universität, den Sie beim Verlassen des Saales groß am Treppenaufgang lesen können: *„Ut omnes unum sint - Dass alle eins seien“*. So soll es bleiben. Vielen Dank!

Mehdi Jafari Gorzini, World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e.V.:

Vielen Dank Herr Doktor Ortseifen für den Einblick in die Tätigkeiten eines Ausländerbeauftragten und vielen Dank auch - das möchte ich als ein ehemaliger Studierender der Mainzer Universität sagen - für die hervorragende Arbeit, die sie für die ausländischen Studierenden hier machen. Die vielen Aspekte, die Sie angesprochen haben, machen ja auch deutlich, dass auch an den Hochschulen noch viel zu tun bleibt, wenn dort Interkulturalität und Toleranz endgültig den Durchbruch schaffen sollen. Dann möchte ich jetzt Merhawit Desta bitten, uns ihre Stellungnahme aus der Sicht einer Studierenden zu geben, die ihr ganzes Studium in Deutschland absolviert hat.

Merhawit Desta, Studierende an der Justus-Liebig-Universität Gießen:

Ich werde es ganz kurz machen, damit wir noch genügend Zeit zur Diskussion haben. Ich freue mich zuerst über die Gelegenheit, dass ich hier oben sitzen und mit Euch diskutieren darf. Ich muss aber gleich zu Anfang sagen, dass ich als ausländische Studentin, die nicht nur ihr Studium in Deutschland absolviert, sondern auch hier aufgewachsen ist, mit einigen wichtigen Problemen - ich denke zum Beispiel an die Sprachprobleme und die Diskriminierungen, die auch an der Hochschule damit manchmal verbunden sein können - weniger konfrontiert bin als die meisten anderen ausländischen Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Veranstaltung.

Ich möchte mich auf zwei Aspekte oder Erfahrungen konzentrieren. Als erstes möchte ich dem, was Esther Djopke eben gesagt hat, nämlich dass man auch dann auf die Menschen hier zugehen sollte, wenn man auf Ablehnung stößt, ein wenig widersprechen. Ich finde diese Haltung zwar grundsätzlich richtig und gut, will aber aus eigener Erfahrung auch darauf hinweisen, dass es oft schwierig ist, auf andere Studierende zuzugehen. Denn es gibt - bei uns wie bei den deutschen Studierenden - einfach Berührungspunkte unterschiedlicher Art. Ich würde ihr aber zustimmen,

dass diese Berührungsängste und auch Vorurteile an der Hochschule nicht ganz so verbreitet sind, wie in anderen Bereichen der Gesellschaft. Und wenn Ihr mich fragt, was ich machen würde, wenn Kommilitonen mich ignorieren, obwohl ich Kontakt mit ihnen aufnehmen möchte, dann wäre mein Vorschlag, sich nicht davon entmutigen lassen sollte. Man sollte den Kontakt auch weiterhin suchen. Erst wenn man dann immer wieder auf Ablehnung stößt, sollte man auch den Mut haben und sich eingestehen, dass es keinen Sinn macht, sich mit solchen Leuten noch länger auseinanderzusetzen. Dann muss es eben reichen, dass man sich in Ruhe lässt und sich auf die anderen Studierenden stützt, die mit einem ‚zu tun haben wollen‘. Denn davon gibt es an der Hochschule eine ganze Menge, deutsche und ausländische Studierende gleichermaßen.

Mein zweiter Punkt hat nicht so viel mit der Hochschule zu tun, sondern mit anderen Bereichen der Gesellschaft. Was ich immer wieder auch persönlich bei der Wohnungs- oder Arbeitssuche erlebt habe: Weil der Vermieter oder der Arbeitgeber bei Telefongesprächen bei mir keinen Akzent heraushören und auch meine Hautfarbe durchs Telefon nicht sehen können, verlaufen die normalerweise gut und reibungslos. Meistens wird dann ein Termin vereinbart, aber wenn man seinem zukünftigen Vermieter oder Arbeitgeber dann gegenüber steht, dann ist das Zimmer oder die Arbeit auf einmal schon vergeben. Und diejenigen, die schlecht lügen können oder auch nur weniger Skrupel haben, sagen einfach: ‚Tut mir leid, aber wir hatten eine andere Vorstellung von Ihnen‘. Solche Sachen machen uns das Leben oft unnötig schwer. Das war’s schon für jetzt von meiner Seite.

Mehdi Jafari Gorzini, World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e.V.:

Vielen Dank Merhawit Desta! Als letzten Diskutanten möchte ich dann jetzt Torsten Jäger bitten, uns seine Ansichten und Erkenntnisse dazu mitzuteilen, ob die Hochschule ein Spiegelbild der Gesellschaft ist und was zu tun bleibt, um dort ein Klima der Interkulturalität und der Toleranz zu schaffen. Bitte Torsten!

Torsten Jäger, World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e.V.:

Erst einmal schönen Dank an Dich, Mehdi, für die netten einleitenden Worte zu meiner Person. Und dann gibt es auch sofort die Retourkutsche: Ich möchte mich bei Dir und bei allen anderen, die an der Vorbe-

reitung dieser Konferenz beteiligt waren, für die gute Zusammenarbeit bedanken. Wir alle wissen, dass es nicht ganz einfach war, in der Kürze der Zeit eine Veranstaltung wie diese auf die Beine zu stellen. Noch dazu, wenn die Vorbereitungen plötzlich - darauf möchte ich gleich noch etwas näher eingehen - von Ereignissen überschattet werden wie denen des 11. September 2001 und seinen innenpolitischen Konsequenzen für ausländische Studierende in Deutschland. Dass wir hier zwei Tage lang gute, wichtige und vor allem inhaltreiche Diskussionen führen konnten, liegt nicht zuletzt auch an Deinem unermüdlichen Einsatz und Engagement. Vielen Dank dafür!

Wie alle anderen will auch ich versuchen, mich kurz zu fassen. Ich drohe aber schon einmal an, dass mir das misslingen könnte, denn seit gestern und auch jetzt auf unserem Podium sind viele Dinge angesprochen worden, die mir auf den Nägeln brennen und zu denen ich gerne etwas sagen möchte. Ich will versuchen, mich auf drei Punkte zu beschränken.

Erstens: Die Diskussion um die Notwendigkeit des Ausländerbeauftragten an den Hochschulen. Als Quintessenz aller Bedenken, die gegen eine solche Einrichtung genannt wurden, möchte ich gerne formulieren: Wir brauchen dieses Amt an jeder deutschen Hochschule und wir müssen alles dafür tun, dass es eben nicht zu einer blutleeren Alibi-Institution verkommt, die noch dazu alle anderen Einrichtungen und Organisationen verdrängt, die sich schon jetzt um die Belange ausländischer Studierender kümmern. Sondern wir brauchen den Ausländerbeauftragten als integralen Bestandteil der oft schon bestehenden Betreuungs- und Begleitungsnetzwerke vor Ort. Herr Doktor Ortseifen hat sehr eindrucksvoll geschildert, wie sinnvoll es ist, innerhalb der Hochschule einen Ansprechpartner zu institutionalisieren, der dem Lehrbetrieb und nicht der Hochschulverwaltung angehört. Warum ist es sinnvoll? Ich will zwei Gründe nennen:

Der World University Service hat im Laufe dieses Jahres eine Umfrage unter ausländischen Studierenden gestartet und sie nach ihren Erfahrungen mit Rassismus und Diskriminierung an der Hochschule und in der deutschen Gesellschaft befragt. Frau Pioch und auch Herr Doktor Ortseifen sind dankenswerter Weise schon kurz auf deren Ergebnisse eingegangen. Die Auswertung ist Bestandteil der Tagungsunterlagen, die Euch und Ihnen vorliegen. Ich plädiere dafür, sie auch in die Dokumentation dieser Veranstaltung aufnehmen, denn die Ergebnisse sind in der Tat

ernüchternd. Ich will hier nicht so sehr darauf eingehen, dass ausländische Studierende wie auch andere Migrantinnen und Migranten nach ihrer subjektiven Wahrnehmung in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen durchaus häufig physische oder verbale Gewalterfahrungen machen müssen, die fremdenfeindlich motiviert sind - das können Sie oder könnt Ihr bei Interesse in Ruhe nachlesen. Ich will vielmehr im Hinblick auf die Fragestellung unseres Podiums - ‚Die Hochschule als Spiegelbild der Gesellschaft?‘ - darauf hinweisen, dass auch die Hochschulen Orte sind, an denen Rassismus und Diskriminierung verankert sind - trotz aller Hoffnungen und Erwartungen, die insbesondere die Politik im Hinblick auf die Weiterentwicklung von Demokratie und Toleranz immer wieder auf den akademischen Bereich projiziert. Wir haben ausländische Studierende nach strukturellen und willkürlichen Diskriminierungserfahrungen an der Hochschule gefragt und dabei so manches zu hören bekommen. Das ging im Bereich der strukturellen Diskriminierung vom Ausländer- und Arbeitsrecht - dazu haben wir hier schon viel gehört - bis hin zu Fragen der Hochschulzulassung, der Anerkennung bereits erbrachter Studienleistungen und bis hin zu den Prüfungs- und Studienordnungen, die den Bedürfnissen ausländischer Studierender nicht gerecht werden. In allen diesen Bereichen wird ein Ausländerbeauftragter bestenfalls ein weiterer Mitstreiter in der politischen Lobbyarbeit sein können, die wir alle zusammen leisten müssen.

Interessanter für die Diskussion um den Ausländerbeauftragten ist der Bereich der willkürlichen Diskriminierung ausländischer Studierender an den Hochschulen. Denn da schneidet nicht nur die Hochschulverwaltung schlecht ab - Stichworte sind ‚Unfreundlichkeit‘, ‚Desinteresse‘, ‚Beleidigungen‘ oder ‚offene Ablehnung‘ durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Sekretariaten, Prüfungsämtern und Bibliotheken -, sondern da schneiden auch die Kommilitoninnen und Kommilitonen und die Lehrenden an den Hochschulen nicht gut ab. Mir ist es an dieser Stelle wichtig zu betonen, dass es nicht darum geht, ein besonders düsteres Bild der Atmosphäre zu zeichnen. Aber wir haben eben keine Umfrage zu den guten Erfahrungen ausländischer Studierender gemacht. Auch da hätte es sicherlich sehr viele berichtenswerte Erfahrungen gegeben, wahrscheinlich noch sehr viel mehr als negative Erfahrungen. Aber uns wurde - weil wir eben danach gefragte haben - geschildert, wie schwer es für ausländische Studierende zum Beispiel ist, zu Beginn des Semesters von deutschen Studierenden in Arbeits- und Projektgruppen aufgenommen zu werden, wie schwer es überhaupt ist, von Kommilitoninnen und Kommilitonen angenommen zu werden oder wie

häufig Lehrende ausländische Studierende nicht zu ihren Lehrveranstaltungen zulassen. Da wird dann gesagt, dass das Seminar leider schon übertoll ist und hintenrum erfahren die Studierenden, dass einige Tage später deutsche Kommilitoninnen oder Kommilitonen sehr wohl noch ein paar Plätzchen in der Veranstaltung bekommen haben. Und uns wurde berichtet, wie schwer es ist, in den Seminaren und Veranstaltungen aufgrund der nicht oft nicht zu leugnenden Sprachprobleme von den Lehrenden ernstgenommen zu werden. Uns wurde berichtet, dass Beiträge ausländischer Studierender übergangen werden, uns wurde berichtet, dass man sich oft nicht gerecht bewertet fühlt. Und uns wurde von Rassismen und Beleidigungen berichtet, die in aller Öffentlichkeit gelehrt werden und vonstatten gehen. Von Professoren, die unter Vereis auf angeblich gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse behaupten, dass das logische Denkvermögen bei Afrikanern weniger ausgeprägt sei als bei Europäern und von Professoren, die einen zu spät in das Seminar kommenden palästinensischen Kommilitonen mit der Frage begrüßen, ob er erst noch eine Wasserpfeife habe rauchen müssen und ihn anschließend darauf hinweisen, dass es bei dieser Arbeitshaltung niemals etwas mit einem palästinensischen Staat werden werde. Es gibt eine ganze Reihe sehr beschämender Beispiele aus dem Bereich der Lehre. Und hier hat ein kompetenter und mit Kompetenzen ausgestatteter Ausländerbeauftragter, gerade dann, wenn er selbst aus der Lehre kommt, sehr wohl ein originäres Handlungsfeld. Hier kann und muss er zum Interessenvertreter ausländischer Studierender werden, das Gespräch suchen und auf Veränderungen drängen.

Mein zweites Argument ‚Pro-Ausländerbeauftragter‘ hat mit dem ersten zu tun. Den Tagungsunterlagen liegt auch die Richtlinie des Europäischen Rates zur Bekämpfung von Diskriminierungen aufgrund der ‚Rasse‘ oder ‚ethnischen Herkunft‘ vom 29. Juni diesen Jahres bei. Diese Richtlinie ist keine belanglose Absichtserklärung, sondern sie bindet die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Die müssen diese Richtlinie bis zum Jahr 2003 in die nationale Gesetzgebung transferieren. Ich will kurz darauf eingehen, was das auch für den Hochschulbereich bedeuten kann:

Was kann diese Richtlinie nicht beseitigen? Sie kann nicht beseitigen, dass ausländische Studierende Opfer rassistischer Gewaltverbrechen oder von Beleidigungen werden, denn beides ist schon heute gesetzlich sanktioniert. Sie kann auch die 90-Tage-Regelung oder ausländerrechtliche

Restriktionen nicht beseitigen, mit denen ausländische Studierende konfrontiert sind. Die Richtlinie besagt nämlich ganz eindeutig, dass sie Ungleichbehandlungen aufgrund der Staatsangehörigkeit *nicht* betrifft und die nationalen Vorschriften über die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen und ihren Zugang zu Beschäftigung und Beruf unberührt lässt. Damit bleibt eben jener Bereich unberührt, den ich ‚strukturelle Diskriminierung‘ nennen möchte.

Was kann die Richtlinie beseitigen? Den Bereich der ‚willkürlichen Diskriminierung‘ an den Hochschulen! Denn diese Richtlinie - und das ist wichtig - sieht bei vermuteter Diskriminierung die sogenannte ‚Beweislastumkehr‘ vor. Das heißt konkret: Wenn in Zukunft Lehrende ausländischen Studierenden den Zugang zu einer Veranstaltung mit dem Argument verweigern, es stehe leider kein Platz mehr zur Verfügung, dann ist es nicht länger Sache des Studierenden zu beweisen, dass es doch noch einen Platz gab, sondern es ist gegebenenfalls Sache des Dozenten oder der Dozentin zu beweisen, dass tatsächlich kein Platz mehr frei war. Wenn ausländische Studierende den Eindruck haben, in einer Prüfung ungerecht bewertet worden zu sein, dann muss zukünftig der Professor oder die Professorin den Nachweis führen, dass dem nicht so war. Die Richtlinie zielt also genau auf ein Problem ab, vor dem ausländische Studierende im Moment noch stehen. Man hat das Gefühl, ungerecht behandelt worden zu sein, aber wie soll man das beweisen? Das wird in dem Sinne geändert werden, dass nicht mehr länger demjenigen, der sich diskriminiert fühlt, auferlegt wird, das auch nachzuweisen. Es wird in Zukunft nach dem Wortlaut der Richtlinie so sein, dass der oder die Andere nachweisen muss, dass keine Diskriminierung vorliegt. Und an dieser Stelle kommt wieder der Ausländerbeauftragte, der nach meiner Meinung zukünftig auch ‚Antidiskriminierungsbeauftragter‘ heißen sollte, ins Spiel. Die Idee der Beweislastumkehr ist schön und gut, aber sie wird im Hochschulbereich wie in allen anderen Bereichen nur dann Wirkung zeigen, wenn es vor Ort Ansprechpartner gibt, die die Opfer von Diskriminierungen bei der Einforderung ihrer Rechte unterstützen. Deshalb mein Plädoyer für den institutionalisierten und mit Kompetenzen und Finanzen ausgestatteten ‚Ausländer- und Antidiskriminierungsbeauftragten‘ an jeder deutschen Hochschule.

Mein zweiter Punkt ist eine Klarstellung und nicht neu, mir wurde bisher aber zu wenig darauf hingewiesen: Alle unsere Forderungen nach besserer Begleitung und Betreuung ausländischer Studierender und - von mir

aus - auch nach Ausländer- und Antidiskriminierungsbeauftragten haben in Wahrheit einen ganz ermüchtenden Hintergrund. Sie bauen auf den bestehenden gesellschaftlichen Defiziten in der Bundesrepublik Deutschland und auch in den Hochschulen auf. Meine These ist: Je mehr sich andere für ausländische Studierende einsetzen, um so größer ist die Gefahr, dass in diese Gesellschaft hinein, die dem ‚Fremden‘ ohnehin skeptisch bis ablehnend gegenübersteht, das Bild vermittelt wird, diejenigen, die hierher kommen, um in Deutschland zu studieren, sind hilflos und schwach. Ich weiß aus meiner Erfahrung in der Arbeit mit ausländischen Studierenden, dass das nicht stimmt. Das Studienbegleitprogramm, dessen Inhalte und Ziele Christina Ayazi heute Vormittag am Beispiel Berlins und Brandenburgs vorgestellt hat und das ich für die Studierenden in Hessen anbiete, baut bewusst ganz stark auf die Potentiale und Fähigkeiten der Studierenden selbst. Sie legen die Programminhalte bei STUBE fest, referieren in den Seminaren und Akademien zu Themen der Entwicklungspolitik, leiten Seminare und tragen das, was sie bei STUBE machen, wieder an die Hochschulen zurück. Entweder durch eigene Aktivitäten - Veranstaltungen und Informationsabende - an den Hochschulorten oder indem sie mit finanzieller Unterstützung von STUBE in ihren Ländern für Studien-Anschlussarbeiten recherchieren, von denen wir mittelfristig erhoffen, dass sie auch die Internationalisierung der Studieninhalte an den deutschen Hochschulen vorantreiben. Denn je mehr Professorinnen und Professoren sich mit entwicklungspolitisch relevanten Abschlussarbeiten zu den Ländern des Südens beschäftigen, sie betreuen und bewerten müssen, um so größer sind die Chancen, dass die Themen, die wir jetzt noch bei STUBE bearbeiten müssen, eines Tages in den Hochschulen selbst angeboten und diskutiert werden. Und das ist das erste Ziel der Studienbegleitprogramme, wenn man so will, einen Beitrag dazu zu leisten, dass sie eines Tages überflüssig sind, weil die Hochschulen ein selbstverständlicher Ort der Bearbeitung dieser international relevanten Themen geworden sind.

Wir müssen aber auch versuchen, dieses auf die Internationalisierung der Hochschulen gerichtete Konzept auf die Gesellschaft im übrigen zu übertragen. Esther Djopke hat vorhin angesprochen, wie wichtig es ist, schon in den Schulen in diesem Sinne zu arbeiten. Wir haben deshalb bei STUBE Hessen ein Konzept entwickelt, das versucht, die Fähigkeiten und die Kenntnisse von ausländischen Studierenden für die schulische Bildungsarbeit zu nutzen. Und diese Fähigkeiten liegen ganz besonders in ihrer interkulturellen Kompetenz und in ihrem Expertenwissen zur

Situation in ihren Herkunftsländern. Wir veranstalten also jährlich Seminare, in denen ausländische Studierende mit Lehrerinnen und Lehrern zusammenkommen, die in ihrem Unterricht Themen bearbeiten wollen, zu denen die Studierenden wertvolle Beiträge leisten können. Schon die Seminare selbst sind für Lehrerinnen und Lehrer eine gewaltige Erfahrung. Denn wir diskutieren darin auch Fragen der Interkulturalität und der Offenheit der deutschen Gesellschaft. Da wird ihnen manchmal ein Spiegel vorgehalten, in dem sie sich selbst so gar nicht erkennen wollen. Mindestens genauso fruchtbar sind aber auch die konkreten Kooperationen, die bei diesen Seminaren vereinbart werden. Studierende werden in die Schulen eingeladen und gestalten dort Unterrichtsstunden oder -einheiten und Projekttag mit, die sich mit Themen beschäftigen, die heute unter dem Schlagwort des ‚Globalen Lernens‘ zusammengefasst werden. Wenn es also zum Beispiel im Fach ‚Gesellschaftskunde‘ um unterschiedliche Familienbegriffe in verschiedenen Gesellschaften geht, dann berichtet eine Studierende aus Kamerun davon, welche Rolle die Familie in ihrem Land spielt oder wenn es im Fach ‚Geographie‘ um das Thema ‚Stadt‘ geht, dann kommt ein Studierender aus Mexiko in den Unterricht und gibt den Schülerinnen und Schülern eine Idee davon, was ‚Verstädterung‘ bedeuten kann und welche sozialen Folgen sie hat. Und so weiter und so fort. Im Moment läuft gerade ein großes Projekt, bei dem sich drei Oberstufenkurse von Schulen in Bensheim bei Darmstadt mit den Themen ‚Kinderarbeit‘, ‚Fairer Handel‘ und ‚Entschuldung von Entwicklungsländern‘ beschäftigen. Da arbeiten wir mit zwei großen Bensheimer Nichtregierungsorganisationen, der Karl-Kübel-Stiftung und der Christoffel-Blindemission, zusammen. Wir veranstalten in Kooperation mit den Schulen Projekttag, in denen ausländische Studierende diese Themen mit den Schülerinnen und Schülern diskutieren und demnächst werden wir zu einem weiteren Projekttag auch noch die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einladen, damit die dazu Stellung nimmt, wie sich die Bundesregierung zu diesen Fragen verhält.

Dieses Hereinnehmen ausländischer Studierender in die schulische Bildungsarbeit ist sehr erfolgreich. Die Studierenden sind in diesem Kontext plötzlich nicht mehr diejenigen, denen man sich annehmen muss, sondern sie sind Lernpartner oder sogar Lehrende, also Menschen, die anderen etwas anzubieten haben. Und bei den Schülerinnen und Schülern werden Vorurteile aufgebrochen, die sie teilweise mit sich herumtragen. Die merken plötzlich, dass das ‚Fremde‘ sind, von denen sie etwas lernen

können, die auch sonst ganz nett sind und so gar nichts haben, wovor man Angst haben müsste. Die Treffen ausländische Studierende und sind hinterher klüger als vorher. Diese Art von Interaktion zwischen ausländischen Studierenden und deutschen Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern müssen wir ausbauen, wenn wir langfristig erreichen wollen, dass ausländische Studierende weniger betreut werden als integriert sind. Nicht nur die Hochschulen, auch die Gesellschaft muss internationaler werden. Daran müssen wir nicht *für* die ausländischen Studierenden, sondern zusammen *mit* den ausländischen Studierenden offensiv arbeiten.

Mein dritter und letzter Punkt baut wiederum genau auf dieser Notwendigkeit auf: Der 11. September 2001 und seine innenpolitischen Konsequenzen für ausländische Studierende in Deutschland. Noch so viele schicke Schulprojekte werden uns nicht weiterbringen, solange von der Politik mit Verlaub mit dem Allerwertesten das wieder zum Einsturz gebracht wird, was mühevoll aufgebaut wurde. Frau Pioch hat darauf hingewiesen, dass wir seit Antritt der rot-grünen Bundesregierung im September 1998 in Deutschland in der Diskussion um Zuwanderung einen Paradigmenwechsel erleben duften. Über die - trotz diverser Unterschriftenlisten eines Kandidaten, der auf diesem Wege Ministerpräsident in Hessen wurde - schwer erkämpfte und überfällige Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts und die vorwiegend durch die deutschen Arbeitgeberverbände losgetretene Diskussion um den ‚Wirtschaftsstandort Deutschland‘, der schließlich in dem problematischen Slogan vom ‚Wettbewerb um die besten Köpfe‘ gipfelte, wurde Stück für Stück mit einer der Lebenslügen der Bundesrepublik Deutschland aufgeräumt, nämlich mit der Behauptung, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland. Die Bundesregierung hatte unter der Leitung von Rita Süßmuth eine Zuwanderungskommission ins Leben gerufen. Diese Kommission legte im August 2001 einen Bericht vor, der dann zeitnah Eingang in einen entsprechenden Gesetzesentwurf des Bundesinnenministeriums fand. Der bislang vom Gedanken der Abschottung geleitete Diskurs hatte sich so fundamental verändert, dass Organisationen wie der WUS und die GEW sich bemüßigt fühlten, warnend darauf hinzuweisen, bei aller Euphorie dürfe nicht vergessen werden, dass alle gut ausgebildeten Fachkräfte, die man nunmehr in die Bundesrepublik Deutschland einlade, den Gesellschaften der Entwicklungs- und Schwellenländer fehlen würden, dass also der *braingain*, den man für Deutschland anstrebe, einen *braindrain* in diesen Ländern zur Folge habe. Fast hatte man

den Eindruck, dass im ‚Anwerbewahn‘ der Gedanke der Förderung der Reintegration von in Deutschland aus- und weitergebildeten Fach- und Führungskräften in die Gesellschaften der Entwicklungs- und Schwellenländer leichtfertig über Bord geworfen wird. Selbst der Prototyp des Zuwanderers - es ist im Bericht der Süßmuth-Kommission nachzulesen - war schon identifiziert. Der war jung, mehrsprachig, unbescholten und hatte in Deutschland am besten einen technischen Studiengang oder ein Informatikstudium absolviert.

Und dann kam der 11. September 2001 und danach - das hört man immer wieder - war nichts mehr wie es war. Denn plötzlich hatte man auch den Prototyp des Tatbeteiligten und den Prototyp des der Planung und Ausführung weiterer Gewalttaten Verdächtigen. Und auch der war jung, mehrsprachig, unbescholten und hatte in Deutschland einen technischen Studiengang absolviert. Zusätzlich kam er noch aus den arabisch-muslimischen Ländern. Ganz schnell hatte man auch das Instrumentarium parat, mit dem dieser Prototyp identifiziert werden kann: die Rasterfahndung. Ich habe hier vor mir den Beschluss des Amtsgericht Tiergarten, mit dem die Hochschulen in Berlin verpflichtet werden, die Daten von Studierenden an das Landeskriminalamt weiterzugeben. In diesem Beschluss sind auch die Kriterien und Raster dargelegt, nach denen die Hochschulen aussieben sollen. Und es ist glaube ich keine Überinterpretation, wenn man zu dem Ergebnis kommt, dass diejenigen, die aufgrund dieser Merkmale jetzt also als verdächtig einzustufen sind, bis zum 11. September 2001 ganz gut als chancenreiche Kandidaten für ein Zuwanderungskontingent durchgegangen werden. Es würde mich fast reizen, das Raster hier mit Euch durchzugehen und zu sehen, wie viele stehen bleiben würden. Ich bin mir sicher, es wären viele. Und das wäre dann kein Beweis dafür, dass hier dutzendweise ‚Schläfer‘ versammelt sind, sondern das wäre ein eindrucksvoller Beweis für die Sinnlosigkeit dieser Art des Generalverdachtes. Und Sinnlosigkeit ist noch der geringste Vorwurf, den man an die Rasterfahndung richten kann. Nach meiner Meinung ist sie nicht nur sinnlos, sondern auch brandgefährlich. Sie ist gefährlich, weil sie, ob zu recht oder zu unrecht, Ängste und Unruhe bei den ausländischen Studierenden erzeugt. Denn niemand beantwortet bisher die Frage, was mit diesen Daten, die zusammengeführt werden, geschehen soll. Niemand kann einem sagen, ob und wann diese Daten wieder gelöscht werden, nachdem eine Überprüfung stattgefunden hat. In den Gesetzen, die die Rasterfahndung in den verschiedenen Bundesländern regeln, steht meist zu lesen, dass die Daten dann zu löschen sind,

wenn die Gefährdungslage nicht mehr gegeben ist. Nun haben wir aber gehört, das wir uns in etwas befinden, was unbedachte, aber wichtige Menschen manchmal einen ‚Krieg‘ und manchmal einen ‚Kreuzzug gegen den Terrorismus‘ nennen. Und immer wieder wird laut und deutlich gesagt, das dieser ‚Krieg‘ oder ‚Kreuzzug‘ auf Jahre angelegt sei. Wann also wird gelöscht?

Darüber hinaus werden unter dem Schlagwort ‚Terrorismusbekämpfung‘ gegenwärtig die merk- und fragwürdigsten Allianzen mit Staaten geschmiedet, die aufgrund des Stellenwertes, den die Menschenrechte dort einnehmen, bislang eher am Katzentisch der internationalen Gemeinschaft Platz nehmen mussten. Da wird zum Beispiel auch vereinbart, dass die ‚Dienste‘ der Länder der ‚internationalen Allianz‘ eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten und Erkenntnisse austauschen sollen. Auch das ist für manchen ausländischen Studierenden - denn darunter gibt es zum Beispiel auch anerkannte Flüchtlinge und Asylberechtigte - eine Horrorvorstellung. Denn vielleicht lebt die Familie noch im Herkunftsland und vielleicht trägt die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den ‚Diensten‘ dazu bei, dass diese Familie Repressionen zu befürchten hat. Ich sage nicht, dass das geschieht, ich sage, dass Studierende durch diese Gedanken und Befürchtungen verunsichert werden.

Der andere ganz problematische Aspekt ist die Botschaft, die durch die Rasterfahndung in die Gesellschaft abgestrahlt wird. Denn der ‚Terrorist‘ hat jetzt ein Gesicht und es ist nicht schwer, sich vorzustellen, dass der potentielle Arbeitgeber, der potentielle Vermieter und der ‚Durchschnittsbürger‘ ab sofort tausendfach in Deutschland seine ‚private‘ Rasterfahndung durchführen wird. Das Ergebnis dieser ‚privaten‘ Rasterfahndungen wage ich vorherzusagen: Ausländische Studierende aus den arabischen oder muslimischen Ländern werden noch weniger Chancen haben als bisher, wenn es darum geht, eine Wohnung oder einen Nebenjob zu finden. Nachbarn werden genauer schauen, ob und wann diese Studierenden Besuch bekommen und ob dieser Besuch einen Bart trägt. Und sie werden sich auch nicht scheuen, ihre Verdachtsmomente weiterzutragen, vielleicht ‚nur‘ an die anderen Nachbarn, vielleicht an die Polizei, vielleicht an beide. Auf jeden Fall wird sich das gesellschaftliche Klima, das wir zusammen mit den ausländischen Studierenden unter anderem durch solche Projekte, wie ich sie vorhin vorgestellt habe, zum positiven verändern wollen, durch diesen Generalverdacht massiv negativ verändern. Und es wird nicht einmal etwas helfen, wenn der Studie-

rende aus Algerien, Syrien oder Palästina im Hausflur grüßt, denn - wir erinnern uns - das macht ihn verdächtig.

Und ganz zum Schluss muss ich sagen, dass ich in diesem Punkt ratlos bin. Natürlich müssen wir trotzdem weiterarbeiten, natürlich müssen wir von den Hochschulen und von den Hochschulorganisationen verlangen, dass sie sich gerade jetzt hinter ihre ausländischen Studierenden stellen und sich zur Internationalität der Wissenschaft und zur Anwesenheit von Wissenschaftlern und Studierenden aus aller Welt bekennen und auch wir sollten das in der Abschlusserklärung dieser Konferenz nachdrücklich tun. Trotzdem glaube ich, dass die unbedachten Reaktionen der Politik auf die sinnlosen Gewalttaten des 11. September die rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen, unter denen ausländische Studierende in Zukunft ihr Studium in Deutschland absolvieren werden, so nachhaltig verschlechtern, dass Bekenntnisse und Solidarität zwar notwendig, aber nicht ausreichend sind. Leider habe ich keine gute Idee, was wir sonst noch in die Waagschale werfen könnten. Trotzdem vielen Dank fürs Zuhören.

Prof. Dr. Jürgen Zöllner, Staatsminister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz; Dr. Kambiz Ghawami, World University Service (WUS) – Deutsches Komitee e.V. und Gerd Köhler, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Auswertung und Ausblick – Abschlussdiskussion: Ergebnisse der Konferenz und Konsequenzen für die weitere Arbeit von GEW und WUS



Gerd Köhler, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW):

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer, in unserer Mitte möchte ich jetzt auch Professor Doktor Jürgen Zöllner begrüßen, den Staatsminister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur im Lande Rheinland Pfalz. Vielen Dank fürs Kommen und vorweg unseren Dank an das Ministerium und die Landesregierung Rheinland-Pfalz für die Unterstützung dieser Tagung, von der ich sagen möchte, dass sie zum richtigen Zeitpunkt gekommen ist. Wir haben die beiden Tage in Mainz genutzt, um intensiv über die Situation der ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen zu diskutieren.

Wir haben zu Beginn einen Beitrag gehört über die Geschichte, die Gegenwart und die Perspektiven des Ausländerstudiums, haben gesehen in welchem Maße außenpolitische Ereignisse immer wieder eingewirkt haben auf den Zustrom ausländischer Studierender und auch auf die Zusammensetzung der Studierenden, die aus dem Ausland gekommen sind. Ich glaube, wir sollten bei dieser Diskussion nie vergessen, in welchem Umfang deutsche Studierende vor und nach dem zweiten Weltkrieg im Möglichkeiten bekommen haben, Ausland zu studieren. Sie haben

damit das machen können, was im eigenen Lande nicht möglich war. Ich glaube, wir haben eine zusätzliche historische Bringschuld. Wir sollten das, was wir im Ausland ganz selbstverständlich an Unterstützung erfahren haben, auch ans Ausland zurückgeben.

Wir haben in verschiedenen Diskussionsrunden nachgezeichnet, wer sie denn sind, diese 190.000 ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen. Wir haben gehört, dass 50 Prozent von ihnen Bildungsländer sind und die anderen 50 Prozent aus Staaten auch außerhalb der Europäischen Union kommen. Wir haben gehört, dass es einen erklecklichen Prozentsatz von Studierenden aus den Industrieländern gibt, einen sehr viel größeren Prozentsatz aber aus den sogenannten Entwicklungsländern.

Studierende, die hier versammelt sind, haben über ihr Studium berichtet, über die Art und Weise, wie sie aus ihrem Land heraus- und in unser Land hineinkamen und mit all den Schwierigkeiten fertig wurden, die damit verbunden sind, Deutsch zu lernen. Wir haben gehört, welche materiellen Hürden sie haben überwinden müssen und welche finanziellen Probleme sie noch immer haben. Sie haben über Probleme des Ausländerrechts und des Arbeitsrechts in unserem Land berichtet. Das, was mich am meisten beeindruckt hat war, dass sie - bei all den Schwierigkeiten, über die sie berichteten - gesagt haben, dass sie gern hierher gekommen sind, dass sie gern hier sind, dass sie gern in Deutschland studieren und dass sie den Kontakt mit ihren deutschen Kommilitoninnen und Kommilitonen, den Kontakt zu diesem Land nicht immer, aber an vielen Stellen genießen.

Wir haben uns immer in diesen beiden Tagen mit der Frage beschäftigt, ob denn die viel geforderte und viel beschriebene, in vielen Reden eingeforderte Internationalisierung der deutschen Hochschulen tatsächlich eingelöst wird und wir haben mitbekommen, dass noch viele Probleme zu lösen sind. Ich werde nachher versuchen, ein paar dieser Probleme aufzulisten, um daraus einige gemeinsame Forderungen entwickeln zu können.

Wir haben die Folgen des 11. September diskutiert und wir waren uns einig, dass die internationale Öffnung der Hochschulen, der Internationalismus in den Wissenschaftsbeziehungen nicht in Frage gestellt werden darf. Ich glaube wir sind uns auch einig, dass sich diejenigen, die politi-

sche Verantwortung tragen, die Hochschulen leiten oder als Studierende Funktionen zum Beispiel im AStA übernommen haben, gerade jetzt vor die ausländischen Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stellen sollen, um ihnen deutlich zu machen, dass sie auch in schwierigen Zeiten willkommen sind, dass wir alle mit ihnen und von ihnen lernen wollen. Es wäre gut, wenn die politisch Verantwortlichen auf die Betroffenen zugehen und sich Fragen stellen, die im Rahmen der Rasterfahndung aufgetreten sind. Das was an individueller Beratung und an Hilfestellung in Rechtsfragen in diesem Zusammenhang geleistet werden muss, das wollen wir als GEW versuchen anzubieten.

Diese Diskussionen sind notwendig. Sie sind gesellschaftspolitisch wichtig, weil wir mit der Zuwanderung, besser der Einwanderung, vor gravierenden sozialen Veränderungen stehen. Wir müssen alles tun, um das, was gesetzlich auf den Weg gebracht worden ist, vielleicht sogar in verbesserter Form zu realisieren. Die Einwanderung darf nicht zum Spielball populistischer Wahlkampfauseinandersetzungen verkommen. Dafür sind diese Fragen zu wichtig.

Nun zu den Forderungen, die in den Diskussionen konkret angesprochen worden sind. Ich möchte sie aufgreifen und Jürgen Zöllner um Stellungnahme bitten.

Der erste Punkt ist die 90-Tage-Regelung für die Beschäftigung von ausländischen Studierenden. Sie muss fallen. Sie hemmt so viele Entwicklungen, hat so viel Ärger hervorgebracht, dass wir diese Frage unbedingt aufgreifen müssen. Mein Vorschlag ist, dass jeder von uns einen Brief schreibt. Einen Brief an den Arbeitsminister Riester und den Ministerpräsidenten Beck mit der Forderung: „Die 90-Tage-Regelung muss weg!“ Am besten beschreibt ihr eure eigenen Erfahrungen mit dieser Regelung, damit diese Forderung auch konkret begründet wird. Eine Kommilitonin hat den Vorschlag gemacht, dass jeder in seiner Umgebung weitere zehn Studierende bittet, auch so einen Brief zu schreiben. Dann sind das vielleicht 1.000 solcher Briefe, und die müssen beantwortet werden. Die einfachste Beantwortung wäre, die alte 90-Tage-Regelung schlicht abzuschaffen. Das wäre der erste Vorschlag.

Der zweite Vorschlag ist, dass die Betreuung ausländischer Studierender, die Zusammenarbeit mit Tutorinnen und Tutoren in den Fachbereichen ausgebaut werden muss. Ich denke, dass das ein ganz wesentlicher Punkt

ist. Wenn immer wieder mit dem internationalen Wettbewerb argumentiert wird, dann sollte dabei gesehen werden, dass in Großbritannien an den Hochschulen die Studienerfolgsquoten auch deswegen besser sind, weil es dort Kleingruppenarbeit gibt, weil dort projektorientiert studiert werden kann und weil es dort Tutorinnen und Tutoren gibt, die diese Lerngruppen unterstützen.

Der dritte Punkt, den ich aufgreifen möchte, das ist die Arbeit der STUBEN, der Studienbegleitprogramme. Das ist eine ganz wichtige Arbeit, die dort gemacht wird. Vielleicht kann unser Votum dazu beitragen, dass diese Arbeit in Zukunft ausgebaut werden kann. Insbesondere das, was Torsten Jäger über die Öffnung der Schulen für die Erfahrungen und Kompetenzen von ausländischen Studierenden gesagt hat und das Projekt, das WUS daraus entwickelt hat, werden wir in der GEW aufgreifen.

Der vierte Punkt, das ist die Frage des Notfonds. Das ist eine Hilfsmaßnahme für in Not geratene ausländische Studierende, die man auf Landesebene realisieren kann, der sich aber auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellen sollte. Wir sitzen schon über 15 Jahre an dieser Frage und lassen nicht locker. Es gibt Notsituationen, in denen geholfen werden muss und das sollte zu menschlich vertretbaren Bedingungen geschehen. Dafür sollten Mittel bereitgestellt werden und ich fände es gut, wenn dieser Vorschlag durch ein klares Votum unterstützt würde.

Dieses sind nur vier Punkte aus der Vielzahl von Ideen und Überlegungen, die vorgeschlagen wurden und die in einen Forderungskatalog eingehen sollten, den GEW und WUS gemeinsam vertreten sollten. Wir möchten deshalb folgendes Verfahren vorschlagen: Wir stellen bis zum Ende dieses Monats die Forderungen, die hier vorgebracht worden sind, in der Form eines Thesenpapiers zusammen. Dann stellen wir diese Thesen ab 1. November auf den Internetseiten des WUS und der GEW zur Diskussion. Und Ihr alle seid, Sie alle sind dazu eingeladen, in den vier darauf folgenden Wochen - also bis Ende November - Anregungen, Ergänzungsvorschläge, Abänderungsvorschläge zu machen. Wir werden dann Ende November versuchen, die Ergebnisse zusammenzufassen. Das so entstehende Papier soll dann mit Bezug auf diese Tagung und unsere gemeinsamen Gespräche als Stellungnahme von WUS und GEW im Januar 2002 der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Bei dieser Zeitpla-

nung haben wir dann Möglichkeit, zusätzlich noch die Sondererhebung des Deutschen Studentenwerks zur sozialen Situation der ausländischen Studierenden mit einzubeziehen. Ich meine, dass wir damit unseren Anliegen zusätzlich Nachdruck verleihen können.

Mein letzter Punkt: Bei den Beratungen, die wir hier geführt haben, ist deutlich geworden, dass wir uns auch mit der internationalen Hochschulpolitik insgesamt auseinandersetzen müssen. Wir haben die Initiative GATE vorgeführt bekommen, die vom Bund, den Ländern und den Wissenschaftsorganisationen betrieben wird. Mein Eindruck ist, dass das, was dort geschieht, unserer kritischen Begleitung bedarf. Ich finde, dass das politische Motto ‚Kampf um die Köpfe‘ der Sache nicht angemessen ist. Das ist eine Verkürzung der Ziele und wird nicht dazu beitragen, dem Studienstandort Deutschland dauerhaft und nachhaltig Attraktivität zu verleihen. Wir sollten bedenken, dass der Braingain, den die Bundesrepublik haben möchte, immer auch Braindrain für die anderen Länder bedeutet. Es muss einen fairen Ausgleich zwischen Geben und Nehmen geben. Wer in unserem Land studiert und gearbeitet hat, der muss bei der Rückkehr in sein Heimatland gefördert werden. Die sehr egoistisch, kalt und pragmatisch geführte Diskussion über die arbeitsmarktpolitisch gewollte Weiterbeschäftigung ausländischer Hochschulabsolventen muss um den Gedanken der Kooperation erweitert werden. Der deutsche Arbeitsmarkt darf den Schwellen- und Entwicklungsländern nicht die qualifizierten Arbeitskräfte ‚weg-kaufen‘, die diese Länder für die Gestaltung ihrer Zukunft dringend benötigen.

Das zweite Thema, das politisch aktuell ist und meiner Meinung nach mehr Aufmerksamkeit verdient, ist der sogenannte ‚Bologna-Prozess‘. Die Diskussion, die an der Sorbonne in Paris unter vier Wissenschaftsministern begonnen hat, die in Bologna ausgeweitet worden ist zu einer Erklärung, die 29 europäische Kultus- und Wissenschaftsminister unterschrieben haben, die im Mai in Prag ergänzt worden ist und im Herbst 2003 in Berlin fortgesetzt werden soll. Ich fände es gut, wenn sich aus dieser Veranstaltung heraus ein Kreis bilden würde, der Lust hat, sich mit dem Bologna-Prozess auseinander zu setzen und unter anderem die Frage zu diskutieren, wie die mittel- und osteuropäischen Staaten in den Prozess einbezogen werden können, einen ‚europäischen Hochschulraum‘ zu schaffen.

Mein letzter Punkt - ich habe ihn schon in der Eingangsdiskussion angesprochen: Das, was die Welthandelsorganisationen unter der Überschrift ‚GATS‘ in den nächsten Wochen diskutieren wird - das nächste Treffen wird Anfang November in Doha stattfinden -, wird die Bildungs- und Wissenschaftspolitik weltweit beeinflussen. Vielleicht nicht gleich, aber mittelfristig auf alle Fälle. Dort geht es um Fragen, die ich versucht habe unter der Überschrift ‚Bildung als Ware‘, ‚Handel mit Bildung‘, ‚Privatisierung der Bildungsausgaben‘, ‚Privatisierung des Bildungssektors‘ zu beschreiben. Das sind Themen, die für uns alle sehr wichtig sind oder werden. Wir regen an, über eine Projektgruppe oder über Seminare die Auseinandersetzung mit ‚GATS‘ voranzutreiben. Denn so intransparent, wie dieses Thema gegenwärtig in der Bundesrepublik diskutiert wird, darf sich diese Entwicklung nicht vollziehen.

Soweit meine Zusammenfassung, meine Vorlage für den Minister. Ich bitte Sie, dazu Stellung zu beziehen.

Jürgen Zöllner, Staatsminister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz:

Herr Köhler, Herr Ghawami, meine Damen und Herren, ich bedanke mich als erstes für die Einladung. Ich bin gerne gekommen, und ich freue mich besonders, dass - wie ich gehört habe - mein Ministerpräsident, den sie alle ja noch mit einem Brief bedenken werden, ein interessantes und hochschulpolitisches Eingangsreferat gehalten hat. Dieser Themenbereich ist ein spezielles Anliegen der gesamten Landesregierung. Ich will die Punkte, die Herr Köhler angesprochen hat, um mein Feedback zu bekommen, gerne aufgreifen und auf sie eingehen, zunächst aber eine Vorbemerkung machen: Ganz sicher waren die deutschen Hochschulen - zumindest die, die gut waren - auch schon in der Vergangenheit international orientiert, und zwar aus den verschiedensten Gründen: Erstens, weil Wissenschaft und Forschung um ihrer Qualität willen per se international orientiert sein müssen. Zweitens aufgrund der Tatsache, dass Wissenschaftler, die in den Hochschulen Verantwortung tragen, natürlich eine Vielzahl von Kontakten in andere Länder haben. Das zieht fast automatisch die Offenheit der Hochschulen für ausländische Studierende nach sich. Und drittens - das hat Herr Köhler schon ganz richtig angesprochen - wird die diesbezügliche Positionierung der deutschen Hochschulen maßgeblich auch von außenpolitischen Gegebenheiten beeinflusst. Dabei spielten vor allen Dingen in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts Perspektiven der Entwicklungspolitik eine Rolle.

Ich sage gleich vorweg, dass der Grad der Internationalisierung deutscher und damit auch – das liegt in meinem Verantwortungsbereich – rheinland-pfälzischer Hochschulen aus meiner Sicht noch nicht befriedigend ist. Es gibt keinen Zweifel daran, dass wir hier eine andere Qualität erreichen müssen. Ich bin aber auch überzeugt, dass sich Entwicklungen in diese Richtung in Gang setzen werden. Ich glaube sogar, dass erste Veränderungen, die in Randbereichen in den letzten Zeiten erreicht worden sind, klare Hinweise dafür bieten, dass sich diese positive Entwicklung fortsetzen wird. Eine ganz andere Frage ist es, ob wir die Gründe, die zu diesen positiven Schritten führen, jedes Mal gutheißen müssen. Es gibt Rahmenbedingungen, die zwangsläufig zu Veränderungen führen müssen. Und die sind nach meiner festen Überzeugung in der Zukunft nicht mehr wie in der Vergangenheit in der Außenpolitik sondern vielmehr in der Innenpolitik zu suchen. Es geht um Veränderungen der Situation der Bundesrepublik Deutschland, die es erfordern, dass vor allem Hochschulen internationaler werden. Möglicherweise kann man sich mit den Gründen nicht anfreunden, aber man sollte sich trotzdem offen für die Entwicklungen zeigen. Ich will in diesem Zusammenhang gerne zwei oder drei Punkte aufgreifen, die Herr Köhler kritisch angesprochen hat. Und ich bitte sie noch mal ausdrücklich darum, zu verstehen, dass es überhaupt nicht mehr darum geht, ob man so was gut oder schlecht findet. Entwicklungen, die eintreffen - ob man sie will oder auch nicht will - muss man in ihren Auswirkungen genau analysieren, wenn man sachlichen Gegebenheiten Rechnung tragen will.

Als erstes bin ich der festen Überzeugung, dass der allgemeine Prozess der Globalisierung - und das ist kein leeres Schlagwort, hier tut sich etwas auf der Welt, was es in Vergangenheit nicht gegeben hat - zwangsläufig eine Öffnung von Institutionen wie den Hochschulen nach sich ziehen wird. Man wird bei dieser Globalisierung an allen Ecken und Enden und Kanten nicht mitspielen können, wenn man Öffnung und Internationalisierung nicht vorantreibt. Es gibt zwei weitere Komplexe, die massive Auswirkungen auf den Austausch von jungen Studierenden haben werden. Herr Köhler hat beide kritisch angesprochen, aus meiner Sicht sind es Dinge, die da sind und die man deshalb schlicht zur Kenntnis nehmen muss:

Es wird einen Wettbewerb geben, ob Herr Köhler ihn will oder nicht oder ob ich ihn will oder nicht. Es wird in Zukunft einen Wettbewerb um qualifizierte junge Studierende geben. Und der wird stark zunehmen. Ich

sage ihnen voraus: Es wird einen Kampf um die besten mathematischen, naturwissenschaftlichen und sonstigen Nachwuchsstudierenden auf dieser Welt geben. Und ich sage ihnen auch: Ich als für die rheinland-pfälzischen Hochschulen Zuständiger werde meine Kolleginnen und Kollegen vor Ort darin unterstützen, sich an diesem Wettbewerb zu beteiligen. Und zwar weil ich meine, dass er notwendig ist für die Weiterentwicklung der Fächer und weil ich meine, dass er notwendig ist in meinem Falle für den Standort Rheinland-Pfalz und wenn man bundesrepublikanisch denkt für den Standort Deutschland. Das mag in der Ursache nicht erfreulich sein. Ich sage ihnen aber weiter voraus, das wird sie als ausländische Studierende bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme und der Realisierung ihrer Ziele mehr unterstützen als alle Glaubensbekenntnisse von Politikern. Es wird einen richtigen Qualitätssprung bei den rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen geben und der ist im Ansatz auch schon erkennbar. Deswegen bin ich sicher, dass die 90-Tage-Regelung fallen wird. Schröders Green-Card-Initiative für Informatiker hat mehr bewirkt als alle flammenden Appelle von Hochschulpolitikern, dass wir eine andere Positionierung gegenüber jungen qualifizierten Menschen brauchen, die aus dem Ausland kommen. Daran können sie ablesen, was sich tun wird. Ich bin sicher, dass sich die Position der ausländischen Studierenden verbessern wird, es wird die Studienangebote verändern. Es wird überlebensnotwendig sein, dass man junge ausländische Studierende anders betreut als deutsche Studierende, wenn sie nach Deutschland kommen. Es wird überlebensnotwendig sein, dass man Lehrangebote zumindest in Englisch und in einigen anderen Fremdsprachen macht, um junge Menschen hier nicht an der Sprachbarriere scheitern zu lassen. Alles in allem, die Situation wird sich verbessern, bis hin zu den sozialen, finanziellen und sonstigen Voraussetzungen des Ausländerstudiums. Ich will die innenpolitischen Bedingungen als einen weiteren Punkt ansprechen, konkret innenpolitische Wettbewerbsgesichtspunkte. Ich bin ein Überzeugungstäter in Bezug auf die Bedeutung der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Sie wird in der Zukunft noch viel größere Bedeutung für den wirtschaftlichen Standort haben als in der Vergangenheit. Deswegen wird die Gesellschaft dort nachziehen und diesen Argumenten Rechnung tragen müssen. Die Ergebnisse dieses Prozesses werden letzten Endes Ergebnisse sein, die sich in der Mehrzahl der Fälle zu ihren Gunsten auswirken werden.

Es gibt einen anderen Bereich, der mir sehr viel mehr Sorgen macht, weil er aus meiner Sicht eine völlig unkontrollierte Perspektive eröffnet. Das ist das Thema ‚Bildung als Wirtschaftsfaktor‘. Es geht dabei um die Einkommenssituation von Gesellschaften oder Volkswirtschaften durch den Verkauf von Bildungsinhalten. Da gibt es einen engen Zusammenhang damit, wie in Deutschland in Zukunft die Frage der Studiengebühren gelöst werden wird. Auch da sollten wir Klartext reden: Es gibt nicht zu unterschätzende hochschulpolitische Kräfte in dieser Republik, die die Diskussion nach Studiengebühren offensiv führen. Machen wir uns nichts vor, diese Diskussion wird nicht geführt wegen der Langzeitstudiengebühren nach 14 Semestern, sondern sie wird in Wirklichkeit geführt wegen Studiengebühren ab dem ersten Semester und zwar nicht in der Größenordnung von 1000 Mark, sondern kostendeckend. Das ist das, worum es geht! Das zentrale Argument, das von einigen ausgesprochen wird, aber auch bei denen, die es nicht aussprechen, im Hinterkopf steckt, ist natürlich die Erschließung des Wissenschafts- und Bildungsbereiches als nationale Einnahmequelle. Verweis auf Australien, Verweis auf Amerika und Ähnliches. Das wird die Internationalisierung der Hochschulen und die Möglichkeiten ausländischer Studierender entscheidend beeinflussen. Ich halte die Gefahr, dass es zur Einführung von Studiengebühren in dieser Form kommen wird, für noch viel größer, als es gegenwärtig in der öffentlichen Diskussion schon durchschimmert. Es werden vielleicht Möglichkeiten geschaffen werden, vor allen Dingen qualifizierten jungen Menschen aus dem Ausland optimale Voraussetzungen zu bieten. Auf der anderen Seite aber wird das Bestreben, eine gute Ausbildungssituation auch zur Verbesserung der wirtschaftlichen Einkommenssituation einer Volkswirtschaft zu nutzen, Auswirkungen auch auf sie alle haben, die ich in ihren Einzelheiten noch gar nicht abschätzen kann. Der Versuch, unsere Diskussionen ehrlich zu betreiben, nötigt mich aber, auch diesen Punkt wenigstens anzusprechen.

Lassen sie mich jetzt am Schluss noch etwas zu den vier Punkten sagen, die Herr Köhler konkret angesprochen hat und die ihnen ein besonderes Anliegen sind:

Bei der 90-Tage-Regelung habe ich keinerlei Schwierigkeiten, ihren Wünschen zu folgen. Ich kann ihnen versichern, dass ich das unterstützen werde, weil ich es als vernünftig erachte. Ich will mir nur die Bemerkung nicht verkneifen, dass diese Forderung nach meiner festen Überzeugung auch für meinen Ministerpräsidenten kein Problem ist. Sie sollten also

den Brief an ihn in dem Sinn formulieren, dass sie ihn bitten, sich in seiner Funktion als Präsident des Bundesrates für die Streichung der 90-Tage-Regelung einzusetzen.

Ich folge ihnen auch bei ihrer Forderung nach dem Ausbau von Tutorien, obwohl ich skeptisch bin, dass andere Länder mit möglicherweise günstigeren Tutoren-Situationen generell eine bessere Ausbildung garantieren. Ich glaube nämlich, dass die Ausbildung in Deutschland trotz aller ihrer Mängel noch immer überdurchschnittlich und sehr wohl international wettbewerbsfähig ist. Es gibt dennoch überhaupt keinen Zweifel, dass wir hier etwas tun müssen. Nicht jeder braucht zusätzliche Betreuung durch Mentoren, Tutoren oder was es da alles gibt. Solche Unterstützungen müssen gezielt eingesetzt werden. Die Betreuung von Studierenden, die frisch aus dem Ausland gekommen sind, ist dabei ein ganz wichtiger Aufgabenbereich.

Auch bei den Studienbegleitprogrammen habe ich überhaupt keine Vorbehalte. Ich habe meine allgemeinen Vorbemerkungen gemacht, um deutlich zu machen, dass jedes Bundesland und die Bundesrepublik Deutschland insgesamt aus den übergeordneten Gründen gut beraten ist, solche Aktivitäten zu unterstützen.

Dasselbe gilt auch für den oder die Notfonds. Ich erwarte dann freudig den Brief von Herrn Ortseifen, aber ich gehe davon aus, dass auch ihm bewusst ist, dass es sich nicht um strategische Entscheidungen handelt, wenn Finanzvolumina verändert werden sollen. Es handelt sich vielmehr um ein Wechselspiel mit Ressourcen, die im Augenblick von staatlicher Seite nicht in dem Maße zur Verfügung gestellt werden können, wie wir alle uns das wünschen. Man muss deshalb Abwägungsprozesse führen. Der Betroffene muss sich melden und dann muss man sehen, was man im Einzelfall machen kann.

Insgesamt bin ich - ich versuche am Schluss noch mal den Bogen zu schlagen - optimistisch. Ich bin optimistisch, dass sich aus rein egoistischen Gründen des Standortes Deutschland die generellen Rahmenbedingungen für ausländische Studierende in der nahen Zukunft schnell und umfassend verbessern werden. Ich bin optimistisch, weise aber noch einmal in aller Emotionslosigkeit darauf hin, dass die Gründe und Ursachen für diesen Prozess sehr egoistischen Perspektiven entspringen. So ist das Leben! Lieber Gerd Köhler, wir kennen uns gut genug: Ich habe

kein Problem, mich damit zu identifizieren, dass der Motor des Ganzen die Sehnsucht nach Kooperation sein sollte. Ich habe aber in elf Jahren Verantwortung in der Politik die Illusion verloren, dass Erfolgswahrscheinlichkeiten durch den Motor ‚Kooperation‘ höher sind als durch den Motor ‚Egoismus‘, der evolutionäre Vorteile im Wettbewerb erhaschen will. Dann wiederum bin ich kalt genug zu sagen: Das macht mir nichts aus. Dann nehme ich für die Weiterentwicklung im richtigen Sinne auch den Motor in Kauf, der nach den Gesichtspunkten von Wettbewerbsvorteilen funktioniert. Denn den halte ich für gegeben. Soweit von mir.

Gerd Köhler, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW):

Es reizt mich natürlich mächtig, gleich darauf zu antworten, aber erst ist Kambiz Ghawami dran.

Dr. Kambiz Ghawami, World University Service (WUS) - Deutsches Komitee e.V.:

Kurz aus meiner persönlichen Erfahrung vor elf Jahren, als Minister Zöllner hier in Rheinland-Pfalz die Verantwortung für den Hochschulbereich übernahm: Wir hatten gleich - ich glaube in der zweiten Woche nach Amtsantritt - die Gelegenheit, mit ihm, einigen ausländischen Studierenden und dem Leiter des Studienkollegs hier in Mainz ein Gespräch zu führen. Er war seinerzeit sehr überrascht, was es an Missständen gibt, die es eigentlich nicht geben dürfte. Damals hat er das in relativ kurzer Zeit abgestellt, hat einige Verbesserungen eingeführt und uns auch in dem Gespräch damals einiges vorhergesagt. Und vieles von dem, was er seinerzeit vorausgesehen hat, viele Fehlentwicklungen insbesondere, haben sich tatsächlich bewahrheitet.

Wenn Prof. Zöllner, der Staatsminister, jetzt sagt, dass egoistische Überlegungen uns den Schub verleihen werden, dann kann ich sagen: Das ist richtig. Nur: Welchen Schub brauchen wir und in welche Richtung? Ich möchte die Globalisierung, die Herr Prof. Zöllner angesprochen hat und die tatsächlich kein leeres Schlagwort ist, von einem ganz anderen Ende her andenken. Es gibt die Verabredung der Staatengemeinschaft - auch des deutschen Bundeskanzlers -, die 1992 auf der Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro getroffen wurde. Damals wurde dieser - man kann mittlerweile sagen neomodische - Begriff der Nachhaltigkeit in die Debatte eingeworfen. Ich möchte gar nicht auf die Gruppe ausländischer Studierender oder auf das Thema Wettbewerb um die besten Köpfe eingehen, sondern vielmehr an den Egoismus der hiesi-

gen Gesellschaft appellieren, sich anzusehen und zu überlegen, welche Studieninhalte die deutschen Hochschulen nach wie vor vermitteln. Minister Zöllner sprach von der Qualitätssicherung, dass hier Einiges im Argen liegt, dass hier Einiges verbessert werden muss. Wenn ich mir verschiedene Fachbereiche anschau und die gesellschaftlichen Kosten, die diese Fachbereiche letztendlich mit zu verantworten haben - Stichwort zum Beispiel ‚Die Krise, das Chaos, der Bankrott im Gesundheitswesen‘ -, dann kann ich nur sagen, dass er auch hier Recht hat. Wir haben an den deutschen Hochschulen - da ist Rheinland-Pfalz leider auch keine Ausnahme - im Fachbereich Medizin noch immer eine Lehre der Apparatedizin, der Kurativmedizin. Die Kosten, die diese Medizin verursacht, sind allen bekannt, sie können einfach nicht mehr aufgebracht werden. Das Gesundheitssystem ist in einer tiefgreifenden Krise. Wenn wir jetzt wiederum den Gedanken der Nachhaltigkeit aufgreifen, zu dem sich die Staaten, unter anderem auch Deutschland, verpflichtet haben, wäre die notwendige Konsequenz, dem Gedanken der Prävention auch in der Mediziner Ausbildung einen absoluten Vorrang zu geben, also eigentlich dafür sorgen, dass die Menschen nicht krank werden, dass ihre Lebensbedingungen andere sind.

Anderes Beispiel aus den Ingenieurwissenschaften: die Energietechnik. Wenn ich mir ansehe und anhöre, was an den deutschen technischen Universitäten gelehrt wird, so bleibt nur festzustellen, dass die Techniken, die den Studierenden vermittelt werden, gut dreißig oder vierzig Jahre hinter dem herhinken, was ich als zukunftsfähige Grundphilosophie bezeichnen möchte. Da wird noch immer auf die zentrale Energieversorgung gesetzt, anstatt innovative High-Tech-Ansätze für eine dezentrale Energieversorgung zu vermitteln. Und das geschieht hier in Deutschland, in einem Land, in dem es alle technischen Voraussetzungen für eine moderne Energieversorgung gibt. Es gibt die Technik, aber in der Lehre wird nicht das vermittelt, was der Stand der Technik möglich macht. Auch das ist nur ein Beispiel. Nehmen Sie den Fachbereich Bauwesen, nehmen Sie den Fachbereich Architektur: Man könnte den Kanon der deutschen Fachbereiche durchgehen und feststellen, dass die Antworten auf die Anforderungen der Zukunft in der globalisierten Welt immer noch ausstehen. Und wenn ich von Egoismus spreche, dann muss man auch berücksichtigen, dass sich der Arbeitsmarkt globalisiert.

Ich möchte nicht etwas ganz Besonderes für ausländische Studierende, denn auch für die deutschen Absolventen sind die Anforderungen, die der Arbeitsmarkt stellt, heute ganz andere als vor vielleicht zwanzig Jahren. Wenn wir uns erinnern: Der Vertreter von Daimler-Chrysler hat gestern ja bestimmte Kompetenzen eingefordert, die Absolventen haben müssen, zum Beispiel Teamfähigkeit, Fähigkeit zur Mitarbeit in internationalen Arbeitsteams. Das sind Kompetenzen, die an den deutschen Hochschulen nach wie vor nicht vermittelt werden. Aus dieser Ecke her gedacht wird es wahrscheinlich ein sehr magerer Bericht werden, den die Bundesrepublik in der Folgekonferenz Rio plus zehn im nächsten Jahr im September in Südafrika, in Johannesburg abliefern wird. Nicht umsonst, sondern weil die Alarmzeichen sehr deutlich sind, hat die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ihre Landeskollegen - hier in Rheinland-Pfalz ist das qua Zuständigkeit der Innenminister - für Januar nächsten Jahres eingeladen, um gemeinsam zu überlegen, was in den letzten zehn Jahren im Hinblick auf die Umsetzung der Aufträge von Rio geschehen ist. Man wird wahrscheinlich zu dem Ergebnis kommen, dass sich an den Hochschulen wenig verändert hat, dass von den Hochschulen, wenn man über Nachhaltigkeit spricht, jetzt vielleicht berichtet werden kann, dass man in den Mensen fair gehandelten Kaffee verkauft und dass man die Wärmedämmung der Gebäude verbessert hat. Alles das sind wichtige Initiativen, aber im Kern, im Hinblick auf die Inhalte, die vermittelt werden müssen, wenn man nachhaltig in der Globalisierung bestehen will, wird man wenig berichten können.

Im Gegensatz zu anderen Nationen, gerade auch in afrikanischen und in lateinamerikanischen Ländern. Dort haben sich die Hochschulen dieser Herausforderung angenommen, ihre Curricula entsprechend verändert und an die Realitäten ihrer Länder angepasst. Und an diesem Punkt kommen wir zu dem, was Gerd Köhler zurecht ansprach, was auch der Minister ansprach: Die Welthandelsrunde in Doha im November diesen Jahres. Wenn es zu diesen Diskussionen und Verdrängungsprozessen kommen wird, werden solche Ansätze nationaler Wissenschaftspolitik, die den Realitäten der Länder gerecht werden, mit Sicherheit wieder verdrängt werden. Es wird quasi zu einer - mit allem Respekt vor denjenigen, die das mögen, über den Rhein hinweg gibt es sogar einen Ministerpräsidenten, der diesen Etablissements kulinarische Highlights zuschreibt - McDonaldisierung der Wissenschaften kommen. Und das wäre fatal! Von diesem Ende her gedacht, denke ich, Herr Minister, Egoismus ist richtig, aber welcher Egoismus? Wir müssen weiter denken. Wir müs-

sen, ob wir es mögen oder nicht, den Gedanken der Nachhaltigkeit in das Zentrum unserer Überlegungen setzen. Wenn das geschieht - da gebe ich Ihnen auch aus der Erfahrung mit ihren Prophezeiungen vor elf Jahren - hundertprozentig recht, dann wird der Schub uns dahin führen, dass wir gemeinsam feststellen können: Die Rahmenbedingungen haben sich verändert, haben sich verbessert. Und dann wird es auch keine Notwendigkeit mehr geben, etwas ganz Spezielles für ausländische Studierende zu diskutieren, denn die Frage der Internationalisierung der Hochschulen, wie ich sie verstehe, betrifft die Studierenden insgesamt.

Gerd Köhler, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW):

Vielen Dank, Kambiz Ghawami. Ich möchte noch einmal auf den Vorwurf zurückkommen, dass die deutsche Politik in der GreenCard-Auseinandersetzung egoistisch handle. Weil die Nachwuchspolitik im eigenen Land sträflich vernachlässigt worden ist, soll jetzt der Mangel an Ingenieuren und Informatikern durch den ‚Einkauf‘ auf dem internationalen Arbeitsmarkt ausgeglichen werden. Krisenmanagement zu Lasten Dritter, so meine These. Ich hatte die Möglichkeit, in den letzten Monaten in Tschechien, in Polen und in Ungarn über die Frage von Braindrain und Braingain zu diskutieren. Die Leute aus den Hochschulen haben dort gesagt: ‚Wir haben zwar volles Verständnis für Euer Egoismus und dafür, dass Ihr uns unsere *High-Potentials* abkaufen wollt. Aber: Was ist mit uns? Wie sollen wir die Kriterien für die EU-Erweiterung schaffen, wenn die Leute, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung bei uns vorantreiben sollen, von Euch abgeworben werden?‘ Anders gefragt: Wie sollen die Länder in der südlichen Hemisphäre faire Entwicklungschancen bekommen, wenn ihnen die guten Leute vom Norden weggekauft werden? Verständlicherweise sind sie dagegen, dass ihnen dann - hier schließt sich der Kreis - im Rahmen des GATS das ‚Wahre, Gute und Schöne‘ aus dem Norden geliefert wird. Ein ganz kleines Beispiel: Die Virtual University in Afrika. Da bieten die Amerikaner den Leuten im Kern eine virtuelle Universität inklusive der entsprechenden Hardware an und auf die berechtigte Frage: ‚Wo bleiben denn dann unsere eigenen Überlegungen in Sachen Geschichte, Wirtschaft, Sozialentwicklung und Ähnliches?‘ bekommen sie die Antwort: ‚Liefere wir mit!‘. Also: Software auch! Das schafft Ungleichgewichte in der Entwicklung, das schafft vorhersehbar verteilungspolitische Auseinandersetzungen. Und die werden nicht so ausgehen, dass die Länder, denen die guten Leute abgeworben worden sind, dann sagen: ‚Ihr wart besser. Ihr habt den Wettbewerb gewonnen. Wir werden uns damit abfinden müssen,

dass wir die Verlierer sind.* Die werden überhaupt nicht zufrieden sein damit. Und wenn wir eine friedliche, eine sozial verträgliche Entwicklung haben wollen, dann müssen wir überlegen, wie Süd *und* Nord von dieser Entwicklung profitieren können. Dieser Interessensausgleich wird nicht durch Wettbewerb, sondern nur durch Kooperation vernünftig zu gestalten sein. Das ist meine Meinung, lieber Jürgen Zöllner und wir kennen uns lange und gut genug, um diese Differenzen auszuhalten.

Jürgen Zöllner, Staatsminister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz:

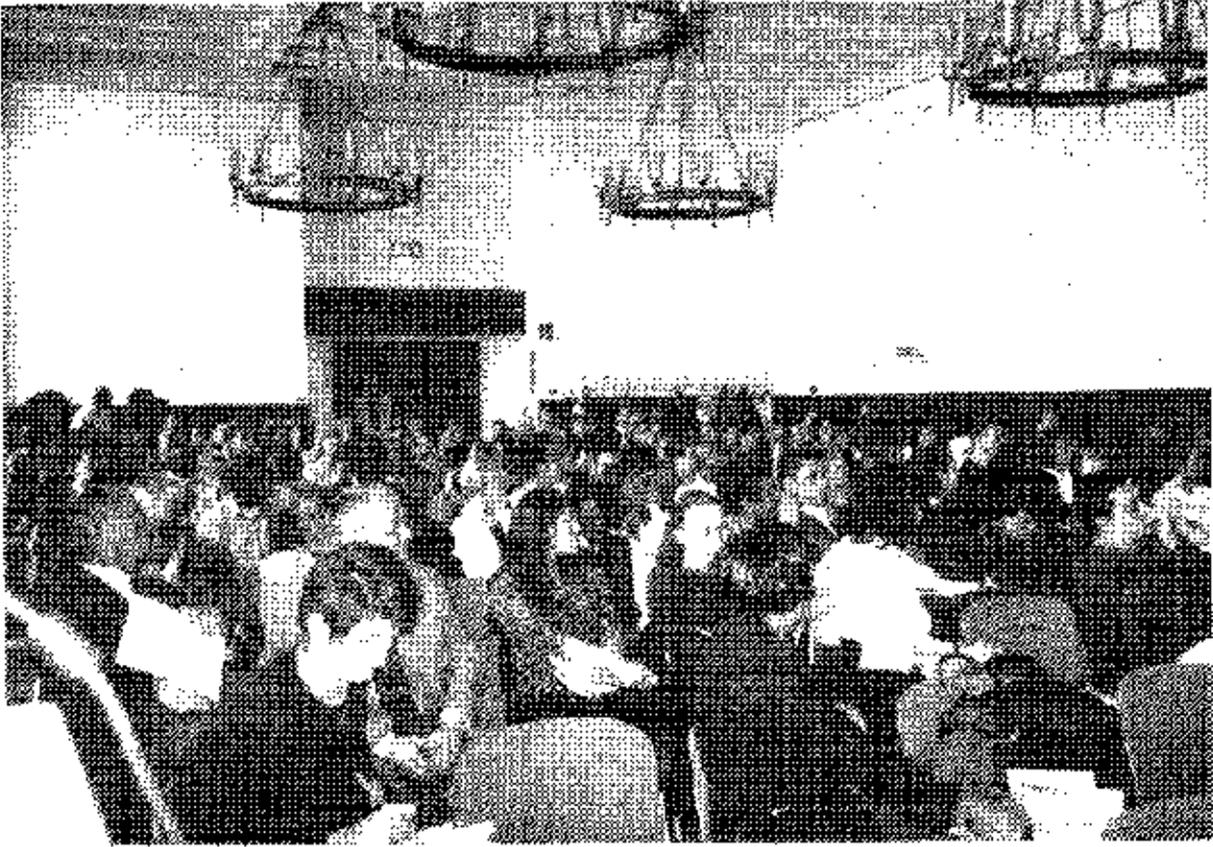
Das Charmante daran ist, dass ich ihm meine Meinung zur Sache gar nicht sagen muss. Das Problem hat Herr Köhler durch sein persönliches Statement zu Kooperation aber nicht berührt. Wie funktioniert das denn wirklich? Sie können es ganz einfach überschlagen. Es ist von 190.000 ausländischen Studierenden die Rede, ich runde mal auf 200.000 auf. Sie können davon ausgehen, dass das im Durchschnitt niedrig gegriffen Kosten in einer Größenordnung von 5000 DM pro Semester und Studierenden bedeutet. Das sind summa summarum ungefähr zwei Milliarden Mark pro Jahr. Wer meint, dass diese Summe durch stärkeres Engagement einer Volkswirtschaft, wie es meiner Meinung nach notwendig wäre, verdoppelt werden kann, ohne dass dabei ein spürbarer Nutzenrückfluss entsteht, der ist für mich ein liebenswerter Mensch, mit dem ich persönlich sehr viel zu tun haben möchte. Aber er wird nichts durchsetzen. Das muss man realistisch sehen. Die gewaltigen zusätzlichen Anstrengungen in diesem Bereich – und wir müssen uns nicht darüber streiten, dass die notwendig sind – sind nur möglich, wenn sie sich letzten Endes mit Gewissheit für die gesamte Volkswirtschaft auszahlen. Und jetzt sage ich Ihnen noch was. Ich habe ein gutes Gewissen. Rheinland-Pfalz ist in der Hochschullandschaft nicht auf Daunen gebettet. Wir sind ein armes Land. Aber ich habe das Gefühl, dass es viel schlechter sein könnte. Und trotzdem habe ich es in den letzten elf Jahren, in denen ich politische Verantwortung trage, nicht geschafft, meine Kollegen im Landtag oder in den Kommunen vom Stellenwert der Wissenschafts- und Hochschulpolitik zu überzeugen. Das sind alles keine Wissenschaftspolitiker, ob CDU, SPD oder FDP. Sie glauben doch nicht, sie könnten diesen Politikern den Stellenwert der Wissenschaft - und das hat mit ausländischen Studierenden jetzt gar nichts mehr zu tun - innerhalb einer Volkswirtschaft oder in Rheinland-Pfalz dadurch vermitteln, dass sie erklären, welche Bedeutung die Wissenschaft in dem Paradigmenwechsel dieses Jahrhunderts hat, dass das Ganze schön ist, Spaß macht oder Ähn-

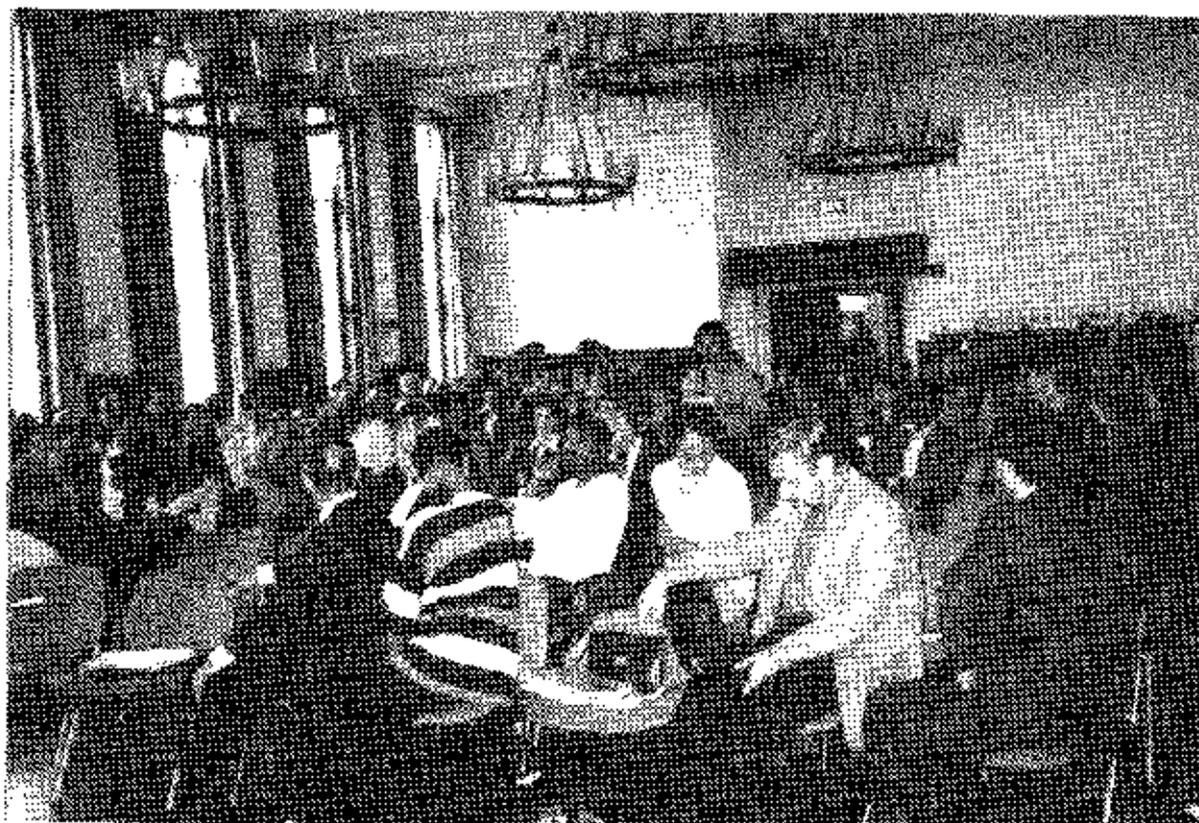
liches. Die lachen sie nur aus. Sie müssen denen schlicht und einfach sagen: Das ist ein Standortvorteil für dich. Du kannst in Bad Kreuznach oder Trier wirtschaftlich profitieren, wenn du eine Fachhochschule hast. Das gibt einen Boom vor Ort. Und dann kannst du - sagen wir - als Kaiserslauterer endlich Pirmasens überflügeln. Und daraufhin strengen die Pirmasenser und die Kaiserslauterer sich an, damit sie Hochschulstandort sind und lobbyieren bei ihren Abgeordneten, dass ich am Schluss 3,50 DM mehr kriege.

Gerd Köhler. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW):

Letzte Bemerkung von mir dazu: Ich bestreite nicht, dass es so ist. Aber wenn das die einzige Perspektive wäre, dann wäre mir bange um die Zukunft. Zum Abschluss dieser zweitägigen Tagung wollte ich noch einmal aufzeigen, dass all die Fragen, die wir diskutiert haben, eminent wichtige gesellschaftspolitische Fragen sind. Dass sie im lokalen, wie im regionalen, wie im internationalen Rahmen ganz viel mit verteilungspolitischen Fragen zu tun haben. Wir müssen uns mit diesen Fragen auseinandersetzen.

Es bleibt mir zum Ende unserer Konferenz, mich bei Jürgen Zöllner und bei Kambiz Ghawami für die Schlussrunde zu bedanken. In unser aller Namen möchte ich mich auch bei Herrn Klemm vom hiesigen Studentenwerk bedanken, das sehr viel dazu beigetragen hat, dass wir in einer sehr gelassenen Atmosphäre haben tagen können. Dank gilt auch der Universitätsverwaltung, der Landesregierung Rheinland-Pfalz und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie dem Bildungs- und Förderungswerk der GEW für die finanzielle Unterstützung. Unser Dank gilt aber auch Kambiz Ghawami, Mehdi Jafari Gorzini, Torsten Jäger, Brigitte Eschenbach und Ines Nindelt, die im Stillen die organisatorischen und inhaltlichen Voraussetzungen für diese Tagung geschaffen haben. Ich hoffe es geht Ihnen wie mir, ich finde, die zwei Tage haben sich gelohnt. Ich habe Lust, diese Fragen weiter zu behandeln und wünsche mir, dass wir das zusammen tun. Vielen Dank, kommen Sie gut nach Hause.





*der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz von Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft und World University Service*

*„Internationalisierung der Hochschulen –
ohne ausländische Studierende?“
am 5. und 6. Oktober 2001 in Mainz*

**Die internationale Öffnung der deutschen Hochschulen darf nicht
gefährdet werden**

Den Studienstandort Deutschland für ausländische Studierende attraktiver zu machen bedeutet weit mehr als nur die Einführung international vergleichbarer Bachelor- oder Master-Abschlüsse. Eine nachhaltige Internationalisierung der deutschen Hochschulen erfordert auch die sorgsame Durchsicht der dort vermittelten Studieninhalte unter dem Gesichtspunkt globaler Anforderungen sowie die kritische Analyse und Verbesserung der sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen des

Ausländerstudiums in Deutschland. Die Hochschulen als Teil der bundesdeutschen Gesellschaft sind nicht frei von Diskriminierungen und Ausländerfeindlichkeit. Es besteht Handlungsbedarf.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der von Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und World University Service (WUS) organisierten Konferenz „Internationalisierung der Hochschulen – ohne ausländische Studierende?“, die am 5. und 6. Oktober 2001 in Mainz stattfand, richten die folgenden Forderungen an die Wissenschaftsministerien der Länder, das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie an die Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland.

Verbesserungen der rechtlichen Rahmenbedingungen des Ausländerstudiums in der Bundesrepublik Deutschland

- Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten ausländischer Studierender zum Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland durch ersatzlose Aufhebung der „90-Tage-Frist“.
- Erleichterung der Einreisekriterien für ausländische Studierende durch Wegfall oder Modifizierung des bislang geforderten Finanzierungsnachweises in Höhe von ca. 6.000 EURO.
- Zügige Verabschiedung eines Zuwanderungs- und Integrationsgesetzes, das die Interessen der Zuwanderungsgesellschaft und die Interessen der Herkunftsländer ausländischer Studierender unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten ausbalanciert.
- Fristgerechte Umsetzung der Anti-Diskriminierungsrichtlinie des Europäischen Rates vom 29. Juni 2000 in nationales Recht.
- Institutionalisierung von Anti-Diskriminierungsbeauftragten an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland.
- Beibehaltung der Gebührenfreiheit für die Hochschulausbildung.

Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen des Ausländerstudiums in der Bundesrepublik Deutschland

- Erhalt und Ausbau von Betreuungs- und Stipendienprogrammen, insbesondere der Studienbegleitprogramme für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika (STUBE) durch die Länder.
- Erweiterung bereits bestehender und Aufbau neuer Tutor/innenprogramme für ausländische Studierende an den Hochschulen.
- Einrichtung eines studentischen Notfallfonds durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zur Intervention bei kurzfristigen sozialen Notlagen ausländischer Studierender.
- Nutzung der Ressourcen ausländischer Studierender für die Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Ausrichtung der Studieninhalte an dem Gedanken der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit im internationalen Kontext und vermehrte Vermittlung interkultureller Kompetenzen

- Der globalisierte Arbeitsmarkt fordert von deutschen wie von ausländischen Studierenden internationale Kompetenzen und Qualifikationen, die an den Hochschulen nach wie vor nur unzureichend vermittelt werden. Durch eine Reform der Lehr- und Studieninhalte muss auch den je spezifischen Studieninteressen der ausländischen Studierenden Rechnung getragen werden.
- Der von vielen Politikern ausgerufene „Kampf um die Köpfe“ darf nicht dazu führen, dass der „brain gain“ in den Industrieländern zu einem weiteren „brain drain“ in den Entwicklungs- und Schwellenländern führt. Daher müssen Programme zur Förderung der Reintegration von in Deutschland ausgebildeten Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern fortgesetzt und ausgebaut werden.

- Die Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) im Rahmen des General Treatment on Trade in Services (GATS) dürfen nicht dazu führen, dass Bildung zur Ware verkommt und die Privatisierung von Bildung und Wissenschaft zunimmt.
- Wer eine demokratische und sozial gerechte Lösung der Probleme von Armut und Hunger, von Umweltzerstörung und Krieg erreichen will, der muss Alle am wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt beteiligen. Jeder muss sein Recht auf Bildung auch einlösen können.

Klares Bekenntnis der Hochschulen, der Hochschulorganisationen und der Politik zum Ausländerstudium in der Bundesrepublik Deutschland

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz bekennen sich auch und gerade vor dem Hintergrund der Ereignisse des 11. September 2001 in New York und Washington zur sozialen und internationalen Öffnung der Hochschulen. Auch wenn einige ausländische Studierende ihr Gastrecht an deutschen Hochschulen missbraucht haben, lehnen sie jeden Generalverdacht gegenüber Studierenden aus den arabischen Ländern ab. Sie stellen sich vor diejenigen, die grenzüberschreitend lernen wollen oder müssen, weil sie in ihren Herkunftsländern keine Chance für eine qualifizierte Ausbildung bekommen können oder verfolgt werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Mainzer Konferenz erwarten ein solch klares Bekenntnis auch von den Hochschulen, den Hochschulorganisationen und der Politik.

*Torsten Jäger,
World University Service (WUS) – Deutsches Komitee e. V.*

Rassismus und Diskriminierung gegenüber ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen - Ergebnisse einer Umfrage des World University Service (WUS)



Bis zum 13. Juni 2001 bei WUS
eingegangene Fragebögen:
Befragungszeitraum:

1.037 Stück
12.10.2000 bis 13.06.2001

Methodik

Der von WUS entwickelte qualitative Fragebogen hatte die Intention, rassistisch motivierte Gewalterfahrungen physischer und verbaler Art sowie strukturelle und willkürliche Diskriminierungserfahrungen ausländischer Studierender innerhalb und außerhalb der Hochschulen zu erheben. Zielgruppe war die Gesamtheit aller ausländischen Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Beschränkung auf so genannte Drittstaatler und der Ausschluss von Bildungsinländern wurde insbesondere aufgrund zu erwartender Vermittlungsprobleme (mittelbare Ausbreitung der Erhebungsbögen) nicht vorgenommen. Insbesondere hinsichtlich der Frage nach strukturellen Diskriminierungserfahrungen innerhalb der Hochschule liegt hierin ein deutlicher Schwachpunkt der Befragung. Eine Differenzierung zwischen beiden Gruppierungen wäre

ein wesentlicher Gesichtspunkt einer weiterführenden und vertiefenden Untersuchung zu der Thematik dieser Befragung.

Innerhalb einer Pre-Test-Phase (12. Oktober 2000 bis 24. November 2000) wurde der Fragebogen als Anlage eines persönlichen Anschreibens an insgesamt 51 ausländische Studierende in Hessen versandt, die WUS aufgrund regelmäßiger Teilnahme an Wochenendseminaren und Akademien bekannt waren. Die Ergebnisse des Pre-Tests legten nahe, die Umfrage auf der Basis des entwickelten Fragebogens sowohl quantitativ als auch regional auszuweiten. Mit Anschreiben vom 13. Januar 2001 wurde der Fragebogen daher bundesweit an Studierendenvertretungen (ASTen), Hochschulberatungsstellen, Betreuungseinrichtungen, Ausländische Studierendenvereinigungen und andere Hochschuleinrichtungen mit dauerhaftem Kontakt zu ausländischen Studierenden mit der Bitte versandt, den Fragebogen zu vervielfältigen und an ausländische Studierende weiterzuleiten. Verbunden hiermit war weiterhin die Bitte an die identifizierten Multiplikatoren, Studierende auch über die Intention der Befragung in Sinne des Anschreibens vom 13. Januar 2001 zu informieren.

Zur Konzeption des Erhebungsbogens

Bei der Erhebung der persönlichen Daten (Name, Anschrift, Herkunftsland, Hochschule und Bundesland) war es den Befragten freigestellt, Angaben zu Name und Anschrift vorzunehmen oder dies zu unterlassen. Beide Angaben waren für das der Befragung zugrunde liegende Erkenntnisinteresse verzichtbar. Sie wurden dennoch erhoben, um solche Befragte, die durch die positive Beantwortung der abschließenden Frage 6 („Haben Sie Interesse daran, Ihre Erfahrungen zum Thema Rassismus und Diskriminierung mit anderen ausländischen Studierenden im Rahmen eines Seminars auszutauschen und über Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren?“) ihr Interesse an der persönlichen Mit- und Weiterarbeit an der Thematik (auf der Grundlage der Befragungsergebnisse) erkennen ließen, im Nachgang der Befragung kontaktieren zu können. Da ein Teil der Befragten diese freiwilligen Angaben nicht tätigte und auf eine anonymisierte Erhebung des Geschlechts verzichtet wurde, ist es nicht abschließend möglich, die Geschlechterverteilung der an der Umfrage Beteiligten verlässlich zu ermitteln (siehe hierzu: Auswertung der Befragungsergebnisse). Der Verfasser verwendet bei der Darstellung der Aus-

wertung der Befragungsergebnisse daher terminologisch ausschließlich den maskulinen Sexus.

Verpflichtend waren die Angaben zu Herkunftsland, Hochschule und Bundesland. Es war ein wesentliches Erkenntnisinteresse der Befragung, Aussagen zur regionalen Verteilung von rassistisch motivierten Gewalt- oder Diskriminierungserfahrungen ausländischer Studierender in Deutschland treffen zu können. Diese Daten waren daher unbedingt zu erheben.

Mit Ausnahme der Frage 6. waren die Fragen offen formuliert. Die Befragungsgegenstände unterliegen zu einem nicht unerheblichen Teil der subjektiven Bewertung der Befragten. Daher erschien es sinnvoll, Gewalt- oder Diskriminierungserfahrungen in einem Kontext schildern zu lassen und nicht im Multiple-Choice-Verfahren abzufragen.¹

Vorbemerkungen

- Trotz der quantitativ umfangreichen Datenbasis von insgesamt 1.037 Fragebögen ist unbedingt darauf hinzuweisen, dass die im Folgenden dargestellten Ergebnisse nicht als repräsentativ gewertet werden dürfen. Es ist nach Auffassung des Verfassers davon auszugehen, dass die Bereitschaft zur Beteiligung an einer Umfrage zu Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen maßgeblich von dem Gefühl beeinflusst wird, zu dieser Thematik „etwas beizutragen zu haben“. Die Ergebnisse dürften damit „zugunsten“ eines Bildes „verfälscht“ werden, das Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen als in der (Alltags-)Realität ausländischer Studierender so nicht existierende Normalität erscheinen lässt. Darüber hinaus ergibt sich aus der Auswertung der Angaben zur Person (insbesondere nach Herkunftsregion der Studierenden und dem Bundesland, in dem sie studieren [siehe Auswertung der Befragungsergebnisse]), dass von einer repräsentativen Umfrage nicht gesprochen werden kann: Teilweise ergeben sich erhebliche Differenzen zwischen der erhobenen Datenbasis und den tatsächlichen Verteilungen der Gesamtzahl ausländischer Studierender in Deutschland nach Her-

¹ Zur Problematik der Subjektivität siehe auch die folgenden „Vorbemerkungen“.

kunftsregion und Studienbundesland. Diese Abweichungen resultieren unter anderem aus den unterschiedlichen Kooperationsgraden der angeschriebenen und um Verteilung gebetenen Multiplikatoren. Ebenfalls ist darauf hinzuweisen, dass die Ergebnisse des ausschließlich auf Hessen bezogenen Pre-Tests in die im Folgenden dargelegten Ergebnisse eingegangen sind. Auch hieraus ergeben sich Verschiebungen (z.B. die deutlich überhöhte Datenbasis für das Studienland Hessen). Es wird daher ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Ergebnisse der Befragung lediglich als Indikatoren für das Vorhandensein massiver Probleme mit Rechtsextremismus und Diskriminierung im Hinblick auf ausländische Studierende aufzufassen, keinesfalls aber die ermittelten Prozentzahlen auf die Gesamtheit der ausländischen Studierenden zu übertragen sind. Mittelfristig ist anzustreben, der nunmehr vorliegenden vorwiegend quantitativen Auswertung der Befragung auch eine qualitative Auswertung folgen zu lassen.

Es ist nicht mehr und nicht weniger als eine (erschreckende) Vielzahl von Einzelfällen, die diese Befragung erfassen musste. Ob sich diese Einzelfälle in den Erfahrungen der Gesamtheit ausländischer Studierender zu einer Fläche zusammenfügen, muss letztlich offen bleiben.

- In genereller Ermangelung fester Kriterien zur Ermittlung von Diskriminierung und rassistisch motivierter Gewalt musste die subjektive Dimension jeweils bereits in der Fragestellung klar herausgestellt werden. Es ist daher an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die Ergebnisse ausschließlich und von den Bearbeitern in keinem Fall redigiert auf den Aussagen ausländischer Studierender beruhen und somit ein höchst subjektives Bild ergeben. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Studierende Diskriminierungs- oder Gewalterfahrungen in einen weltanschaulichen Kontext von Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit stellen, der so nicht gegeben ist. Diese Interferenz auszuschalten erscheint dem Verfasser praktisch ebenso wenig möglich wie theoretisch wünschenswert. Die Befragung unterscheidet sich von anderen vorliegenden Untersuchungen zum Thema Diskriminierung und fremdenfeindliche Gewalt gegenüber ausländischen Studierenden (z.B. Umfrage des Deutschen

Akademischen Austauschdienstes, der Akademische Auslandsämter und Leitungen auslandsorientierter Studiengänge befragte) durch die Adressierung der Umfrage mittelbar (über Multiplikatoren) an jene Zielgruppe, über die vertiefte Erkenntnis gewonnen werden sollte. Die subjektive Dimension der Befragung verbleibt somit bei den Betroffenen direkt und geht nicht an eine zwischengeschaltete Instanz über.

- Studierende, die in den verschiedenen erhobenen Gewalt- und Diskriminierungsdimensionen jeweils keine Erfahrungen machen mussten, beantworteten die entsprechende Frage in der Regel ohne weitere Erläuterung mit „Nein“. Erläuterungen werden nur bei der Beschreibung konkreter Vorkommnisse gegeben. Die im Folgenden nach der statistischen Auswertung zitierten Aussagen sind daher im Sinne der Fragestellung ausschließlich „positiver“ Natur. Dies sollte bei der Rezeption der Zitate unbedingt und jederzeit mitgedacht werden.
- Im Rahmen dieser Auswertung wird die Ermittlung der Korrelation zwischen Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen und der Herkunftsregion der Studierenden unter Berücksichtigung des Studienbundeslandes nicht vorgenommen. Der damit verbundene rechnerische Aufwand scheint angesichts des nicht repräsentativen, sondern lediglich indikatorischen Charakters der Untersuchung nicht gerechtfertigt. Es soll lediglich darauf hingewiesen werden, dass eine solche Korrelation im Rahmen einer auf eine repräsentative Datenbasis rekurrierenden Befragung weitere und vertiefende Erkenntnisse verspricht.

Auswertung der Befragungsergebnisse

Personenbezogene Daten

Tab. 1: Befragte nach Geschlecht

gesamt	männlich	weiblich	keine Angabe oder unklar ²
1.037 (= 100 %)	427 (= 41,18 %)	389 (= 37,51 %)	221 (= 21,31 %)

Bei Vernachlässigung der Befragten, die keine oder unklare Angaben zu ihrem Geschlecht gemacht haben, ergibt sich ein Datenband von 816 Personen. Die auf dieser Basis ermittelte Geschlechterverteilung der Befragten (Gesamt: 816 Personen [= 100,00 Prozent]; männlich: 427 Personen [= 52,33 Prozent]; weiblich: 389 Personen [= 47,67 Prozent]) lässt sich weitgehend mit der Gesamtverteilung ausländischer Studierender nach Geschlecht im Wintersemester 2000/01 zur Deckung bringen. Nach der Übersicht des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden waren unter den insgesamt 186.772 ausländischen Studierenden (= 100,00 Prozent) zu diesem Zeitpunkt 99.648 Männer (= 53,35 Prozent) und 87.124 Frauen (= 46,65 Prozent).

Tab. 2: Befragte nach Herkunftsregion³

Herkunftsregion	absolut	in % (n= 1.037)
Afrika	408	39,34 %
Asien	316	30,47 %
Lateinamerika	124	11,96 %
Mittel- und Osteuropa	117	11,28 %
Andere ⁴	72	6,94 %

¹ Kein Vorname oder vom Verfasser einem Geschlecht nicht eindeutig zuzuordnender Vorname.

² Zusammengefasst wurden die Herkunftsländer der Befragten zu den Regionen Afrika, Asien, Lateinamerika, Osteuropa und Andere. Nach Ansicht des Verfassers steht diese Zusammenfassung dem Erkenntnisinteresse der Befragung nicht im Wege.

⁴ Darunter auch bei 32 Befragten (entspricht 3,09 Prozent) keine Angabe.

Zu Vergleichszwecken wird nachfolgend die Verteilung ausländischer Studierender in der Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsregion im Wintersemester 1998/99 ausgewiesen.

Tab. 3: Ausländische Studierende in der Bundesrepublik Deutschland nach Herkunftsregion im Wintersemester 1998/99⁵

Herkunftsregion	absolut	in %
Afrika	16.500	9,88 %
Asien	34.390	20,59 %
Lateinamerika	4.815	2,88 %
Mittel- und Osteuropa	60.889	36,47 %
Andere	50.400	30,18 %
Gesamt	166.994	100,00 %

Wie bereits in den Vorbemerkungen erläutert wurde, entspricht die Datenbasis der vorgelegten Umfrage nicht der Verteilung ausländischer Studierender in der Bundesrepublik Deutschland entlang des Kriteriums der Herkunftsregion. In der Befragung stark überrepräsentiert sind Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika, während Studierende aus Mittel- und Osteuropa sowie anderen Herkunftsländern (insbesondere Nordamerika und Staaten der Europäischen Union) unterrepräsentiert sind. Da - wie ebenfalls in den Vorbemerkungen dargelegt wurde - davon auszugehen ist, dass die Response-Quote unter solchen ausländischen Studierenden, die Gewalt- oder Diskriminierungserfahrungen zu berichten haben, höher ist als unter ausländischen Studierenden ohne solche Erfahrungen, wird die Verteilung entlang des Kriteriums der Herkunftsregion als Indikator dafür gewertet, dass Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika grundsätzlich häufiger subjektiv fremdenfeindliche und rassistisch motivierte Gewalt- oder Diskriminierungserfahrungen machen als Studierende aus Westeuropa, Nordamerika sowie aus Mittel- und Osteuropa. Dies ist im Rahmen der im Folgenden vorgelegten Auswertung jederzeit mitzubedenken.

Die Verteilung der Befragten nach dem Studienbundesland macht erneut deutlich, dass die erhobenen Daten keinesfalls repräsentativ für die Gesamtheit der ausländischen Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland sind. Sie ist dennoch von Interesse, da im Folgenden regelmäßig der

⁵ Laut Bundesamt für Statistik (inkl. Bildungsinländer).

prozentuale Anteil befragter Studierender in den jeweiligen Bundesländern ins Verhältnis gesetzt werden soll zu befragten Studierenden in den jeweiligen Bundesländern, die von Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen betroffen waren.

Tab. 4: Befragte nach dem Studienbundesland

Bundesland	absolut	in % (n = 1.037)
Baden-Württemberg	15	1,45 %
Bayern	---	---
Berlin	59	5,69 %
Brandenburg	34	3,28 %
Hansestadt Bremen	---	---
Hansestadt Hamburg	---	---
Hessen	288	27,77 %
Mecklenburg-Vorpommern	42	4,05 %
Niedersachsen	127	12,25 %
Nordrhein-Westfalen	158	15,24 %
Rheinland-Pfalz	64	6,17 %
Saarland	12	1,16 %
Sachsen	44	4,24 %
Sachsen-Anhalt	37	3,57 %
Schleswig-Holstein	102	9,84 %
Thüringen	37	3,57 %
Keine Angabe	18	1,74 %

Zu Vergleichszwecken wird folgend die Verteilung der Gesamtheit der ausländischen Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland nach Bundesländern im Wintersemester 2000/01 dargestellt. Ebenfalls zu Vergleichszwecken wird die Studierendenzahl in den Ländern zur Gesamtzahl der Studierenden in der Bundesrepublik und die Einwohnerzahl der Bundesländer im Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl der Bundesrepublik Deutschland angeführt.

Tab. 5: Ausländische Studierende nach Bundesländern im Wintersemester 2000/01⁶ im Vergleich zum Verhältnis Studierende in den Bundesländern zu Studierende in der Bundesrepublik Deutschland im WS 1999/2000⁷ und Einwohner der Bundesländer zur Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zum 31.12.1999⁸

Bundesland	Ausländische Studierende		Studierende		Einwohner	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut ⁹	in %
Baden-Württemberg	25.232	13,51 %	189.156	10,64 %	10.476	12,75 %
Bayern	20.399	10,92 %	210.853	11,86 %	12.155	14,79 %
Berlin	17.806	9,53 %	131.278	7,38 %	3.387	4,12 %
Brandenburg	3.545	1,90 %	30.087	1,69 %	2.601	3,17 %
Hansestadt Bremen	2.804	1,50 %	25.772	1,45 %	663	0,81 %
Hansestadt Hamburg	7.772	4,16 %	66.461	3,75 %	1.705	2,08 %
Hessen	17.952	10,68 %	148.992	8,38 %	6.052	7,37 %
Mecklenburg-Vorpommern	1.032	0,55 %	25.982	1,46 %	1.789	2,18 %
Niedersachsen	12.197	6,53 %	144.364	8,12 %	7.899	9,61 %
Nordrhein-Westfalen	53.595	28,70 %	512.031	28,80 %	18.000	21,91 %
Rheinland-Pfalz	8.454	4,53 %	80.397	4,52 %	4.031	4,91 %
Saarland	2.531	1,36 %	20.422	1,15 %	1.072	1,30 %
Sachsen	5.029	2,69 %	78.794	4,43 %	4.460	5,43 %
Sachsen-Anhalt	2.029	1,09 %	35.358	1,99 %	2.649	3,23 %
Schleswig-Holstein	2.843	1,52 %	41.747	2,35 %	2.777	3,38 %
Thüringen	1.552	0,83 %	36.100	2,03 %	2.449	2,98 %
Gesamt	186.772	100,00 %	1.777.794	100,00 %	82.163	100,02 %

In der Befragung überrepräsentiert sind demnach insbesondere Studierende aus dem Bundesland Hessen (siehe hierzu in den Vorbemerkungen) sowie ausländische Studierende aus Schleswig-Holstein und den fünf neuen Ländern. Unterrepräsentiert sind insbesondere die Südländer Bayern und Baden-Württemberg sowie Nordrhein-Westfalen und Berlin.

⁶ Vorläufiges Ergebnis laut Statistischem Bundesamt (inkl. Bildungsinländer).

⁷ Quelle: Statistisches Bundesamt

⁸ Quelle: Statistisches Bundesamt

⁹ in 1.000

In der sich anschließenden Auswertung der Befragungsergebnisse werden mehrfach die fünf neuen Länder (ohne Berlin) beziehungsweise die Länder des Nord-Ostens der Bundesrepublik Deutschland (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin, Niedersachsen und Schleswig-Holstein) zusammengefasst. Die obigen Daten zeigen, dass die acht genannten Bundesländer - mit Ausnahme Berlins und Brandenburgs - als Studienstandort in der Relation zur Bevölkerung unterdurchschnittlich strukturiert sind bzw. frequentiert werden. Mit Ausnahme Brandenburgs unterschreitet der Anteil ausländischer Studierender in diesen Bundesländern darüber hinaus regelmäßig den Gesamtanteil der Studierenden. Nach den im Folgenden detailliert dargestellten Ergebnissen der Befragung sind die relativ wenigen ausländischen Studierenden in den ohnehin hochschulspezifisch strukturschwachen Ländern des Nordostens überdurchschnittlich häufig mit Gewalt und Diskriminierung konfrontiert, die nach Auffassung der Betroffenen fremdenfeindlich oder rassistisch motiviert ist. Es muss offen bleiben, ob schon die unterdurchschnittliche Repräsentanz ausländischer Studierender in diesen Bundesländern das Ergebnis einer „Vermeidungsstrategie“ und somit ein weiterer Indikator für überdurchschnittliche Präsenz von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus an diesen Hochschulstandorten ist.

Befragungsergebnisse

Frage 1: Körperliche Gewalt

Haben Sie in der Vergangenheit körperliche Gewalt erlitten, die nach Ihrer Auffassung fremdenfeindlich motiviert war? Kennen Sie andere ausländische Studierende, die diese Form der Gewalt erlebt haben? Beschreiben Sie bitte kurz den Vorfall.

Unmittelbare körperliche Gewalterfahrungen

Tab. 6: Studierende, die selbst körperliche Gewalt erlitten haben, die nach ihrer Auffassung fremdenfeindlich motiviert war

Persönliche Gewalterfahrungen	absolut	in % (n = 1.037)
Ja	167	16,10 %
Nein ¹⁰	870	83,90 %

Etwa jeder sechste ausländische Studierende, der an der Befragung teilgenommen hat, hat persönlich unterschiedlich schwere physische Gewalt erfahren, von der er glaubt, sie sei fremdenfeindlich oder rassistisch motiviert gewesen. Die Skala reicht von Handgemengen und „Schubserien“ ohne körperliche Verletzungsfolgen, die in der Regel von verbalen Attacken begleitet werden, bis hin zu Delikten, die den Tatbestand schwerer Körperverletzung erfüllen.

Tab. 7: Studierende, die selbst körperliche Gewalt erlitten haben, die nach ihrer Auffassung fremdenfeindlich motiviert war (nach Herkunftsregion)

Herkunftsregion	gesamt	ja		nein	
		absolut	in %	absolut	in %
Afrika	408	73	17,89 %	335	82,11 %
Asien	316	46	14,57 %	270	85,44 %
Lateinamerika	124	15	12,10 %	109	87,90 %
Mittel- und Osteuropa	117	26	22,22 %	91	77,78 %
Andere	72	7	9,72 %	65	90,28 %
Gesamt	1.037	167	16,10 %	870	83,90 %

¹⁰ Als „Nein“ wurde regelmäßig auch gewertet, wenn die Befragten eine Frage nicht beantwortet haben.

Studierende aus Mittel- und Osteuropa bzw. aus Afrika sind demnach überdurchschnittlich häufig von Gewalt betroffen, der sie selbst eine rassistische oder fremdenfeindliche Motivation zuschreiben. Auffällig ist die signifikant unterdurchschnittliche Gewalterfahrungsdimension bei lateinamerikanischen Studierenden sowie insbesondere bei Studierenden, die unter die Kategorie „Andere“ fallen. Diese Gruppierung speist sich größtenteils aus Studierenden aus Westeuropa und Nordamerika.

Tab. 8: Studierende, die selbst körperliche Gewalt erlitten haben, die nach ihrer Auffassung fremdenfeindlich motiviert war (nach Studienbundesland)

Bundesland	Studierende in % (n=1.037)	Studierende mit Gewalterfahrungen	
		absolut	in % (n=167)
Baden-Württemberg	1,45 %	---	---
Bayern	---	---	---
Berlin	5,69 %	8	4,79 %
Brandenburg	3,28 %	14	8,38 %
Hansestadt Bremen	---	---	---
Hansestadt Hamburg	---	---	---
Hessen	27,77 %	23	13,77 %
Mecklenburg- Vorpommern	4,05 %	9	5,39 %
Niedersachsen	12,25 %	17	10,18 %
Nordrhein-Westfalen	15,24 %	6	3,59 %
Rheinland-Pfalz	6,17 %	4	2,40 %
Saarland	1,16 %	---	---
Sachsen	4,24 %	14	8,38 %
Sachsen-Anhalt	3,57 %	17	10,18 %
Schleswig-Holstein	9,84 %	21	12,57 %
Thüringen	3,57 %	29	17,37 %
Keine Angabe	1,74 %	5	2,99 %
Gesamt	100,00 %	167	100,00 %

Im Verhältnis „Studierende“ zu „Studierende mit Gewalterfahrung“ sind ausländische Studierende in den fünf neuen Ländern sowie in Schleswig-Holstein nach den Ergebnissen der Befragung überdurchschnittlich häufig mit Gewalttätigkeiten konfrontiert, hinter denen sie eine rassistische oder fremdenfeindliche Motivation vermuten. 83 der 167

(= 49,70 Prozent) referierten unmittelbaren physischen Gewalterfahrungen werden von Studierenden aus den fünf neuen Ländern (ohne Berlin) berichtet. Gleichzeitig studieren dort jedoch nur 194 der insgesamt 1.037 Befragten (= 18,71 Prozent). Fasst man die insgesamt acht Länder des Nordostens der Bundesrepublik Deutschland zusammen, so ergibt sich ein ähnliches Bild. Von Studierenden aus diesen Bundesländern werden 129 der insgesamt 167 (= 77,25 Prozent) unmittelbar physischen Gewalterfahrungen berichtet. Gleichzeitig studieren dort nur 482 der insgesamt 1.037 Befragten (= 46,48 Prozent). Signifikante Abweichungen nach unten haben im Verhältnis ausländische Studierende zu unmittelbaren physischen Gewalterfahrungen haben die Bundesländer Hessen und insbesondere Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen.

Kurzübersicht über geschilderte Vorfälle (Beispiele)

Unter den Befragten, die von unmittelbaren Gewalterfahrungen berichten, gibt ein togoischer Studierender an, innerhalb der letzten fünf Jahre bereits dreimal zur Zielscheibe fremdenfeindlicher physischer Gewalt in der Öffentlichkeit geworden zu sein. Tatorte seien zweimal der Bahnhofsvorplatz seiner Studienstadt und einmal eine öffentliche Parkanlage gewesen. Eine Gruppe von Skinheads habe ihm beim ersten Zwischenfall am Bahnhof umkreist und schmerzhaft fixiert. Dann habe ihm der Wortführer der Gruppe einen „förmlichen Platzverweis“ erteilt. Er wurde beauftragt diesen Platzverweis auch den „anderen Neger*innen auszurichten“, die hier nichts zu suchen hätten. Als er einige Wochen später nachts am Bahnhof angekommen sei, habe ihm die Gruppe aufgelauert und ihn mit Schlägen in den Bauchbereich und in das Gesicht traktiert. Er habe sich im Gesicht blutend losreißen und flüchten können. Er sei nur deshalb nicht verfolgt worden, weil der Weg zur Hauptstraße nicht weit gewesen sei und dort noch Passanten gewesen seien. Andere Jugendliche hätten sich ihm und einem Freund am frühen Abend während des Joggens in einem Park in den Weg gestellt, beide abgedrängt und mit Tritten aus dem Park getrieben. Er erwähnt nicht, ob er diese Angriffe zur Anzeige gebracht hat.

Ein chinesischer Studierender wurde nach eigenen Angaben von einer Gruppe Jugendlicher in der Straßenbahn zunächst verbal bedroht und anschließend in Anwesenheit anderer Fahrgäste so verprügelt worden, dass sein Nasenbein gebrochen und seine Brille zerstört war.

Ein mongolisches Ehepaar wurde im Nachtbus von vier Rechtsextremisten angepöbelt und als „Komische Asiaten mit kleinen Augen“ beschimpft. Die Rechtsextremisten bewarfen das Ehepaar im Nachtbus mit brennenden Zigaretten. Nach einer dem ausgefüllten Fragebogen beiliegenden Notiz des Ausländerbeauftragten der Universität, an der das Ehepaar studiert, wurden die Täter aufgrund dieses Übergriffes und anderer ähnlicher Taten inzwischen verhaftet und warten gegenwärtig auf ihre Gerichtsverhandlung.

Ein palästinensischer Studierender wurde gemeinsam mit seiner französischen Freundin bei einem Straßenfest von einer Gruppe Skinheads angegriffen und geschlagen. Er berichtet, die Polizei habe nur etwa 100 Meter vom Tatort entfernt gestanden und „tatenlos zugeguckt“.

Ein Studierender aus Kamerun berichtet, zusammen mit einem Freund von Skinheads mit Bierdosen beworfen worden zu sein.

Nur wenige Gewalterfahrungen werden unmittelbar innerhalb der Hochschulen gemacht. Allerdings berichten insgesamt drei Studierende von nächtlichen Gewalterfahrungen im Rahmen von Hochschulfesten. Zwei der Betroffenen erwähnen ausdrücklich, dass die Täter keine Studierenden, sondern „ungebetene Gäste“ gewesen seien. Weitere häufig genannte Tatorte für ‚minder schwere‘ bis schwere Körperverletzungen sind öffentliche Plätze wie Bahnhöfe und Parks sowie öffentliche Verkehrsmittel. Insgesamt sechs Studierende berichten von nächtlichen Angriffen auf ihr Studentenwohnheim, hiervon wurden in zwei Fällen Brandsätze durch Fenster geworfen.

Weitere beispielhafte Auskünfte von Befragten¹¹:

- *„Sie haben mich als ‚Scheißausländer‘ beschimpft und mit einem Messer bedroht und mir meine Jacke abgenommen. Sie haben gesagt, dass ich die nicht brauche und sie zu gut für mich ist.“*
- *„Nachts sind Skins in einer Gruppe in die S-Bahn gekommen. Sie haben sich neben mich gesetzt und mich sehr an den Haaren gezogen.“*

¹¹ Die folgenden Zitate sind vom Verfasser lediglich grammatisch und orthographisch bereinigt, ansonsten in ihrem Gehalt unverändert belassen.

- „Es war ein ganz junger Mann. Er ist an mir vorbeigegangen und dann hat er mich von hinten getreten und ist weggelaufen. Der war ganz jung, vielleicht 15 oder 17 Jahre.“
- „In einer Telefonzelle. Ich war gerade telefonieren, da sind zwei Männer mit Glatze (sehr kurze Haare) reingekommen und haben mir den Hörer aus der Hand gerissen. Dann haben sie meine Telefonkarte genommen, gelacht und sind weggegangen.“

Mittelbare physische Gewalterfahrungen

Tab. 9: Studierende, die Studierende kennen, die körperliche Gewalt erlitten haben und die nach ihrer Auffassung fremdenfeindlich motiviert war

Persönliche Gewalterfahrungen	absolut	in % (n = 1.037)
Ja	198	19,09 %
Nein	839	80,91 %

Es fällt auf, dass ausländische Studierende häufiger Kenntnis von Gewalterfahrungen anderer haben, als dass sie selbst persönliche Gewalterfahrungen machen mussten. Nahezu jeder fünfte Befragte kennt andere ausländische Studierende, die Gewalt erfahren haben, die nach eigener Einschätzung fremdenfeindlich oder rassistisch motiviert war. Dies entspricht der Erwartung, da ein ausländischer Studierender regelmäßig mehrere andere ausländische Studierende kennt, die Wahrscheinlichkeit, von einem physischen Gewaltakt gegenüber ausländischen Kommilitonen Kenntnis zu erlangen, also mehrfach höher ist als die Wahrscheinlichkeit, selbst Opfer eines solchen Gewaltaktes zu werden. Einen weiteren Erklärungsansatz sieht der Verfasser darin, dass mehrere Studierende eines Hochschulorts möglicherweise jeweils auf den selben Vorfall rekurrieren. Nicht auszuschließen ist aber auch, dass die Intensität, Häufigkeit und unterstellte fremdenfeindliche oder rassistische Motivation von Gewalttaten über das Prinzip der „oral history“ verzerrt und übersteigert wird.

Tab. 10: Studierende, die Studierende kennen, die körperliche Gewalt erlitten haben und die nach ihrer Auffassung fremdenfeindlich motiviert war (nach Herkunftsregion)

Herkunftsregion	gesamt	ja		nein	
		abs.	in %	abs.	in %
Afrika	408	95	23,46 %	313	76,54 %
Asien	316	53	16,77 %	263	83,23 %
Lateinamerika	124	11	8,87 %	116	91,13 %
Mittel- und Osteuropa	117	32	27,35 %	85	72,65 %
Andere	72	7	9,72 %	65	90,28 %
Gesamt	1.037	198	19,09 %	839	80,91 %

Auch bei fremdenfeindlich motivierter mittelbarer Gewalt, von der die Befragten berichten, sind Studierende aus Afrika sowie aus Mittel- und Osteuropa überdurchschnittlich betroffen. Studierende aus Mittel- und Osteuropa sind demzufolge jene Gruppierung, die relativ am häufigsten sowohl von mittelbarer als auch unmittelbarer physischer Gewalt betroffen ist. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass Studierende aus dieser Herkunftsregion insgesamt in der Befragung unterrepräsentiert sind. Da davon ausgegangen wird, dass die Ergebnisse somit „nach oben“ verfälscht werden (s. hierzu auch die Auswertung der personenbezogenen Daten), rückt die physische Gewalt gegenüber afrikanischen Studierenden - einer Gruppierung, die in der Regel durch das äußere Erscheinungsbild leicht als „fremd“ identifiziert werden kann - stärker in das Zentrum.

Tab. 11: Studierende, die Studierende kennen, die körperliche Gewalt erlitten haben und die nach ihrer Auffassung fremdenfeindlich motiviert war (nach Studienbundesland)

Bundesland	Studierende in % (n=1.037)	Studierende mit mittelbaren Gewalterfahrungen	
		absolut	in % (n=198)
Baden-Württemberg	1.45 %	2	1.01 %
Bayern	---	---	---
Berlin	5.69 %	13	6.57 %
Brandenburg	3.28 %	11	5.56 %
Hansestadt Bremen	---	---	---
Hansestadt Hamburg	---	---	---
Hessen	27.77 %	28	14.14 %
Mecklenburg-Vorpommern	4.05 %	14	7.07 %
Niedersachsen	12.25 %	26	13.13 %
Nordrhein-Westfalen	15.24 %	16	8.08 %
Rheinland-Pfalz	6.17 %	3	1.52 %
Saarland	1.16 %	---	---
Sachsen	4.24 %	18	9.09 %
Sachsen-Anhalt	3.57 %	17	8.59 %
Schleswig-Holstein	9.84 %	15	7.58 %
Thüringen	3.57 %	27	13.64 %
Keine Angabe	1.74 %	8	4.04 %
Gesamt	100.00 %	198	100.02 %

Im Verhältnis „Studierende“ zu „Studierende mit mittelbarer Gewalterfahrung“ sind ausländische Studierende in den fünf neuen Ländern sowie in Berlin und Niedersachsen nach den Ergebnissen der Befragung überdurchschnittlich häufig mit ihnen zur Kenntnis gelangten Gewalttätigkeiten konfrontiert, denen eine rassistische oder fremdenfeindliche Motivation unterstellt wird. 87 der insgesamt 198 (= 43,94 Prozent) referierten unmittelbaren physischen Gewalterfahrungen werden von Studierenden aus den fünf neuen Ländern (ohne Berlin) berichtet, obwohl dort nur 194 der insgesamt 1.037 Befragten (= 18,71 Prozent) studieren. Nach der Zusammenfassung der Ergebnisse aus den acht Ländern des Nordostens der Bundesrepublik Deutschland (fünf neue Länder, Berlin, Niedersachsen und Schleswig-Holstein) ergibt sich folgendes Bild: 141 der insgesamt 198 (= 71,21 Prozent) referierten mittelbaren physischen Gewalterfahrungen werden von Studierenden aus den Nordost-Bundesländern berichtet. Gleichzeitig studieren dort nur 482 der insgesamt 1.037 Be-

fragten (= 46,48 Prozent). Unter den acht zur „Nord-Ost-Schiene“ zusammengefassten Ländern hat lediglich das Land Schleswig-Holstein eine im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt leicht unterdurchschnittliche Frequenz an mittelbaren physischen Gewalttaten vorzuweisen. Diesbezüglich signifikante Abweichungen nach unten verzeichnen die Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen.

Kurzübersicht über geschilderte Vorfälle (Beispiele)

Drei Studierende einer Hochschule beziehen sich offenkundig auf denselben Vorfall. Sie berichten davon, dass ein Studierender aus Benin im Jahr 1999 grundlos von zwei Polizisten tötlich angegriffen wurde.

Ein weiterer Studierender berichtet von einem marokkanischen Kommilitonen, der am Frankfurter Hauptbahnhof auf der Durchreise von BGS-Beamten unter übermäßiger Gewaltanwendung festgehalten und verletzt worden sei.

Ein ugandischer Studierender gibt an, eine bereits in Deutschland geborene Ghanain sei in der U-Bahn von einer Skinhead Frau wortlos angegriffen und vom Sitzplatz gestoßen worden. Dies sei geschehen, ohne dass andere Passagiere in der U-Bahn eingegriffen hätten. Die Täterin sei an der nächsten U-Bahn-Station unbehelligt ausgestiegen.

Ein Studierender aus Kamerun schildert den folgenden Vorfall: Ein Kommilitone und Landsmann sei versehentlich in der U-Bahn einem Hund auf die Pfote getreten, der unter dem Sitz gelegen habe. Trotzdem er sich sofort bei der deutschen Besitzerin entschuldigt habe, sei sie lautstark und beleidigend geworden. Daraufhin sei eine Gruppe Jugendlicher auf ihn zugekommen und habe ihn umkreist, verbal attackiert und gestoßen. Schließlich sei er unter massiver Gewaltanwendung bis zur nächsten Haltestelle fixiert und dort mit der Bemerkung aus der U-Bahn gestoßen worden, dies solle ihm eine Lehre sein. Einem Neger sei es strikt verboten, auf die Pfote eines Deutschen Schäferhundes zu steigen. Der Befragte bemerkt abschließend noch, nach Aussage seines Kommilitonen sei der Hund kein Schäferhund sondern ein Mischling gewesen.

Ein Studierender berichtet von einem Überfall Jugendlicher auf seine schwarze Nachbarin, die vor ihrer Haustür abgefangen und geschubst

worden sei. Es sei nicht zu weiteren Tötlichkeiten gekommen, da Passanten eingegriffen hätten.

Zwölf Studierende berichten ohne nähere Details von Bekannten, die von Skinheads zusammengeschlagen worden seien. Ein Student aus Kamerun berichtet darüber hinaus von zwei Freunden, die von Rechtsextremisten zusammengeschlagen worden seien. Einer der beiden sei heute körperlich behindert, der zweite befände sich mit schwersten Traumatisierungen in ständiger psychologischer Behandlung.

Ähnlich wie bei unmittelbar persönlichen Gewalterfahrungen befinden sich die Tatorte regelmäßig in der Öffentlichkeit (Transportmittel, öffentliche Plätze), selten jedoch an der Hochschule selbst. Allerdings berichten insgesamt drei Befragte von ihnen bekannten ausländischen Studierenden, die auf dem Campus geschlagen worden seien. Diese offensichtlich voneinander unabhängigen Vorfälle ereigneten sich jeweils abends bzw. nachts im Umfeld von Veranstaltungen oder Hochschulfesten.

Weitere beispielhafte Auskünfte von Befragten:

- *„Zwei Freunde von mir sind von Rechtsradikalen vom Bahnhof aus durch Erfurt gejagt worden. Sie konnten ihnen aber doch entkommen.“*
- *„Eine Mitstudentin von mir ist nachts auf dem Nachhauseweg in der Bahn von einem betrunkenen jüngeren Mann beschimpft und am ganzen Körper angefasst worden. Er hat Negerschlampe zu ihr gesagt.“*
- *„Ich habe davon gehört, dass andere Afrikaner aus Kassel von den Türstehern nicht in die Diskothek gelassen wurden. Als sie fragten warum, haben sie es ihnen nicht erklärt, sondern sie angerempelt und gestoßen und gesagt, sie sollen weggehen, sonst würden sie verprügelt. Sie sollten sich bloß nicht einbilden, dass ihnen dann irgendjemand helfen würde.“*
- *„Ich habe eine Kommilitonin, die wurde bei einem Fest nachts vor dem Studenten-Haus von einer Gruppe von Betrunkenen eingekreist, beleidigt und bespuckt. Dann sind andere Studenten dazugekommen und haben ihr geholfen. Es gab eine Schlägerei und die Leute sind dann weggelaufen. Am Schluss war noch die Polizei da, die aber gesagt hat, dass sie nichts machen kann.“*

Frage 2: Androhung körperlicher Gewalt

Wurde Ihnen in der Vergangenheit körperliche Gewalt von Personen angedroht, denen Sie eine fremdenfeindliche Motivation zuschreiben? Kennen Sie andere ausländische Studierende, denen körperliche Gewalt angedroht wurde? Beschreiben Sie bitte kurz den Vorfall.

Unmittelbare Androhung körperlicher Gewalt

Tab. 12: Studierende, denen selbst körperliche Gewalt von Personen angedroht wurde, denen sie eine fremdenfeindliche Motivation zuschreiben

Persönliche Gewaltandrohungen	absolut	in % (n = 1.037)
Ja	107	10,32 %
Nein	930	89,68 %

Im Vergleich zu konkreten Gewalterfahrungen sind deutlich weniger ausländische Studierende „lediglich“ mit Gewalt bedroht worden, der sie eine fremdenfeindliche Motivation zuschreiben. Diese Bedrohungen entstehen bis auf wenige Ausnahmen spontan und in Alltagssituationen. Es liegt daher nahe zu vermuten, dass physische Gewaltakte gegen ausländische Studierende meist nicht der konkreten Person gelten und z.B. durch Bedrohungen vorbereitet werden, sondern in der Regel „spontane“ Handlungen sind, in der das Gewaltopfer als Repräsentant einer unter den Tätern als „feindlich“ eingestuftem Gruppierung angegangen wird.

Tab. 13: Studierende, denen selbst körperliche Gewalt von Personen angedroht wurde, denen sie eine fremdenfeindliche Motivation zuschreiben (nach Herkunftsregion)

Herkunftsregion	n=	ja		nein	
		abs.	in %	abs.	in %
Afrika	408	53	12,99 %	355	87,01 %
Asien	316	29	9,18 %	287	90,82 %
Lateinamerika	124	6	4,84 %	118	95,16 %
Mittel- und Osteuropa	117	15	12,82 %	102	87,18 %
Andere	72	4	5,56 %	68	94,44 %
Gesamt	1.037	107	10,32 %	930	89,68 %

Die Ergebnisse zu dem Aspekt der Zielgruppen unmittelbar angedrohter physischer Gewalt korrespondieren weitgehend mit den Angaben zu den tatsächlichen Gewalterfahrungen der ausländischen Studierenden. Allerdings sind afrikanische Studierende prozentual noch häufiger von Gewaltandrohungen betroffen als Studierende aus Mittel- und Osteuropa. Insgesamt jedoch stehen wiederum beide Gruppierungen im Zentrum physischer Gewaltandrohungen, die subjektiv fremdenfeindlich oder rassistisch motiviert sind, während insbesondere Studierende aus Lateinamerika und Studierende, die unter die Kategorie „Andere“ fallen, solchen Gewaltandrohungen deutlich seltener ausgesetzt sind.

Tab. 14: Studierende, denen selbst körperliche Gewalt von Personen angedroht wurde, denen sie eine fremdenfeindliche Motivation zuschreiben (nach Studienbundesland)

Bundesland	Studierende in % (n=1.037)	Studierende mit Gewalterfahrungen	
		absolut	in % (n=107)
Baden-Württemberg	1,45 %	---	---
Bayern	---	---	---
Berlin	5,69 %	6	5,61 %
Brandenburg	3,28 %	18	16,82 %
Hansestadt Bremen	---	---	---
Hansestadt Hamburg	---	---	---
Hessen	27,77 %	7	6,54 %
Mecklenburg- Vorpommern	4,05 %	5	4,67 %
Niedersachsen	12,25 %	9	8,41 %
Nordrhein-Westfalen	15,24 %	8	7,48 %
Rheinland-Pfalz	6,17 %	2	1,87 %
Saarland	1,16 %	2	1,87 %
Sachsen	4,24 %	13	12,15 %
Sachsen-Anhalt	3,57 %	5	4,67 %
Schleswig-Holstein	9,84 %	12	11,21 %
Thüringen	3,57 %	15	14,02 %
Keine Angabe	1,74 %	5	4,67 %
Gesamt	100,00 %	107	99,99 %

Ausländische Studierende aus Brandenburg, Sachsen und Thüringen referieren alleine 46 der insgesamt 107 (= 42,99 Prozent) persönlich erfahrenen Gewaltandrohungen, obwohl nur 115 der insgesamt 1.037 Befragten (= 11,09 Prozent) in diesen Bundesländern studieren. Aus den fünf neuen Ländern (ohne Berlin) werden 56 der 107 (= 52,35 Prozent) Vorfälle bei 194 der insgesamt 1.037 ausländischen Studierenden (= 18,71 Prozent) gemeldet. Die aus den acht bereits genannten Bundesländern bestehende Nord-Ost-Schiene vereinigt 83 der 107 (= 77,57 Prozent) berichteten Gewaltandrohungen. Dort studieren 482 der insgesamt 1.037 Befragten (= 46,48 Prozent). Anders als bei den Ergebnissen zu Frage 1, bewegen sich die Vorfalshäufigkeiten in diesen Ländern mit Ausnahme von Brandenburg, Sachsen und Thüringen inner- oder sogar unterhalb der Erwartungen aufgrund der Verteilung der an der Befragung beteiligten ausländischen Studierenden nach Bundesländern. Diesbezüglich erheblich nach unten weichen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ab.

Kurzübersicht über geschilderte Vorfälle (Beispiele)

Keiner der ausführlich geschilderten Vorfälle fand unmittelbar auf dem Gelände einer Hochschule statt. Allerdings berichten insgesamt vier Befragte von telefonischen Bedrohungen durch Rechtsradikale. In allen Fällen sind die Betroffenen hochschulpolitisch aktiv und daher auf dem Campus „Personen des öffentlichen Lebens“. Es liegt daher nahe zu vermuten, dass die Bedrohungen mittelbar oder unmittelbar von Studierenden ausgehen.

Verbale Bedrohungen werden nach den Schilderungen der Betroffenen regelmäßig im Kontext von Vorurteilen und Stereotypen ausgesprochen. Häufig scheinen die Adressaten von Gewaltdrohung eine Repräsentantenrolle einzunehmen. Ein Befragter beschreibt, er sei von einer hochaggressiven Gruppe junger kurzhaariger Männer im Freibad unter Androhung von Gewalt aufgefordert worden, nicht in das Becken zu gehen, damit „das Wasser nicht mit Ausländerbakterien verseucht“ werde. Mehrfach werden „Platzverweise“ beschrieben, die von Gruppen jugendlicher Deutscher ausgesprochen und mit Gewaltandrohung verbunden sind. Tatorte sind in der Regel Bahnhöfe, öffentliche Verkehrsmittel und Parkanlagen.

Ein Befragter schildert einen Vorfall in einer S-Bahn. Er wurde von drei Männern bedrängt und aufgefordert, sich von seinem Sitzplatz zu erheben und sich auf den Boden zu setzen. Sie „erklärten“ ihm, dass es Ausländern solange verboten sei, sich in der Bahn auf die Sitze zu setzen, bis wieder eigene Wagen für sie angehängt würden.

Weitere beispielhafte Auskünfte von Befragten:

- *„Ich war ASIA-Ausländerreferent. Wir haben auch Veranstaltungen zum Thema Rassismus veranstaltet. Irgendwie sind die Rechten an meine private Telefonnummer gekommen. Über drei Monate lang bin ich immer wieder nachts angerufen und bedroht worden. Es waren mehrere, sie haben mir gesagt, dass ich aufpassen soll und dass es mir schlimm ergehen würde, wenn sie mich nachts auf der Straße treffen würden. Es hat nicht aufgehört, bis ich mir eine andere Telefonnummer besorgt habe.“*
- *„Gegen 1 Uhr in der Nacht nach einem Ausgehen in einem Studentenclub wurde ich von zwei Jugendlichen (etwa 18 Jahre) überfallen. Sie wollten wissen, wie ich heiße, woher ich komme und so weiter. Es kam zu keinem ordentlichen Geprügel, da ich mich nicht erschrocken habe und ruhig geblieben bin. Wären sie älter oder mehr gewesen, wäre ich garantiert nicht so leicht davongekommen.“*
- *„Es war ein Wochenende. Jugendliche, Jungen und Mädchen alle zusammen. Es kommt häufiger vor, wenn sie in Gruppen sind, dann haben sie mehr Mut, irgendwas zu sagen.“*
- *„Ich und ein Freund von mir wurden zweimal in Potsdam von Skinheads angemacht.“*
- *„In der S-Bahn wurde mir körperliche Gewalt angedroht. Zwei Jugendliche wollten meinen Sitz haben.“*
- *„Ich wurde von einem deutschen Kollegen bei der Arbeit bedroht, weil ich zu langsam arbeiten würde. Das war gelogen. Er hat gesagt, er würde mir notfalls mit der Peitsche beibringen, wie man in Deutschland zu arbeiten hat.“*
- *„Es ist schwer zu trennen, ob so was ernst oder wütend gemeint ist. Mir ist schon zwei- oder dreimal Gewalt angedroht worden, aber meistens bei Wortstreitereien. Es ist dann nicht dazu gekommen.“*

Mittelbare Erfahrungen mit Androhung körperlicher Gewalt

Tab. 15: Studierende, die Studierende kennen, denen körperliche Gewalt von Personen angedroht wurde, denen sie eine fremdenfeindliche Motivation zuschreiben

Mittelbare Gewaltandrohung	absolut	in % (n=1.037)
Ja	47	4,53 %
Nein	990	95,47 %

Mittelbar zur Kenntnis gelangte physische Gewaltandrohungen gegenüber anderen ausländischen Studierenden kann nur etwa jeder zwanzigste befragte ausländische Studierende berichten. Aufgrund der Schwere der beschriebenen Vorfälle ist jedoch nicht auszuschließen, dass viele der unmittelbar mit Gewalt bedrohten Studierenden aus Angst mit anderen Kommilitonen hierüber nicht sprechen.

Tab. 16: Studierende, die Studierende kennen, denen körperliche Gewalt von Personen angedroht wurde, denen sie eine fremdenfeindliche Motivation zuschreiben (nach Herkunftsregion)

Herkunftsregion	gesamt	ja		nein	
		abs.	in %	abs.	in %
Afrika	408	21	5,15 %	387	94,75 %
Asien	316	9	2,85 %	305	97,15 %
Lateinamerika	124	5	4,03 %	119	95,97 %
Mittel- und Osteuropa	117	7	5,98 %	110	94,02 %
Andere	72	5	4,03 %	67	96,97 %
Gesamt	1.037	47	4,54 %	990	95,47 %

Bei der Frage nach mittelbar zur Kenntnis gelangten physischen Gewaltandrohungen gegenüber anderen ausländischen Studierenden ergeben sich erstmals keine signifikanten Abweichungen auf den Aspekt Herkunftsregion. Dennoch bleiben die auch bislang besonders von Gewalterfahrungen betroffenen Gruppierungen afrikanischer und mittel- und osteuropäischer Studierender auch bei dieser Fragestellung leicht überdurchschnittlich häufig die Zielgruppen der Gewalt.

Tab. 17: Studierende, die Studierende kennen, denen körperliche Gewalt von Personen angedroht wurde, denen sie eine fremdenfeindliche Motivation zuschreiben (nach Studienbundesland)

Bundesland	Studierende in % (n=1.037)	Kenntnis von „mittelbaren“ Gewaltandrohungen haben:	
		abs.	in % (n=47)
Baden-Württemberg	1,45 %	---	---
Bayern	---	---	---
Berlin	5,69 %	5	10,64 %
Brandenburg	3,28 %	7	14,89 %
Hansestadt Bremen	---	---	---
Hansestadt Hamburg	---	---	---
Hessen	27,77 %	7	14,89 %
Mecklenburg- Vorpommern	4,05 %	3	6,38 %
Niedersachsen	12,25 %	---	---
Nordrhein-Westfalen	15,24 %	8	17,02 %
Rheinland-Pfalz	6,17 %	1	2,13 %
Saarland	1,16 %	---	---
Sachsen	4,24 %	6	12,77 %
Sachsen-Anhalt	3,57 %	2	4,25 %
Schleswig-Holstein	9,84 %	3	6,38 %
Thüringen	3,57 %	5	10,64 %
Keine Angabe	1,74 %	---	---
Gesamt	100,00 %	47	99,99 %

Die insgesamt 47 Vorfälle konzentrieren sich weitgehend auf die fünf neuen Bundesländer. Von dort werden 23 der insgesamt 47 Fälle (= 48,94 Prozent) mittelbarer, subjektiv fremdenfeindlich motivierter Gewaltandrohungen bei nur 194 der insgesamt 1.037 ausländischen Studierenden (= 18,71 Prozent) berichtet. Überdurchschnittlich häufig haben auch Studierende aus Berlin sowie aus Nordrhein-Westfalen Kenntnis von solchen Gewaltandrohungen gegenüber ausländischen Kommilitonen.

Kurzübersicht über geschilderte Vorfälle (Beispiele)

Mehrere Studierende berichten von Kommilitonen, die zum Teil bereits wiederholt an bestimmten Orten bedroht und „darauf hingewiesen“ worden seien, dass ihre erneute Präsenz zu Gewaltaktionen führen werde. In drei Fällen ging es hierbei um Diskotheken, die die Betroffenen nach Auskunft der Befragten seitdem nicht mehr besuchen.

Andere berichten von Studierenden, denen die Anwesenheit am Bahnhof von offenkundig rechtsradikalen Jugendlichen und jungen Erwachsenen „verboten“ worden sei. Zweimal wird angeführt, man kenne Kommilitonen, die es deshalb vermieden, nach Einbruch der Dunkelheit mit dem Zug in die Studienstadt zurückzukehren. Lieber übernachteten sie zur Not auch in einer kostenpflichtigen Unterkunft und würden erst am nächsten Vormittag nach Hause fahren.

Ein Befragter führt an, er habe einen befreundeten Kommilitonen, der aufgrund konkreter Gewaltandrohungen nur noch in Begleitung anderer aus dem Haus gehe. Ihm sei von Unbekannten bereits zweimal ein toter Vogel vor die Haustür gelegt sowie mehrmals Drohzettel in den Briefkasten geworfen worden. Darauf sei ihm geschrieben worden, er gehöre nicht hierher und man werde dafür sorgen, dass er auch nicht mehr lange hier sei. Nach Aussage des Befragten war der Kommilitone bereits zweimal bei der Polizei. Er habe Anzeige erstattet, die Polizei habe die Zettel als Beweismaterial an sich genommen, aber bislang ohne Ergebnis ermittelt.

Zwei Befragte berichten von Studierenden, die ihr Studium unter anderem aufgrund konkreter Bedrohungen abgebrochen und Deutschland verlassen haben.

Weitere beispielhafte Auskünfte von Befragten:

- *„Die Angst ist jetzt groß bei ihm, weil schon einmal etwas passiert ist. Vorher hat er es nicht so ernst genommen, auch wenn es in der Seele immer wehtut zu hören, man soll ruhig sein, weil man hier nichts zu suchen hat und bedroht wird, aber man glaubt es oft nicht, dass es ernst gemeint ist. Jetzt gehen wir abends meistens nur noch zusammen weg.“*

- *„Einer Freundin aus Eritrea wird von Jugendlichen, die sich dort (am Bahnhof; der Verf.) schon vormittags treffen und trinken, hinterhergerufen und -gepöfeln und sie wird mit Handzeichen sexuell belästigt. Sie befürchtet, dass die ihr irgendwann, wenn sonst niemand da ist, alles Mögliche antun. Deshalb geht sie nicht mehr zum Bahnhof, z.B. um Freunde abzuholen, wenn es dunkel ist.“*

Frage 3: Verbale Gewalt

Haben Sie in der Vergangenheit Erfahrungen mit verbaler Gewalt (Beleidigungen, Beschimpfungen) machen müssen, die nach Ihrer Auffassung fremdenfeindlich motiviert war? Kennen Sie andere ausländische Studierende, die diese Form der Gewalt erlebt haben? Beschreiben Sie bitte kurz den Vorfall.

In Tabelle 18 werden mittelbare und unmittelbare verbale Gewalterfahrungen, die in der Fragestellung unterschieden wurden, in der statistischen Auswertung wieder zusammengeführt. Eine Gesamtanzahl bzw. Gesamtprozentzahl wird aufgrund häufiger Doppelnennungen (Befragte berichten sowohl zu mittelbaren als auch zu unmittelbaren verbalen Gewalterfahrungen) nicht ermittelt. In den folgenden Tabellen, den Beispielübersichten über geschilderte Vorfälle sowie in den weiteren Auskünften der Betroffenen wird jeweils deutlich, ob unmittelbare oder mittelbare Erfahrungen ausgewertet bzw. berichtet werden.

Tab. 18: Studierende, die unmittelbar oder mittelbar Erfahrungen mit verbaler Gewalt (Beleidigungen, Beschimpfungen) machen mussten, die nach Ihrer Auffassung fremdenfeindlich motiviert war

Verbale Gewalterfahrungen	unmittelbar (n=1.037)		mittelbar (n=1.037)	
	abs.	in %	abs.	in %
Ja	448	43,20 %	303	29,22 %
Nein	589	56,80 %	734	70,78 %

Subjektiv empfundene fremdenfeindlich motivierte verbale Gewalterfahrungen gehören offenkundig zum Alltag ausländischer Studierender in der Bundesrepublik Deutschland. Deutlich mehr als die Hälfte aller Befragten hat

solche Beleidigungen erfahren müssen oder kennt hiervon betroffene ausländische Studierende. Auffällig ist bei der Beantwortung der Frage 3. die Häufung unspezifizierter Antworten. Viele der Befragten antworten generell: „Das passiert mir oft und so geht es auch meinen Kommilitonen aus dem Ausland.“ Hinsichtlich der weiteren Auswertung haben solche Antworten sowohl Eingang in die Tabellen zu unmittelbaren als auch zu mittelbaren verbalen Gewalterfahrungen gefunden.

Tab. 19: Studierende, die unmittelbar Erfahrungen mit verbaler Gewalt (Beleidigungen, Beschimpfungen) machen mussten, die nach Ihrer Auffassung fremdenfeindlich motiviert war (nach Herkunftsregion)

Herkunftsregion	gesamt	ja		nein	
		abs.	in %	abs.	in %
Afrika	408	244	59,80 %	164	40,20 %
Asien	316	121	38,89 %	195	61,11 %
Lateinamerika	124	34	27,42 %	90	72,58 %
Mittel- und Osteuropa	117	35	29,91 %	82	70,09 %
Andere	72	14	19,44 %	58	80,56 %
Gesamt	1.037	448	43,20 %	589	56,80 %

Anders als bei konkreten physischen Gewalterfahrungen sind afrikanische Studierende eindeutig die am stärksten betroffene Zielgruppe verbaler Gewalt. Während die Studierenden aller anderen Herkunftsregionen relativ unterdurchschnittlich häufig betroffen sind, haben nahezu zwei von drei afrikanischen Studierenden Erfahrungen mit verbaler Gewalt machen müssen. Die Zielgruppe fremdenfeindlich motivierter verbaler Gewalt, die oft in alltäglichen Situationen bzw. im Vorübergehen ausgeübt wird (siehe hierzu die folgende Kurzübersicht sowie die weiteren Aussagen der Betroffenen), scheint vorwiegend über das unveräußerliche körperliche Merkmal der Hautfarbe identifiziert zu werden.

Tab. 20: Studierende, die mittelbar Erfahrungen anderer Studierender mit verbaler Gewalt (Beleidigungen, Beschimpfungen) berichten, die nach Ihrer Auffassung fremdenfeindlich motiviert war (nach Herkunftsregion)

Herkunftsregion	gesamt	ja		nein	
		abs.	in %	abs.	in %
Afrika	408	126	31,37 %	282	68,63 %
Asien	316	97	30,70 %	219	69,30 %
Lateinamerika	124	19	15,32 %	105	84,68 %
Mittel- und Osteuropa	117	43	36,75 %	74	63,35 %
Andere	72	18	25,00 %	54	75,00 %
Gesamt	1.037	303	29,22 %	734	70,78 %

Hinsichtlich mittelbar zur Kenntnis gelangter verbaler Gewalterfahrungen anderer ausländischer Studierender wandelt sich das Bild der hiervon Betroffenen. Sowohl Studierende aus Afrika, Asien und Mittel- und Osteuropa berichten überdurchschnittlich häufig davon, Personen zu kennen, denen dies wiederfahren sei. Ein möglicher Erklärungsansatz hierfür sind sogenannte „transnational communities“ ausländischer Studierender verschiedener Herkunftsregionen, wie sie z.B. in Wohnheimen entstehen. Es bleibt in den Aussagen der Befragten häufig unklar, wer das Objekt der verbalen Gewalt war und welcher Herkunftsregion diese Person zuzuordnen ist. Es wird aufgrund der Abweichung zu der prozentualen Verteilung bei unmittelbar erfahrener verbaler Gewalt vermutet, dass Studierende aus einer Herkunftsregion häufig von Erfahrungen von Studierenden anderer Herkunftsregionen berichten, mit denen sie bekannt oder befreundet sind.

Tab. 21: Studierende, die unmittelbar Erfahrungen mit verbaler Gewalt (Beleidigungen, Beschimpfungen) machen mussten, die nach Ihrer Auffassung fremdenfeindlich motiviert war (nach Studienbundesland)

Bundesland	Studierende in % (n=1.037)	Studierende mit unmittelbaren verbalen Gewalterfahrungen	
		absolut	in % (n=448)
Baden-Württemberg	1,45 %	3	0,67 %
Bayern	---	---	---
Berlin	5,69 %	39	8,71 %
Brandenburg	3,28 %	28	6,25 %
Hansestadt Bremen	---	---	---
Hansestadt Hamburg	---	---	---
Hessen	27,77 %	87	19,42 %
Mecklenburg- Vorpommern	4,05 %	34	7,59 %
Niedersachsen	12,25 %	51	11,38 %
Nordrhein-Westfalen	15,24 %	28	6,25 %
Rheinland-Pfalz	6,17 %	16	3,57 %
Saarland	1,16 %	4	0,89 %
Sachsen	4,24 %	40	8,93 %
Sachsen-Anhalt	3,57 %	32	7,14 %
Schleswig-Holstein	9,84 %	41	9,15 %
Thüringen	3,57 %	33	7,37 %
Keine Angabe	1,74 %	12	2,68 %
Gesamt	100,00 %	448	100,00 %

Hinsichtlich unmittelbar erfahrener Gewalt sind die fünf neuen Bundesländer und Berlin deutliche Schwerpunktgebiete. Von dort werden 206 der insgesamt 448 Vorfälle (= 45,98 Prozent) gemeldet, obwohl dort nur 253 der insgesamt 1.037 befragten Personen (= 24,40 Prozent) studieren. In allen anderen Bundesländern liegen die Häufigkeiten erfahrener verbaler Gewalt zum Teil erheblich (Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen) unterhalb der Erwartungswerte aufgrund der regionalen Befragtenverteilung.

Tab. 22: Studierende, die mittelbar von Erfahrungen anderer Studierender mit verbaler Gewalt (Beleidigungen, Beschimpfungen) berichten, die nach Ihrer Auffassung fremdenfeindlich motiviert war (nach Studienbundesland)

Bundesland	Studierende in % (n=1.037)	Studierende mit mittelbaren verbalen Gewalterfahrungen	
		absolut	in % (n=303)
Baden-Württemberg	1,45 %	4	1,32 %
Bayern	---	---	---
Berlin	5,69 %	24	7,92 %
Brandenburg	3,28 %	23	7,59 %
Hansestadt Bremen	---	---	---
Hansestadt Hamburg	---	---	---
Hessen	27,77 %	49	16,17 %
Mecklenburg- Vorpommern	4,05 %	21	6,93 %
Niedersachsen	12,25 %	37	12,21 %
Nordrhein-Westfalen	15,24 %	31	10,23 %
Rheinland-Pfalz	6,17 %	12	3,96 %
Saarland	1,16 %	2	0,67 %
Sachsen	4,24 %	24	7,92 %
Sachsen-Anhalt	3,57 %	19	6,27 %
Schleswig-Holstein	9,84 %	22	7,26 %
Thüringen	3,57 %	27	8,91 %
Keine Angabe	1,74 %	8	2,64 %
Gesamt	100,00 %	303	100,00 %

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der regionalen Verteilung mittelbarer, den Befragten zur Kenntnis gelangten verbalen Gewalterfahrungen anderer ausländischer Studierender. Aus Berlin und den neuen Ländern werden 138 der insgesamt 303 Vorfälle (= 45,45 Prozent) gemeldet, obwohl - siehe oben - dort nur 253 der insgesamt 1.037 befragten Personen (= 24,40 Prozent) studieren. Wiederum liegt die Häufung in allen anderen Bundesländern unterhalb der Erwartungen hinsichtlich der regionalen Verteilung der Befragten.

Kurzübersicht über geschilderte Vorfälle (Beispiele)

Befragte thematisieren bei Angaben zu Frage 3. neben Erfahrungen in Alltagssituationen häufig auch Beleidigungen und verbale Gewalt im Kontakt mit Behörden und anderen Organen der Exekutive (Polizei, Bundesgrenzschutz, Ausländerbehörden, Arbeitsämter etc.). Diese Vorfälle sind an dieser Stelle weder in die statistische noch in die inhaltliche Auswertung eingegangen. Sie wurden vielmehr in die Auswertung der Fragen 4. und 5. mit einbezogen. Analog wurde mit Aussagen verfahren, die einen unmittelbaren Hochschulbezug haben (Beleidigung und Diskriminierungen durch Kommilitonen, Dozenten, Mitarbeiter von Hochschuleinrichtungen etc.).

Viele der Befragten beantworten die Frage nach verbaler Gewalt ohne nähere Erläuterungen mit „Ja, fast täglich“ bzw. „Ja, oft“; „häufig“ etc..

Befragte berichten davon, von Kopf bis Fuß gemustert und ausgelacht worden zu sein. Ein Befragter berichtet, er arbeite in einem Warenhaus und müsse sich manchmal Kundenäußerungen gefallen lassen, die nur auf seine Herkunft und sein Aussehen zurückzuführen seien. Als Beispiel führt er an, eine Kundin habe ihm ins Gesicht gesagt: „Schaun Sie sich doch mal an, was kann man auch von einem wie Ihnen erwarten!“.

Ein weiterer Befragter berichtet, eine schon ältere Frau sei einmal mehrere hundert Meter hinter ihm hergelaufen und habe ihn immer wieder aufgefordert „*Du Neger bleib stehn!*“. Als er schließlich angehalten und sich zu der Frau herumgedreht habe, habe sie auf den Boden gespuckt und sei rempelnd und wortlos an ihm vorbeigegangen.

Beleidigungen in „Nachrufsituationen“ auf offener Straße sind nach den Aussagen der Befragten sehr häufig. Viele Befragte berichten, sie seien in der U- oder S-Bahn und in Fußgängerzonen von Zeit zu Zeit Zielscheibe verbaler Gewalt.

Ein Befragter berichtet von einem türkischen Kollegen, dem am Arbeitsplatz von einem Deutschen erklärt worden sei: „*Was ich auf dieser Welt nicht leiden kann sind Hunde und Türken*“.

Weitere beispielhafte Auskünfte von Befragten:

- „Ich habe schon von mehreren Ausländern gehört, dass sie angepöbelt wurden, als sie in ihrer Muttersprache gesprochen haben; nach dem Motto ‚Hier wird Deutsch gesprochen‘. Solches hört man auch von älteren, ‚gutbürgerlichen‘ Menschen.“
- „In den letzten zwei Jahren habe ich immer, sogar in der Öffentlichkeit (Kaufhaus) solche Geschichten erlebt. Insbesondere seit dem Bombenanschlag in Düsseldorf im letzten Sommer ist es schlimmer geworden.“
- „Ich bin öfters in der Straße als ‚Scheißneger‘ beschimpft worden.“
- „Standardwort ist ‚Kanake‘.“
- „Ja, in der S-Bahn: ‚Du darfst nicht sitzen, die Plätze sind nur für Deutsche‘.“
- „Nein, aber ich würde z.B. nicht draußen mit dem Handy auf Russisch telefonieren wenn ich alleine bin, seitdem ich einmal schief angeguckt worden bin.“
- „Ich fühlte mich sehr unwohl, als mir während einer Uni-Exkursion nach Berlin bei der Besichtigung des Deutschen Bundestages vorgeworfen wurde, ich würde mich in der Warteschlange nicht einordnen und dies würde an meiner Nationalität liegen.“
- „Mir hat ein älterer Mann mitten in einer politischen Diskussion über das Staatsbürgerschaftsrecht gesagt, dass ‚wir‘ einfach nicht hierher gehören. Ich habe ihn gefragt, wer ‚wir‘ denn eigentlich sind. Er hat geantwortet, dass ‚wir‘ Asylbetrüger und Schmarotzer (wörtlich!) sind und die Deutschen kaputtmachen wollen.“
- „Beleidigungen und Beschimpfungen begegne ich oft.“
- „Man wird ausgelacht. Man wird von Kopf bis Fuß angesehen, so wie wenn man ein hässliches Tier wäre.“
- „Oft habe ich in den Verkehrsmitteln (U-Bahn, S-Bahn) fremdenfeindliche Beschimpfungen hören müssen. Leider gibt es in Deutschland kaum Zivilcourage, um ein nettes Mädchen (wie ich) zu verteidigen.“
- „Auf dem Weg von der Uni zu mir nach Hause laufe ich jeden Tag an Mauern und Häusern vorbei, die mit Hakenkreuzen und

Ausländer-raus-Sprüchen vollgeschmiert sind. Für mich ist das auch eine Form von Gewalt, das jeden Tag sein zu müssen.“

- *„Richtig schlimme Sprüche kann man in den Toiletten in Gaststätten oder auch an der Uni lesen. Da steht, was man mit den Ausländern machen sollte. Rauswerfen ist noch das schönste, manchmal steht auch da, dass man uns alle vergasen soll.“*
- *„Die Wahlkampfplakate von REP und anderen rechten Parteien mit ‚Ausländer raus‘ oder ‚Deutsche zuerst‘.“*

Frage 4: Strukturelle Diskriminierung

Haben Sie in der Vergangenheit an Ihrer Hochschule und im Rahmen Ihres Studiums Diskriminierungen erlebt, die Sie rechtlichen Strukturen (Ausländergesetz, Hochschulrahmengesetz, Studien- und Prüfungsordnungen etc.) zuschreiben? Kennen Sie andere ausländische Studierende, die diese Form der Diskriminierung erlebt haben? Beschreiben Sie bitte kurz den Vorfall.

In den Tabellen 23 bis 25 werden die in der Fragestellung getrennten Aspekte mittelbare und unmittelbare strukturelle Diskriminierungserfahrungen zusammengefasst. Dabei gehen Befragte, die sowohl unmittelbare als auch mittelbare strukturelle Diskriminierungserfahrungen berichten, nur einfach in die Auswertung ein. In den Beispielübersichten über geschilderte Vorfälle sowie den weiteren Auskünften der Betroffenen wird jeweils deutlich, ob unmittelbare oder mittelbare strukturelle Diskriminierungserfahrungen berichtet werden.

Tab. 23: Studierende, die unmittelbar oder mittelbar Diskriminierungen erlebt haben, die sie rechtlichen Strukturen (Ausländergesetz, Hochschulrahmengesetz, Studien- und Prüfungsordnungen etc.) zuschreiben

Strukturelle Diskriminierungserfahren	absolut	in % (n=1.037)
Ja	362	34,91 %
Nein	675	65,09 %

Etwas mehr als ein Drittel der Befragten fühlt sich selbst aufgrund der bestehenden Rechtspraxis in der Bundesrepublik Deutschland diskriminiert oder kennt andere ausländische Studierende, von denen sie glauben, sie seien von strukturellen Diskriminierungen betroffen. Erstmals rückt

bei der Beantwortung der Frage 4. der Aspekt Hochschule und Hochschulumfeld in den Mittelpunkt der Aussagen der Befragten. Strukturelle Diskriminierung ist die nach verbalen Gewalterfahrungen unter ausländischen Studierenden am weitesten verbreitete subjektive Erfahrungsdimension.

Tab. 24: Studierende, die unmittelbar oder mittelbar Diskriminierungen erlebt haben, die sie rechtlichen Strukturen (Ausländergesetz, Hochschulrahmengesetz, Studien- und Prüfungsordnungen etc.) zuschreiben (nach Herkunftsregion)

Herkunftsregion	gesamt	ja		nein	
		abs.	in %	abs.	in %
Afrika	408	171	41,91 %	237	58,09 %
Asien	316	109	34,49 %	207	65,51 %
Lateinamerika	124	43	34,68 %	81	65,32 %
Mittel- und Osteuropa	117	30	25,64 %	87	74,36 %
Andere	72	9	12,50 %	63	87,50 %
Gesamt	1.037	362	34,91 %	675	65,09 %

Strukturelle Diskriminierungserfahrungen bzw. die subjektive Wahrnehmung solcher strukturellen Diskriminierungen sind unter afrikanischen Studierenden am weitesten verbreitet. Durchschnittlich betroffen fühlen sich Studierende aus Asien und Lateinamerika. Erstmals in der Umfrage beklagen damit Studierende aus Lateinamerika eine subjektive Erfahrungsdimension ebenso häufig wie Studierende aus Asien und nahezu so häufig wie Studierende aus Afrika. Dies zeugt von einem „egalitären“ Moment der rechtlichen Rahmenbedingungen des Ausländerstudiums in der Bundesrepublik Deutschland auf subjektiv hohem Diskriminierungsniveau. Weniger betroffen sehen sich – trotz in der Regel gleicher Rechtsstellung – Studierende aus Mittel- und Osteuropa. Es ist zu vermuten, dass die Zusammenfassung von Studierenden aus Mitteleuropa und aus Osteuropa insbesondere in diesem Kontext zwei Gruppen zusammenschließt, die nicht unbedingt gleiche Problemlagen gewärtigen. Die rechtlichen (Arbeitserlaubnisrecht, Visaangelegenheiten) wie die sonstigen Voraussetzungen (in der Regel bessere Sprachvorkenntnisse in Deutsch und bessere finanzielle Startvoraussetzungen aufgrund des Lebensstandards z.B. in den der EU assoziierten Staaten) für Studierende aus Mitteleuropa unterscheiden sich deutlich gegenüber jenen von Studierenden aus Osteuropa. Die rechtlichen Rahmenbedingungen des Aus-

länderstudiums ebenso wie Studien- und Prüfungsordnungen erweisen sich daher für Studierende aus Mitteleuropa seltener als nur schwer zu nehmende Hürden. Entsprechend ergibt sich in der Auswertung der Befragung zwischen Studierenden aus Mittel- und aus Osteuropa tatsächlich eine ungleiche Verteilung der subjektiv empfundenen strukturellen Diskriminierung. Die Häufigkeit subjektiv empfundener struktureller Diskriminierung unter Studierenden aus Osteuropa korrespondiert nach den Befragungsergebnissen weitgehend mit der von Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Studierende aus Mitteleuropa dagegen erfahren subjektiv ein „strukturelles Diskriminierungsniveau“, das näherungsweise jenem von Studierenden aus anderen Ländern (insbesondere der Europäischen Union und Nordamerika) entspricht. Die in der Regel privilegierte ausländer- und sozialrechtliche Stellung dieser Studierenden korrespondiert mit dem subjektiven Empfinden der Betroffenen.

Tab. 25: Studierende, die unmittelbar oder mittelbar Diskriminierungen erlebt haben, die sie rechtlichen Strukturen (Ausländergesetz, Studien- und Prüfungsordnungen etc.) zuschreiben (nach Studienbundesland)

Bundesland	Studierende in % (n=1.037)	Studierende mit strukturellen Diskriminierungsfähigkeiten	
		abs.	in % (n=362)
Baden-Württemberg	1.45 %	2	0.55 %
Bayern	---	---	---
Berlin	5.69 %	35	9.67 %
Brandenburg	3.28 %	28	7.73 %
Hansestadt Bremen	---	---	---
Hansestadt Hamburg	---	---	---
Hessen	27.77 %	46	12.71 %
Mecklenburg-Vorpommern	4.05 %	27	7.47 %
Niedersachsen	12.25 %	37	10.22 %
Nordrhein-Westfalen	15.24 %	41	11.33 %
Rheinland-Pfalz	6.17 %	31	8.56 %
Saarland	1.16 %	5	1.38 %
Sachsen	4.24 %	33	9.12 %
Sachsen-Anhalt	3.57 %	27	7.46 %
Schleswig-Holstein	9.84 %	15	4.14 %
Thüringen	3.57 %	26	7.18 %
Keine Angabe	1.74 %	9	2.49 %
Gesamt	100.00 %	362	100.01 %

In der regionalen Verteilung selbst empfundener struktureller Diskriminierung spiegelt sich das egalitäre Moment der für ausländische Studierende relevanten ausländer- und sozialrechtlichen Rahmenbedingungen nicht. Vielmehr bleibt es auch bei der Auswertung dieser Erfahrungsdimension bei der überproportionalen Häufung solcher Erfahrungen unter Studierenden aus den neuen Bundesländern sowie aus Berlin. 176 der insgesamt 362 Vorfälle (=48,62 Prozent) werden von Studierenden aus diesen Bundesländern vorgebracht, obwohl dort nur 253 der insgesamt 1.037 befragten Personen (= 24,40 Prozent) studieren. Es ist daher nicht auszuschließen, dass z.B. die ausländerrechtlich häufig gebotenen Ermessensentscheidungen durch Ausländerbehörden in den neuen Ländern und in Berlin deutlich restriktiver gehandhabt werden als in den anderen Bundesländern, die durchweg unterhalb des Erwartungswertes aufgrund der regionalen Verteilung der Befragten Studierenden verbleiben. Von einiger Aussagekraft ist an dieser Stelle auch ein nicht regelmäßig in die Untersuchung miteinbezogener Parameter, nämlich das Verhältnis zwischen befragten Studierenden in einem Bundesland zu Studierenden mit konkreten Erfahrungen (siehe zur grundsätzlichen Vernachlässigung dieses Parameters in den Vorbemerkungen). Mit 176 von insgesamt 253 Befragten aus den neuen Bundesländern und aus Berlin empfinden 69,57 Prozent aller an der Befragung beteiligten Studierenden subjektiv eine Diskriminierung durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen ihres Aufenthaltes.

Kurzübersicht über geschilderte Vorfälle (Beispiele) und weitere beispielhafte Auskünfte der Betroffenen:

Themenfeld Ausländerbehörde

Häufig beklagen Befragte bei der Verlängerung ihrer Aufenthaltsbewilligung grundsätzlich lange Wartezeiten. Schwierigkeiten werden auch bei der Verlängerung der Bewilligung bei beabsichtigten Studienfachwechsel (auch in der Anfangsphase des Studiums) oder bei einer Verlängerung mit dem Ziel einer Promotion referiert. Ebenfalls wird beklagt, dass Ausländerbehörden häufig trotz vorliegender Verpflichtungserklärung sowie einer Krankenversicherung der Erteilung eines Visums für Familienangehörige (Verwandte zweiten Grades, aber auch Ehepartner und minderjährige Kinder) nicht zustimmen. Beklagt wird auch, dass es z.T. bei Studierenden an der selben Hochschule je nach Zuständigkeit unter-

schiedliche Praktiken der Ausländerbehörden bezüglich der ausländerrechtlichen Erteilung der Arbeitserlaubnis während des Semesters gibt.

- *„Ich sollte mitten im Studium Deutschland verlassen, da ich als Kriegsflüchtling hier lebte. Mit Hilfe der Kommilitonen und Unterstützung des Dekans habe ich ein Studentenvisum erhalten. Nach dem Ausländergesetz hätte ich aber Deutschland verlassen müssen, unabhängig davon, dass ich bereits 4 Semester hier studierte.“*
- *„Ich studiere jetzt schon seit drei Jahren in Deutschland und habe meine Frau in dieser Zeit nur zweimal zu Hause besucht. Ich erzähle ihr viel von Deutschland und möchte ihr gerne zeigen, wo ich studiere. Obwohl das Geld kein Problem ist, hat sie bis jetzt kein Visum bekommen. Der Herr Sachbearbeiter bei der Behörde sagt, dass es mir zumuthar wäre, in der Zeit meines Studiums nur zu telefonieren und zu schreiben und meine Frau zu Hause zu besuchen.“*
- *„Das Ausländerrecht lässt es nicht zu, dass ich meine Familie hierher einlade. Mir fehlt der Kontakt zu ihnen sehr.“*
- *„Verlängert hat mir die Behörde die Bewilligung erst, nachdem der Leiter des Akademischen Auslandsamtes sich darum gekümmert hat. Ich hatte ein Attest vorgelegt, dass ich wegen der Therapie über ein Jahr nicht wirklich studieren konnte. Kein Studienfortgang – keine Verlängerung.“*
- *„Ich habe als bosnischer Kriegsflüchtling zuerst mit der Aufenthaltsbefugnis und später dann mit einer Duldung meinen Abschluss gemacht. Danach wollte ich eine Promotion schreiben. Aber weil mein Aufenthalt nur bis zum Studienende geduldet war, musste ich nach Bosnien zurück und dort ein neues Visum beantragen. Mein Professor hat sich sehr für mich eingesetzt aber nichts erreicht. Ich habe über sechs Monate gebraucht, bis mir die Botschaft in Sarajevo ein neues Visum gegeben hat. Die Zeit ist verloren und beinahe hätte ich nicht mehr promovieren können, weil an der Uni die Stelle nicht mehr frei war.“*
- *Mein Freund, der in Kassel wohnt, bekommt dort von der Ausländerbehörde die Erlaubnis, im Semester 20 Stunden zu arbeiten. Im Landkreis kann man schon froh sein, wenn sie einem überhaupt 10 Stunden erlauben.“*

Themenfeld Arbeitsamt / Arbeitsrecht

Insbesondere Studierende aus Staaten, die weder der EU angehören noch durch Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union verbunden sind, beklagen die geltende Arbeitserlaubnisregelung. Schon die Vorrangprüfung durch das Arbeitsamt empfinden die Betroffenen als eine Diskriminierung. Viele weisen darauf hin, dass sie genauso für ihren Lebensunterhalt sorgen müssen wie alle anderen auch. Auch die Ausgestaltung der Regelung (Prüfungszeit zwischen 4 und 8 Wochen) wird als diskriminierend empfunden. Viele Befragte weisen darauf hin, dass Arbeitgeber in der Regel einen dringenden Arbeitskräftebedarf haben und nicht abwarten können, bis das Prozedere der Erlaubniserteilung – womöglich sogar mit einer negativen Entscheidung – abgeschlossen ist. Außerdem stünden ihnen somit fast immer nur solche Tätigkeiten zur Verfügung, die sonst niemand machen wolle und die meistens schlecht bezahlt seien. Immer wieder wird auch darauf hingewiesen, dass die Ausgestaltung der 90 Tage-Regelung (Stunden gelten als Tage) ausländische Studierende benachteiligt.

- *„'Nur' in Bezug auf die Möglichkeit, sein Studium mitzufinanzieren. Als Nicht-EU-Bürger darf ich während dem Semester nicht arbeiten.“*
- *„Ich verstehe nicht, warum ich zwar hier sein darf, aber nur arbeiten darf, wenn niemand anders den Job annehmen will. Ich bin doch ganz richtig in Deutschland! Warum habe ich diesen Nachteil?“*
- *„Wenn ich heute um eine Erlaubnis beim Arbeitsamt frage, kann es acht Wochen dauern, bis sie ja sagen. Dann braucht man mich nicht mehr.“*
- *„Um eine Arbeitserlaubnis zu bekommen, muss der Arbeitgeber für ein Jahr im Voraus wissen und dem Arbeitsamt sagen, wann ich arbeiten werde. Und auch andere Sachen werden verlangt, die meistens dazu führen, dass man am Schluss dann doch nicht angestellt wird. Dabei will ich nur selbst mein Studium finanzieren. Ein Stipendium ist überhaupt nirgendwo zu bekommen.“*
- *„Es ist meiner Meinung nach diskriminierend, dass es mir wie ein ganzer Tag angerechnet wird, wenn ich nur eine Stunde am Tag arbeite. Und oft sind die Jobs, die man bekommen kann nur ein paar Stunden.“*

- *„Es ist nicht nur, dass auch eine Stunde Arbeit am Tag wie ein Tag zählt. Es ist auch, dass wenn ich zwei ganze Wochen hintereinander arbeite, dann zählen hier nicht nur die fünf Arbeitstage, sondern auch noch das Wochenende.“*

Themenfeld Hochschulzulassung, Studien- und Prüfungsordnungen

Befragte beklagen, dass die Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland in ihren Zulassungsverfahren aufgrund unterschiedlichster Verfahren und Prozeduren wenig transparent und die Zulassungsprüfungen- und -voraussetzungen kaum zu bewältigen seien. Studierende erkennen hierin einen Exklusionsmechanismus, der Fähigkeiten voraussetzt, die erst im Laufe des Studiums erarbeitet werden können. Hinsichtlich der Studien- und Prüfungsordnungen wird von den Befragten regelmäßig angeführt, dass der absoluten Gleichbehandlung mit deutschen Studierenden ihrer Meinung nach ein diskriminierendes Moment inneohnt. Angesichts ungleicher Startvoraussetzungen, insbesondere der Sprachkompetenz und der sozialen Schwierigkeiten, die man als ausländischer Studierender in Deutschland habe, sei es nicht möglich, genauso schnell Texte zu lesen und zu verstehen oder zu verfassen wie Deutsche. Dies sei immer dann problematisch, wenn – wie z.B. bei Klausuren oder Hausarbeiten – Fristen gesetzt würden, die sie selbst bei bestem Willen kaum einhalten könnten. Darüber hinaus wird beklagt, dass aus der vergleichsweise langen Studiendauer, die unter anderem deshalb zustande käme, weil man an solchen Forderungen scheitere und Scheine oft erst im zweiten oder dritten Anlauf bestünde oder man arbeiten müsste, um das Studium zu finanzieren, immer wieder Probleme mit der Ausländerbehörde oder anderen behördlichen Einrichtungen erwüchsen.

- *„Die Aufnahmeprüfung Deutsch ist unterschiedlich an jeder Uni. Es ist immerhin eine beliebige Schranke. Außerdem lernt man Deutsch, indem man lernt. Und das Deutschniveau am Anfang des Studiums ist (fast) immer unerheblich. Wenn es um die Integration geht, um die Abwesenheit von Diskriminierung, sollte das Niveau deutschlandweit gleich (niedrig) sein.“*
- *„Im Moment macht man einen sehr starken Druck, man verurteilt mich als unverantwortlich, dass ich nach einem halben Jahr nichts Vernünftiges für meine Diplomarbeit getan habe. Niemand denkt an meine Sprachprobleme, um Literatur zu verstehen. Man will meinen Rückflug nicht mehr unterstützen,*

wenn ich kein Diplom bestehe. So werde ich bestraft trotz meiner großen Mühe.“

- „Es wäre hilfreicher, wenn wir Ausländer wegen der Sprachprobleme andere Regelungen bekommen würden. Zum Beispiel viermal eine Prüfung zu wiederholen. Oder zur Diplomabgabe einen oder zwei Monate länger Zeit. Es ist schwer genug für Deutsche, für uns Ausländer aber viel schwieriger.“
- „Mit der neuen Prüfungsordnung ist es in Fächern wie Rechtswissenschaften nicht mehr möglich, statt einer Klausur eine Hausarbeit zu schreiben. Ich habe ein Visum nur für die Dauer des Studiums, dann muss ich zurück in mein Heimatland. Wozu brauche ich deutsches Recht? Mit einer Hausarbeit kann ich mich auf ein bestimmtes Thema konzentrieren, das mir weiterhilft.“
- „1/2 Stunde mehr Zeit pro Klausur zu haben, wurde nicht genehmigt, weil das diskriminierend gegen deutsche Studenten sei!“

Frage 5: Willkürliche Diskriminierung

Haben Sie in der Vergangenheit an Ihrer Hochschule und im Rahmen Ihres Studiums Diskriminierungen erlebt, die nicht auf rechtlich verankerten Strukturen, sondern auf Vorurteilen und Negativbildern z.B. von Kommilitonen, Lehrkräften oder anderen Hochschulbediensteten beruhen? Kennen Sie andere ausländische Studierende, die diese Form der Diskriminierung erlebt haben? Beschreiben Sie bitte kurz den Vorfall.

In der Auswertung zu Frage 5. wurden unmittelbare und mittelbare, subjektiv als willkürlich empfundene Diskriminierungen zusammengefasst. Studierende, die diesbezüglich sowohl unmittelbare als auch mittelbare Erfahrungen referieren, gehen dabei nur einfach in die Auswertung ein. Der Verfasser schätzt überschlägig, dass etwa 30 Prozent derer, die Erfahrungen referieren, sowohl unmittelbare als auch mittelbare Vorfälle mehr oder weniger detailliert schildern.

Tab. 26: Studierende, die an Ihrer Hochschule und im Rahmen Ihres Studiums unmittelbar oder mittelbar Diskriminierungen erlebt haben, die sie nicht auf rechtlich verankerten Strukturen, sondern auf Vorurteile und Negativbilder z.B. von Kommilitonen, Lehrkräften oder anderen Hochschulbediensteten zurückführen

Willkürliche Diskriminierungserfahren	absolut	in % (n=1.037)
Ja	256	24,69 %
Nein	781	75,31 %

Etwa ein Viertel der Befragten hat unmittelbar, mittelbar oder sowohl unmittelbar als auch mittelbar Erfahrungen mit Diskriminierungen, die als willkürlich und fremdenfeindlich motiviert eingestuft werden. Sie beziehen sich nahezu ausschließlich auf den Hochschulbereich. Die Häufigkeit struktureller Diskriminierungen im Rahmen des Ausländerstudiums in Deutschland wird damit zwar deutlich unterschritten, dennoch wird an den geschilderten Vorfällen deutlich, dass auch die Hochschule – der in den Konzepten zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eine zentrale Rolle zugeschrieben wird – kein von rassistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen freier Ort ist. Dies gilt sowohl für Dozentinnen und Dozenten als auch Studierende und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulinstitutionen.

Tab. 27: Studierende, die an Ihrer Hochschule und im Rahmen Ihres Studiums unmittelbar oder mittelbar Diskriminierungen erlebt haben, die sie nicht auf rechtlich verankerten Strukturen, sondern auf Vorurteile und Negativbilder von Kommilitonen, Lehrkräften oder anderen Hochschulbediensteten zurückführen (nach Herkunftsregion)

Herkunftsregion	gesamt	ja		nein	
		abs.	in %	abs.	in %
Afrika	408	103	25,25 %	305	74,75 %
Asien	316	82	25,95 %	234	74,05 %
Lateinamerika	124	36	29,03 %	88	71,97 %
Mittel- und Osteuropa	117	27	23,08 %	90	76,92 %
Andere	72	8	11,11 %	64	88,89 %
Gesamt	1.037	256	24,69 %	781	75,31 %

Die Verteilung willkürlicher Diskriminierungserfahrungen unter den befragten ausländischen Studierenden nach Herkunftsregion lässt sich mit den bislang bei der Auswertung der Fragen 1. bis 4. ermittelten Ergebnissen nicht zur Deckung bringen. Studierende aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Mittel- und Osteuropa fühlten sich von willkürlicher Diskriminierung gleichermaßen betroffen. Lediglich Studierende aus anderen Ländern (insbesondere Nordamerika und Staaten der Europäischen Union) scheinen deutlich weniger betroffen. Die „Egalität des Ausländerrechtes“ kann an dieser Stelle nicht als Erklärung herangezogen werden. Einen anderen möglichen Erklärungsansatz sieht der Verfasser in der These, dass sich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit an der Hochschule möglicherweise weniger aus Affekten speist als aus Ideologien und Theorien, die „lediglich“ zwischen „Eigen“ und „Fremd“ unterscheiden und das „Fremde“ ohne interne Hierarchisierung verwerfen und zu exkludieren suchen. Da die jeweiligen Motivationen für von ausländischen Studierenden als diskriminierende empfundene Verhaltensweisen im Rahmen dieser Befragung jedoch keine Rolle spielten, lässt sich diese These jedoch an dieser Stelle weder belegen noch verwerfen.

Tab. 28: Studierende, die an Ihrer Hochschule und im Rahmen Ihres Studiums unmittelbar oder mittelbar Diskriminierungen erlebt haben, die sie nicht auf rechtlich verankerten Strukturen, sondern auf Vorurteile und Negativbilder von Kommilitonen, Lehrkräften oder anderen Hochschulbediensteten zurückführen (nach Studienbundesland)

Bundesland	Studierende in % (n=1.037)	Studierende mit willkürlichen Diskriminierungsfahrungen	
		absolut	in % (n=303)
Baden-Württemberg	1,45 %	2	0,78 %
Bayern	---	---	---
Berlin	5,69 %	25	9,77 %
Brandenburg	3,28 %	19	7,42 %
Hansestadt Bremen	---	---	---
Hansestadt Hamburg	---	---	---
Hessen	27,77 %	38	14,84 %
Mecklenburg- Vorpommern	4,05 %	16	6,25 %
Niedersachsen	12,25 %	31	12,11 %
Nordrhein-Westfalen	15,24 %	30	11,72 %
Rheinland-Pfalz	6,17 %	7	2,73 %
Saarland	1,16 %	2	0,78 %
Sachsen	4,24 %	25	9,77 %
Sachsen-Anhalt	3,57 %	23	8,98 %
Schleswig-Holstein	9,84 %	9	3,52 %
Thüringen	3,57 %	22	8,59 %
Keine Angabe	1,74 %	7	2,73 %
Gesamt	100,00 %	256	99,99 %

Analog zu den Ergebnissen hinsichtlich struktureller Diskriminierung wird die nahezu gleichmäßige Verteilung der Betroffenen nach Herkunftsregion (mit Ausnahme der Kategorie „Andere“ bei der Auswertung nach dem Studienbundesland) durchbrochen. In Kontinuität zu den Auswertungen der Fragen 1. bis 4. sind ausländische Studierende in den neuen Bundesländern sowie in Berlin subjektiv sehr viel häufiger von willkürlicher Diskriminierung betroffen als in den anderen Bundesländern. Bei insgesamt 256 referierten Vorfällen waren in 130 Fällen ausländische Studierende (= 50,78 Prozent) in diesen Bundesländern betroffen, obwohl hier nur 253 der insgesamt 1.037 befragten Personen

(= 24,40 Prozent) studieren. Auffällig ist darüber hinaus die extrem unterdurchschnittliche Häufung von Vorfällen in Schleswig-Holstein, das bei den Auswertungen der übrigen Fragestellungen meist überdurchschnittlich häufig Tatort für Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen war. Ebenfalls deutlich unterrepräsentiert sind diesbezüglich die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Hessen.

Kurzübersicht über geschilderte Vorfälle und beispielhafte Aussagen der Befragten:

Themenfeld Visumserteilung

- *„Bei der deutschen Botschaft habe ich meine ganzen Dokumente eingereicht und ein Studentenvisum beantragt. Ich hatte auch nachgewiesen, dass ich das Studium finanzieren kann. Trotzdem hat es über ein Jahr gedauert, bis ich das Visum bekommen habe. Ich musste viermal in die Deutsche Botschaft und immer wieder haben sie mir gesagt, sie würden nicht glauben, dass ich in Deutschland wirklich studieren will.“*
- *„Sie haben immer neue Gründe gefunden, warum ich kein Visum bekommen soll. So geht es vielen aus dem Iran, keiner glaubt, dass man nicht in Deutschland bleiben will.“*
- *„Meine Schwester hat eine Zulassung von der Frankfurter Universität, sie hat auch schon alle Sprachnachweise, weil sie schon in Armenien Deutsch gelernt hat. Der Mann von der Botschaft hat sie gefragt, warum sie ausgerechnet in Deutschland studieren will. Er hat gesagt, wenn erst einmal die ganze Familie in Deutschland wäre, würden wir sicher auch bleiben wollen. Obwohl sie 10.000 Mark eingezahlt hat und mein Onkel (lebt in Deutschland) sich verpflichtet hat, für sie zu sorgen, sagen sie, dass sie nicht genügend Geld hat um ein Visum zu bekommen.“*

Themenfeld Einreise / Bundesgrenzschutz / Polizei

- *„Der Polizist ist mir erst gar nicht aufgefallen. Bis er mich angesprochen hat und meinen Pass sehen wollte. Der Polizist sagte, es sei eine routinemäßige Kontrolle und dass alles okay sei. Es hat mich schon ziemlich getroffen, dass nur ich kontrolliert wurde.“*

- *„Als ich 1996 für das Studium nach Deutschland gekommen bin, hatte ich schon alle Papiere. Trotzdem haben mir die Beamten am Flughafen meinen Pass und alle anderen Dokumente abgenommen und mich fast drei Stunden festgehalten. Ich wusste erst mal überhaupt nicht warum. Die ganze Zeit über haben sie nur Deutsch gesprochen, obwohl ich immer wieder gefragt habe, ob sie nicht Englisch mit mir reden können. Nach drei Stunden kam dann einer mit meinem Pass zurück und plötzlich sagte der Beamte, der immer nur Deutsch gesprochen hatte, in Englisch zu mir, das alles in Ordnung sei. Er hat mir dann erklärt, dass viele Nigerianer versuchen, mit falschen Papieren nach Deutschland zu kommen und dass man darum genau prüfen müsste. Das kann ich verstehen, aber warum hat er drei Stunden kein Wort Englisch mit mir gesprochen?“*

Themenfeld Ausländerbehörde

- *„Ich wollte nach sechs Jahren meine Aufenthaltsbewilligung verlängern lassen. Das hat der Sachbearbeiter der Ausländerbehörde nach langer Prüfung dann auch gemacht. Er hat mir dann gesagt, dass es damit jetzt aber bald vorbei sei und gesagt, er würde sich schon darauf freuen, wenn ich anschließend als Asylbewerber wieder bei ihm auftauchen würde. Das würden die Iraner ja ganz gerne so machen.“*
- *„Ich und viele meiner ausländischen Kommilitonen werden bei der Ausländerbehörde sehr herablassend behandelt.“*

Themenfeld Arbeitsamt / andere Behörden

- *„Es ist aber eine andere Sache zu sagen, dass ich eine Arbeitserlaubnis deshalb nicht bekommen kann, weil es so ein Gesetz gibt oder ob mir die Frau (so war es bei mir) ins Gesicht sagt, dass sie es unverschämt findet, dass ich jetzt auch noch arbeitslosen Deutschen die Arbeit wegnehmen möchte, wo ich doch schon hier studieren darf.“*
- *„Mir passiert das immer wieder beim Arbeitsamt, dass ich sehr unfreundlich, wie ein Mensch von zweiter Klasse behandelt werde.“*
- *„Als ich einen Wohnberechtigungsschein beantragen wollte, hat mich der Sachbearbeiter ausgelacht und gesagt, das wäre*

ja noch schöner. Ich habe aber ein Recht darauf, den Schein zu bekommen. Ich bin dann mit einer deutschen Kommilitonin noch mal hingegangen. Der Mann war wieder sehr unfreundlich, am Schluss habe ich den WBS aber doch bekommen.“

- **Themenfeld Hochschulverwaltung (Studierendensekretariat, Studienberatung, Prüfungsämter etc.)**
- *„Die Leiterin unseres Immatrikulationsamts hat grundsätzlich ein Problem damit, sich in angemessener Weise mit den Studierenden auseinander zu setzen. Je offensichtlicher eine fremde Nationalität ist, desto offener ihre verbalen Attacken, à la: ‚Mit Ihnen kann ich nicht reden, Sie stinken!‘ Was nachweislich nicht der Fall war. Dies sagte sie zu einer Kommilitonin, die einen deutlichen Osteuropäischen Akzent hatte.“*
- *„In der Uni-Bibliothek. Einer der Mitarbeiter der Uni-Bibliothek hat sich verpflichtet gefühlt, mich und einen anderen ausländisch aussehenden Kommilitonen zu warnen, weil wir angeblich zu laut waren. Dabei waren während des Tages mehrere andere ‚deutschaussehende‘ Kommilitonen meiner Meinung nach lauter als wir. Das war aber kein Einzelfall. Das ganze Semester lang gab es ähnliche komische Warnungen.“*

Themenfeld Lehrbetrieb

Mehrere Befragte berichten von Lehrpersonal an ihrer Hochschule, das unter Kommilitonen allgemein als ausländerfeindlich gelte. Genannt werden u.a. arrogantes Verhalten und herablassende oder bloßstellende Äußerungen innerhalb und außerhalb von Lehrveranstaltungen gegenüber ausländischen Studierenden.

- *„Neulich sagte ein Professor zu meiner Freundin aus Kamerun, dass er ja wisse, dass Afrikaner nicht rechnen können und überhaupt nicht in der Lage sind, abstrakte Zusammenhänge zu verstehen. Solche Aussagen prägen und treffen uns.“*
- *„So eine Rechnung geht vielleicht bei Ihnen in Afrika auf, aber nicht hier.“ (Kommentar eines Dozenten im Rahmen einer Übung gegenüber einem Studierenden der Elektrotechnik aus der Cote d’Ivoire).“*

- *„Man merkt, dass bei Ihnen zu Hause die Uhren anders gehen. Haben Sie noch Tee getrunken und Wasserpfeife geraucht?“* (Öffentliche Ansprache eines Professors an einen verspätet im Seminar erscheinenden palästinensischen Studierenden. Nachdem der Studierende sich einen solchen Kommentar – nach eigenen Angaben höflich - verbeten hatte, wurde ihm von Seiten des Professors entgegengehalten, mit dieser Arbeitseinstellung werde es *„mit Ihrem Staat wohl nie was werden“*. Der Studierende berichtet, dass sich die Kommilitonen mit ihm solidarisiert hätten und der Professor sich schließlich im Seminar für seine Entgleisung entschuldigt habe; der Verf.)
- *„Wir sind hier nicht irgendwo im Busch. Wir brauchen klare Antworten und kein Palaver!“*
- *„Sie kommen aus Brasilien? Da tanzt man doch eher Samba als dass man sich hinsetzt und ernsthaft arbeitet!“*
- *„Man sollte nicht glauben, dass bei Ihnen die Mathematik erfunden wurde. Dümmer geht's ja wohl nicht mehr.“*
- *„Eine gute Freundin aus Afrika hat es bei Professoren erlebt. Ihre Ideen wurden nicht akzeptiert, wenn sie nicht richtig auf Deutsch, grammatikalisch, ausgedrückt wurden. Diese Professoren haben immer uns Ausländern schlechte Noten gegeben.“*
- *„Obwohl ich es nicht direkt ‚Diskriminierung im Studium‘ nennen würde, habe ich gelegentlich erlebt, dass Professorinnen etwas sagen, was nicht ganz stimmt, und das im vollen Hörsaal. Z.B. komische Geschichten über Afrika und Asien, über Leute aus anderen Ländern und so weiter. Manchmal sind es nicht nur Behauptungen, manchmal sind es angeblich ‚erforschte Tatsachen/Fakten‘, aber die Begründungen hören sich fremdenfeindlich an.“*

Befragte berichten, dass Professoren und Dozenten unter Verweis auf angeblich wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse Rassismen lehren, wie z.B.: *„Neger vertragen keine Milch!“* oder *„Wir wissen ja alle, dass es bei Farbigen körperliche Merkmale gibt, die so ausgeprägt sind, dass sie Europäer, vor allem Europäerinnen in Angst und Schrecken versetzen, oder auch nicht.“* Immer wieder wird berichtet Befragte, ihre Beiträge in Lehrveranstaltungen würden von Lehrbeauftragten oder Dozenten übergangen oder verworfen, wenn sie nicht in grammatikalisch einwandfreiem Deutsch vorgebracht würden. Sie hätten keine Zeit, einen Gedanken zu Ende zu führen, es werde ihnen an unpassender Stelle ins

Wort gefallen und dann weitergesprochen, ohne dass ihr Beitrag aufgegriffen werde. Vielfach wird berichtet, man werde bei Prüfungen nicht gerecht bewertet. In der Regel wird in diesem Kontext darauf verwiesen, dies sei ein Eindruck, der auch von anderen ausländischen Studierenden geteilt werde. Die Teilnahme an Veranstaltungen, zu denen sich Studierende im Vorfeld bei den Dozenten anmelden müssen, wird nach Aussage mehrerer Studierender teilweise willkürlich verhindert. Es werde empfohlen, erst besser Deutsch zu lernen und es im nächsten Semester zu versuchen; ein Studierender berichtet, ihm sei gesagt worden, die Veranstaltung sei bereits belegt. Drei deutsche Kommilitonen, die sich erst am Tag darauf angemeldet hätten, seien dagegen aufgenommen worden.

Themenfeld Kommilitonen

Befragte schildern, dass ihre deutschen Kommilitonen sich nicht mit „fremd aussehenden Personen“ zusammenschließen. Dies geschehe insbesondere zu Anfang des Studiums und der neuen Semester, wenn sich neue Gruppen bildeten. Sie haben gemeinsam mit anderen ausländischen Studierenden regelmäßig die Erfahrung gemacht, dann gemieden zu werden.

- *„Unfreundliche Gesten von Kommilitonen und einer Professorin.“*
- *„Verunsicherung beim Hochschulsport, wenn ich als Ausländerin mitspiele – alle zwar höflich, aber unsicher im Umgang mit mir.“*
- *„Von meinen Kommilitonen werde ich immer wieder gefragt, wann ich nach Hause zurückkehre.“*
- *„Ja, bei Gruppenarbeit im Labor wurde ich ausgeschlossen von manchen Kommilitonen.“*
- *„Am Semesteranfang, bevor mann/frau jemand kennt, will sich keiner mit einer ‚fremd‘ aussehenden Person zusammen in eine Gruppe zusammenschließen, z.B. bei Praktika in Gruppen scheinen viele Ausländer die Erfahrung zu machen, dass andere Leute (Deutsche) sich in Gruppen zusammentun (auch wenn sie sich noch nicht kennen) und mann/frau bleibt als ‚Ausländer‘ allein. Die Blicke reichen manchmal um abzuschrecken, besonders wenn mann/frau aus eigener Initiative sich anderen nähert um in eine Gruppe eingeschlossen zu werden.“*

- *„Ich bin seit sechs Jahren in Deutschland. Zwar gibt es bis heute keine Diskriminierung an der Uni. Allerdings enttäuscht mich, mit deutschen Studenten umzugehen. Bis heute kenne ich niemand an der Uni!!! Ich finde, dass wir Chinesen gegenüber Deutschen zu freundlich auftreten. Vor dem Überfall auf mich (Straßenbahn, gewalttätiger Übergriff mit Körperverletzung; Anm. d. Verf.) habe ich bei meinen Heimbürgern Deutschland gelobt, aber jetzt beschwere ich mich nur noch. Das Thema von Ihnen kann nicht mit ‚Diskriminierung‘ begrenzt werden. Die gesamte Atmosphäre für Ausländer ist nicht günstig. Viele Deutsche befürchten, dass ich in Deutschland bleiben will. Deutschland ist ein besseres Land, aber kein bestes. Insbesondere wie ich weiß, je länger die ausländischen Studierenden in Deutschland bleiben, desto schlechter können sich in Deutschland integrieren. Bei der Ausländerfeindlichkeit entsteht dann auch Deutschenfeindlichkeit. Wir sind auch gezwungen, nationalistisch zu werden. Ich habe die Nase voll!“*
- *„Ich mache immer wieder die Erfahrung, dass Kommilitonen mit der Erwartung auf mich zukommen, dass ich eine typische Lateinamerikanerin sein müsste. Wenn ich ihren Vorstellungen nicht entspreche, ziehen sie sich von mir zurück. Aber ich finde es genauso diskriminierend, als Lateinamerikanerin als Eindringling abgelehnt oder aufgefordert zu werden, Samba zu tanzen, weil wir das ja so tun. Ich als Person werde in beiden Verhaltensweisen nicht zur Kenntnis genommen.“*

Frage 6:

Haben Sie Interesse daran, Ihre Erfahrungen zum Thema Rassismus und Diskriminierung mit anderen ausländischen Studierenden im Rahmen eines Seminars auszutauschen und über Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren?

Tab. 29: Ausländische Studierende, die die Thematik im Rahmen eines Seminars weiterbearbeiten möchten

Befragte	ja		nein		vielleicht		keine Angabe	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %
1.037	604	58,25 %	311	29,99 %	64	6,17 %	58	5,59 %

Viele Befragte, die grundsätzlich Interesse an einer thematischen Veranstaltung haben, weisen darauf hin, dass sie ein massives Interesse an Veranstaltungen gemeinsam mit Deutschen (Hochschulangehörige, interessierte andere Personen) haben. Untereinander, so der regelmäßige Tenor der kommentierenden Antworten, werde ohnehin häufig darüber gesprochen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die bundesweite schriftliche Befragung ausländischer Studierender zu Erfahrungen mit subjektiv rassistisch und diskriminierend empfundenem Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland wirft ein Schlaglicht auf das Ausmaß rassistischer und fremdenfeindlicher Tendenzen innerhalb und außerhalb der Universitäten. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Ergebnisse überzeichnet sein dürften, da die grundsätzliche Bereitschaft zur Beantwortung der gestellten Fragen vermutlich davon begünstigt wird, zu der Thematik etwas beizutragen, sprich einschlägige Erfahrungen mit der Problematik gemacht zu haben.

Im Rahmen der Umfrage sind Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika deutlich überrepräsentiert, während Studierende aus Mittel und Osteuropa sowie aus anderen Ländern (Nordamerika und Staaten der Europäischen Union) gegenüber der Gesamtheit der ausländischen Studierenden in der Bundesrepublik deutlich unterrepräsentiert in die Befragung eingegangen sind. Ausgehend von der Hypothese, dass diese Verteilung der Herkunftsländer im Rücklauf der Befragung durch den Umstand beeinflusst wird, sich als von Gewalt und Diskriminierung Betrof-

fenen zu empfinden, lässt sich mit aller Vorsicht schließen, dass Menschen aus den überrepräsentierten Herkunftsländern Asien, Afrika und Lateinamerika auch überdurchschnittlich von rassistischen Übergriffen betroffen sind.

Regionale Differenzen in Aufkommen und Intensität rassistisch motivierter Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen lassen sich aufgrund der vorliegenden Datenbasis nur tendenziös interpretieren, da der Rücklauf aus den einzelnen Bundesländern zum Teil erheblich von der realen Verteilung ausländischer Studierender abweicht.

Die offen formulierten Fragen zielten auf Erfahrungen mit sowohl physischen als auch verbalen Übergriffen oder Diskriminierungen in unterschiedlichen Alltagssituationen ab, die die Befragten subjektiv als fremdenfeindlich oder rassistisch motiviert einstufen. Dabei wurde jeweils gefragt, ob es sich um unmittelbare persönlich erlebte Erfahrungen oder um mittelbare Erlebnisse von Dritten aus dem Bekanntenkreis handelt. Die Studie lässt sich in fünf Themenbereiche gliedern, zu denen ausländische Studierende befragt wurden:

1. Mittelbare und unmittelbare Erfahrungen mit offener körperlicher Gewalt, die rassistisch motiviert ist
2. Mittelbare und unmittelbare Erfahrungen mit Androhungen körperlicher Gewalt aus rassistischen Motiven heraus
3. Mittelbare und unmittelbare Erfahrungen mit verbaler Gewalt, Beleidigungen oder Beschimpfungen mit fremdenfeindlichen Hintergrund
4. Erfahrungen struktureller Diskriminierung
5. Erfahrungen willkürlicher Diskriminierung

Demnach gibt jeder sechste der über 1000 befragten Personen an, selbst schon Opfer rassistisch motivierter Gewalt geworden zu sein. 20 Prozent der Befragten kennen zumindest Fälle rassistischer Übergriffe in ihrem Bekanntenkreis. 10 Prozent der Befragten wurde die Anwendung körperlicher Gewalt schon angedroht und 5 Prozent können Fälle von Gewaltandrohung gegenüber Bekannten schildern. Mehr als ein Drittel der Befragten erkennt unmittelbar oder mittelbar strukturelle Diskriminierung durch rechtliche Strukturen. Schließlich schildert ein Viertel der Befragten willkürliche auf Vorurteilen und Negativbildern beruhende Diskriminierung im Hochschulbetrieb. Alleine diese Fallangaben zeigen, dass sich

rassistische Übergriffe und Tendenzen im Verhalten gegenüber ausländischen Mitbürgern nicht auf wenige Einzelfälle beschränken.

Dabei scheint das Problem in einigen Bundesländern verschärfte Ausmaße anzunehmen als in anderen. Während aus den fünf neuen Bundesländern - Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg - nur knapp 20 Prozent der beantworteten Fragebögen stammen, erreichen die addierten Prozentwerte aus diesen Bundesländern in allen fünf Kategorien nahezu 50 Prozent der insgesamt berichteten Erfahrungen mit mittelbarem und unmittelbarem subjektiv fremdenfeindlich und rassistisch motiviertem Verhalten. Addiert man darüber hinaus noch die nördlichen der alten Bundesländer (Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Berlin), so stehen nahezu zwei Dritteln der berichteten Erfahrungen regelmäßig nur knapp die Hälfte der Befragten gegenüber.

Mittelbare und unmittelbare direkte Gewalt spielt sich den Aussagen der Befragten zufolge vorwiegend im öffentlichen Raum ab. Hauptsächlich kommen hierfür Bahnhofsvorplätze, öffentliche Verkehrsmittel und Parkanlagen in Frage. Es werden auch Übergriffe von Polizeibeamten sowie von Sicherheitsangestellten in öffentlichen Gebäuden berichtet. Selten spielen sich Szenen direkter Gewaltausübung innerhalb der Hochschule ab.

Gewaltandrohungen finden ebenso wenig im öffentlichen Raum der Hochschulen statt, wie die Ausübung von Gewalt selbst. Jedoch liegt die Vermutung nahe, dass konstante zielgerichtete Bedrohungen von ausländischen z.B. in der Hochschulpolitik engagierten Personen von bestimmten Hochschulkreisen ausgehen mag. Der weitaus größere Teil der berichteten Erfahrungen spielt sich wiederum in der relativen Anonymität öffentlicher Parkanlagen und Verkehrsmittel, aber auch in Diskotheken ab. Das gleiche gilt für Beleidigungen und Diffamierungen, wobei sich hier die Berichte über Vorkommnisse im Kontakt mit Behörden und im Hochschulalltag häufen.

Im Bereich struktureller Diskriminierung führen die Betroffenen vor allem Regelungen an, die ihnen den Kontakt zu Verwandten in den Heimatländern erschweren oder Fachwechsel nahezu unmöglich machen. Hürden wie Verlängerungen von Aufenthaltsgenehmigungen oder die Visumsbeantragung für Familienangehörige führen zu einem Gefühl der

generellen Benachteiligung in Deutschland. Weitaus schlimmer, weil noch dazu wirtschaftlich schädigend, empfinden ausländische Studenten langandauernde bürokratische Genehmigungsverfahren für Arbeitsgenehmigungen etc..

Willkürlich, aufgrund von Negativbildern und Vorurteilen, fühlen sich ausländische Studierende nicht selten von behördlicher Seite behandelt. Dazu zählen Kontakte mit der Polizei und dem Bundesgrenzschutz bei der Einreise nach Deutschland, das Verhalten von Sachbearbeitern in Ausländerbehörden und Arbeitsämtern, aber auch innerhalb der Hochschulverwaltung. Selbst das Verhalten von Professoren, Dozenten und Kommilitonen trägt den Schilderungen der Betroffenen zufolge oftmals diskriminierende Züge. Es wird deutlich, dass auch die Hochschulen selbst, denen in der aktuellen Debatte um Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus häufig eine zentrale Funktion bei der Bekämpfung solcher Tendenzen zugeschrieben wird, keine unberührten Horte der Demokratie und Toleranz darstellen.

Vor diesem Hintergrund erscheint dem Verfasser unter anderem die Miteinbeziehung des Hochschulsektors in die Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Rates vom 29. Juni 2000 - „Richtlinie 2000/43/EG des Rates zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft“ - in nationales Recht z.B. durch die flächendeckende Einrichtung institutionalisierter „Anti-Diskriminierungsbeauftragter“ an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland angezeigt zu sein.

PRESSESPIEGEL

Pressemitteilung Deutscher Bundesrat am 12. September 2001:

„Bundesratspräsident Beck übernimmt Schirmherrschaft für Konferenz „Internationalisierung der Hochschulen - ohne ausländische Studierende?““

Pressemitteilung Deutscher Bundesrat am 2. Oktober 2001:

„Konferenz „Internationalisierung der Hochschulen -- ohne ausländische Studierende?“ am 5./6. Oktober in Mainz

Agenturmeldung der epd vom 4. Oktober 2001:

„World University Service fordert Internationalisierung des Studiums“

Pressemitteilung Staatskanzlei Rheinland-Pfalz am 5. Oktober 2001:

„Konferenz zur Internationalisierung der Hochschulen – Kurt Beck spricht sich für innovative Hochschulpolitik aus“

Mainzer Rhein-Zeitung vom 5. Oktober 2001:

„Wir brauchen einen langen Atem“ – Kambiz Ghawami, Vorsitzender des WUS, über die Bedeutung und Probleme ausländischer Studierender

Frankfurter Rundschau vom 6. Oktober 2001:

„Je dunkler die Hautfarbe, desto schwieriger die Wohnungssuche“ – Internationalisierung der Hochschulen braucht eine Infrastruktur

Mainzer Rhein-Zeitung vom 6./7. Oktober 2001:

„Von Mainz soll Impuls ausgehen“ – Kurt Beck eröffnete Tagung zur Internationalisierung der Hochschulen

Agenturmeldung der dpa vom 7. Oktober 2001:

„Zöllner: Hochschulen werden internationaler“

Abgedruckt u.a. in: Westdeutsche Zeitung, Wolfsburger Nachrichten, Braunschweiger Zeitung, Salzgitter Zeitung, Walsroder Zeitung, Remscheider Generalanzeiger, Goslarsche Zeitung (alle 8. Oktober 2001)

Agenturmeldung dpa vom 7. Oktober 2001:

Für Ausländer ist Studieren in Deutschland noch schwerer geworden

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Oktober 2001:

„Zugang soll erleichtert werden“ – Experten diskutieren über Zukunft der Hochschulen

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Oktober 2001:

„Unsicher wegen Rasterfahndung“ – Schwierigkeiten bei Wohnungssuche und Nebenjobs

Der Tagesspiegel Berlin vom 8. Oktober 2001:

„Zöllner: Hochschulen werden internationaler“ – Experten kritisieren Studienbedingungen in Deutschland

Mainzer Allgemeine Zeitung vom 8. Oktober 2001:

„International – ohne Ausländer?“ – Konferenz zur Situation der Unis

Mainzer Allgemeine Zeitung vom 8. Oktober 2001:

„Zöllner sieht Kampf um Nachwuchs“ – SPD-Minister erwartet weitere Öffnung der Hochschulen für Ausländer

Trierischer Volksfreund vom 8. Oktober 2001:

„Kampf um Nachwuchs“ – Zöllner: Hochschulen werden internationaler

Netzeitung vom 10. Oktober 2001 (www.netzeitung.de):

„Internationalisierung ohne ausländische Studenten“

Frankfurter Rundschau vom 11. Oktober 2001:

„Was wollen ausländische Studierende hier?“ – Die von den Hochschulen international Umworbenen müssen gegen Misstrauen und bürokratische Hürden kämpfen

Süddeutsche Zeitung vom 16. Oktober 2001:

„Zwischenfrage: Wie fühlen sich die Gaststudenten, Herr Ghawami?“

epd-Entwicklungspolitik Nummer 20/21/2001:

Internationalisierung der Hochschulen – ohne ausländische Studierende?“

Erziehung und Wissenschaft Nummer 11/2001:

„Ohne Lebenstüchtigkeit verloren – Zur Situation ausländischer Studierender“

TV- und Radio- Berichterstattung:

Landesschau (SWR) am 5. Oktober 2001:

Berichterstattung zur Eröffnung durch Herrn Bundesratspräsident Kurt Beck

Landesschau (SWR) am 6. Oktober 2001:

Bericht zur Konferenz

WDR 3 – Hörfunk am 9. Oktober 2001 - 19:05 Uhr

Bericht zur Konferenz mit O-Tönen Gerd Köhler (GEW), Dr. Kambiz Ghawami (WUS) und ausländischen Studierenden in der Sendung „Kritisches Tagebuch“

Südwestrundfunk 2. Programm am 6. Oktober 2001 - 9:30 Uhr:

Bericht zur Konferenz mit O-Tönen Gerd Köhler (GEW), Dr. Kambiz Ghawami (WUS) und ausländischen Studierenden in der Sendung „Campus“

Deutschlandfunk am 4. Oktober 2001:

Interview mit Dr. Kambiz Ghawami zur Internationalisierung der Hochschulen

Hessischer Rundfunk am 5. Oktober 2001:

Interview mit dem Präsidenten des Bundesrates, Herrn Kurt Beck, zur Internationalisierung der Hochschulen

Norddeutscher Rundfunk 12. November 2001:

Bericht zur Situation ausländischer Studierender mit Bezug zu der Konferenz von WUS und GEW

„Wir brauchen einen langen Atem“

Kämbiz Ghawami, Vorsitzender des World University Service, über die Bedeutung und Probleme ausländischer Studierender - Zweitägiger Kongress

„Internationalisierung der Hochschulen - eine ausländische Studierendenschaft? Um dieses Thema dreht sich heute und morgen eine Tagung des World University Service (WUS) in der alten Mensa.

MAINZ. Wie viele ausländische Studierende besucht Deutschland? Was ist deren soziale Situation hier der Heimat? Und welchen Beitrag können die Hochschulen für Toleranz leisten? Mit solchen Fragen befaßt sich der zweitägige Symposium zur „Internationalisierung der Hochschulen“ an der Mainzer Uni. Die NSZ sprach im Vorfeld mit Kämbiz Ghawami, dem Vorsitzenden des WUS Deutschland. Das Programm gibt's im Interview unter www.wuzgermany.de/aktuelle.html.

Herr Ghawami, die ausländischen Hochschulen werden immer um ausländische Studierende, auch die Bundesregierung ist auf diese Bemühungen sehr bemüht. Wie kommen die Zahlen Anstieg zu? Sie sind seit 30 Jahren kontinuierlich. Ausländer waren 1981 die Zahlensteigerungen für die (heute) hochentwickelten Türkei, Iran und Indonesien, was sich mit der stetigen verstärkten Hochschulpolitik zusammenhängt. Ein zweites Beispiel war 1981 die Einführung des neuen Ausländergesetzes. Die verschiedenen Einreisereisende Studenten aus Afrika, Asien und Lateinamerika

oder Somalia schlug sich die Zahl wieder. Die Zahlen werden auch für die nächsten Jahre voraussichtlich ansteigen. Das lag an den so genannten Bildungsländern

... also in Deutschland aufgewachsen. Ausländer, die aus Hochschulen kommen

Jahres Zahlenangaben. In diesem Bereich angelegten ist es eines keine deutschen Staatsangehörigen, aber eben auch keine Vorläufer der klassischen Entwicklungsländer. Diese Zahlenangaben werden in der politischen Diskussion oft nicht richtig interpretiert, was heißt nur immer vorgehaltener Hand darüber

und die Frage vor sich mehr darüber für den Bildungsbereich

Nun, die Spartenverträge der deutschen Wirtschaftsjahres 1980 darauf, wie der erste ausländische Studierende ins Land zu holen. Studenten, die auch der Rückkehr in ihre Heimatländer für deutsche Unternehmen hilfreich sein können

Es sind die weniger privilegierte Minder als privilegierte wirtschaftliche Minderheiten? Sicher, aber ein solches Geben und Nehmen ist ja legitim. Viele Studierende aus Entwicklungsländern, die nach dem Examen in ihre Heimat zurückkehren, helfen ihr Wirtschaft nach Deutschland zusätzlich. Doppelkurse anbieten bis in Fernstudien umstrukturiert. Firmen oder einzelnen Menschen aus der Industrie

soziale Integration, Geld, Integrationen. Waren das die Hauptprobleme, die denen ausländische Studierende in der Vergangenheit mit Ihnen haben werden?

Es sind die drei wichtigsten Probleme. Heute kommen rechtliche Schwierigkeiten, die Integrationen müssen einen entsprechenden Hintergrund der der deutschen Gesellschaft bewältigen, um die nötigen Papiere zu erhalten. Seit 1981 können Anträge auf ein Visum ohne Begründung abgelehnt werden. Seitdem kann niemand mehr gegen

diese Ablehnung klagen, die für mich ist nämlich die Gründe kennen. Und Fragen die sind unter anderen junge Frauen von den Philippinen, denen grundsätzlich unterstellt wird, sie wollten in Deutschland als Prostituierte arbeiten. Auch Palästinenser oder Kurden arbeiten ihre Papiere nur unter großen Mühen und viel Geld

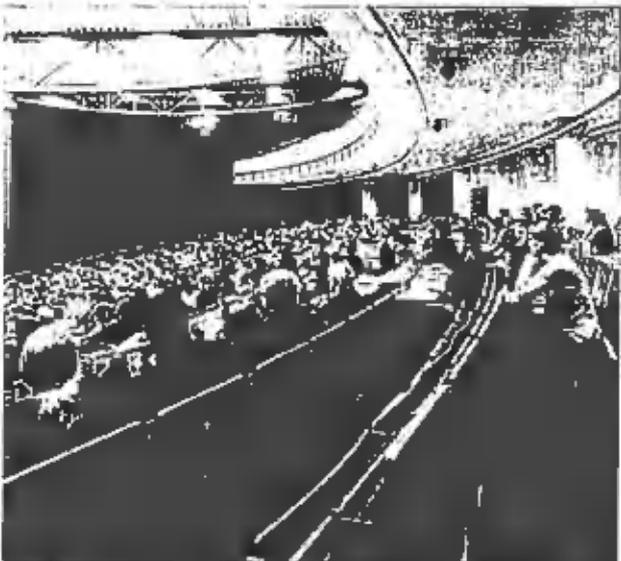
Welche Rolle spielen Sprachprobleme beim Rückgang der Studienleistungen aus Entwicklungsländern?

Deutschland hat in den vergangenen Jahren viele Gastarbeiter ins Ausland geschickt. Und unsere Hochschulen bieten kaum noch intensive Sprachkurse an. Systematische Sprachvermittlung ist all nur gegen eine hohe Gebühr zu erhalten, was sich nur Kinder reicher Eltern leisten können. Die aber kommen in der Regel gar nicht nach Deutschland, sondern studieren in Großbritannien, in USA oder in Australien.

Wären Sie ausländische Studierende über die Hauptprobleme zu befähigen, um in deutschen Hochschulen einzuschreiben? Auf alle Fälle. Abgesehen von dem, was im letzten Interview schon ein wenig besprochen ist: weitere Gesellschaft ist, wie qualifizieren sie auch für den Einsatz in deutschen Schulen, damit sie dort quasi als Mitarbeiter ihrer Länder auftreten und auf ein besseres Verständnis von Nord-Süd Fragen haben können. Aber die Rahmenbedingungen müssen stimmen.

Es ist zum Beispiel ein Übel, dass ausländische Hochschulen in der Regel nicht über die nötigen Mittel verfügen können. Wenn werden sie schlechter gestellt als ihre deutschen. Hauptprobleme dieses Aspekts hat auch Otto Schily in seinem Entwurf für

Wahre Mehrzahl wäre das? Ich meine, Studenten sind Mitarbeiter oder Integrationsprobleme. Teilweise am Pro-



Die Wirtschaft hat längst nicht genügend, immer weniger Studierende aus dem Ausland nehmen in deutschen Hochschulen Platz. Foto: Ulf Mainz

ein zu überwachungsbedürftig, wenn auch nicht unüberwindlichem Maße

Wie sehr werden sich die Folgen der Vertragsverträge in der USA und der Situation der deutschen Studierenden in Deutschland auswirken?

Das liegt viel weiter abzuwarten, wie es sich auf die Marktfrage auswirkt, auch was es für die Visa-Vergabe bedeutet. Es darf keinen Generalverdacht gegen alle ausländischen Studierenden mit bestimmten Merkmalen geben

Wahre Mehrzahl wäre das? Ich meine, Studenten sind Mitarbeiter oder Integrationsprobleme. Teilweise am Pro-

bleiben. Wenn mit ausländischer Studenten, der an einer deutschen TU Flugzeugen studieren will, deshalb kein Visum erhält, wie das sein wird?

Sicherlich Kontroversen, auch diese Überwachung jetzt auch in Hochschulen einzug?

Wenn ein Bundesland wie Hessen diesen Beschluss gefasst hat, sind die Hochschulen verpflichtet, die Daten herauszugeben. Einziges Interesse hat eine Reihe von Hochschulen, insbesondere auch öffentlich gegen ausgesprochen, auch, wie es sich von der Wirtschaft überträgt wird

Wahre Mehrzahl wäre das? Ich meine, Studenten sind Mitarbeiter oder Integrationsprobleme. Teilweise am Pro-

Wahre Mehrzahl wäre das? Ich meine, Studenten sind Mitarbeiter oder Integrationsprobleme. Teilweise am Pro-

Doch, das ist nicht ein großes Verknüpfung. Ich bezweifle allerdings, dass man mit diesem Wege etwas erreicht. Was wir brauchen, ist ein längerer Atem, um Überwachungsmaßnahmen zu überlegen, müssen wir in die Köpfe kommen. Grundweise unsere Gesellschaft von Toleranz und die Achtung der Menschenwürde vermitteln. Und die Hochschulen sind ganz besonders selbständig, einen internationalen Dialog zu ermöglichen

FF Das Gespräch führte Peter R. Eberbach

Von Mainz soll Impuls ausgehen

Kurt Beck eröffnete Tagung zur Internationalisierung der Hochschulen

MAINZ. Geht es um Ausländer an deutschen Hochschulen, verbindet Kambiz Ghawami mit Mainz überwiegend negative Erinnerungen. So habe die Kultusministerkonferenz 1981 unter Leitung der rheinland-pfälzischen CDU-Frau Hanna-Renate Laurien den Zugang zu deutschen Hochschulen für Studenten aus dem Iran und der Türkei fast unmöglich gemacht.

Ein Jahr später habe die Bundesregierung unter Helmut Kohl dafür gesorgt, dass viele Interessenten kein Visum mehr bekamen. „Diese Politik trug zur Provinzialisierung bei“, blickt der Vorsitzende des World University Service (WUS) Deutschland zurück. Um so schöner sei es, dass von Mainz jetzt der Impuls für eine neue Politik ausgehe. Einen solchen Anstoß nämlich verspricht sich Ghawami von dem Kongress „Internationalisierung der Hochschulen – ohne ausländische

Studierende?“, den der WUS und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) an der Uni ausrichten.

„Wir müssen ein großes Interesse daran haben, dass Menschen zu uns kommen und nicht nur in anglo-amerikanischen Staaten oder Japan und Australien studieren“, sagte Ministerpräsident und Schirmherr Kurt Beck am Freitag. Der Bundesratspräsident nutzte die Gelegenheit, um ein Plädoyer für Freiheit, Toleranz und Weltoffenheit zu halten.

Gerade nach den Terroranschlägen in den USA sei es wichtig, differenziert zu denken, sagte Beck. „Terror hat keine Religion“, warnte er davor, als Konsequenz aus den Attentaten Studierende aus islamischen Staaten wie Verbrecher zu behandeln.

Eine kühle Analyse der Ereignisse vom 11. September forderte GEW-Vorstandsmitglied Gerd Köhler. „Der verbrecherische Missbrauch des

Gastrechts durch einige wenige ausländische Studenten darf nicht dazu führen, dass die Öffnung der Hochschulen in Frage gestellt wird.“ Köhler wandte sich auch dagegen, Bildung als Ware zu behandeln. „Dann nämlich werden irgendwann diejenigen von den Hochschulen ausgeschlossen, die sich diese Ware nicht leisten können.“

Die Anstrengungen der Johannes Gutenberg-Universität um Internationalisierung hob deren Vizepräsident Ulrich Druwe hervor. Mit rund 4000 ausländischen Studierenden, was einem Anteil von 15 Prozent entspricht, stehe die Uni bundesweit ganz weit vorn. „Sie bilden eine Brücke zwischen Deutschland und ihren Herkunftsländern“, betonte Druwe. „Deshalb ist es auch wichtig, die juristischen, sozialen und kulturellen Schwierigkeiten, mit denen sie hier konfrontiert werden, abzubauen.“ (phe)

Zugang soll erleichtert werden

Experten diskutieren über Zukunft der Hochschulen

MAINZ (Irs). Der Zugang zu den Hochschulen in Deutschland wird nach Ansicht des rheinland-pfälzischen Wissenschaftsministers Jürgen Zöllner (SPD) in den nächsten Jahren für Ausländer leichter werden. „Es wird in den nächsten Jahren einen Kampf um den besten jungen Nachwuchs in Mathematik und anderen Fächern geben, ob man das will oder nicht“, sagte Zöllner am Ende einer Konferenz zur Situation ausländischer Studierender am Wochenende in Mainz. Deshalb sei er „optimistisch, daß sich die Rahmenbedingungen für ausländische Studierende in der nahen Zukunft generell verbessern werden“.

Zuvor hatten Studierende und Hochschulexperten auf der Veranstaltung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der internationalen Bildungsorganisation World University Service (WUS) zwei Tage über die Internationalisierung der deutschen Hochschulen diskutiert.

Zahlreiche Redner prangerten dabei die sozialen Rahmenbedingungen an, unter denen Ausländer in Deutschland studieren. GEW-Vorstandsmitglied Gerd Köhler sprach sich dafür aus, ausländischen Studenten mehr Zeit für Nebenjobs einzuräumen als die bisher erlaubten 90 Tage im Jahr. Außerdem forderte Köhler mehr Betreuung und studienbegleitende Programme, die speziell auf die Bedürfnisse der Ausländer zugeschnitten sind, sowie bundesweite Fonds für ausländische Studierende, die unverschuldet in eine finanzielle Notlage geraten sind.

Der Vorsitzende des Deutschen Komitees der WUS, Kambiz Ghawami, forderte, auch die Lehrpläne der deutschen Hochschulen internationaler auszurichten. „Auch von deutschen Studierenden fordert ein globalisierter Arbeitsmarkt Kompetenzen, die an den Hochschulen nach wie vor nicht vermittelt werden“, betonte Ghawami. In anderen Ländern hätten die Universitäten ihre Lehrpläne dagegen längst angepaßt.

Mit der Anwerbung ausländischer Studierender täten sich die deutschen Hochschulen noch schwer, sagte der Leiter der Arbeitsstelle für Bildungsmarketing beim Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), Rolf Hoffmann. „Die internationalen Ströme gehen an uns vorbei, wir haben gar nicht teil an der globalen Mobilität“, sagte er. Gründe dafür seien auch die deutsche Sprache, mangelnde Betreuung an den Hochschulen und immer noch unzureichende Werbung für das deutsche Hochschulsystem im Ausland. Sinnvoll werben könne der DAAD aber nur, wenn die Studien- und Lebensbedingungen für Ausländer in Deutschland stimmten.

Studentische Vertreter von AStA und der europäischen Studentenorganisation ESIB wiesen darauf hin, daß Ausländer vor Antritt eines Studiums in Deutschland eine Erklärung darüber abgeben müßten, es auch finanzieren zu können. „Wer hierherkommen will, muß reich sein. Solange dieses Problem noch besteht, bringt es nichts, weitere Studis im Ausland anzuwerben“, sagte die Mainzer AStA-Vertreterin Nilüfer Bayram.

Unsicher wegen Rasterfahndung

Schwierigkeiten bei Wohnungssuche und Nebenjobs

MAINZ. (dpa). Von Mexiko bis Indien rührt die Bundesregierung die Werbetrommel für den Hochschulstandort Deutschland. Doch die Studienbedingungen in der Bundesrepublik sind nach Einschätzung vieler Experten alles andere als optimal.

Seit den Terroranschlägen in den USA vom 11. September ist das Klima zudem rauer geworden. Die Rasterfahndung an den Universitäten – bei der ein Teil der ausländischen Studierenden unter die Lupe genommen wird – trägt zur Verunsicherung bei. Der palästinensische Maschinenbau-Student Tarek Abu Leil fühlt sich dadurch belastet. „Viele Daten sind weitergegeben, viele Leute sind unter Verdacht – in so einer Situation kann man sich überhaupt nicht auf das Studium konzentrieren“, sagt er auf einer Konferenz über die Internationalisierung der deutschen Hochschulen in Mainz (siehe Bericht auf dieser Seite).

Die Mitarbeiterin der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung Uta Pioch

verweist darauf, daß noch im Sommer die Bereitschaft der Deutschen, sich auf Zuwanderung einzulassen, so hoch gewesen sei wie nie zuvor. Mittlerweile sei die Stimmung rauer geworden.

Aus Erhebungen weiß das Deutsche Studentenwerk (DSW), daß ausländische Studierende oft wegen einer anderen Hautfarbe Schwierigkeiten haben, Vermieter zu finden. Außerdem stünden sie oft vor großen finanziellen Problemen. „Deutschland ist ein teures Land“, betont DSW-Vizepräsidentin Elke Platz-Waury. Schon die Mieten in Ballungsgebieten seien für Menschen aus Entwicklungsländern kaum zu bezahlen.

Schlecht bezahlte Nebenjobs seien für Ausländer oft die Haupteinnahmequelle, sagt Platz-Waury. Genug zum Leben kann so aber kaum zusammenkommen. Mehr als 90 Tage im Jahr dürfen Studenten aus Ländern außerhalb der Europäischen Union nämlich nicht jobben – und selbst bezahlte Praktika werden auf die Zeit oft angerechnet.

International – ohne Ausländer?

Konferenz zur Situation der Unis

Die Situation deutscher Hochschulen ist international nicht befriedigend und die Möglichkeiten für ausländische Studenten müssen dringend verbessert werden – so lautet das Fazit einer zweitägigen Konferenz in der Johannes Gutenberg-Universität, zu der am Wochenende die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie der World University Service (WUS) eingeladen haben.

Von
Jasmin Brandenburg

Unter dem Titel „Internationalisierung der Hochschulen – ohne ausländische Studenten?“ beleuchteten Vertreter aus Politik und Wissenschaft in Referaten und Diskussionen den Studienstandort Deutschland und die soziale Situation nicht-deutscher Studierender.

„Die viel geforderte Internationalisierung der Hochschulen birgt noch einige Probleme“, meint Gerd Köhler, Vorstandsmitglied der GEW. Aus den Ergebnissen der Tagung soll bis zum Januar ein Forderungskatalog erstellt werden. Die wichtigsten Anliegen dabei seien der Wegfall der 90-Tage-Regelung für die Beschäftigung ausländischer Studierender und der Ausbau der Betreuung und Zusammenarbeit mit Tutoren. Außerdem müsse weiterhin die Arbeit studienbegleitender Programme erweitert und vermehrt finan-

zielle Mittel, so genannte Notfonds, eingesetzt werden.

Optimistisch im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung zeigte sich Prof. Dr. Jürgen Zöllner, Staatsminister für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes. Trotz aller Mängel hält er die Ausbildung an deutschen Hochschulen für überdurchschnittlich. Er bekräftigte, dass die Situation für Ausländer zwar verbessert werden müsse, der allgemeine Prozess der Globalisierung aber zwangsläufig durch Wettbewerb eine internationale Öffnung der Hochschulen nach sich ziehen wird.

190 000 ausländische Studierende waren im Sommersemester 2001 an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Angesichts der aktuellen Situation nach den Terroranschlägen in Amerika müsse besonders darauf geachtet werden, dass Studierende aus nicht-europäischen Ländern denen aus Europa gleichgestellt werden und dort keine Differenzierung vorgenommen wird. Neben dem Wettbewerbsgedanken unter Studenten müsse auch der Gedanke der Kooperation eine Rolle spielen, so Köhler. Vor allem sollten nachhaltige Maßnahmen ins Blickfeld rücken, fordert Dr. Kambiz Ghawami vom WUS. Denn in den vergangenen zehn Jahren habe sich an deutschen Hochschulen zu wenig getan, um der Globalisierung gerecht zu werden.

11. 10. 2001

Was sollen ausländische Studierende hier?

Die von den Hochschulen international Umworbenen müssen gegen Misstrauen und bürokratische Hürden kämpfen

Von Karl-Hinrik Mehnert

Wachsende Minderheiten stehen gegenüber, nämlich im Vize der Rastergebäude. Probleme bei der Wohnsuche, beruflichen Verhalten der kommunalen Behörden, rigorem Job-Verbot - ausländische Studierende haben derzeit einen sehr schweren Stand: Wie offen können und müssen die Hochschulen für diese Kommunitäten sein? Eine Tagung in Mainz brachte Antworten.

MADGE Hasan Mustafa studiert Maschinenbau in Göttingen, erstes Semester. Er kommt aus Palästina, aus dem Gaza-Streifen. Und er berichtet während der Konferenz des World University Service (WUS) in Mainz, die sich das Thema „Internationalisierung der Hochschulen - aber ausländische Studierende?“ gesetzt hat, und was schon vor dem 11. September und dann sich selbster ausstehenden Misträuen gegenüber Studierenden aus dem Nahen Osten.

In Palästina könnte Hasan nicht studieren, denn die Bir Zeit Universität liegt im Westjordanland, für ihn unerschickbar. Der Weg nach Deutschland führte über die deutsche Botschaft in Tel Aviv. Die schickte alle zwei Monate einen Ausgesandten zur Sprechtunde in den Gaza-Streifen. Um an eine Studien-Vizin zu kommen, muss man Deutschkenntnisse nachweisen, so mal das ganze Gespräch auf Deutsch geführt wird. Nur mit sehr guten Schulnoten hat man eine Chance, angenommen zu werden. Die große Hürde war die „finanzielle Erklärung“, berichtete Hasan. Es musste darüber Auskunft geben, wer das Studium finanziert und einen Kontostausatz mit mindestens 10000 Mark Guthaben vorlegen. Doch manchmal reicht auch das nicht: „Wir haben konkrete Zahlen, wieviele Visa wir erteilen können, sagte der Botschaftsbeamte“, so Hasan.

Auch wenn sie den Sprung nach Deutschland geschafft haben, müssen viele ausländische Studierende regelmäßig einen Kontostausatz von 10000 Mark, in manchen Bundesländern weitgehend die Hälfte vorweisen. „Ein Witz“, sagte Joseph Schäfers von der Katholischen Studentenliga. Gerade wenn das Geld unter Landeloten zusammen, und dann wandert der Betrag von Konto zu Konto, je nachdem, wer gerade seine Aufwandsloshilfen einbringen darf, muss das Wissen auch die Ausländerbehörden.

Legal darf Hasan in Deutschland 90 Tage im Jahr arbeiten, keinen Tag mehr selbst wenn er als studentische Hilfskraft für 16 Mark je Stunde arbeitet. Wie er damit seinen Lebensunterhalt bestreiten hat? Kein Kommentar.

Hasan bekam nach vier Jahren Aufenthalt ein Stipendium von der evangelischen Kirche. Die evangelische Studentengemeinde hatte ihm schon vorher unter die Arme gepiffen. Die Gemeinden sind die einzigen Einrichtungen, die ein Stipendienprogramm für Studierende aus Entwicklungsländern anbieten.

190000 Ausländer studieren in Deutschland. Die Hälfte davon sind „Bologna-Länder“, die ein deutsches Abitur haben und deshalb hier studieren können. Die anderen verteilen sich nach mehreren Klassen. Die EU-Studierenden, die mit einem Austauschprogramm gut ausgestattet hierher kommen, umwoben US-Amerikaner, ganz gesunde Postgraduierten bei den Naturwissenschaften aus Indien und China, und schließlich die armen Studierenden aus den Entwicklungsländern. Wenn sie nicht genug Deutsch können und aus einem Sprachkurs belegen müssen, so rufen sie in dieser Zeit noch gar nicht le-



Sie könnten Betreuung und weniger bürokratische Hindernisse gut gebrauchen. Ausländische Studierende - hier ein Kommilitone an der Humboldt-Universität Berlin - haben es in Deutschland schwer, allem Geruch von Internationalisierung der Hochschulen zum Trotz. (Bild: Jochen)

gel erwarten. 90 Prozent von ihnen sind „free-movers“ - sie haben ihr Studium selbst bezahlt.

Die auf 90 Tage beschränkte Arbeitslaubnis muss erweitert werden - das forderten schließlich die Studierenden und die Vertreter von Studentengemeinden und akademischen Ausländerkammern unter anderem vom Schirmherrn der Konferenz, dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD).

Nazi-tüchtig. Die Folgen der Terroranschläge spielten in Mainz eine große Rolle. Als Palästinaer allein lebend. Maschinenschau studierend, brachte Hasan alle Voraussetzungen mit, um als potenzieller „Schüler“ bei der laufenden Rasterfabrik an deutschen Hochschulen heranzusteuern zu werden. Kommunitäten aus arabischen Ländern, die in Leipzig studieren, berichteten, wie sie sich unmittelbar nach den Anschlägen in New York und Washington in offenen Briefen an die Politiker im Rathaus wandten und zu Versammlungen einboten, um Offenheit zu beweisen und Verdächtige zu entkräften.

Kambis Ghawami, WUS-Geschäftsführer in Deutschland, warnte vor einem Generalverbot gegen alle ausländischen oder alle arabischen Studenten. „Wir beweisen, dass Maßnahmen wie die jetzt angeordnete Kartierung zu einem Ziel führen“, meinte er. Eine Anzahl, die derzeit viele Studierendenausschüsse an deutschen Hochschulen in weit schärferem Ton bekräftigen. Datenwidrigkeit und „gezielte Sippenhaft“ seien nicht hinnehmbar.

Gerd Köhler von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) warnte vor einer Gefährdung der Internationalen

Öffnung der Hochschulen durch die veränderte Klima. Hochschulleitungen, Kommunitäten und Lehrende müssen sich jetzt demokratischer vor ihre politischen Kommunitäten stellen.

Das eigentliche Ziel der Konferenz war es, den ausländischen Studierenden ein Signal zu geben. Was sollen sie hier? Warum werden sie plötzlich umwerben? Mit dem Programm „GATES“ haben Bundesministerpräsident Her DAAD, der Deutsche Akademische Austauschdienst, einen Marketing-Service für deutsche Hochschulen aufgelegt. Das Projekt mit seinen Internetautoren und bunten Hochschulperspektiven für internationale Bildungsmenschen sei zwar kritisiert. Gerd Köhler: Die ausländischen Studierenden, die Objekte der Begierde können bei „GATES“ gar nicht vor.

Früher kamen Flüchtlinge, etwa aus Korea und Indonesien, Marokko oder China, junge Leute aus Entwicklungsländern, die sich wieder in ihre Heimat zurückgeben wollten. Heute sei das Werben um ausländische Studierende ein Kampf um die Köpfe, sagte Köhler: Man wolle die besten Leute hier behalten, junge Naturwissenschaftler und Ingenieure aus Indien, Peru und Mexiko. „Brins gals durch brins drink“, so es Abwerben der Elite aus den Entwicklungsländern, weil sie hier selbst gebraucht werden. So würden Entwicklungsländer und die mitteleuropäischen Staaten geschwächt, kritisierte Köhler die Schritte des globalen Bildungsmarketing. Jürgen Zöllner (SPD), rheinland-pfälzischer Wissenschaftsminister, widerspricht nicht, hält diese Entwicklung aber für unvermeidlich und im deutschen Wettbewerbsinteresse für geboten.

Wolfgang Weber, Leiter der Akademi-

schm Ausländeramt in Aachen, nannte Köhlers entwicklungspolitische Argumentation überholt, ließ aber auch kein gutes Haar am deutschen Marketing-Konzept. Es sei ein halber Irrglaube zu meinen, Studenten kämen nach Deutschland, weil sie von der Qualität der Hochschulen überzeugt seien, gab Weber zu bedenken.

Die meisten von drei Dingen Zugangsfreiheit, Landstute, die schon hier sind, und die Gebührensicherheit. Wer so sich leisten könne, studiere für viel Geld in den USA, in Australien oder Großbritannien. Dort, so Weber, verließen mehr als 60 Prozent der Ausländer die Hochschule mit einem Bachelor- oder Master-Degree. In Aachen hätten nur zehn Prozent der Ausländer, die seit 1994 ihr Studium aufgenommen haben, bis heute einen Abschluss erworben. Für sie seien nicht größere akademische Freiheit oder Forschungsorientierung dringlich, sondern mehr Anbindung und Interesse an der Lehre.

Weber provokierte: Vielleicht sollte man erst einmal ausländische Studierende aus in solchen Studiengängen zulassen, die dort besonders qualifiziert würden, weil sie entsprechende Betreuung- und Studienleistungen nachweisen könnten. Dann könnte man ruhig Studiengebühren nehmen - wie in England und Australien, wo sich die Hochschulen weitgehend über die Gebühren ihrer ausländischen „Kunden“ finanzieren.

Ob die Betreuung, fachliche Tutorienprogramme und soziale Integration, das müsse man auch ohne Gebühren bieten; konnte Gerd Köhler. Dann hätte man die ausländischen Studierenden je nach besser im Blick, bemerkte jenseits. Und meinte sie noch nicht einmal cynisch.

ZWISCHENFRAGE

Wie fühlen sich die Gaststudenten, Herr Ghawami?

Probleme bei der Job- und Zimmersuche, fremdenfeindliche Ressentiments und Übergriffe - eigentlich sollte es jüngst in Mainz auf der Konferenz „Internationalisierung der Hochschulen - ohne ausländische Studierende?“ um die Alltagsnöte von Gaststudenten gehen. Nun aber stand auch das von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der internationalen Bildungsorganisation World University Service (WUS) organisierte Treffen unter dem Eindruck der Terroranschläge von New York und Washington - und der Folgen an den deutschen Hochschulen, an denen mehrere der Attentäter studiert hatten. Marco Fjnetti fragte WUS-Geschäftsführer Karim Ghawami (Foto: privat), was sich seit dem 11. September für ausländische Studenten in Deutschland verändert hat.

SZ: Sie sprechen viel mit ausländischen Studenten. Wie ist deren Stimmung?

Ghawami: Die Stimmung ist sehr gedrückt. Es herrscht vor allem eine sehr große Verunsicherung. Viele Studierende hatten gedacht, sie hätten hier Freundschaften geschlossen und seien ein Teil der Gesellschaft geworden. Statt dessen sehen sie sich nun ausgegrenzt.

SZ: Von wem?

Ghawami: Von der deutschen Öffentlichkeit und durchaus auch von ihren deutschen Kommilitonen und Professoren. Von den Hochschulen, an denen die Vorlesungen schon begonnen haben, berichten viele ausländische Studierende, dass sie schief angeschaut würden. Dieser schiefe Blick schmerzt die meisten genauso stark wie die Rasterfahndung, die jetzt überall angelaufen ist.

SZ: ... und gegen die an vielen Hochschulen ja schon laut protestiert wird.

Ghawami: Zurecht. Man kann nicht wegen der Verbrechen einiger jetzt hier Zehntausende unter Generalverdacht stellen. Hinzu kommt, dass die meisten Studierenden gar nicht wissen, ob sie von der Rasterfahndung betroffen sind und was genau mit ihren Daten geschieht. Das geht so weit, dass manche, die in Opposition zu den Regierungen ihrer Heimatländer stehen, Angst haben, dass ihre Daten an die dortigen Sicherheitsbehörden weitergegeben werden und dadurch vielleicht sogar Familienangehörige in Gefahr geraten. Das sind natürlich Spekulationen, aber dahinter steht eben die große Verunsicherung.



SZ: Was bedeutet das für die Versuche, wieder mehr ausländische Studenten nach Deutschland zu holen?

Ghawami: Diese Versuche sind akut gefährdet, genauso wie das ganze weltweite Image Deutschlands und seiner Hochschulen. Das dürfte sich auch schon bei den Bewerbungen zum nächsten Sommersemester zeigen. Da dürften viele Studenten einfach fehlen, vor allem aus arabisch-islamischen Ländern.

SZ: Was können die Hochschulen in dieser Situation tun?

Ghawami: Sie können sich eindeutig vor ihre ausländischen Studierenden und Wissenschaftler und gegen alle Pauschalverurteilungen stellen. Das haben einige ja auch schon getan. Und sie können Deutschen und Ausländern die Möglichkeit zum Dialog geben und Initiativen dazu unterstützen. In Leipzig hat zum Beispiel eine Gruppe arabischer Studierender dem Oberbürgermeister und verschiedenen Einrichtungen gemeinsame Veranstaltungen angeboten. Hier haben die Hochschulen auch eine Verantwortung, für Gemeinsamkeit zu sorgen.

SZ: Wie hilft Ihre Organisation?

Ghawami: Wir informieren und beraten zum Beispiel die Ausländerreferate der Ästen, ob und wie sie jetzt mit den Behörden zusammen arbeiten müssen. Und wir bieten allen Betroffenen Gespräche an. Das wird von vielen genutzt. Viele wollen einfach jemanden haben, bei dem sie das Gefühl der Verunsicherung und Ohnmacht los werden können.

Internationalisierung der Hochschulen – ohne ausländische Studierende?

Passt die Eine Welt in die deutsche Hochschule und lässt die Universität Raum für ausländische Studierende? Zwar ist die Internationalisierung der Hochschulen in der Diskussion um den Studienstandort Deutschland mittlerweile ein etabliertes Thema, aber wem soll sie eigentlich zugute kommen? Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und World University Service (WUS) hatten im Oktober zu einer hochrangig besetzten Konferenz in Mainz eingeladen, um die Fragen vor allem mit Blick auf die Situation ausländischer Studierender – nicht zuletzt aus den Ländern des Südens – zu stellen. Die Impulsreferate und Podiumsdiskussionen enthielten bis auf das Bundesinnenministerium Beiträge aller wesentlichen Akteure, und Ministerpräsident Kurt Beck war es als Bundesratspräsident wichtig genug, seinen Schirm über die Veranstaltung zu spannen.

Schnell zeigten sich eine breite Übereinstimmung in der Notwendigkeit der Internationalisierung, aber recht unterschiedliche Deutungen von ihr und miteinander weit auseinander liegende Handlungsziele. Beck brauchte einen großen Schirm für alle Richtungen des Themas unter den über 200 Teilnehmenden.

Das erste Impulsreferat von Werner Weber von der Technischen Hochschule Aachen definierte Internationalisierung als Prozess, um Studiengänge so zu gestalten, dass sie international kooperieren und konkurrieren können. Er plädierte für eine mögliche Beschränkung auf einzelne Hochschulen, die dieses Ziel energischer und mit mehr Aufwand betreiben, als es eine breite Zahl tun kann. Diese Empfehlung stand im Ergebnis dem entgegen, was als Anhebung der Zahl ausländischer Studierender an allen Hochschulen vielfach gefordert wurde.

Die Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Deutschen Akademischen Austausch Dienstes, der Industrie und der Hochschulrektoren-Konferenz denken bei ihren Bemühungen zuerst an Hochschulmarketing und die Erhöhung der „Attraktivität deutscher Hochschulen durch Kompatibilität der Studienabschlüsse und einzelner Module des Studiums“. Mit dieser starken Lobby wird in längst institutionalisiertem Rahmen

fleißig daran gearbeitet, und man muss wohl keine Sorge haben um die Fortschritte (vor allem im europäischen Rahmen) in dieser Internationalisierungsrichtung. In der Pause fragte allerdings ein „frei“ eingereister Student aus Kamerun besorgt: „Ob die deutsche Hochschule uns dann in Zukunft noch will?“

Wer unter Internationalisierung zuerst die sozialen und rechtlichen Bedingungen und die Betreuung ausländischer Studierender im Blick hat, fand in Mainz eine breite Zustimmung auf und vor dem Podium, musste aber feststellen, dass es zur notwendigen Verbesserung der Situation kaum wirksamen politischen Einfluss gibt. So verfasst das Studentenwerk regelmäßig Studien zur sozialen Situation ausländischer Studierender, sitzt aber weit entfernt vom Tisch des interministeriellen Ausschusses für diese Fragen. Noch immer entscheidet eine studienferne Ausländerbehörde allein über die Weiterbewilligung des Aufenthalts ausländischer Studierender, ohne das in Übereinstimmung mit der zuständigen Hochschule und deren Bewertung der Studienzeit eines einzelnen Studierenden tun zu müssen. Eine krasse Unlogik. Statt Verbesserungsvorschläge in einer politischen Forderung zuzuspitzen, blieb es aber bei der Beschreibung einer mehr oder weniger guten Zusammenarbeit mit den Ausländerbehörden. In der Forderung nach einer staatlichen Notfonds-Förderung, wie sie die Kirchen haben, war sich die Konferenz weitgehend einig und eine Resolution kritisiert die 90-Tage-Arbeitsregelung heftig.

Zur Einführung der Rasterfahndung nach dem 11. September richtete die Konferenz deutliche Fragen an die Praxis der Hochschulen. Wer ausländische Studierende auf dem deutschen Campus willkommen heißt, muss entscheiden verhindern, dass ein Teil im Pauschalverdacht als „Schäfer“ stehen gelassen wird.

Internationalisierung der Hochschulen – ein entwicklungspolitischer Beitrag zur weltweiten Verantwortung und zur Lösung sich stärker internationalisierender Fragen. Ähnlich formulieren den Bildungsanspruch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Dieser Zeit gemäßen Aufgabe folgen unter anderem die kirchlichen Stipendien- und Studienbegleitprogramme. Eine Investition in Menschen ist die bestmögliche Wer-

bung für den Studienstandort. „Brain gain durch brain drain“ scheint auch hier zu Lande in Mode zu kommen. Diesem intellektuellen Ausbluten der Herkunftsregionen sollen sie zudem helfen entgegenzuwirken. An diesen Fragen zur Internationalisierung schieden sich am deutlichsten die Geister auf dem Podium. Die jüngsten Ergebnisse der Bildungsimmigration stellen einen Anstieg der weltweiten Analphabetenzahlen von über 25 Prozent in den letzten zehn Jahren fest, und eine Einordnung von Bildung als Handelsware im Kontext der WTO-Verhandlungen lässt Internationalisierungsziele befürchten, die nicht mehr orientiert sind am Anspruch „Zugang zu Bildung für alle“ und der damit verbundenen Verantwortung. GEW-Vorstand Köhler hat eindringlich und mehrfach auf diese Gesamtentwicklung hingewiesen. Leider erhielt er keine Antwort auf seine Frage nach der Haltung der Bundesregierung und des BMB+F. Galant, wie die Frage umgangen wurde, und ein Schelm, wer Böses dabei denkt. „Internationalisierung – aber für wen?“ Die Frage von Kambiz Ghavami (WUS) in einem früheren Beitrag ist hochaktuell, auch wenn es eine insgesamt ermutigende Entwicklung in den letzten 20 Jahren gibt, die im Ausgang der Konferenz sehr anschaulich nachgezeichnet hat.

Udo Thom

Die Zeitschrift *epd* Entwicklungspolitik zählt zu ihren ständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor allem im Teil Journal:

Kerstin Adelmann (Bonn), Jörg Becker (Menschenrechtsrat), Heimo Claassen (EUBrazil), Ralf Classen (Kulturökonom), Klaus Geiss (Pädagogik praktisch und Pädagogik aktuell), Norbert Gutschalk (Aus den Bundesländern), Dieter Hampel (Rechtswissenschaft), Beate Harlemann (Hörfunk/Parochien), Al Infeldt, Christina Kumpik (Traumata), Dieter Kramer (Kultur und Entwicklung), Georg Kramer (Pädagogik aktuell), Elmar Lorenz (Lateinamerika), Yvonne Mabilo (Lernprozesse), Karl Otterbach (u.a. Süd-Süd), Birgit Rühner (Medien), Anja Rief (Kartografie), Kathi Seefelt (Köln), Raimund Schmalzer (Kommunale Nord-Süd), Charlotte Schmitz (Kirche und Ökonomie)

Die Redaktion begrüßt journalistische Mitarbeit und eine Mitgestaltung bei der Forumsaufgabe. Beiträge sollen mit dem Leiter der Redaktion, Friedrich Schade, oder mit einem der Redakteure, Konrad Meckers oder Klaus Seitz, vorher abgesprochen sein. Bitte haben Sie Verständnis, dass unabgesprochen eingetragene Manuskripte in der Regel nicht bearbeitet werden können!

Verzeichnis der zur Zeit lieferbaren AUSZEIT-Hefte

AUSZEIT 42 (2001)

Studium im Deutschland – und was danach?

Hochschulkooperationen und Nachkontakarbeit im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit

AUSZEIT 41 (2001)

Hinaus in die Welt – Praktika in Lateinamerika, Afrika und Asien

AUSZEIT 40 (2000)

Studienbegleitprogramme für ausländische Studierende - Gründe - Inhalte - Positionen

AUSZEIT 39 (2000)

Soziale Situation ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen

AUSZEIT 38 (1999)

MenschenRECHTE – Ein Thema an den Hochschulen?!

AUSZEIT 37 (1999)

Das zweite Exil

Die Reintegration chilenischer Rückkehrer im Zuge der Demokratisierung in Chile unter besonderer Berücksichtigung von Frauen

AUSZEIT 36 (1998)

„HERDER-Club“

Begegnungszentrum für ausländische Absolventen von Bildungseinrichtungen der DDR

AUSZEIT 35 (1998)

Zum Gedenken an Hans Heinz Heldmann

Der Rechtsanwalt als Verfassungsschützer – Ausländische Studierende in Deutschland

AUSZEIT 34 (1997)

Rassismus an der Hochschule

Das WUS-Projekt "Informieren statt Kapitulieren" 1993-1995

AUSZEIT 30 (1994)

Sein oder Nicht-Sein

Ausländische Studierende: Selbstverständnis und Kulturarbeit

AUSZEIT 28 (1992)

Gertrud Achinger:

Kuratel und Fürsorge

Studien- und Lebensbedingungen afrikanischer Studierender in Leipzig und Ostberlin vor und nach der Wende

AUSZEIT 26 (1992)

Fin de la Fiesta oder: Abgefeiert?

Diskussionsbeiträge zu Lateinamerika über die "500-Jahr-Feier" hinaus

AUSZEIT 22 (1990)

Zwischen den Stühlen - "Bildungsinländer"

...wenn Gastarbeiterkinder und Flüchtlingskinder studieren wollen...

AUSZEIT 16 (1986)

Aktuelle Retroperspektive des Ausländerstudiums

AUSZEIT 11 (1985)

Orientierungseinheiten für ausländische Studenten -

Praxisberichte